

## Il Popolo Romano (Rom)

Nr. 69

### La questione orientale (1)

Il comm. Amedeo Giannini ha raccolto in volume i suoi studi sulla questione orientale pubblicati nell'ultimo anno su *L'Oriente Moderno*, l'interessantissima rivista edita a cura dell'Istituto per l'Oriente. Il lavoro vuol essere una ricostruzione storica, per quanto possibile completa, delle vicende diplomatiche e militari attraverso cui si è trascinato il problema orientale dal giorno dell'armistizio fino all'accordo franco-turco. In giorni di diletantismo e di settarismo politico, come quelli che attraversiamo, l'autore dà veramente un lodevole esempio di probità intellettuale, accompagnato a notevole penetrazione storica e politica. L'informazione è precisa, chiara la conoscenza dei complessi problemi nelle loro molteplici e non sempre visibili interferenze, larga ed esauriente la bibliografia su di essi. Il Giannini ha la virtù di una grande sobrietà, che rifugge dagli inutili dettagli, dalle pompose elucubrazioni storico-politiche, così care alla retorica corrente, come pure da ogni vanitoso erudizionismo egualmente nemico della chiarezza e della precisione scientifica. Egli si compiace, talvolta fin quasi all'esagerazione, di un'esclusiva aderenza ai fatti nel loro scheletrico svolgimento. Non ha una tesi da far trionfare, si sforza fin di nascondere il punto di vista dal quale, come chiunque fa opera di storia e non di cronaca amorfa, anch'egli guarda gli avvenimenti. Punto di vista, che non è in lui dogma politico nazionalista o democratico, ma che purtuttavia esprime con chiarezza un orientamento ideale, da cui si domina la congerie dei fatti bruti. N'è prova, ad esempio, la conclusione del diligente lavoro, ch'è la storia di tanti, non di rado contraddittorii, tentativi per risolvere il più vecchio e canceroso problema di due continenti.

« Sarebbe stolto — scrive egli — demolire l'edificio faticosamente costruito con

poche parole di condanna. Qualunque sia la soluzione transeunte dei singoli problemi, che la storia travolgerà con la sua forza irresistibile, un fatto resterà: la soluzione della questione orientale secondo il principio di nazionalità. Non vi è un problema orientale solo, ma vi sono parecchi problemi *orientali nazionali*: il turco, l'armeno, l'arabo, l'egiziano ecc. La Conferenza ha dovuto ammettere tale principio che non sarà mai più cancellato... Anche per l'Oriente è venuta l'ora delle nazionalità. Gli accordi di S. Remo e i trattati di Sèvres hanno sancito questo grande principio; ed il gioco degli interessi occidentali non ha potuto non piegarsi a questa esigenza imprescindibile, quali che siano le soluzioni dei singoli problemi... ».

Il lavoro di A. Giannini sarà letto con grande profitto da quanti s'interessano al problema orientale. E' uno dei primi frutti dell'attività dell'Istituto per l'Oriente, che in un anno ha già dato belle prove di vitalità così da alimentare le più vive speranze di emancipazione della cultura orientale italiana dalle non sempre benefiche influenze della cultura straniera.

(1) AMEDEO GIANNINI: La questione orientale alla Conferenza della pace — Istituto per l'Oriente, via Milano 23 — 1922.



### Politischer Wandel in den Ländern des Islam.

-oh- Eine Reihe von kürzlich erschienenen Büchern legt Zeugnis von dem tiefgehenden Wandel ab, der sich in den Ländern des Islam in den letzten zehn Jahren vollzogen hat. Dieser Wandel hat alle Gebiete des menschlichen Bewusstseins und der sozialen Tätigkeit erfasst. An der Spitze der Reformatoren steht Mustafa Kemal, der Präsident der türkischen Republik, der seit 1919 die Geschichte des türkischen Volkes nach seinem eigenen Willen geformt hat. Die Türkei ist das führende Land des sich europäisierenden Islam, ihr Ehrgeiz unter Führung Mustafa Kemals ging dahin, Europa völlig zu gleichen. Mit der Einführung der europäischen Kleidung, des Schweizer Zivilgesetzbuches und der lateinischen Schrift sind die äußeren Bande mit der traditionellen Welt des Islam zerrissen. Ueber den Weg der Türkei in diesem ereignisvollen Jahrzehnt berichtete Mustafa Kemal selbst in einer ausführlichen Rede, die er vom 15.-20. Oktober 1927 in Angora vor der republikanischen Volkspartei hielt, die er begründet hat und die die überwiegende Mehrheit der türkischen Nationalversammlung bildet. Der Verlag R. F. Koehler in Leipzig hat sich durch die Herausgabe dieser Rede in deutscher Uebersetzung ein Verdienst erworben, wenn auch die unsachliche, auf das Interesse extrem rechter deutschnationaler Kreise abzielende Verlagspropaganda zu bedauern ist. Der erste vorliegende Band, der über vierhundert Seiten hat, enthält die Erzählung der Ereignisse vom 19. Mai 1919, dem Tage, da Mustafa Kemal von Konstantinopel in Kleinasien landete, bis zum 23. April 1920, dem Tage, an dem die große Nationalversammlung in Angora zusammentrat. Diese ausführliche Darstellung befaßt sich mit den Problemen der Reorganisation der türkischen Armee in Kleinasien und der Organisation des nationalen Widerstandes.

Die ins Detail gehende Darstellung ist vor allem wegen des Einblickes interessant, den sie in die Persönlichkeit Mustafa Kemals gewährt. Er ist sich seiner Bedeutung bewußt. „Die Geschichte zeigt unwiderleglich, daß für alle großen Unternehmungen eine *conditio sine qua non* des Erfolges darin besteht, daß ein Führer vorhanden ist, der über besondere Fähigkeiten und eine unerschütterliche Energie verfügt.“ Was Mustafa Kemal auszeichnete, war sein klare Vision des Zieles, dem er zustrebte, und seine soldatisch rücksichtslose Durchsetzung dieses Zieles. „Es oblag mir, schrittweise unseren ganzen sozialen Organismus zu einer Entwicklung zu bringen, die der großen Entwicklungsfähigkeit entspräche, die ich in der Seele und in der Zukunft der Nation wahrnahm und die ich selbst als ein nationales Geheimnis in meinem Bewußtsein trug.“ Diese Entwicklung bestand in der bloßen Uebernahme der äußeren europäischen Formen und des landläufigen europäischen militärischen Nationalismus auf die Türkei. Mit der islamischen Tradition verband Mustafa Kemal von vornherein nichts. „Was das Kalifat anbetrifft, so konnte es in den Augen der wirklich zivilisierten und kultivierten Welt nur ein Gegenstand des Gelächters sein.“ Mustafa Kemal benützte seine Rede auch zu der Abrechnung mit jenen Türken, die in den ersten Jahren der nationalen Erhebung seine nächsten Waffengefährten waren, später aber mit seinem radikalen Modernismus nicht mitgehen wollten. „Einige meiner Gefährten, die mit mir in den nationalen Kampf eingetreten waren, sind in dem Maße zur Opposition übergegangen, als die Grenzen ihrer geistigen Einsicht und ihrer moralischen Kräfte durch die Entwicklung des nationalen Lebens bis zur Proklamierung der Republik und der Inkraftsetzung ihrer Gesetze überschritten wurden.“ Von der kulturellen und sozialen Problematik, die in seinem Vorgehen lag, scheint Mustafa Kemal als reiner Latmensch keine Vorstellung zu besitzen. Ob er überhaupt fähig ist, unter die politische Oberfläche der Veränderungen zu dringen, wird der zweite Teil der Rede auf-

zeigen, der sich ja mit den Jahren der Reformen befaßt wird.

Langsamer und organischer als in der Türkei vollzieht sich der Uebergang von islamischer Tradition zu modernem europäischem Leben in dem anderen mohammedanischen Staate, der mit Europa in nächste Verührung gekommen ist, in Ägypten. Das letzte Buch, das über die politische Entwicklung Ägyptens vorliegt, stammt von einer französischen Journalistin Madame H. G. Gaulis, die bereits vorher die Türkei besucht und mehrere Bücher über die neue Türkei veröffentlicht hat, wobei sie leidenschaftlich die Partei Mustafa Kemals ergriffen hat. Auch in ihrem neuen Buche „Le Nationalisme Egyptien“ (Editions Veger-Lebraut, Nancy und Paris 1928) nimmt sie für den ägyptischen Nationalismus Partei. Sie tut es mit jener Raitbität, die französischen Autoren und Amerikanern in der Betrachtung des britischen Imperialismus oft eigen ist. Sie verurteilt leicht und nicht ohne eine gewisse Ueberheblichkeit die Methoden des britischen Imperialismus, die ihre eigene Nation nie anwenden könnte, und vergessen dabei völlig, was in Syrien oder Annam, auf den Philippinen oder auf Haiti vor sich geht. Das Buch umfaßt die Geschichte vom November 1924 bis zum April 1928. Es überschreitet nirgends den Rahmen einer rein journalistischen Arbeit, aber es ist fesselnd geschrieben und enthält eine Fülle guter und richtiger Beobachtungen, wenn es auch nicht frei ist von manchen Verallgemeinerungen und vor allem von journalistisch sentimentalen Ausprägungen. Der Gegensatz zwischen den eigentlichen Ägyptern, den Fellachen und dem neuen aus dem Fellachenstande hervorgegangenen Bürgertum, und der Aristokratie türkischen und tscherkessischen Ursprungs ist richtig gesehen. Dieser Gegensatz hat die ägyptische Geschichte seit 1920 bestimmt. Die geniale Führerpersönlichkeit Zaghlul vermochte ihn für kurze Zeit zu überbrücken, heute bricht er der ägyptischen Politik wieder den Stempel auf. Dazu tritt ein weiterer Umstand, den die Verfasserin mit Recht scharf hervorhebt, die ungeheure Unbeliebtheit des Königs Fuad, der zweifellos der verhaßteste Mensch in Ägypten ist. Der Haß gegen den König ist viel stärker als die Abneigung gegen die Engländer.

In der Beurteilung der Stellung und Bedeutung Zaghluls unterlaufen der Verfasserin manche naive Urteile. Mit Recht dagegen erwähnt sie die Tatsache, daß der mohammedanische Orient für die bolschewistische und überhaupt für eine radikal-liberale Propaganda keinen Boden bietet, und daß die Führer der nationalen Bewegung in Ägypten, ob sie nun der Aristokratie oder dem Bürgertum angehören, ebenso wie in der Türkei einem konservativen Staatsideal zuneigen: „In Ägypten wie in der Türkei wollen die führenden Personen nicht von der Menge überflutet werden. Nachdem sie sie in kritischen Stunden mit sich fortgerissen haben, nehmen sie sie in den Stunden der Ruhe wieder kräftig unter ihre Leitung und wachen eifervoll über den Geist der Unterwürfigkeit, der bisher noch nicht erschüttert ist. Bei jedem zaghaften Versuch wird die bolschewistische Propaganda schonungslos ausgerottet. Viel mehr als der Marxismus macht Mussolinis Diktatur Eindruck auf die orientalischen Führer. Sie entspricht ihrer Vorstellung von Herrschaft: die absolute Autorität eines starken Mannes, der regiert, ohne den Massen zu gestatten, sein Gesetz zu diskutieren, die wirkliche unbegrenzte und unabgeschwächte Autokratie und durch Hinzuziehung einiger ausgewählter Persönlichkeiten, die von dem Führer gewählt werden.“ Diese Charakteristik trifft völlig auf Mustafa Kemal in der Türkei und sicher auch teilweise auf Ägypten zu.

Die Mehrzahl der über den Orient erschienenen Bücher bleibt an der politischen Oberfläche haften, ohne die die Veränderungen im Bewußtsein des Orients besser veranschaulichenden Umgestaltungen des kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lebens zu behandeln. Diese

Wenden



Lücke füllen zwei Zeitschriften aus, die von Prof. G. Kampffmeyer herausgegebene Zeitschrift für die Entwicklungsgeschichte des Islam in der Gegenwart „Die Welt des Islams“ (Berlin-Dahlem, Werderstraße 10) und „Der Orient. Die religiösen und profanen Lebensmächte des Ostens“ (Tempel-Verlag Potsdam), eine von Johannes Lepsius begründete Zeitschrift der deutschen Orientmission, die aber den Rahmen einer Missionszeitschrift beinahe gänzlich fallen gelassen hat. Bei dieser Zeitschrift ist insbesondere Sorgfalt und Objektivität zu erwähnen, mit der sie die Probleme Sowjetrußlands behandelt. Die vorliegende Nummer (10. Jahrgang, Heft 2) enthält wertvolle Informationen über das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion und über das kirchliche Leben Sowjetrußlands. Auch dem armenischen Problem wird besondere Sorgfalt gewidmet. Die Mohammedaner in der Sowjetunion sind den Türken in der Einführung der Lateinschrift vorgegangen. Die arabische ist noch keineswegs abgeschafft, aber die Lateinschrift wird erst im Schuljahre 1928/29 für die Volksschulen und im Jahre 1930/31 an den höheren Schulen obligatorisch. Schon jetzt aber erscheinen 33 Prozent der islamischen Zeitungen und 20 Prozent der übrigen islamischen Literatur in Sowjetrußland in lateinischer Schrift. In der tatarischen Republik Aserbeidschan lasen im Jahre 1923 2948 Personen, im Jahre 1926 bereits 41.000 Personen die lateinische Schrift.

Die neueste Nummer der „Welt des Islams“ (Band XI, Heft 1/2) enthält einen außerordentlich wichtigen Beitrag, die Uebersetzung des afghanischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1924 mit dem Zusatz vom Jahre 1925, die Sebastian Beck ausgeführt und mit einer wertvollen Einleitung versehen hat. Stellt die Türkei Mustafa Kemal den im Sinne europäischer Aufklärung fortschrittlichsten Teil der islamischen Welt dar, so kann Afghanistan und der Redschid als der rechte Flügel des Islam in der Gegenwart betrachtet werden. Der afghanische König Amanullah ist zwar bestrebt, seinen Staat zu modernisieren und als Persönlichkeit allmählich in der Richtung Mustafa Kemal zu gehen, wenn auch mit bedeutend größerer Bedachtsamkeit. Er hat seine Tendenzen vor allem nach seiner Rückkehr aus Europa durchzusetzen versucht. Aber seine früheren Versuche stießen auf den hartnäckigen Widerstand der konservativ orthodoxen Bevölkerung und vor allem der Geistlichkeit. Im Jahre 1921 hatte Amanullah mit der Hilfe türkischer Persönlichkeiten versucht, dem Lande eine Verfassung, eine kodifizierte Gesetzgebung und ein regelrechtes Budget zu geben. Während bis dahin das gesamte Rechtsleben ausschließlich von den mohammedanischen religiösen Rechtsfällen, wie sie im Koran und den Kommentaren niedergelegt sind, beherrscht wurde und die Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen Kommentaren dem religiösen Richter vielfachen Spielraum ließ, hat König Amanullah ein Strafgesetz ausarbeiten lassen. Dieses Gesetz wies vor allem darin eine fortschrittliche europäisierende Tendenz auf, daß es für alle Verbrechen und Vergehen bestimmte Straßjüge einführt. Der König war aber gezwungen, dieses Gesetz dem traditionellen „Volksparlament“, das zum größten Teil aus Geistlichen besteht, im Jahre 1924 vorzulegen, das das Gesetzbuch grundlegend im orthodoxen Sinne abänderte. Der König mußte erklären, daß er nie daran denke, vom kanonischen Rechte irgendwie abzuweichen. Es wurden neunzehn Grundsätze aufgestellt, unter denen folgende von allgemeinem Interesse sind: es wurde gegen die Eröffnung von Mädchenschulen Stellung genommen, der Unterricht dürfe nur zu Hause erfolgen. „Das Studium und die Kenntnis der Sprachen nichtmuslemischer Staaten ist der Notwendigkeit und der Behebung der Bedürfnisse wegen zulässig unter der Bedingung, daß dies in Glaubens- und Religionsfragen keine Beeinträchtigung mit sich bringt, und daß vorher das Studium der Glaubens- und Religionslehre beendet wurde... Weinhäuser und der Kauf und Verkauf von Wein haben in dem durch den Islam geheiligten afghanischen Reiche nicht existiert,

weder existieren sie, noch werden sie existieren, und es wurde die Versicherung abgegeben, daß sie nie existieren werden... Freiheit in Glaubens- und Religionsfragen existierte vorher nicht und weder existiert sie, noch wird sie existieren.“ Das neue Strafgesetzbuch hob die geplanten Geldstrafen auf, ebenso die begrenzten Gefängnisstrafen (jeder Verbrecher verbleibt im Gefängnis bis zu seiner Besserung und Reue) und in den meisten Fällen (etwa 250 Paragraphen von 292) wurde die Bestrafung in das Ermessen des Richters gestellt. So ist ungefähr zu der gleichen Zeit, da in der Türkei modernstes europäisches Recht eingeführt wurde, in Afghanistan versucht worden, die ersten Schritte in dieser Richtung unmöglich zu machen. So weit ist die Skala der verschiedenen Lebensformen, die der vor kurzem noch einheitliche Islam heute bietet. Aber König Amanullah hat sich seither erfolgreich, wenn auch heftig angefeindet, bemüht, Verwaltung und Staatswesen Afghanistans mehr in Einklang mit westlichen Vorstellungen zu bringen.



## Afrika Rundschau (Hamburg)

Nr. 4

Commerz. bibl.  
vhd

**Neubau der arabischen Welt.** Von Paul Schmitz-Kairo.  
Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1937. 109 Seiten, eine  
Karte. Gebunden 1,80 RM.

In dem vorliegenden Büchlein schildert ein bekannter deutscher Orientpublizist die Wandlungen im arabischen Raum vom Zerfall des Türkischen Reiches über den Weltkrieg und seine Umwälzungen bis zur Gegenwart. Der Verfasser versteht es, in prägnanter, aber zugleich umfassender Schau die brennenden Probleme des Orients herauszustellen. Er beleuchtet die britische Politik während des Weltkrieges, das diplomatische Kulissenspiel nach dem Kriegsabschluß mit seinem Verrat an dem arabischen Nationalismus und die seit 1920 immer stärker werdende arabische Bewegung nationaler Prägung. Die Ereignisse in Palästina, der Kampf um den Irak und die Bedeutung der Politik Ibn Sauds finden in Schmitz-Kairo nicht allein einen ausgezeichneten Schilderer, sondern auch einen Deuter, der den Dingen nachgeforscht hat und eine eigene Anschauung der Länder und Völker in der arabischen Welt besitzt.



Korrespondenzblatt der Nachrichtenstelle für den Orient (Berlin)

Vorhanden

Nr. *31* vom *27. Mai* 1916.

**Karl Strupp**, Ausgewählte diplomatische Aktenstücke zur orientalischen Frage. Gotha, Perthes. 319 Seiten.

Der Verfasser, ein Schüler von Liszt, ist in das Gebiet eingearbeitet, da er bereits zwei starke Bände, „Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts“ (Preis 36 M.), herausgegeben hat. Auch in dem vorliegenden Werk zeigt er sich als tüchtiger Fachmann. Er beginnt mit dem Friedensvertrag von Carlowitz vom 26. Januar 1699 und schließt mit dem Abdruck in französischer Sprache der Urkunde betreffend Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in der Türkei. Nicht in jeder Hinsicht kann ich der Auswahl, die er getroffen hat, beistimmen. So ist zum Beispiel der Vertrag von 1711 zwischen Rußland und der Türkei, durch den die Rückgabe von Asow vereinbart wurde, ebensowenig abgedruckt, wie der Preußisch-Türkische Handels- und Freundschaftsvertrag von 1762. Auch würde zu empfehlen sein, die Georgien betreffenden Verträge von 1783 und 1799 einzugliedern, um so mehr als auf Seite 49 beim Vertrage von 1829 ausdrücklich auf Georgien, das „angeblich seit langer Zeit und auf Ewigkeit mit dem Kaiserreich Rußland vereinigt sein soll“ (La Géorgie se trouvant réunies depuis de longues années et à perpétuité à l'Empire de Russie) Bezug genommen wird; bemerkt sei, daß diese Verträge von 1783 und 1799 in der trefflichen Schrift „Georgien und der Weltkrieg“ im Anhang geboten sind. Andererseits könnte die Note der Pforte an den Preußischen Gesandten vom 17. Juli 1806 in Fortfall kommen. Doch all dies sind nur unwesentliche Ausstellungen, die dem Gesamtwerte der Schrift keinen Abbruch tun. Hoffentlich erscheint bald eine neue Auflage. Bei der Vorbereitung hierzu würde es sich empfehlen, die französischen Texte noch einmal auf Rechtschreibung und Interpunktion durchzuprüfen. So ist beispielsweise in dem französischen Text der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens von 1908 auf der zweiten Zeile durch Auslassen eines Kommas der Sinn verdunkelt worden.

Sp.



## Der Neue Orient (Berlin)

Nr. 3/4

### Der Orient in der Presse.

#### Nationalitätenfragen.

Da türkische Blätter, in denen die Zukunft Konstantinopels und die Frage der Aufteilung der Türkei gegenwärtig stark erörtert werden, zurzeit gar nicht nach Deutschland kommen, ist es interessant, wenigstens in einer deutschen Zeitung eine Erörterung dieser für die Osmanen so überaus wichtigen Lebensfrage von türkischer Seite zu lesen. In der „Täglichen Rundschau“ spricht Habib Edib über Konstantinopel und die Zukunft der Türkei. Seine Ausführungen beginnen und enden gewissermaßen in dem einen Satze: Konstantinopel ist untrennbar mit der Türkei und dem Türkentum verbunden. Dies sucht der Verfasser an Hand der Geschichte nachzuweisen, wobei er seine Landsleute von dem Vorwurf des blinden Fanatismus freispricht, dessen man sie beschuldigt hätte, weil sie die Hagia Sophia und einige andere Kirchen in Moscheen verwandelt haben. Unwandelbare Zeichen für eine hohe türkische Kultur sieht er in ihren eigenen Gotteshäusern und Bibliotheken. Ganz besonders energisch aber wendet sich Habib Edib gegen gewisse Strömungen in der Entente, die dafür sprechen, Konstantinopel den Griechen zu geben. Das würde nicht nur den türkischen, sondern den Interessen der ganzen Welt zuwiderlaufen. Wer sich von seiner Phantasie die heutigen Griechen als geistige Nachkommen der alten Hellenen vorgaukeln ließe, würde bitter enttäuscht werden. Das Griechenland unserer Tage wäre nicht einmal fähig gewesen, in den Gebieten, die es auf Kosten der Türkei bisher erhalten hat, irgend etwas für Zivilisation, geschweige denn für kulturelle Fortschritte zu tun. Nach amtlichen und nichtoffiziellen sowohl türkischen wie griechischen und ausländischen Statistiken wäre die Hälfte der Einwohner (im ganzen anderthalb Millionen) rein türkisch. In die andere Hälfte aber müßten sich die Griechen mit den Juden, Levantinern, Armeniern und Ausländern teilen. Besonders bemerkenswert ist die Rolle, die der Verfasser Konstantinopel als kulturelles Bindeglied für den mittleren Osten zuweist:

Konstantinopel ist nicht nur der Lebensnerv der osmanischen Türkei, es ist auch der Übermittler europäischer Kultur zu den mittelasiatischen türkischen Stämmen. Wie seit Jahrzehnten Studieneifer und Wissensdrang die jungen osmanischen Türken an die Universitäten Europas, in letzter Zeit besonders Deutschlands, führten, so ist Konstantinopel das Ziel der bildungsbeflissenen Mittelasiaten. Damit die jungen Mohammedaner aus Buchara, Kaukasien, Afghanistan, die das fremdartige Leben Europas schreckt, weiter nach Konstantinopel kommen können, um den Samen westlicher Kultur in sich aufzunehmen und ihre Heimat damit zu befruchten, ist es von unumgänglicher Notwendigkeit, daß Konstantinopel trotz aller modernen Gesetze als türkisch-

Wenden!



orientalische Stadt erhalten bleibt. Es würde seine Mission als Kulturträger für den Osten einbüßen, wenn es internationalisiert würde. Die Türkei besitzt keine andere Stadt, die mit Konstantinopel vergleichbar wäre; die völlige Zentralisation der Verwaltung hat es mit sich gebracht, daß aller Schöpfergeist sich dort zusammenballte und eine andere Stadt deshalb als Hauptstadt gar nicht in Betracht kommen kann.

Die Türkei hat den Wunsch, Europa nahe zu bleiben und sich seine Kultur weiter nutzbar zu machen. Sollte auch Konstantinopel zu den Gebieten gehören, die der Annexionspolitik der alliierten Mächte zum Opfer fallen, so wäre das gleichbedeutend damit, daß den Türken die Luft zum Atmen genommen wird, man sie hinter unübersteigbare Mauern sperrt und sie also auf das Niveau von Buchara herabdrückt. Einem Volke, mit dem man in Frieden leben will, das nicht durch Verzweiflungsakte die Weltruhe gefährden soll, muß sein Recht gegeben werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen tritt Habib Edib mit Nachdruck für Deutschland ein, dessen persönliche Teilnahme am Tisch der Friedensverhandlungen er fordert, damit es sich auch für die Interessen der Türkei verwenden könnte, die mit seinen eigenen eng verbunden sind.

Besteht so die Gefahr, daß auf der einen Seite durch die Internationalisierung Konstantinopels eine Nation aus ihrer Hauptstadt vertrieben wird, die sie Jahrhunderte lang inne hatte, so werden auf der anderen Seite in dem gleichen Lande neue Nationalitäten gebildet, oder sollen wie die Juden nach einer Diaspora von zwei Jahrtausenden ihre alte Heimat wiedererhalten, um dort ein neues staatliches Gemeinwesen zu errichten. „Ein Volk . . . Heimat“, ist es wirklich so? Diese Frage wirft die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Leitartikel über den Zionismus auf. Daß die Juden trotz ihrer Eingliederung in die verschiedenen Nationen ein besonderes Volk geblieben seien, ist ja der Ausgangspunkt der zionistischen Bewegung. Die Zionisten haben bekanntlich heftigen Widerspruch bei den Juden gefunden und wenn auch im Verlaufe der zwanzig Jahre ihrer Tätigkeit die Zahl ihrer Anhänger sehr gewachsen ist, so steht doch wohl die Mehrheit der Westjuden, wie man die Juden bezeichnet, die nicht zum polnisch-russischen Kreise gehören, jedenfalls aber die große Mehrheit der deutschen Juden, nicht auf zionistischem Boden. Diese Mehrheit hat den Zionismus von Anfang an aus dem Gefühle abgelehnt, daß sein nationaler Gedanken nicht wahr sei, heute nicht mehr wahr sein könne. Die deutschen Juden wollen Deutsche sein und es bleiben, und sie sehen eine Gefahr für ihre Stellung in dem Bestreben, die Juden der Welt wiederum als eine besondere Nation zu repräsentieren. In diesem Punkte wäre eine Verständigung zwischen der Mehrheit und den Zionisten kaum jemals erfolgt; anders hätte es in der Frage der Kolonisation Palästinas sein können, wenn sie das geblieben wäre, was sie noch vor wenigen Jahren war: eine mehr humanitäre Angelegenheit. Es ist fraglich, ob der Zionismus überhaupt entstanden wäre, wenn sich nicht das zahlreiche Ostjudentum in einer Lage befände, die oft geradezu trostlos ist. Der Wunsch, ihm zu helfen, gab den Anstoß zu der zionistischen Bewegung, und noch lange nachher war das humanitäre Moment im Vordergrund. Aber in der Kriegszeit hat sich das geändert. Der Nationalismus, der überall aufschloß, ergriff auch die Zionisten, und heute ist ihnen die „Nationalisierung der Jüdenheit“ durchaus die Hauptsache. In diesem Zusammenhang hat auch das Wort hier einen anderen Ton erhalten, und die „Frankfurter Zeitung“ erörtert zum erstenmal in der Presse die unter Umständen sehr schwerwiegenden und gefährlichen Folgen, die dieser

jüdische Nationalismus für die europäischen Juden haben kann, die nicht nach Palästina gehen:

„Ein paar Zahlen sind lehrreich. Nach Berechnungen, die als optimistisch bezeichnet werden, wird man in zwei Generationen höchstens vier bis fünf Millionen Menschen in Palästina ansiedeln können. Die jährliche Einwanderung der Juden in Palästina wird von dem Geburtenüberschuß der russischen Juden allein um ein Vielfaches übertroffen. Immer also werden zwei Drittel aller Juden, mindestens zehn bis zwölf Millionen, inmitten der Völker bleiben müssen, wo sie sind. Wirft man die Frage der Juden auf, so ist also Palästina bei weitem nicht so wichtig wie die Frage der andern Juden. Die Zionisten haben sich bisher wenig damit beschäftigt, jetzt fangen sie an, sich darüber Gedanken zu machen. Das ist spät, denn nun werden Konsequenzen, die sich etwa aus dem Zionismus ergeben, schwerlich aufzuhalten sein. Wie verhält sich das Staatsbürgertum, etwa im Deutschen Reich, mit dem Bekenntnis zum jüdischen Volke? Ein Teil der Zionisten macht sich die Antwort auf diese Frage zu leicht. So lesen wir in der zuletzt erwähnten Propagandaschrift, es bestehe grundsätzlich kein Unterschied zwischen demjenigen, der dem zwischenstaatlichen Verband der katholischen Kirche, deren Oberhaupt der Papst ist, und dem, der dem zwischenstaatlich lebenden jüdischen Volke angehört, dessen Oberhaupt der Weltkongreß der Juden werden soll. Es ist merkwürdig, daß man so leicht schließen kann. In dem einen Falle handelt es sich um Religion, in dem andern um Nation, was denn doch einen großen Unterschied ausmacht. Daß einer dem Katholizismus angehört, beweist für seine Nationalität noch gar nichts, außer etwa das eine, daß er kein Samojede ist. Wenn es aber ein besonderes jüdisches Volk gibt, das sich auch überall als solches fühlt, dann ist schon die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion ein Merkmal der Nationalität. Wie würde sich dann aber die Praxis gestalten?“

Viele Zionisten haben richtig eingesehen, daß die Versorgung hiervon sein würde, daß zahlreiche Juden als Angehörige einer fremden Nation in den Staaten in Europa leben. So schreibt Professor Carl Lewin in den „Neuen Jüdischen Monatsheften“:

„Die deutschen Mitbürger sollen wissen, daß das Zugeständnis fremder Art und fremden Blutes uns zu mancherlei Zurückhaltung führen wird, die von uns nicht immer geübt worden ist. Wir halten es nicht für würdelos, ihnen zu sagen, daß das Amt angemaßter, nicht durch das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragenen Führerschaft in politischen und noch mehr in kulturell-deutschen Dingen von uns abgelehnt wird.“

Die Konsequenz, die diese Zionisten ziehen — ist richtig. Aber was soll mit denen geschehen, die nicht das „Zugeständnis fremder Art“ machen, die deutsch und nicht anders fühlen und die es daher als eine unerträgliche Einengung empfinden, wenn ihnen und ihren Nachkommen die Beteiligung am öffentlichen Leben dauernd beschränkt bliebe? Somit kommt die „Frankfurter Zeitung“ folgerichtig zu dem Schluß: Der Zionismus drängt die Westjuden, die jüdische Gemeinschaft aufzugeben. Voraussichtlich werden dann zahlreiche Westjuden, deren ideelle Zugehörigkeit zum Judentum schon gelockert ist, den endgültigen Schritt der Trennung tun. Nationalismus ist immer eine bedenkliche Sache und führt meistens zu Enttäuschungen. Auch den Zionisten kann das bevorstehen. Es ist ihr größter Gedanken, daß ein jüdisches Zion eine neue jüdische Kultur hervorbringen werde. Aber ist nicht gerade dies ein Irrtum? Kultur ist schließlich etwas Geistiges, und große Kultur bedarf starker Phantasie. Daß die Juden diese Stärke nicht haben, ist ihr weltgeschichtlicher Vorzug, denn nur so war es möglich, daß sie, als sie noch eine Nation waren, nicht wie andere Völker durch Exzesse der Phantasie in wilden Aberglauben verfielen, sondern den Monotheismus bewahrten und das Volk der Bibel wurden. Was sie dann in der Diaspora schufen, ging zum großen Teile aus der lebendigen Berührung mit westlichen Kulturen hervor. Wird Palästina, wenn diese Lebendigkeit wegfällt, sie ersetzen können? Vielleicht liegt hier ein großer

glück-  
ratab  
rden,  
„ so  
Orient  
d wie  
skau,  
rients  
ginn.  
braus-  
vinis-  
lieses  
mit  
ölker  
erger,  
lt er-  
gkeit  
jenes  
einer  
Hin-  
nalis-  
herer  
— r



Irrtum, um dessen willen man das Westjudentum preisgegeben hätte.

Gehen wir noch etwas weiter nach Osten, so sehen wir ein anderes Volk den Kampf um seine Nationalität fechten, das freilich nicht durch eine jahrtausendlange Diaspora zerstreut ist, dessen Ringen deswegen aber nicht weniger heftig ist. Wir haben in unserer letzten Presse schau einen Überblick über die Befreiungskämpfe in Ägypten gebracht. Inzwischen ist es nun auch in Indien zu Unruhen gekommen (s. pol. Rundschau der vorigen Nummer). Das Merkwürdige bei diesen Unruhen ist, daß Anhänger aller Religionen gemeinsam vorgehen und daß überall Ägypten erwähnt und als Vorbild genommen wird. Ein übersichtliches Bild von diesem rebellierenden Indien entwirft das Organ der Londoner Sozialpatrioten, die „Justice“:

„An erster Stelle wurden wir offiziell benachrichtigt, daß allein in unserm Territorium (also außerhalb der Eingeborenstaaten) schon sechs Millionen Menschen der Grippe zum Opfer gefallen sind. Diese hohe Zahl ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die großen Massen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ungeheuer unterernährt sind, daß sie sich tatsächlich in einem Zustande des Halbverhungerns befinden. Vor 40 Jahren hat Sir William Hunter zugegeben, daß vierzig Millionen Inder ihr ganzes Leben (von der Wiege bis zum Grabe) kein einziges Mal satt gewesen sind. Solch hoffnungslos Verhungerte werden jetzt zum mindesten auf hundert Millionen geschätzt.“

Die Nachrichten aus Indien werden mit jedem Tag schlimmer, und die wahre Lage über dieses große und bevölkerungsreiche Reich wird dem Volke in England und in den Kolonien vorenthalten. Aber es wird jetzt zugegeben, daß die Agitation gegen die Rowlatt-Bill, die die Freiheit der Person, der Rede und der Presse der Inder aufhebt, immer drohender wird, daß Unruhen sehr ernsten Charakters in vielen Städten ausgebrochen seien, daß der Hunger einen großen Umfang angenommen habe, daß die Influenza Millionen von Menschenleben schon verschlungen habe und daß Inder und Mohammedaner ein gemeinsames religiöses Protestmeeting in der bekannten mohammedanischen Moschee der alten Hauptstadt von Delhi, in Mogul, abgehalten habe, wo ein gutbekannter Inder eine Rede gehalten hat. Wir nehmen ohne weiteres an, daß unsere Landsleute verstehen werden, was das alles zu bedeuten hat. Es bedeutet, daß Indien sich langsam dem gefährlichen Zustande nähert, in dem es sich im Jahre 1857 befand, in jenem Jahre des großen nationalen Aufstandes. Bal Gungundra Tilak, der Mann, der Indien vertreten kann wie kein anderer es jetzt zu tun vermag, ist augenblicklich hier in London. Aber man hat ihm verboten, nach Paris zu gehen und die Sache Indiens der Konferenz vorzulegen. Er wurde so englischen Deutschfreunden, Bolschewiki-Freunden, Pazifisten, mit einem Wort Defaitisten in die Arme getrieben. Teilweise mißverstehen man deshalb seine Mission. Aber die Tatsachen bleiben. In Indien wird eine schreckliche Mißwirtschaft getrieben. Was denken wir zu tun? Die Anarchie des 815-Millionen-Volkes wird noch eine viel schlimmere sein als die Anarchie in Europa.“

Auch ein redaktioneller Leitartikel der „Times“ vom 19. April: „Offener Aufruhr in Indien“ wirft interessante Lichter auf die aufrührerischen Bewegungen dieses Landes. Das führende englische Blatt weist nach, daß das Wort Lord Chelmsfords: „Offener Aufruhr“ für die Lage im Punjabgebiet in der Tat nicht übertrieben wäre. Es sei klar, daß der Aufstand heute noch nicht beendet ist. Die Eisenbahnlinien seien zerstört, die Telegraphen zerschnitten und die Verbindung mit dem Inneren unterbrochen. An verschiedenen Stellen wäre man der Ansicht, daß Mr. Montagu, der seinerzeit ein Programm für eine durchgreifende Reformierung ausarbeitete, für die gegenwärtigen Wirren verantwortlich sei; doch die Gründe gingen weiter zurück. Hier wird an einige Worte erinnert, die vor kurzem Vincent Smith, der hervorragende Kenner der indischen Geschichte, ge-

sagt hat und die sich ungefähr mit der oben erwähnten Auffassung der „Justice“ decken:

„Was haben die höchsten Beamten Indiens getan, die berieten, wie die Ruhe von 800 Millionen Menschen asiatischer Völker, die zum großen Teil unwissend, abergläubisch, fanatisch und stark mißtrauisch sind, gestört werden kann? Waren sie sich bewußt, was daraus entstehen konnte? Die Unzufriedenheit richtete sich nicht gegen so liebe Männer wie Montagu und Curtis. Die Mißstimmung richtet sich gegen die Bevormundung durch unwürdige Ausländer. Geschürt durch den Ruf: „Die Religion ist in Gefahr“ sollen die Schrecken des Jahres 1857 oder die Zeiten der größten Anarchie des 18. Jahrhunderts wiederholt werden. Die Lehren der Geschichte können nicht mißverstanden werden.“

Diese Worte enthalten eine ernste Mahnung. Eine weitgehende Reform wird von der „Times“ unbedingt gefordert; aber sie dürfte nicht in einer überhasteten Einführung von Montagus Vorlage bestehen, die kaum imstande sein dürfte, den Aufruhr zu ersticken. Eine Verbindung zwischen den Aufständen, die in ganz Indien bemerkbar wären und der bolschewistischen Strömung sei unverkennbar. Die Verbrüderung von Hindus und Mohammedanern wäre eine Wiederholung des Aufstandes von 1857, dessen Anstifter, welche für ihre Tat sterben mußten, Muselmänner waren. Auch jetzt waren die jüngeren Mohammedaner, die durch das Schicksal der Türkei beunruhigt wurden, einer Beeinflussung durch türkische Agenten besonders leicht zugänglich. Im Punjabgebiet hätte sich die Lage deshalb noch verschärft, weil eine große Anzahl von demobilisierten Soldaten, die in ihre Heimat zurückkehrten, ihr Dörfer in vollem Aufruhr fanden. Die Wirren, die sich über die ganze Welt auszubreiten suchen, hätten auch Indien ergriffen und die feindselige Stimmung gegen die Europäer käme dabei zum Ausdruck.

Das gleiche Thema behandelt die „Neue Zürcher Zeitung“ in einem Aufsatz vom 23. April: „Ursachen und Wirkungen der Unruhen in Indien“, der ihrer Angabe nach von indischer Seite stammt. Hier wird der Kern des Aufbruchs in der Teilnahme der Inder am Kriege gesehen. Die Inder hätten geglaubt, für das „Recht der Menschheit, der Freiheit und Gerechtigkeit“ schwere Opfer in ihrem eigenen Interesse bringen zu müssen. Nun verlange das indische Volk Erfüllung der ihm gegebenen Versprechungen. An Stelle der versprochenen politischen Freiheit aber hätte es als Belohnung für seine loyale Mithilfe weitere politische Bedrückung erfahren. Auch dieser Aufsatz sieht in der feierlichen Vereinigung der Hindus und Mohammedaner im Gebet in der weltbekannten großen Moschee zu Delhi der „Jama Musjid“, ein besonders schwerwiegendes Kennzeichen. Aus dieser Verbrüderung zwischen den Anhängern des Propheten und Andersgläubigen an einer heiligen Stätte des Islams könnte man erkennen, wie die tiefe politische Erregung des ganzen indischen Volkes jahrtausendalte Gegensätze überbrückte, aus denen die englische Regierung bisher immer große Vorteile gezogen hätte. Jetzt wären die Ausschreitungen sogar an Orten aufgetreten, die bisher als Hochburgen der königstreuen englischen Gesinnung galten. In diesem Zusammenhang erwähnt die „Neue Zürcher Zeitung“ ein Telegramm des Vizekönigs von Simla, „daß in Amritsar (Punjab) zwei Bankgebäude geplündert und der Güterbahnhof ausgeraubt und eingeäschert wurden. Bei Wiederherstellung der Ordnung seien fünf Engländer und dreißig Demonstranten getötet und viele andere schwer verwundet worden. Zur Wiederherstellung der Ordnung habe er Panzerautomobile und Aeroplane sowie frische englische Truppen aufbieten müssen. Die Verbrüderung

der Hindus mit den Mohammedanern lasse den Aufruhr sehr gefährlich erscheinen, zumal den Führern die Massen immer mehr entglitten.“

Interessant an dieser Mitteilung ist besonders der Umstand, daß Amritsar die Hauptstadt und die religiöse Metropole der Shiks ist und die Vorgänge auch auf eine wachsende Unzuverlässigkeit dieser besten indischen Truppen schließen lassen. Auch „Westminster Gazette“ gibt unumwunden zu, daß die Erregung in Indien alle Volkskreise und Schichten umfaßt, daß sich alle Inder, Prinzen sowohl als Bürger, Bauern und Arbeiter, Mohammedaner und Hindus, einig seien, die politischen Reformen jetzt unbedingt durchzusetzen. Wenn sich erst die Massen des indischen Volkes in Bewegung gesetzt haben, politische Ziele mit Gewalt zu erreichen, so dürfte die Welt eine weitere schwere Erschütterung erfahren, da man nicht absehen kann, ob nicht noch andere asiatische Völker in den Strudel solcher Bewegungen gerissen werden.

Gegenüber diesen Kämpfen, die Indien um seine politische Freiheit und nationale Selbständigkeit führt, entbehrt es nicht des Reizes, gleichzeitig eine Stimme zu hören, mit der ein Inder, als charakteristischer Vertreter des Orients für den nationalen Kampf Deutschlands Partei ergreift: „Deutschlands Zukunft unter den großen Nationen“ im „Tag“ vom 30. April. Es handelt sich um einen kleinen Artikel auf Grund einer indischen Schrift. „Ein Appell an die gesunde Vernunft“, die der indische Rajah Mahendra Pratap mit „politischen, sozialen und humanitären Betrachtungen über die gegenwärtige Lage Deutschlands“ veröffentlicht hat. Der Verfasser, der seit ungefähr Jahresfrist in Deutschland weilt und seiner Zeit mit der Übergabe eines Handschreibens des Emirs von Afghanistan an Kaiser Wilhelm II. beauftragt war, spricht von sich als „Diener der Menschheit“ und will eine neue Lehre der allumfassenden Menschenliebe („service of man kind“) in alle Welt tragen. Und wer in dieses Inders versonnene, oft in plötzlichem Feuer aufblitzende Augen blickt, könnte allerdings glauben, daß hinter diesem Rätselblick wohl der feste Wille eines Apostels einer neuen Lehre arbeitet, die in idealer Schwärmerei und Gläubigkeit aller Menschen, ob Christen, Buddhisten, Hindus oder Moslems, zusammenschmelzen will zu einem Weltbürgertum, das alle nationalen Unterschiede auslöscht. Und welches ist das Mittel, dies zu erreichen? „Der Krieg ist verloren . . . aber noch ist nichts verloren. Wir können noch große Dinge sehen“ . . . — „Falls ihr mit der Spartakusbewegung der ganzen Welt gemeinsame Sache macht, werdet ihr die Ehre haben, die Angelegenheiten der weiten Flächen unserer Erdkugel zu organisieren.“

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß diese Zeilen dem Berichterstatte des „Tag“ natürlich Anlaß geben, die radikalen revolutionären Strömungen Deutschlands nach bekannter ungerechter Manier auf das Wüteste zu beschimpfen und demgegenüber mit dem Zitat „Völker Europas waret Eure heiligsten Güter“ auf deutschnationales Volkstum und Volksbewußtsein hinzuweisen. Der Verfasser ahnt voraussichtlich nicht, daß er seiner eigenen Beweisführung ins Gesicht schlägt, wenn er weiter unten aus derselben indischen Schrift zitiert: „Ich bin für das Glück der ganzen Welt“, nicht für „Redensarten wie Deutschland den Deutschen, oder Indien für die Inder, ich sage, möge die ganze Welt für die Weltbevölkerung sein“. Und doch spricht aus diesen mitunter etwas naiven Formulierungen eine viel

größere Weisheit und Güte für die gerechtere und glücklichere Gestaltung der Welt. Wenn Mahendra Pratap sagt: „Durch Rußland werdet ihr herbeigerufen werden, Persien, Indien, Afghanistan und China zu helfen“, so sieht man daraus wieder, wie unspränglich der Orient für die einfachen Ideen des Kommunismus ist und wie stark der Gedanke der III. Internationale in Moskau, auf der zum ersten Mal auch die Völker des Orients vertreten waren, in ihm Wurzel zu schlagen beginnt. Wenn viele Inder so denken, dann werden wir voraussichtlich auch von den Übeln eines indischen Chauvinismus verschont werden, die uns die Loslösung dieses Landes bringen könnten. Vergessen wir nie, daß mit der Befreiung all der kleinen und unterdrückten Völker des Orients, der Ägypter, Juden, Armenier, Perser, Inder und anderer wenig für das Glück der Welt erreicht wäre, wenn wir ihnen mit ihrer Selbständigkeit den verhassten Nationalismus Europas einflößen, jenes mittelalterliche und unwürdige Gefühl, von dem einer der größten Menschen, der Inder Tagore mit dem Hinblick auf die europäischen Staaten gesagt hat: „Nationalismus ist die organisierte Selbstsucht auf Kosten höherer Lebensformen.“



## Le Temps (Paris)

Nr. 21516

### La situation en Orient

Le maréchal Foch a reçu M. Ward Price, correspondant parisien du *Daily Mail*, auquel il a fait d'importantes déclarations sur la façon dont il envisage la nouvelle situation à laquelle ont à faire face les alliés du fait notamment des événements d'Orient.

Le maréchal a résumé ses impressions dans la phrase suivante :

Les gouvernements alliés seront maîtres de la situation dans le proche Orient, comme partout ailleurs, si, dans un parfait accord, ils se servent de toutes les forces dont ils disposent pour poursuivre une politique sagement mesurée à leurs intérêts.

En ce qui concerne le proche Orient, le maréchal estime que les alliés doivent adapter leurs buts aux moyens dont ils disposent. Il n'a pas cependant voulu entrer dans le détail de ces moyens. Toutefois, il ne peut être question pour lui de troupes grecques, de troupes britanniques ou de troupes françaises.

Nous devons, a-t-il déclaré, mettre toutes nos ressources en commun et travailler ensemble à la poursuite du but que nous nous serons fixé. La situation des alliés dans le proche Orient peut être comparée à une société à responsabilité limitée. Aucun des groupes d'associés ne peut dire : « C'est notre part de capital qui a permis à la Société de se développer. » Non, nous ne faisons qu'un et nous devons travailler tous ensemble.

Vous me demandez mon opinion sur l'emploi de l'armée grecque contre les nationalistes turcs. A cela, je réponds : Les forces grecques sont un appoint dont nous devons nous servir dans l'intérêt général des alliés. Nous avons assez de troupes pour atteindre notre but, à la condition de ne pas dépasser nos ressources. Les alliés ont déjà assez d'engagements militaires dans le proche Orient pour ne pas les accroître indéfiniment.

Et comme le correspondant lui demandait si les forces des alliés étaient proportionnées à l'objectif immédiat qui est de briser l'intervention de Moustapha Kemal, le maréchal répondit :

La guerre moderne n'exige pas seulement des hommes; elle exige en outre, et ce, d'une manière régulière, des approvisionnements, des munitions, des moyens de transport, toutes choses qui ne peuvent être fournies que par l'industrie organisée d'une nation. Le temps des guérillas est passé. Les alliés n'auront rien à redouter aussi longtemps qu'ils resteront d'accord; au contraire, s'ils poursuivent des buts isolés, ils en subiront les conséquences; pour le moment, nous sommes d'accord; tout est donc pour le mieux.



Hamburger Fremdenblatt

Nr. 454

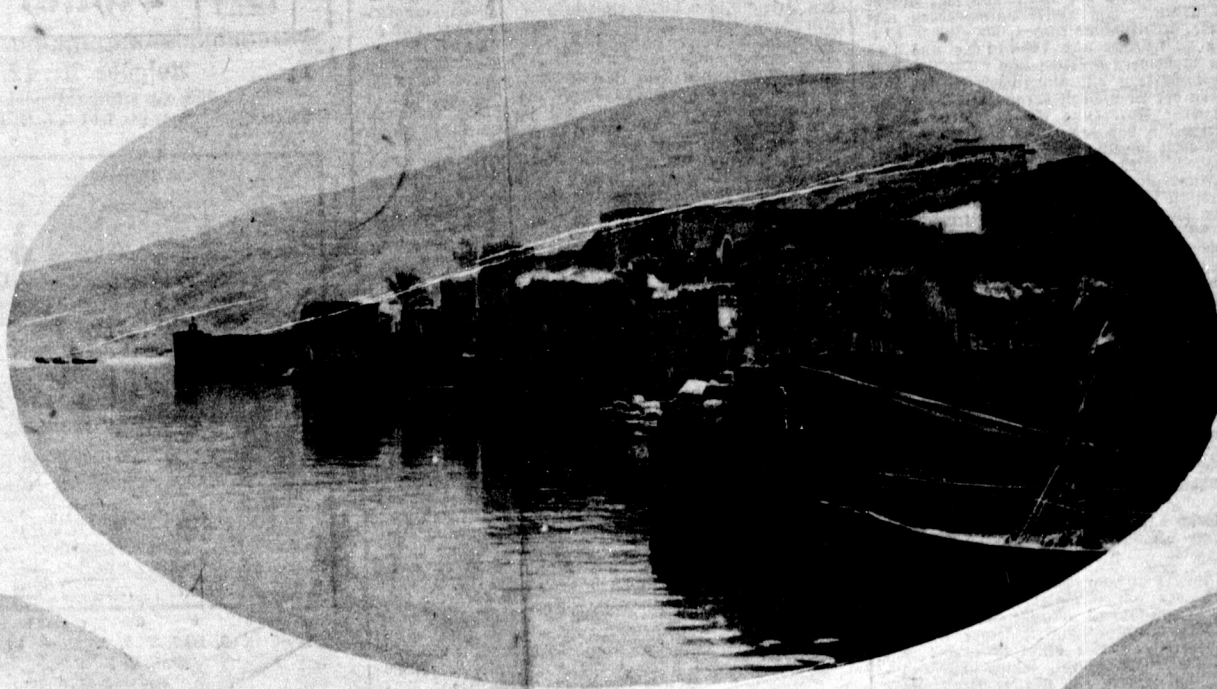
# Sturmzeichen im Orient.

Ereignisse von weittragender Bedeutung spielen sich im fernen Orient ab.

Die Fäden, mit denen man von London aus die englische Weltbeherrschung von Nordafrika bis zum Himalaja und Schwarzen Meer befestigen wollte, sind jäh zerrissen. Ueber die uralte Weltstadt, auf der seit Jahrtausenden der ewige Kampf zwischen der Weltanschauung des Ostens und der des Westens ausgetragen ist, hallt Kriegesgeschrei. Wieder einmal mißt sich abendländischer, gänzlich auf Materielle abgestimmter Verstand mit der in der Abstraktion als Endzweck aufgehenden Wesenseinheit des Morgenlandes.

England, dessen großer leitender Gedanke in seiner Ausdehnungspolitik bisher eine Zusammenschweißung von Indien und Ägypten war, und das sich schon am Ziel seiner Wünsche glaubte, ist aus seiner vor Tagen noch unerschütterlich scheinenden Stellung herausgebrängt.

Ägypten, nach einem Worte Bismarcks, das vielleicht am treffendsten die Lage kennzeichnet, „der Nerv im Genick Englands, der das Rückgrat mit dem Gehirn verbindet“, hat England gezwungen, die vor Monaten von der ägyptischen Volksvertretung gegen den ausdrücklichen Willen seines Protektors verkündete Unabhängigkeit anzuerkennen.



Tiberias am See Genezareth.

Unverletzlichkeit des mohammedanischen Kalifats war für England Warnung genug, der scheinbaren Ruhe nicht allzu sehr zu trauen; kam doch plötzlich über die von England sorgfältig gepflegte Trennung durch die Religionen hinweg mit einem tiefen einmütigen Manifest in einem weiteren Ringe die Wesensverwandtschaft zwischen den Völkern des Ostens zum Durchbruch mit der zum ersten Male seit Bestehen des Indischen Reiches gemeinsamen, offen gegen England gerichteten Front.

In der Türkei scheint sich geradezu ein Wunder zu vollziehen, das vielleicht in mehr als einer Beziehung einen



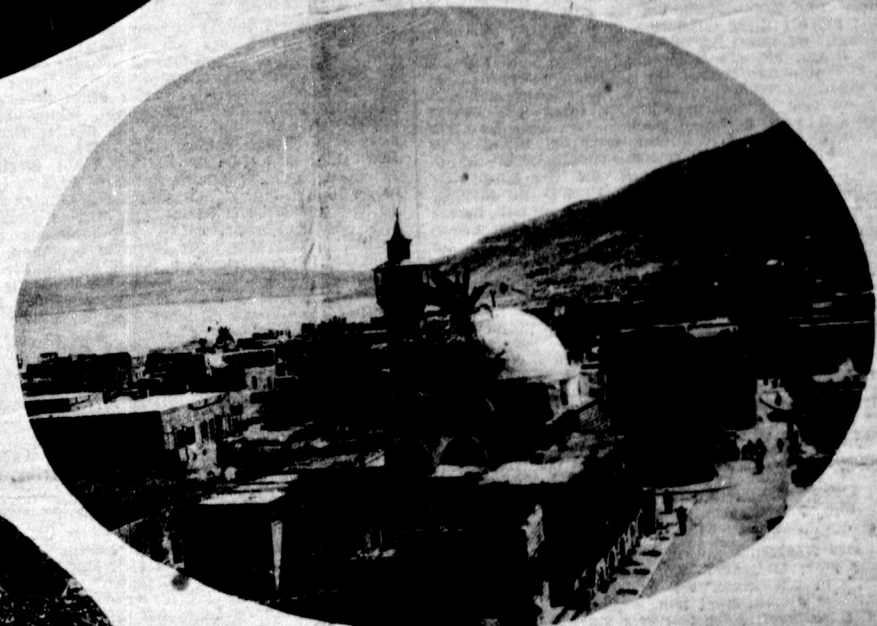
Vorstadt von Damaskus. Im Hintergrunde der Antilibanon.

Mesopotamien, ein „Königreich von Englands Gnaden“, ist den Händen des Zauberlehrlings entwichen und weist stolz jeden Vorschlag zu einem gütlichen Uebereinkommen mit England zurück. Die Hilfskräfte, die man aus Indien zur Rettung der recht kritischen Lage herbeiholen mußte, sind erschöpft. England weiß sehr wohl, daß nichts gefährlicher ist, als in Zeiten eines sinkenden Prestiges die letzte noch einigermaßen sichere Bastion auf Kosten der allgemeinen Sicherheit zu schwächen. Denn auch hier gärt es schon (und das geschlossene Eintreten der gesamten religiösen Verbände Indiens für die

letzte Ziel menschlichen Strebens preisen, dann wird es unsagbar erscheinen, daß über den gleichen Stätten jetzt neben dem Banner religiöser Unbulsamkeit die blutrote Standarte des neuen Geistes flattert, das der alten Kultur des Abendlandes Vernichtung und Untergang zugeschworen hat.

Als ich vor Jahren über die Lande des Ostens hinfiel, über all die Stätten, nach denen sich der Traum des Knaben gesehnt hatte, da war mir der Gedanke gekommen, ob dieses Land, das eine Kultur nach der andern entstehen und wieder vergehen sah, über die Grenze seines Lebens im Weltgeschehen hinaus war und nunmehr in einem ewigen Schlaf der Kulturlosigkeit dahindämmerte, oder ob das, was unter mir lag, in den Augen der Weltgeschichte nur ein Dornröschenschlummer war, ein unbewußtes Kräftesammeln zu einer neuen, gewaltigen Wiebergeburt, zu der das Land mit seinen natürlichen Anlagen befähigt war, wenn nur der richtige Prinz kam, um es zu erlösen.

England hat den Versuch gemacht und muß einen teuren Preis dafür bezahlen. Gewohnt, dem Orientalen gegenüber lediglich als Herr aufzutreten, war der Britte niemals bestrebt, sich in die Seele und den Gedankenkreis des Ostens einzuleben. Dem Volksweltismus aber ist es durch bewußten Verzicht auf Machtpolitik und durch eine grobangelegte Ideenpolitik gelungen, die nur zufällige Korrelation der



Blick auf Tiberias.

Gemeinsamkeit des Gegners zu einer geistigen Front gemeinsamer Ideen zusammenzuschweißen. Dem Orient steht damit eine ungeheure Kraftreserve zur Verfügung in dem Geiste, der, bis selbst nach England hinein, in den Abendländern den Kampf gegen die Verzerrung des Imperialismus aufgenommen hat, und die Worte, die ein Deutscher vor mehr als achtzig Jahren geprägt hat, gewinnen heute eine neue, erweiterte Bedeutung: Mit den Jahrhunderten entstanden, ist die orientalische Frage durch die Jahrhunderte hindurch großgezogen worden, hat Jahrhunderte überlebt und wird sie vermutlich überdauern bis ans Ende europäischer Weltgeschichte.“  
W. Debus.







Tiberias am See Genezareth.

Unversehrtheit des mohammedanischen Kalifats war für England Bedingung genug, der scheinbaren Ruhe nicht allzu sehr zu trauen; kam doch plötzlich über die von England sorgfältig gepflegte Trennung durch die Religionen hinweg mit einem diesem einmütigen Manifest in einem weiteren Ringe die Befehlsverwandtschaft zwischen den Völkern des Orients zum Durchbruch mit der zum ersten Male seit Bestehen des Indischen Reiches gemeinsamen, offen gegen England gerichteten Front.

In der Türkei scheint sich geradezu ein Wunder zu vollziehen, das vielleicht in mehr als einer Beziehung einen



Blick auf Tiberias.

Vorstadt von Damaskus. Im Hintergrunde der Antilibanon.

Mesopotamien, ein „Königreich von Englands Gnaden“, ist den Händen des Zauberlehrlings entwichen und weist stolz jeden Vorschlag zu einem gütlichen Uebereinkommen mit England zurück. Die Hilfskräfte, die man aus Indien zur Rettung der recht kritischen Lage herbeiholen mußte, sind erschöpft. England weiß sehr wohl, daß nichts gefährlicher ist, als in Zeiten eines sinkenden Prestiges die letzte noch einigermaßen sichere Bastion auf Kosten der allgemeinen Sicherheit zu schwächen. Denn auch hier gärt es schon (und das geschlossene Eintreten der gesamten religiösen Verbände Indiens für die



Jerusalem, im Vordergrund die Omar-Moschee.  
Flugzeugaufnahme aus 2000 Meter Höhe.

Vergleich mit den Vorgängen um Tauroggen zur Zeit der Befreiungskriege zuläßt. Das Osmanenreich, im Weltkrieg ausgepreßt und geschwächt, bis vor kurzem noch von vielen Kennern der Türkei — als ob man dieses Land überhaupt je gänzlich kennen lernen könnte! — in hoffnungsloser Agonie liegend angesehen, wird plötzlich Herd einer scheinbar nationalistischen Bewegung. Fern von Konstantinopel, mitten in Anatolien, entstehen plötzlich Unruhen, ursprünglich lokal beschränkt, dann aber mit riesenhafter Schnelligkeit um sich greifend und in kurzer Zeit ganz Anatolien und Kleinasien von der syrischen Grenze bis hinauf zum Bosporus und Schwarzen Meere umfassend.

Der gesamte Orient ist in Bewegung. Alle Kräfteströmungen, ursprünglich rein national abgestimmt, haben sich allmählich verknüpft und dem Gesamtbild der Erscheinungen eingeordnet. Eine gewaltige Welle staut nunmehr von der Sahara bis hinauf zu den Ausläufern des

Kaukasus über die gesamte mohammedanische Welt hin, dem großen gemeinsamen Ziele zustrebend: Befreiung des Islam von der Herrschaft der Ungläubigen.

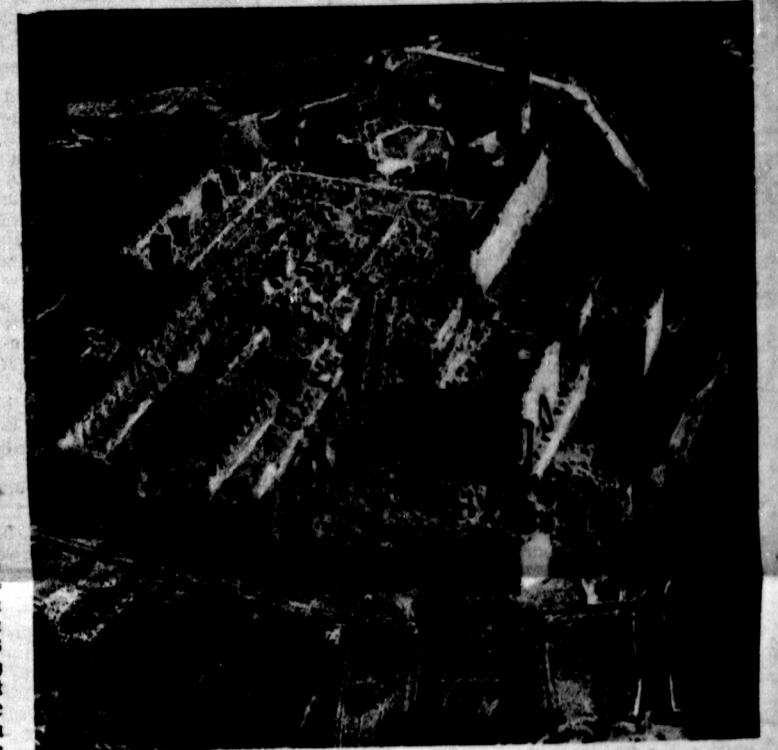
Eine seltsame Verletzung des Schicksals ist es aber, daß auf dem ältesten Kulturboden, in den Jahrtausende ihre unvergänglichen Spuren eingegraben haben, jenes völlig neue und unfertige Reis des zwanzigsten Jahrhunderts, der Bolschewismus, einen günstigen Nährboden fand und feste Wurzeln geschlagen hat. Dieser Vorgang erscheint um so befremdender, wenn man sich den unüberbrückbaren Gegensatz jener beiden Weltanschauungen, des Bolschewismus und des Islam vor Augen hält. Denkt man aber noch weiter zurück, ganz weit in die Vergangenheit und erinnert sich der unvergänglichen Worte, die an den Ufern des Sees Genezareth zum ersten Male erklangen und die seitdem in unzähligen Sprachen ihren Widerhall gefunden haben, jener Worte, die die Liebe und Selbstentäußerung als

Gemeinsamkeit des Segners zu einer geistigen Front gemeinsamer Ideen zusammenzuschweißen. Dem Orient steht damit eine ungeheure Kraftreserve zur Verfügung in dem Geiste, der, bis jetzt nach England hinein, in den Abendländern den Kampf gegen die Verzerrung des Imperialismus aufgenommen hat, und die Worte, die ein Deutscher vor mehr als achtzig Jahren geprägt hat, gewinnen heute eine neue, erweiterte Bedeutung: Mit den Jahrhunderten enthanden, ist die orientalische Frage durch die Jahrhunderte hindurch großgezogen worden, hat Jahrhunderte überlebt und wird sie vermutlich überdauern bis ans Ende europäischer Weltgeschichte.“

W. Debus.



Säulenruine (Baalbek).



Der Tempel des Sonnengottes (Baalbek). Flugzeugaufnahme.



Haifa und die Bucht von St. Jean d'Acres. Aufnahme vom Karmel aus.



La Dépêche Coloniale (Paris)

Nr. 6874

Constantinisme et bolchevisme

LA SITUATION EN ORIENT

L'entente entre la France et l'Angleterre, pour être efficace  
contre les ennemis communs, doit être complète  
et sans aucune défaillance

Les événements qui se succèdent et s'aggravent les uns par les autres en Orient européen et en Asie-Mineure, émeuvent l'opinion française, justement désireuse de voir s'établir enfin une paix durable dans le monde et alarmée par les retours offensifs des éléments de subversion encore insuffisamment domptés. La débâcle de Wrangel, l'alliance des bolcheviks avec les nationalistes turcs, la situation critique de l'Arménie, avaient déjà inquiété les esprits, lorsque les élections grecques, renversant notre grand ami, M. Venizelos et semblant donner une revanche à l'infâme Constantin, sont arrivées par surcroît, et ont rendu plus sombre encore l'horizon oriental.

Nous avons dit hier que la crise grecque était due principalement à des motifs intérieurs. L'ex-roi Constantin s'illusionne étrangement s'il s'imaginer que « son » peuple a prétendu le rappeler en votant contre M. Venizelos. L'opposition anti-venizéliste qui a triomphé au scrutin du 14 novembre n'a pas perdu tout sens commun au point de vouloir jeter un défi aux puissances occidentales, envers lesquelles, au contraire, elle s'est toujours appliquée à proclamer ses sentiments de déférence et de fidélité. Le successeur de l'illustre patriote tombé est un réactionnaire, sans doute, mais très modéré ; M. Rhalys, pendant la guerre, a été plutôt partisan de l'intervention contre l'Allemagne, et il n'est plus d'âge à courir des aventures en préparant une restauration constantinienne. Tout se bornera peut-être à une révolution de palais, à un remaniement du personnel administratif, et à une continuation atténuée du venizélisme sans M. Venizelos. L'armée grecque ne sera

pas facile à démobiliser : ses chefs paraissent résolus à rester à leur poste d'avant-garde en Orient et à ne pas abandonner les conquêtes récentes. L'influence de la France et de l'Angleterre demeure, là-bas, prépondérante et sera tutélaire si elle sait être ferme.

Le gros point noir n'est point à Athènes : il est, plus que jamais, à Moscou. Dernièrement, Lénine avouait que la situation des dictateurs rouges serait précaire tant qu'ils n'auraient pas signé un

accord avec une grande puissance d'Occident. Or, cette satisfaction et ce réconfort sont à la veille de leur être accordés. La Grande-Bretagne active ses pourparlers avec Krassine et le pseudo-gouvernement des soviets pour conclure une entente commerciale. Les mercantis de la cité de Londres allèguent que la fermeture du marché russe paralyse de nombreuses industries britanniques ; c'est inexact, ou extrêmement exagéré : le débouché moscovite n'est nullement indispensable à la production anglaise. Mais M. Lloyd George est enclin à céder devant des considérations étroitement mercantiles et à sacrifier l'harmonie et l'avenir de l'Europe, même de l'Asie, aux appétits d'un ordre peu relevé qui se manifestent dans certains milieux d'outre-Manche. Il est aussi question du paiement des créances anglaises en Russie ; et les créances françaises, bien autrement importantes et respectables, qui en parle ?

Il faudrait pourtant ne pas oublier que la condition essentielle de la sécurité et du salut pour les Etats occidentaux réside dans leur loyale, constante et parfaite entente contre l'ennemi commun, et que toute infraction à cette règle risque d'entraîner les plus fatales conséquences.

L. B.



L' Information (Paris)

Nr. 337

La crise orientale

De M. Paul Louis (*Humanité*) :

Ceux qui croient à un accord rapide, à une liquidation aisée du débat, attestent leur parfaite méconnaissance du problème oriental. Comment le trancherait-on, d'ailleurs, à une heure où il évolue sans cesse ? Car l'affaire d'Arménie a pris brusquement une face nouvelle quand les nationalistes turcs, sur la suggestion ou sous la sommation des Soviets ont décidé de traiter avec la république d'Erivan. Et combien nous sommes mal renseignés ! Les gouvernements ne semblent pas mieux informés, et voilà pourquoi rien n'est plus douteux qu'une solution prochaine — et viable — des questions qui se pressent entre l'Adriatique et le golfe Persique.



12/2  
15.4.1920

r. 917

## Griechenland und die Orientfragen.

(Von unserem Korrespondenten.)

**London, 8. Dezbr.** Man darf nicht glauben, daß die mageren Tatsachen, die in den offiziellen Communiqués der Londoner Konferenz mitgeteilt worden sind, auch nur entfernt ein zutreffendes Bild von dem geben, worauf es ankommt. Der künftige griechische König spielt eine viel geringere Rolle bei den Verhandlungen, als es den Anschein hat. Der Umsturz in Griechenland hat die Zahl der für die Alliierten wichtigen Orientfragen zwar plötzlich vermehrt, aber das Ganze ist ein diplomatischer Komplex: von Thrazien bis Palästina. Darum ist klar, daß von beiden Seiten nicht nur politische Grundsätze vertreten, sondern auch diplomatische Verhandlungstaktik geübt wird. — Die englische Regierung steht wohl nicht am Sévres-Vertrag, aber sie will die Türkei nicht wiederherstellen. Soweit Änderungen, wegen des Regierungswechsels oder wegen der Erschöpfung Griechenlands, nötig werden, will sie diese zum Gegenstand ruhiger Ueberlegung und von Verhandlungen machen. Dabei scheitert für England Thrazien aus. Zeigt es sich, daß Griechenland künftig nicht der Vorposten der Alliierten sein kann, dann soll — so scheint es in der englischen Absicht zu liegen — die Zone von Smyrna wie der (in diesem Falle erweiterte) Umkreis von Konstantinopel internationales Gebiet werden, also unter der Mit-Garantie und Aufsicht Englands stehen. Frankreich hat bekanntlich andere Pläne vorgebracht. Das Problem ist vertagt bis zur neuen Zusammenkunft (in Paris oder Nizza), das heißt: bis man sieht, inwieweit die Entscheidung Griechenlands Änderungen in der Nordwesthälfte der ehemaligen Türkei nötig macht. Kommt Konstantin, so wird ihm — zum mindesten fürs erste — finanzielle Hilfe verweigert, dann kann Frankreich seine 10 Mill. Pfund sparen, was ihm sicher lieb wäre. Das würde freilich zum Zusammenbruch der griechischen Macht in den neuen Gebieten führen, womit England nicht gedient wäre. Es liegen Nachrichten vor, aus denen man schließen kann, daß die Athener Regierung die Kollage richtig erkennt und versucht, auch wenn das Volk sich für Konstantin entscheidet, diesen zu bewegen, zu Gunsten eines seiner Söhne zu verzichten. Geschähe dies: kommt einer der Prinzen, so erwarten Griechenland viel bessere Bedingungen. Aber auch in diesem Fall bleibt dieselbe Frage: was soll geschehen, wenn der neue König die Kraft nicht aufbringt, um die Reuerwerbungen militärisch zu verteidigen? Das wait and see ist also sicherlich eine Parole, die man begreifen kann. Um so mehr, wenn man sich klar macht, daß der Umschwung in Griechenland nach der Auffassung von guten Kennern weniger die Folge einer royalistischen Umwandlung, als die Reaktion auf eine militaristische Politik ist, bei der Venizelos und die Westmächte dem griechischen Volk größere Opfer zugemutet haben, als von diesem, das schon vor dem Weltkrieg geblutet hat, vernünftigerweise erwartet werden konnten. — Die Zeit des wait and see wird von den Alliierten mühsam überbrückt: inzwischen haben sie sich über die andere Hälfte des türkischen Problems unterhalten und vielleicht sogar geeinigt. Ich habe kürzlich erwähnt, daß das Sykes-Picot-Abkommen zur Debatte steht. Das wird nun durch die Pariser Presse bestätigt. Ehe die großen Orientfeldzüge der Alliierten im Weltkrieg begonnen wurden, haben sie die künftige Beute verteilt. Darauf bezieht sich dieses Abkommen. Inzwischen waren helbe Teile mit wichtigen Punkten unzufrieden. So schied der Bezirk von Mosul aus dem Gebiet der französischen Eroberungen in Mesopotamien aus. Es wäre übrigens interessant zu wissen, was Frankreich von England dafür eingetauscht hat. Andere Schwierigkeiten haben sich an anderen Stellen ergeben, so in Syrien, so in Nordpalästina. Hier, in Palästina, handelt es sich um Wasserkräfte an der Nord- und Nordostgrenze des Landes. Wenn die Pariser Presse richtig gehört hat, so ist der Handel zu Gunsten Frankreichs erledigt worden. Das bedeutet ein Plus für englische Wünsche an anderer Stelle — wie gesagt: von Thrazien bis Palästina reicht der Gesamtkomplex der sogenannten orientalischen Königsfrage. Wer nicht unmittelbar im nahen Osten interessiert ist, wird sich sagen müssen: ein Segen für Europa wäre es, wenn endlich die Rivalitäten zum Ende kämen und im türkischen Trümmergebiet Ruhe und Frieden einzöhen. Welche Lösung gefunden wird, ist weniger wichtig; wichtig ist, daß sie dauerhaft ist — soweit das eben angeht.



Gener. Die Balkan- und Orientprobleme. tona

**Riga, 10. Febr. (Priv.-Tel.)** Auf den Vorschlag Rumäniens, Rußland solle Delegierte nach Riga entsenden, hat Tschitscherin am 7. Februar sein Einverständnis ausgesprochen. Seine Note an Tade Jonesku betont Rußlands Friedenswillen und Geneigtheit zu weiterem Entgegenkommen. Indem er bedauert, daß Rumänien vorläufig nur Vorbesprechungen über eine Friedenskonferenz wünscht, weist Tschitscherin auf Reval als den bequemsten Verhandlungsort hin und ernannt den Vertreter Sowjetrußlands in Estland, Litwinow, zum Unterhändler, der bereits mit allen Völkern zum Abschluß eines Vertrages mit Rumänien verfahren ist. Tschitscherin bittet um Beschleunigung der Zusammenkunft.

**Genf, 9. Febr. (Priv.-Tel.)** Die neue griechische Regierung teilt amtlich mit, daß sie auf der Londoner Konferenz am 21. Februar durch den neuen Ministerpräsidenten Kaloogeropoulos, den Oberkommissar von Smyrna, Stergiades, und den gegenwärtigen Gesandten in Rom, Koromilas, vertreten sein werde. Die französische Regierungspresse macht darauf aufmerksam, daß die beiden Mitarbeiter des neuen griechischen Ministerpräsidenten der Partei des ehemaligen Präsidenten Venizelos angehörten und daß auch der gegenwärtige Parteiführer der Venizelisten in Athen, Danglis, das neue Kabinett unterstütze. Andererseits gibt der „Eclair“ einige Äußerungen wieder, die Venizelos, der schon aus London nach Paris zurückgekehrt ist, im Verkehr mit politischen Persönlichkeiten gemacht habe und die erkennen ließen, daß er zwar persönlich nicht mit dem König Konstantin zusammenarbeiten könne, daß er aber doch seine ganze Kraft gegen die Revision des Friedensvertrages von Sevres einsetze werde. In Paris sieht man insolge dessen der Londoner Konferenz mit sehr gemischten Gefühlen entgegen.

**Athen, 9. Febr. (Wolff.)** Stergiades weigert sich aus Gesundheitsgründen, an der griechischen Delegation für die Londoner Konferenz teilzunehmen. Kaloogeropoulos wird am Donnerstag von Athen abfahren und sich einige Tage in Paris aufhalten.

**Konstantinopel, 9. Febr. (Wolff.)** Sabas meldet, daß neuen Nachrichten zufolge die Beziehungen zwischen Angora und Moskau wieder herzlich geworden sein sollen.

Nach weiteren Nachrichten aus Konstantinopel wird die Abordnung der Konstantinopeler Regierung bei der Londoner Konferenz unter dem Vorsitz des Großwesirs Tewfik Pascha stehen.

**Rom, 8. Febr. (Elefant.)** Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 70.000 Mann organisiert. Die Türken treffen große Vorbereitungen, um der griechischen Armee Widerstand leisten zu können. Nach Informationen aus dem kemalistischen Lager beabsichtigen die Türken, wenn die griechischen Truppen bei der bevorstehenden Offensive Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten.



## Kölnische Zeitung

Nr. *222*

### Der Orient nach der Orientkonferenz.

Von unserm langjährigen E-Berichterstatter im Orient.

Es ist zweifelhaft, ob in London bei allen Teilnehmern der Konferenz die Absicht bestanden hat, die langlebige Orientfrage zu lösen. Sicher dagegen ist, daß die französische Politik für ihre eignen Zwecke mit Erfolg gearbeitet hat. Sie hat sich mit den Türken geeinigt; französische Truppen werden nicht mehr neben den Palikaren des „preussischen Feldmarshalls Tino“ gegen die Türken stehen; wertvolle wirtschaftliche Zugeständnisse stehen in Aussicht, und dem französischen Bedürfnis der Selbstberäucherung schmeichelt es, wenn die klugen Männer von Angora von der führenden Rolle sprechen, die dem französischen Geist im Orient und in der ganzen Welt zukomme.

Ungeklärt sind die griechisch-türkischen Streitfragen geblieben, die die amtliche Ursache der Einberufung der Konferenz gewesen waren. Es ist sogar eingestanden worden, daß man den Streit nicht schlichten könne. Der Völkerbund — der keiner ist, denn im besten Falle ist er ein Staatenbund ohne Parlament — lebt von verpaßten Gelegenheiten. So ist auch hier die Gelegenheit verpaßt worden, ein Organ dieses Bundes mit dem Recht eines endgültigen Urteils in den Orientfragen zu bekleiden. In einem merkwürdigen Rückfall in die Zeit der barbarischen Kriege, der wir doch dank den Opfern der weißen und schwarzen Kulturwelt, einschließlich der Maoris, entronnen sein sollen, ist sogar den beiden Kampfpfeilen, Türken wie Griechen, gesagt worden, es bliebe nun wohl nichts übrig als die Waffen entscheiden zu lassen.

Beide Gegner haben den Rat vernommen. Beide rüsten, die Griechen stellen drei Jahrgänge ein, die Türken in Anatolien verstärken ihr Freiwilligenheer. König Konstantin und Mustafa Kemal erlassen Aufrufe zur Wahrung der höchsten Güter der Menschheit.

Die Griechen weigern sich, Ostthrazien aufzugeben; sie weigern sich, einen Spruch eines Untersuchungsausschusses anzuerkennen. Sie sagen sich mit Recht, daß niemand in der Lage ist, sie zur Aufgabe von Ostthrazien zu zwingen. Verbandstruppen können dafür kaum in Betracht kommen, ohne allzu bittere heimatische Kritik der politischen Künste des Verbandes zu bewirken. Die Türkenheere können schwerlich aus Anatolien nach Europa berufen werden, aus dem eine noch zu Recht bestehende amtliche Botschaft des Verbandes sie hinauswerfen wollte. Die Griechen werden also in Ostthrazien bleiben, unbeschadet der Wahrheit, daß sie dort höchstens ein Drittel der Bevölkerung bilden. Mit Vorliebe rechnen griechische Statistiken die etwa 60 000 patriarchalischen Bulgaren als „bulgarophone Griechen“ zu den Griechen, obgleich Patriarchisten gewöhnlich ebenso gute Bulgaren sind wie Exarchisten. Dem griechischen Besitz droht dort einstweilen keine Gefahr; die griechischen Posten werden in Sicht der Tschatalbaschalinie, 25 Kilometer vor Konstantinopel, bleiben. Hinter ihnen liegen die Bulgaren auf der Dauer. Das ist hier das Friedenswert von Sevrès und London.

Etwas anders stehen die Dinge in Kleinasien. Den Griechen ist Smyrna mit Hinterland ausgeliefert worden, nicht in aller Form, sondern unter mancher Verschleierung. Sie täuscht niemand, auch die dichtwohnenden Türkenmassen nicht innerhalb der Grenzen des Hinterlandes von Smyrna. Die Konferenz wollte leichte Änderungen vornehmen; indessen gaben weder Türken noch Griechen befriedigende Erklärungen. Unter wortreichem Hinweis auf die ehemalige byzantinische Kultur ganz Anatoliens ruft

Griechenland nach dem Lande der aufgehenden Sonne. Seine Truppenzahl in diesem Gebiet schwankt; augenblicklich werden die sechs Divisionen wieder aufgefüllt, nachdem sich ihre Reihen mit und ohne Urlaub stark gelichtet hatten. Mit sechs oder acht Divisionen, etwa 70- bis 90 000 Mann, den Raum von Brussa bis nahe an das Seengebiet zu behaupten, ist schwer; aus ihm heraus entscheidende Vorstöße gegen die Anatolier zu machen, ist unmöglich. Behaupten einerseits die Griechen noch guten westlichen Mustern, die feindlichen Barbarenhorden in drei Monaten über Angora hinauswerfen zu können, so sagen die Anatolier ernst und finster, daß in drei Monaten die Griechen ins Ägäische Meer geworfen seien. Daß die Volksvertretungen in Athen und Angora diese Gegensätze mildern könnten, ist unwahrscheinlich, denn Volksvertretungen sind heute noch keine Plattform für verständliche Politik. Das ist das anatolische Wert von Sevrès und London.

Ist für die Türkei und Griechenland nichts gelöst, und sollen die Abordnungen, die soeben aus dem Weisheitsborn in London getrunken haben, einen Monat Zeit haben, um Beschlüsse zu fassen, so ist für die Armenier in London noch weniger geschehen. Es ist an der Zeit, diesem gequälten Volk endlich die Ruhe zu geben. Freilich wird ihm ein nationales Heim versprochen. Das Heim der Zionisten in Palästina war leicht zu gründen und wird behauptet werden können, das Heim der Armenier liegt im Wolkenkuckucksland, niemand kennt Anfang und Ende, niemand wird seine Soldaten wegen Armenien ausrücken lassen. Es ist ohne die Anatolier, gegen den Willen der Anatolier nicht zu schaffen.

Wie sich auch schließlich Türken und Griechen auseinanderlegen mögen, so liegen doch Reime großer Verwicklungen nicht darin. Eine türkische Frage wird es nicht mehr geben, sobald in Anatolien ein Ausgleich geschafft sein wird. Von sehr großer Bedeutung dagegen wird die arabische Frage werden, die sich immer deutlicher am Zukunftshimmel abhebt. Das arabische Stammesbewußtsein ist gewedit; von der syrischen Grenze bis Aden, von Chartum bis Bagdad geht ein Ruf nach Zusammenschluß und Unabhängigkeit durch die arabische Welt, und kein Zweifel, daß er von Mekka ausgeht, wo die Einflüsse des Islams in den Dienst der arabischen und allislamischen Sache gestellt werden. England könnte sich mit einem freien Arabien vom Mittelmeer bis an den Indischen Ozean ausöhnen; Frankreich nicht, denn es bedeutete das Aufgeben der französischen Stellung in Syrien. An diese Frage hat die Konferenz nicht gerührt. Aber die Araber werden dafür sorgen, daß sie nicht in Vergessenheit gerät. Sie ist die Erbin aller Sorgen der frühern orientalischen Frage und endgültig ohne Zusammenstöße großen Stils nicht zu lösen. Das ist der wichtigste Ausblick, den der Verlauf der Konferenz der Welt eröffnet. Stolz dürfen wir darauf nicht sein. Ein großes Volk weltgeschichtlicher Vergangenheit, dessen Sprache Gemeingut aller gebildeten Mohammedaner der Welt geworden ist, das dem Islam hervorragende Werke der Philosophie, Geschichte und der Dichtkunst gegeben hat, strebt nach Zusammenfassung seiner Kräfte und wird sich auf diesem Wege nicht aufhalten lassen. Die Londoner Konferenz, die dem Orient eine neue lebensfähige Ordnung geben wollte, ist wortlos über diese die ganze östliche Welt bewegende Frage hinweggegangen.



## L'Information (Paris)

Nr.

156

### La guerre en Orient

L'Œuvre (M. Charles Saglio) :

Le seul grief que la France puisse avoir encore contre les Kémalistes — grief pénible, en vérité — est que ceux-ci n'ont pas accompli le geste généreux, le geste habile, de libérer ceux de nos soldats qu'ils ont capturés en Cilicie. On conviendra toutefois que ce n'est pas en nous associant à une nouvelle agression des Grecs que nous hâterions la délivrance de nos compatriotes.

La guerre est finie pour nous en Orient, comme en Occident. Ce n'est pas sans étonnement que nous apprenons que tout le monde, au Quai d'Orsay, ne partage pas cet avis et que les suggestions des diplomates et des financiers anglo-helléniques trouvent dans l'entourage de M. Briand des oreilles complaisantes. Cet étonnement sera partagé par l'opinion publique française qui ne saurait supporter qu'en vertu de marchés secrets nous donnions un sou ou un fusil aux soldats de Constantinople.

L'Humanité (M. Marcel Cachin) :

Depuis la fin de la guerre, le capitalisme britannique s'est attribué Constantinople, les Détroits, la porte de la Mer Noire et le contrôle sur les pétroles de Bakou, la Mésopotamie avec Mossoul et ses nappes, la Palestine, grâce au grossier camouflage du Sionisme.

Mais la nation turque, menacée de mort, chassée de Thrace et de Constantinople, chassée de Cilicie, réduite au plateau anatolien, se redresse contre ceux qui s'acharnent à la dépecer ; elle a équipé une armée de 150.000 à 200.000 hommes. Cette armée nous a fait éprouver de lourdes pertes en Cilicie ; elle a battu sévèrement les Grecs ; on dit que maintenant elle vise les Détroits et Stamboul.

La situation devient rapidement périlleuse sur ce point du monde. La France bourgeoise et ses alliés anglais y piétinent à qui mieux mieux le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes ; ils y ont subi déjà de multiples échecs militaires et diplomatiques.

Le danger s'aggrave pour les dirigeants aveugles de l'Occident qui accumulent contre le capitalisme européen tout entier les haines de l'Asie. De plus en plus on s'organise là-bas pour lutter contre l'avidité insatiable des bourgeoisies impérialistes de l'ouest de l'Europe.



The Times (London)

Nr. *42081*

**UNION OF ORIENTAL  
PEOPLES.**

(FROM OUR OWN CORRESPONDENT.)

CONSTANTINOPLE, July 10.

Commissar Araloff, the Soviet envoy at Angora, has given a grand banquet in honour of the Persian Minister, Muntaz-ed-Dowleh, who is the newest recruit to the Diplomatic Corps at the Turkish Nationalist capital.

He made a speech saying that union of the Oriental peoples was indispensable for the coming economic struggle. The presence of a Persian representative at Angora would help to bring about closer relations between those peoples. He ended by paying a tribute to the part played by Turkish women in the Nationalist struggle.



## Die Lage im Orient.

Von Professor Dr. Kahrstedt, Göttingen.

In der Spannung zwischen England und Frankreich, die die politische Lage der Welt empfindlich beeinflusst, tritt immer wieder die Frage des nahen Ostens in den Vordergrund, ohne daß man einer Lösung näher kommt. Begreiflich genug, denn das ganze Morgenland ist in einer ungeheuren Umwälzung begriffen, deren Motive aller westlichen Medi- zinen spotten. Mehr noch als in Mitteleuropa und jedenfalls rascher als dort hat sich das Diktat der Weltbeherrscher von Versailles überlebt. Schon bestreitet Frankreich die Möglichkeit der Anwendung des Friedens von Sévres, während zugleich das neue imperialistische Rußland seine Vorposten tief in den Orient geschoben hat, die von Mitteleuropa durch die Existenz Polens fern gehalten werden: die staatlichen Gebilde, die nach dem Willen der Entente die Rolle Polens im Orient spielen sollten, Armenien, Georgien und Aserbeidschan, sind teils russische Vasallenstaaten, teils zwischen Rußland und der Türkei geteilt worden. Die vordersten Entente-truppen stehen heute am mittleren Euphrat, vor 1½ Jahren waren sie noch am Kaukasus: ein Rückzug von über siebenhundert Kilometer. Die Grenzstreitigkeiten, die eine Zeitlang Moskau und Angora über der armenischen Beute zu entzweien drohten, sind heute erledigt, im ganzen zugunsten der Türkei. Seitdem hat Angora eine Rückenbedeckung, die es noch unangreifbarer macht, als seine geographische Lage es ohnehin tut, und wir verstehen, daß die auch ermüdeten Westmächte zu einem Ruhepunkt kommen wollen.

Das Verhältnis zwischen den vier Mächten Rußland, Angora, Frankreich und England ist von einer seltsamen Kompliziertheit und so recht bezeichnend für die Versahrenheit der Verhältnisse, die die letzten großen Friedensschlüsse hinterlassen haben. England betreibt seit Monaten die Annäherung an Rußland, hat an der Schaffung des Vertrages von Rapallo sehr energischen Anteil genommen (Lord George hat es neulich selbst im Unterhause ausgesprochen) und ist eigentlich darauf angewiesen, die Freunde und Vasallen des Großherrn im Kreml milde anzufassen. Desgleichen ist Rußland, das nach England schielt, genötigt, seine Vasallen gegenüber dieser Macht kurz zu halten. Aber gerade Angora, der wichtigste aller russischen Außenposten, hat seinerzeit sich Frankreich genähert und mit ihm einen Sondervertrag geschlossen. England, das bei den inneren Wirren in Griechenland mit der Absicht Partei gewonnen hat, den französischen Einfluß in Athen zu beseitigen und das in der Tat Griechenland von diesem befreit hat, hatte den Griechen als Gegenleistung seine Unterstützung bei ihrem Privatkrieg gegen Angora zugesagt. Also England nähert sich Rußland, steht aber im Konflikt mit Angora, das seinerseits in engster Beziehung zu Moskau steht. Frankreich andererseits hat einen Vertrag mit Angora, verabscheut aber jede Annäherung an Moskau, den Schutzherrn der Türken. In der Tat eine außerordentlich komplizierte Lage, die dadurch noch versahrener wird, daß Italien, Englands engster Verbündeter, in der kleinasiatischen Frage von der Londoner Politik abweicht, aus Rivalität gegen Griechenland und im Interesse seiner Handelsstellung in der Levante Erfolge der Griechen sehr ungern sieht, d. h. eigentlich dem französischen Standpunkt näher steht als dem britischen.

Die Klärung mußte von der Beantwortung der Frage abhängen, ob das nach zwei Seiten gebundene Angora sich stärker zu Rußland oder zu Frankreich hingezogen fühlen würde, ferner davon, ob England die Griechen der Rückstufung auf Italien und Rußland zugleich opfern oder an Athen festhalten würde. Die Frage ist auch heute nicht ganz erledigt, hat aber doch einige Schritte zur Klärung getan: Angora hat an Rußland festgehalten und durchblicken lassen, daß es gern mit England ins Einvernehmen kommen würde, das letztere hat trotz allem amtlichen Sträuben natürlich keinen Moment verkannt, daß Rußland und Italien zusammen und gleich wichtiger waren als Griechenland. Die Liquidierung des Unternehmens gegen Angora, die praktisch mitten im Gange ist, wurde England aber auch durch andere Gründe außerordentlich nahe gelegt.

Seit 400 Jahren wird die orientalische Geschichte beherrscht von dem Gegensatz der türkischen und der arabischen Welt. Seitdem Sultan Selim den letzten abbasidischen Kalifen in Kairo beseitigt hat und zum erstenmal seit Jahrhunderten die höchste weltliche und geistliche Autorität der islamischen Welt in seiner Person vereinigt hat, steht das Arabertum in Opposition gegen die Türken. Daß die weltliche Oberhoheit den Händen der Türken. Daß die weltliche man hin, sie hatte auch unter den Abbasiden war, viele Jahrhunderte in fremden Händen geruht, aber bis dahin hatten alle diese Fatimiden, Seltschulen und wie sie heißen mochten, die Notwendigkeit arabischen Blutes für die Kalifenwürde anerkannt. Diesen Riß, der tief durch die ganze islamische Welt ging, hat sich England wie schon in früheren Zeiten so namentlich während des Weltkrieges zunutze gemacht, es hat die Araber zum Kampfe gegen die türkischen Usurpatoren aufgerufen und im Friedensschluß alle arabischen Landesteile der türkischen Macht entzissen. Das Programm war, die höchste geistliche und weltliche Würde an den arabischen Islam zurückzubringen: der Beherrscher Ägyptens wurde als Sultan ausgerufen, das Kalifat sollte wieder nach



Nekta kommen. Durch diese Erfüllung eines vielhundert-jährigen Traumes konnte England die Araber während des Krieges an sich fesseln.

Aber die arabischen Sympathien für England waren durch zwei starke Hypothesen belastet: die Okkupation Ägyptens dauerte fort, so daß die Uebertragung des Sultantitels als des weltlichen Oberhauptes des Islams auf einen Araber ein leerer Schall blieb. Vor allem aber hatte sich England gegenüber den Zionisten verpflichtet, in Palästina einen jüdischen Staat zu schaffen, d. h. in einem bestimmten Teile der arabischen Welt die Araber einer Fremdherrschaft, die Gläubigen dem Joch der Ungläubigen zu unterwerfen. Bald nach dem Abschluß des Krieges, als der politische Alltag wiederkehrte, fühlte England, wie diese beiden Tatsachen wirkten. Man hatte gehofft, von den vier Elementen, aus denen sich die islamische Welt zusammensetzt — Türken, Perser, Araber, Inder — nach dem Sturz der Türkei das arabische und nach dem Ausscheiden Rußlands das persische unbestritten beherrschen zu können. Das überraschend schnelle Erstarken Rußlands auf außenpolitischem Gebiet und der Abschluß des russisch-persischen Vertrages haben einen Strich durch die erste Rechnung gemacht, die ägyptische und die jüdische Frage zogen einen ebenso biden durch die zweite. England sah sich, zumal bei der Gärung in Indien, wider Erwarten genötigt, doch nach dem letzten Element im Islam, dem türkischen, Ausschau zu halten.

Es kam noch etwas weiteres hinzu: Mustapha Kemal war formell ein Rebelle gegen den Sultan in Konstantinopel, England gedachte diesen gegen Angora auszuspielen und namentlich sich seiner geistlichen Autorität zu bedienen. Ihn des Kalifats zu berauben, hatte man bei der Erkaltung der Beziehungen zu der arabischen Welt ohnehin keine Eile mehr. England hat versucht, Mustapha Kemal vor der islamischen Welt als Rebellen gegen das Oberhaupt des Islams zu denunzieren. Da hat Mustapha Kemal den Engländern diesen Trumpf aus der Hand geschlagen, indem er seinen Vetter Dussuf Kemal nach Stambul sandte, den Sultan als Kalifen anerkannte und sich als Reichsfeldherr des letzteren bestellen ließ. Damit brach die englische Propaganda zusammen, vor allem aber wirkte der Vorgang außerordentlich stark auf den indischen Islam. Hier hatte man nie Gewicht darauf gelegt, die Kalifenwürde von den Türken an die Araber zurückgebracht zu sehen, der Kalif in Konstantinopel war für die Inder legitim, und die Mission Dussuf Kemals machte auch Mustapha zum legitimen weltlichen Vorkämpfer des Islams. Auf diesem Hintergrund vollzieht sich heute die notgedrungene Annäherung Englands an Angora.

Zugleich beobachten wir aber einen höchst interessanten Reflex in der arabischen Welt: die Rollen vertauschen sich, die Araber nähern sich Frankreich und dieses wirbt um ihre Gunst. Der Aufstand in Syrien ist überraschend schnell in sich zusammengesunken, und vor allem hat Frankreich einen Schritt von unübersehbaren Folgen getan, es hat mit dem Emir von Rejd und Hasa ein Bündnis abgeschlossen. Dieser Herrscher gebietet über den Norden von Zentralarabien und einen breiten Streifen am Persischen Golf. Er trennt die zwei wichtigsten arabischen Vasallenfürsten Englands in Mekka und Bagdad, sein Gebiet ist ein Korridor, der von Syrien bis an den Persischen Golf führt. Um den deutschen Korridor an dieses Meer zu versperren, hat England die halbe Welt in Bewegung gesetzt, jetzt hat seine Politik dahin geführt, daß ein französischer entstanden ist. Und am anderen Ende dieses Korridors stehen 46.000 französische Soldaten, mehr als England zwischen Indus und Nil zur Verfügung hat.

Man redet in England nicht offen von solchen Dingen, aber sie stehen hinter den letzten Debatten im Unterhause. Die Opposition hat gefordert, daß man die Unterstützung des Zionismus aufgibt. Das wäre ein Versuch, die arabische Welt festzuhalten und würde natürlich umgekehrt den Verlust des Einflusses auf Angora bedeuten: man kann mit den Türken oder den Arabern paktieren, nicht mit beiden. Selbstverständlich hat die französische Partei in England, Korridor an der Spitze, sich dieser äußerlich antisemitisch aufgemachten Bewegung bemächtigt. Die Abkehr von Angora wäre auch eine Beleidigung für Rußland, d. h. ein Nachgeben Frankreich gegenüber in der Frage der Behandlung Mordaus. Zugleich würde der Konfliktstoff aus der Welt geschafft, der dadurch entstanden ist, daß das aus Kleinasien verdrängte Frankreich sich an die arabische Welt hat wenden müssen. Die Pariser Politik könnte wieder nach Kleinasien zurückkehren, sich auf die Türken stützen und die arabische Welt den Engländern überlassen. Deutschland kann von Glück sagen, daß dieser antisemitische Versuch, Konfliktstoffe zwischen England und Frankreich zu begraben, gescheitert ist. Alle unsere Hoffnungen beruhen auf der Verschärfung dieses Gegensatzes: der unscheinbare Vertrag Frankreichs mit dem arabischen Emir ist ein besonders bedeutungsvolles Moment auf dem Wege zum Zusammenbruch der politischen Konstellation von Versailles.

## Oesterreichisch-italienische Wirtschafts-gemeinschaft?

(Von unserem österreichischen Mitarbeiter.)

Wien, 20. Juli.

So paradox es im ersten Augenblick klingen mag: an maßgebenden Stellen in Oesterreich beschäftigt man sich mit der Idee eines wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Italien. Diese Idee ist eben vorläufig eine bloße Idee, sozusagen eine ultima ratio, wenn der Sanierungsplan nicht den erhofften Erfolg bringen sollte und wenn auch die außenpolitische Konstellation im gegebenen Zeitpunkt eine solche wäre, die einem Anschlusse Oesterreichs an Deutschland unüberwindliche Hindernisse entgegenzusetzen würde. Der kluge Mann baut vor; dies gilt auch für das Ministerium Selpel. Der finanzielle Sanierungsplan der gegenwärtigen österreichischen Regierung, der sich schier übermenschliche Ziele gesteckt hat, ist wohl parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht; die Gehehe über die Notenbank und die innere Anleihe sind erledigt. Aber der Erfolg ist damit noch nicht verbürgt. Es ist noch nicht ausgemacht, ob die dem Besitz angelasteten Opfer die wirtschaftlichen Kräfte nicht übersteigen, ob insbesondere durch die Belastung des derzeit stark passiven häuslichen Hausbestandes nicht Vermögenszerstörungen und Ueberfremdung im weitesten Umfange eintreten werden. Das Korrelat zum Opfer des Besitzes, eine Intensivierung der Leistungen der Arbeiterschaft, wurde von den Sozialdemokraten brüst zurückgewiesen; an den „Errungenheiten der Revolution“, worunter hauptsächlich der Achtstunden-



## Morgenröte im Osten.

Von O. G. von Wesendonk.

Die Teilung der östlichen Welt schien durch den Ausgang des Weltkrieges endgültig besiegelt zu sein. Die Türkei sollte aufgelöst werden, die arabischen Länder England und Frankreich anheimfallen, das nun ungestört an die Unterwerfung des störrischen Nordafrika gehen konnte. England konnte seinen Machtbereich durch Persien, Turkestan und die Kaukasusländer erweitern und sich so das erträumte Reich von Aegypten nach Indien schaffen, das an die durch das Schlagwort Kap-Kairo umschriebene britische Sphäre in Afrika anschloß. Nur in China mußte das Feld den Japanern überlassen werden, die den Weltkrieg dazu benutzt hatten, um sich in Ostasien festzusetzen. Aber im Fernen Osten hoffte England Japan einen Rivalen in Amerika auf den Plan zu rufen, das durch das undankbare Protektorat über Armenien an der von der Entente eingeleiteten Lösung im Osten interessiert werden sollte. Italien behielt Tripolitaniens und bekam eine problematische Einflußzone in Kleinasien zugesprochen, seine Wünsche auf Anerkennung einer besonderen Stellung im reichen Abessinien wurden von England dagegen abgelehnt. Spanien sollte in Marokko von Frankreich an die Wand gedrückt werden.

Diese Berechnungen litten, wie das Friedenswerk von Paris überhaupt, daran, daß sie in ihrer ausgeklügelten Verteilung der Beute den Tatsachen nicht Rechnung trugen. Denn der Osten ist heute nicht mehr willfähiges Objekt einer in geheimen Beratungen am grünen Tisch ersonnenen Politik. Auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges haben Inder und Nordafrikaner, Senegalneger und Annamiten, Siamesen und Tataren gesehen, daß sie das blutige Handwerk des Krieges ebenso verstehen, wie der ehemals gefürchtete Europäer. Dessen Nimbus ist dahin, und, wer unter den zusammengewürfelten Hilfsscharen der Entente nachdachte, der sah, wie diese angeblich zur Führung der übrigen Erde bestimmten Völker sich untereinander zerfleischten, und er erlebte, daß Briten und Franzosen den Widerstand der Osmanen nicht zu brechen vermochten. Unter diesen fanden sich auch die entschlossenen Führer, die sich weigerten, das Todesurteil ihres Vaterlandes anzunehmen. Mit dem tatkräftigen Mustafa Kemal an der Spitze erhob sich die türkische Nationalbewegung in Anatolien. Afghanistan errang durch einen siegreichen Feldzug gegen die Briten seine Unabhängigkeit und vertrieb die Engländer aus Mittelasien. Die Sowjets zwangen sie zur Aufgabe Kaukasiens. Hand in Hand mit den Türken beschränkten die Russen die allzu ehrgeizigen Pläne der Armenier, die von Amerika wie von England und Frankreich in Stich gelassen wurden. Rußland, das seit Iwan IV. den Osten bekämpft hatte, ward, indem es in einen Gegensatz zu den Westmächten getrieben wurde, zum natürlichen Freund der erwachenden Freiheit des Orients. Die Haltung der indischen Muhammedaner nötigte London, die Internationalisierung Konstantinopels aufzugeben. In Indien trat eine, Hindus und Muslime

vereinigende Bewegung auf, die das Land von der Bevormundung durch die Briten befreien will. Aegypten mußte eine vorläufig teillich durch die Briten befriedigte Unabhängigkeit zugestanden werden, in Palästina wie in Mesopotamien häuften sich die Schwierigkeiten. In Persien hat der Serdar Sipah (General Reza Khan) die Zügel ergriffen und die englischen Ansprüche zurückgewiesen. Zugleich ist Afghanistan unter dem umsichtigen Emir Aman Ullah Khan zielbewußt an die Aufgabe gegangen, als modernes Staatswesen in die Gemeinschaft der Völker einzutreten. Türken, Perser und Afghanen sind mit Rußland und den von diesem aufgesogenen Kaukasusländern befreundet. Nur Envers eigenbrödlischer Aufstand in Ostturkestan, der eine Verzettlung der Kräfte bedeutet, ist ein Schatten auf dem sonst erfreulichen Bilde. Die Jungsiamesen bringen Siam vorwärts, in China hat General Wei-Pu Fu Tschang-Tsu Lin nach der Mandschurei gerufen und Sun-Yat Sen aus Kanton vertrieben. Damit ist China wieder zusammengeschweißt. Italien muß in Tripolitaniens ringen, während es in der Cyrenaica durch Zugeständnisse an den Senussiorden die Ruhe bewahrt. Tunesien verlangt eine Verfassung, Algerien Rechte für seine muslimischen Bewohner. In Marokko tobt dagegen der blutige Krieg gegen Lyantey.

Das Verhältnis des Ostens zum Westen hat sich von Grund auf verändert. Die erwachenden Völker des Orients, die die Technisierung des neunzehnten Jahrhunderts bisher nicht durchgemacht haben, wollen wohl mit Europa zusammenarbeiten, aber auch ihre Stimme zur Geltung bringen. Auf diese Stimmung, die sich mit elementarer Gewalt Bahn bricht, muß die Welt Rücksicht nehmen: Gegen den Willen des Ostens läßt sich kein dauerhaftes politisches oder wirtschaftliches Gebilde mehr errichten. Die Methoden der kolonialen Ausbeutung sind den auf eigener hoher Kulturstufe stehenden Nationen des Orients gegenüber ein Anarchismus. Das hat Holland verstanden und bemüht sich daher, sein indisches Inselreich stufenweise zur Selbstregierung zu bringen, während der Zusammenhalt mit den Niederlanden zwanglos aufrecht erhalten wird.

Dem deutschen Volke wird heute eine Kontrolle seiner Staatsgebarung zugemutet, die von Türken, Chinesen, Aegyptern mit Recht abgelehnt wird. Wie Deutschland aus dem Vorhandensein eines freien und mächtigen Rußland als Gegengewicht gegen die Siegerstaaten von 1918 nur Vorteile ziehen kann, so liegt die Entwicklung selbständiger Völker im Osten durchaus im deutschen Interesse. Deutschland hat nie ein orientalisches Kulturvolk bedrückt und ausgebeutet, deutsche Arbeit hat dagegen viel beigetragen zur Er-schließung der kulturellen Schätze, die im Orient verborgen schlummern. Das deutsche Volk begrüßt es, wenn die auf eine Jahrtausende alte Geschichte stolz zurückblickenden Völker des Orients nun ver-langen, bei der Regelung der Verhältnisse in der Welt nicht einfach als Gegenstände fremder Machtbetätigung behandelt zu werden.



## Frankfurter Zeitung

Nr. 672

### Die Wurzeln der französisch-englischen Gegnerschaft im Orient.

(Von unserem Korrespondenten.)

L. St. Paris, 18. September.

Wenn heute der erste Pfeiler des papierenen Gebäudes, das die Schulweisheit der drei Götter Wilson, Lloyd George und Clemenceau aufzurichten sich vermaß, zerschlägt, so hat zu dem Erfolg der Regierung von Angora mindestens ebenso sehr wie die Gunst der militärischen Situation der während der Friedensverhandlungen nur oberflächlich überbrückte Interessengegensatz der Westmächte in fast allen Fragen des Nahen Orients beigetragen. Dieser Gegensatz ist, wie in diesen Spalten des öfteren eingehend dargelegt wurde, schon sehr bald nach der Unterzeichnung des von den Türken niemals ratifizierten Friedens von Sevres aufs neue zu Tage getreten und hat seitdem von Monat zu Monat an Schärfe und Unversöhnlichkeit zugenommen.

Man macht heute in Frankreich Herrn Clemenceau den Vorwurf, daß er sich in dieser Frage, wie in so mancher anderen, von der Staatskunst und dem größeren Weltbild Lloyd Georges gründlich habe überbortellen lassen. Vergleicht man die in Sevres erfolgte Regelung mit den Vereinbarungen des Jahres 1916, in denen die Kabinette von Paris und London die erste Aufteilung Vorderasiens in englische und französische Interessensphären vornahmen, so hat es allerdings den Anschein, als ob solche Vorwürfe nicht ganz unberechtigt wären. England, das nach dem Mißerfolg der Operationen an den Meerengen die Widerstände nicht nur der Militärs, sondern auch eines großen Teiles der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen die von ihm gewünschte Fortsetzung der Operationen gegen die Türkei auf anderen Kriegsschauplätzen nur dadurch überwinden konnte, daß es die historischen Aspirationen Frankreichs im Nahen Orient mächtig anstachelte, ging damals in seinen Zugeständnissen sehr weit. Die französische Einflusssphäre sollte bis Kordistan reichen und der tatsächliche Besitz einiger strategisch wichtigen Gebenden sollte die wirtschaftliche Durchdringung sichern. Im Jahre 1919 aber scheint es Herrn Lloyd George nicht einmal sonderlich schwer gefallen zu sein, Clemenceau, der damals von näherliegenden Expansionsideen ergriffen war, zum Verzicht auf die damaligen Konzessionen zu bewegen. Frankreich wurde mit dem dornenvollen Mandat über Syrien abgespeist, das die Franzosen zwang, gegen die Kemalisten eine starke Truppenmacht zu unterhalten, dessen Nutzen dagegen stark beeinträchtigt wurde durch das Mandat, das die Engländer über Palästina, diese alte französische Interessensphäre, sich geben ließen. England dagegen konnte 1919 glauben, seine kühnsten Träume von einer völligen Beherrschung des Nahen Orients ständen dicht vor der Verwirklichung. Seine Macht reichte von den Gestaden des Mittelmeers bis zur Küste des Persischen Golfs, von den Schneebergen des Kaukasus bis zu den sonnenburchglühenden Wüsten Arabiens. Konstantinopel mit den Meerengen, Mesopotamien, Bagdad, Transkaspien bis hinunter nach Persien, kurz ganz Vorderasien schien für die Einverleibung in das britische Reich reif. Da warf die Erhebung der Kemalisten gegen die Auflösung der Türkei dieses stolze Gebäude über den Haufen. Die Abneigung der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Opposition gegen weitere Kriegsabenteuer im Orient und die Lage in verschiedenen Teilen des Reichs hatten England gezwungen, seine Truppen in Vorderasien auf ein Minimum herabzusetzen, das dem Vordringen Angoras keinerlei Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Noch einmal gelang es zwar der englischen Staatskunst, Griechenlands Großmachtsmahn den einen Asten

benutzbar zu machen. Durch einen Beschluß des Obersten Rates wurde Griechenland als Generalsekretär der Entente mit dem Mandat betraut, der Regierung von Angora die Anerkennung des Friedens von Sevres aufzuzwingen. Allein der ausgespielte Trumpf versagte. Nach anfänglichen Erfolgen stieß der griechische Vormarsch. Angora hielt sich, nachdem die griechischen Armeen fast unmittelbar vor seinen Toren zum Stehen gebracht waren. Und England mußte der neuen Lage bereits auf der Orientkonferenz in London im Frühjahr 1921 durch Verzicht auf eine ganze Reihe seiner früheren Forderungen Rechnung tragen. Dazu kam in der Folge die Stärkung der diplomatischen Position der Türken durch Frankreich nach Abschluß des Abkommens von Angora im November 1921.

Die Wendung der französischen Orientpolitik zugunsten der Türken ist verhältnismäßig jungen Datums. Clemenceau war ein erbitterter Feind der Türken, denen er es nicht vergessen konnte, daß sie durch die Schließung der Dardanellen nicht nur eine beträchtliche Armee in weiter Entfernung von dem für das Schicksal Frankreichs allein entscheidenden Kriegsschauplatz im Westen festgehalten, sondern dadurch auch eine wirksame militärische Kooperation zwischen den Heeren der Westmächte und denen Rußlands unmöglich gemacht hatten. Die Türkei, antwortete er auf den Protest der türkischen Friedensdelegation gegen die Härte der Friedensbedingungen, habe als gefügiges Werkzeug Deutschlands jeden Anspruch auf Schonung verloren. Sie habe außerdem durch die Grausamkeit ihrer Kriegsführung ihre Unfähigkeit, über Angehörige fremder Nationen zu herrschen, bewiesen und damit jedes Recht auf die von ihr beanspruchten Gebiete verwirkt. Und noch im Juli 1920 erklärte Willenand, der damalige Ministerpräsident, daß die Alliierten außerstande seien, irgendwelche Veränderungen an dem Vertrage von Sevres zuzulassen, der Thrazien und Smyrna, die beide nur von türkischen Minderheiten bewohnt seien, endgültig von der türkischen Herrschaft befreie. Seitdem aber änderte die Sprache der französischen Diplomatie wesentliches. Briand und Poincaré haben sich in offensichtlicher Gegensatz zu ihren Vorgängern befehlen lassen, daß diese beiden Gebiete ethnographisch zur Türkei gehören, und es ist danach nicht ganz ohne Grund, wenn heute von Paris aus England der Vorwurf gemacht wird, daß seine Politik im Orient der einheitlichen Linie und der Folgerichtigkeit entbehre.

Die neue Orientierung der französischen Politik, die um die Jahreswende 1920/21 begonnen hat, geht auf zwei Ursachen zurück, zunächst eine rein sentimentale.

Die Sympathien, die man in Paris für das venseitliche Griechenland hegte, schlugen in jähre Feindschaft um, als das griechische Volk den französischen Wünschen entgegen König Konstantin, den die Franzosen auch heute noch als den Schwager Wilhelms II. mit ihrem Haß verfolgen, auf den Thron zurückberief. Das brachte zunächst eine gefühlsmäßige Umstellung, die sich die leitenden Männer von Angora mit diplomatischem Geschick zurücker zu machen verstanden. Frankreich befand sich damals noch im Kriegszustand mit Angora. Der Schutz Syriens erforderte eine starke Besatzungsarmee, die Kämpfe in Cilicien waren zudem außerordentlich verlustreich — die Belastung des französischen Budgets war so erheblich, daß die Kammer mit wachsendem Nachdruck die Liquidation des orientalischen Abenteuers verlangte. Angora bot zunächst einen Waffenstillstand an, und es wußte sein Angebot so verlockend zu machen, daß die französische Regierung trotz der alle Entente-regierungen bindenden Verpflichtung, keinen Sonderfrieden ohne die Zustimmung der anderen Verbündeten zu schließen, Herrn François Douillon mit sehr weitgehenden Vollmachten nach Angora entsandte. Die Verhandlungen, die fast sechs Monate dauerten, führten zum Abschluß des Vertrages von Angora, der von den Franzosen lediglich als der Abschluß eines Waffenstillstandes bezeichnet wurde, der in Wirklichkeit aber bereits der endgültige Friedensschluß war und darüber

London!



hinaus in seinen geheimen Klauseln, die nach neuem Muster nur in einem Austausch schriftlicher Erklärungen niedergelegt sind, bereits den Charakter eines Bündnisvertrages annahmen. In einem dieser Briefe versichert, wie i. Zt. die „Europe Nouvelle“ mitteilte (Nr. 12 v. 25. März 1922), der offizielle Vertreter Frankreichs, daß der Vertrag von Angora den definitiven und dauernden Frieden zwischen Frankreich und der Türkei wiederherstelle“. Ein zweiter enthielt nach der gleichen Quelle französische Zusagen hinsichtlich der Lieferung von Waffen und Munition. Daß die letzte erfolgreiche Offensive der kemalistischen Armee von Frankreich beauftragt und daß an ihrer Vorbereitung und Durchführung zahlreiche französische Offiziere in den türkischen Armee-Stäben mitgewirkt haben, wird von einer Reihe französischer Blätter ganz offen zugegeben. Darüber hinaus aber scheint Frankreich bereits im Vertrag von Angora gewisse Verpflichtungen zur diplomatischen Unterstützung der türkischen Ansprüche auf Kleinasien in seiner Gesamtheit, auf die Rückgabe Thrakiens einschließlich Adrianopels und die Wiederherstellung des status quo ante in Konstantinopel und den Meerengen übernommen zu haben.

Die Vorteile, die Frankreich aus diesem Abkommen zog, beschränkten sich keineswegs auf die militärische und finanzielle Entlastung seiner Position in Syrien, obwohl in der späteren Auseinandersetzung mit England dies neben der Räumung Ciliciens und der Auslieferung mehrerer tausend französischer Gefangener als die einzigen Ziele des getroffenen Sonderabkommens bezeichnet wurde. Insbesondere scheinen es Vorteile wirtschaftlicher Natur gewesen zu sein, die Frankreich bestimmten, sich den Verpflichtungen gegen seinen Verbündeten zu entziehen. „Die Türkei hofft“, hieß es in dem Schreiben der Regierung von Angora, „daß die französische Regierung das französische Kapital ermächtigen wird, in wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen mit ihr zu treten.“ Die französische Regierung hat diesen Wunsch verstanden und das französische Kapital hat diese Ermächtigung zu nutzen gewußt. Ein beträchtlicher Anteil an der Bagdadbahn und reiche Vorkommen an Eisen, Chrom und Silber gingen sofort in französische Hände über und außerdem wurde Frankreich das Monopol für alle späteren Konzessionen an Bergwerken, Eisenbahnen, Flußregulierungen und Hafenanlagen in diesem Gebiet zugesichert. Auch gewisse Abmachungen über den Schutz der etwa 2½ Milliarden Francs, die Frankreich in der Vorkriegszeit in allen Teilen des türkischen Reiches investiert hat, scheinen getroffen worden zu sein. Es sind also keineswegs bloß etwa vorhandene Sympathien platonischer Art, die Frankreichs augenblickliche Haltung im Orientkonflikt bestimmen. Außer dem recht beträchtlichen materiellen Kaufpreis, den Angora bereits für diese Unterstützung bezahlen mußte, rechnet man in Frankreich sehr stark auf die Rückwirkungen, die seine Rolle als Beschützerin der neuerstehenden Türkei auf die mohammedanische Bevölkerung seiner eigenen Kolonien haben werde. Wenn allerdings die Pariser Presse täglich mit Meldungen über die Unklarheit der gesamten muslimanischen Welt über das wachsende Prestige Frankreichs im ganzen ent aufwartet, so nimmt man das selbst in Frankreich nicht all für bare Münze.



De Telegraaf (Amsterdam)

Nr. 34

**Eine neue Phase der Orientkrise**

Zagreb, 10. Februar.

Auch heute in der schwankenden Nachkriegszeit ebenso wie vor dem Weltkriege, und manchmal auch während desselben kommt man auf den Gedanken, die Wirkungen des Individualismus und des Sozialismus in den einzelnen Weltteilen, namentlich in denjenigen, die als Geburtsstätten für immer aktuelle politische Fragen auserselbst zu sein scheinen, miteinander zu vergleichen. Ein gewisser ethischer Sozialismus scheint berufen, gerade auf jenen Gebieten, wo man über Streitfragen nicht leicht wegkommen kann, dem schrankenlosen Egoismus eine Grenze zu setzen. Der Balkan und der Orient waren seit jeher Gebiete, wo egoistische Interessen die menschlichen Interessen nie zu ihrem Rechte kommen ließen. Infolge dessen gab es zahllose Krisen, hinter denen egoistische Interessen standen, aber auch Konferenzen, die die verwickelten orientalischen Fragen im Sinne der menschlichen Interessen zu lösen hatten. Man fühlte, daß es so sein sollte, man erlebte aber die Enttäuschung, daß es dazu nicht leicht kommen kann. Dies war schon im Jahre 1737 der Fall, als der Kongreß zu Nimrow in Polen zustande kam, der aber bald aussichtslos wurde, als die Türkei die Forderungen ihrer Gegner als maßlose und nicht annehmbar bezeichnete. Nicht anders war es beim Friedensschluß von Jassy 1792, beim Pariser Frieden 1856 und namentlich beim Berliner Verträge 1878. Namentlich dieser Vertrag hat vieles unfertig gelassen, was nun erst geordnet werden mußte. Die Ausführung der Vereinbarungen gestaltete sich viel schwieriger, als man es sich am grünen Konferenztische gedacht haben mochte und sowohl die Türkei, als die europäische Diplomatie mußten sich aus diesem Anlaß noch manche Demütigung gefallen lassen.

Vom Berliner Kongreß bis auf den heutigen Tag haben bei jedem Versuche zu einer selbsten auch nur provisorischen Regelung der Orient-Angelegenheiten zu gelangen, individualistische oder besser egoistische Tendenzen über sozialistische oder vielmehr allgemein menschliche Tendenzen den Sieg davongetragen. Wenn Orientkrisen ausbrachen, konnten sie zwar auch beigelegt werden, aber nur in dem Sinne, daß alte Phrasen durch neue ersetzt wurden.

Eine neue Phase in den Orientangelegenheiten scheint auch jetzt mit dem Abbruch der Lausanner Verhandlungen und mit der türkischen Abweisung, den von den Alliierten entworfenen Friedensvertrag zu unterschreiben, zu beginnen. Wenn Verhandlungen abgebrochen und Verträge nicht unterzeichnet werden, so ist es ein allgemeiner Gebrauch, daß dafür Gründe angegeben werden. Diesmal sollen es wirtschaftliche Fragen sein. Man wird wohl schwerlich in allen Weltteilen ein Dutzend Menschen, die

uns politisch zu denken vermögen, finden, die dieser Motivierung ohne weiteres Glauben schenken werden. Was man heute als ökonomische Gründe bezeichnet, ist in der großen Mehrzahl von Fällen nichts anderes als dasjenige, was man während des Krieges als menschliche und moralische und vor demselben als politische oder sogar machtpolitische Bestrebungen hingestellt hat. Sowohl die wirtschaftlichen, als auch die menschlichen und politischen Gründe sind aber, wenn es sich um östliche Weltteile handelt, Produkte der individualistischen und egoistischen Tendenzen.

Da das Orientproblem, nach wie vor, aus einem Komplex von verwickelten Fragen besteht, so können ökonomische Motive nur einen Teil derselben ausmachen. Nun scheint aber, daß eine große Anzahl von Staaten, die an der Lausanner Konferenz beteiligt waren, gar nicht geneigt sind, ihre sogenannten wirtschaftlichen Interessen von ihren politischen zu trennen. Da findet man wieder als einen wunden Punkt die Dardanellen und man sieht, daß alles dasjenige, was an den früheren orientalischen Konferenzen direkt oder indirekt zum Vorschein kam, auch von der Lausanner Konferenz nicht zu verbannen war. Rußland, das man vor zwei Jahren in allen politischen, also auch in den orientalischen Fragen mißachten zu können glaubte, vermochte während der Tagung der Lausanner Konferenz einen großen Teil von Energie aufzubringen und seinen Jahrhunderte schon alten Traum von Konstantinopel nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die russische Stimme von heute kann nicht ohne weiteres ignoriert werden, aber sie hat noch immer nicht so viel Kraft, um einen gemeinsamen Plan der Alliierten aus der Kriegszeit, wenn ihn ein einheitlicher Wille diktiert, zu sprengen. Wer kann aber heute von einem einheitlichen Willen Frankreichs und Englands, namentlich wenn es sich um Orientfragen handelt, sprechen? Niemals weniger als heute hat Frankreich ein Interesse daran, daß England der Hauptfaktor im Orient werde und niemals früher zeigte es mehr Lust, die englischen Pläne daselbst durch die eigenen zu paralysieren. Wirtschaftliche und politische Interessen im Oriente haben heute die Engländer und Franzosen in gleichem Maße nur mit dem Unterschiede, daß sie die ersten dieselben mit Hilfe der Griechen, die zweiten mit Hilfe der Türken zu realisieren gedenken.

Dieser Stand der Dinge ist der ganzen Welt klar, nicht weniger auch den Türken. Ihnen ist wohl klar, daß die Regelung der Dardanellen eine Lebensfrage auch für das heutige Rußland ist, und daß, sei es wegen oder infolge dessen, Konstantinopel das Ziel der russischen Politik ist. Wenn also die Alliierten ihre

Vorschläge betreffend die Meerengen vorbringen, so tritt ihnen die Türkei stark entgegen, läßt aber eine kleine Hintertür für die eigene Politik offen.

Es ist eben einmal so bestimmt, daß eine jede Phase der orientalischen Frage die Balkanvölker und Staaten in Mitleidenschaft ziehen und einen guten Teil ihrer geistigen und politischen Energie verzehren soll. Heute ist das ebenso wie früher der Fall. Heute aber handelt es sich für die neuen Staaten darum, beim Anbruch irgend einer großen politischen Frage ihre Stellung nicht nur zu behalten, sondern auch zu kräftigen. Gelingt es ihnen, aus der neuesten Phase der Orientkrise für sich einen Nutzen zu ziehen, aber dabei sowohl die eigenen als auch die fremden egoistischen Ziele in den richtigen Weg zu lenken, so werden sie einmal behaupten können, in einem großen Momente eine gute Politik geführt zu haben. J. N.



Neue Freie Presse (Wien)

Nr. 20994

Der Orient nach der Lausanner Konferenz.

Von Professor Dr. O. Doehlich.  
Mitglied des Reichstages.

Berlin, im Februar.

Es gibt eine geschriebene und eine ungeschriebene Geschichte. Wir glauben, daß die letztere zur Beurteilung der Vorgänge in Lausanne, namentlich im letzten Stadium, ganz besonders wichtig sein wird. Denn mit der geschriebenen Geschichte in den Telegrammen und den Zeitungsberichten aus Lausanne ist es dieses Mal ganz besonders schwer, ein Bild herzustellen, in dem die einzelnen Züge wirklich zu einander passen und einander nicht widersprechen.

Die Konferenz ist am 4. Februar abgebrochen worden nach dramatischen und wechselreichen Szenen des letzten Tages. Vieß doch Lord Curzon sogar den Orientexpresszug eine halbe Stunde warten, um noch im letzten Augenblick die Türken zum Nachgeben und zur Unterzeichnung zu veranlassen. Es war eigentlich die Einigung im großen und ganzen hergestellt, die Punkte, über die man sich nicht einigte, konnten späteren, besonderen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Lord Curzon hat in seiner Auseinandersetzung für die englische Presse nach der Rückkehr die ganze Schuld am Abbruch auf die Türken geschoben. Er hebt hervor, daß er die Solidarität der Entente bis zum äußersten bewahrt und daß er jeden Versuch eines Sonderfriedens abgelehnt habe, aber an den Türken sei die ganze Konferenz schließlich gescheitert. Das ist dem Wortsinn nach richtig. Die Türken haben sich geweigert, zu unterzeichnen, da aber gewisse Punkte, und zwar die Kapitulationen und die wirtschaftlichen Fragen, ihnen Zugeständnisse zugemutet wurden, die sie nach ihrer Auffassung nicht machen konnten. War es darum nötig, daß Lord Curzon, nachdem die Konferenz 78 Tage gedauert hatte, schließlich das Ultimatum stellte und abreiste? In der englischen Presse finden sich Hinweise, daß er sehr überreist und nervös geworden sei, Vornurrie, daß er etwas übereilt aus Lausanne weggegangen sei. Das mag sein! Aber es erklärt nicht alles.

Geht man den Verlauf der letzten Phasen durch, so wird man den Eindruck nicht los, als wenn es schließlich Lord Curzon habe zum Bruch treiben wollen, um für England den Weg zum Sonderfrieden zu öffnen. Ist das richtig, dann hätte er geschickt operiert und hätte sich Frankreich selbst ins Unrecht gesetzt. Denn die letzten Punkte, an denen die Konferenz scheiterte, waren ausschließlich Fragen des französischen Interesses, die Kapitulationen und die wirtschaftlichen Fragen, also die Fragen der wirtschaftlichen Ausbeutung der Türkei. Die Franzosen haben zuerst lange nach außen wenigstens den Schein der Solidarität mit der anderen Entente bewahrt und die Engländer unterstützt. Das ist immer betont worden, und in den Szenen für die Öffentlichkeit, vor den Russen haben Engländer, Franzosen, Italiener nebeneinander gestanden. Hinter den Kulissen aber sind die Fäden weiter gesponnen worden, die seinerzeit Franklin Bouillon mit dem Bündnisvertrag mit Angora angeknüpft hatte. Es ist doch wohl nicht zu bestreiten, daß Frankreich die türkische Regierung hat wissen lassen, daß Frankreich sei bereit, weiter zu verhandeln, wenn die Konferenz in Lausanne scheiterte. In ähnlicher Weise hat Frankreich auch das Recht Frankreichs dem Londoner Kabinett mitgeteilt. Entweder war das eine Selbstverständlichkeit, da sich das Recht zu Sonderverhandlungen, wenn gemeinsame Verhandlungen scheitern, schließlich von selber ergibt, oder es war eine Intrige, die zum Schluß an die Öffentlichkeit gebracht wurde, damit nach Frankreichs Wünschen die Konferenz eben nicht den Friedenszustand im Orient herstelle, damit England weiter dort engagiert bliebe und Frankreich über den Frühling und Sommer 1923 freie Hand für seine Politik am Rhein und an der Ruhr behalte.

Als Intrige hat die englische Politik dieses Vorgehen aufgefaßt, und wohl auch mit vollem Recht. Verständlich unter Verbündeten wäre die Erklärung n'a ch dem Scheitern der Konferenz gewesen, vorher und im kritischsten Stadium, daß die Türken wissen zu lassen, das war genau dasselbe, als wenn damals, als Graf Kianau den Versailler Vertrag in Paris ablehnte, England hinten herum Deutschland hätte wissen lassen, trotzdem sei es zu Sonderverhandlungen bereit. Damals hätte sich jeder Franzose von den Engländern verraten gefühlt. Heute fühlt sich jeder Engländer von Frankreich verraten.

Wir nehmen an, daß Lord Curzon darauf seine Schlußpolitik aufgebaut hat. So weit wir es beurteilen können, hat er in Lausanne eine sichere und gradlinige Politik getrieben, bei allem Theaterdonner vor den Russen und bei allem Bestreben, für England so viel wie möglich herauszuwickeln, hinter den Kulissen auf eine Verständigung mit der Türkei und eine Isolierung Russlands hinzuwirken. Das ist ihm in den Einzelheiten auch weitgehend gelungen. In der Meerengenfrage namentlich hat England seine Wünsche durchgesetzt wie niemals bisher in der Orientfrage. Und die russische Delegation ist herausmandoriert worden. Mit einer Niederlage ist Tschitscherin nach Moskau zurückgekehrt.

Diese Politik, mit der Lord Curzon versuchte, wieder gutzumachen, was Lloyd-George im Sommer verdorben hatte, litt aber unter dem allgemeinen Zwange der englischen Politik von heute überhaupt. Denn diese sucht wenigstens den Schein des Einverständnisses mit Frankreich, die alliierte Einheitsfront, durchaus aufrechtzuerhalten, und die englische Presse hat deutlich gesagt, daß dieser Gesichtspunkt auch maßgebend gewesen sei für die bisherige Haltung Englands in der Frage des Ruhrgebietes. Es liegt auf der Hand, daß in den subtilen, konkreten Fragen der Lausanner Verhandlungen sich die Linie der allgemeinen englischen Politik und die Lord Curzons kreuzen und schwächen mußten. Denn daß Frankreich mit den Türken separat schon vorgegangen war, das wußte man doch. Daß dort im Orient die Entente nur dem Namen nach bestand, daß das gemeinsame Auftreten in Lausanne nur Maske war, das war in England gleichfalls bekannt.

Wie weit dabei die französische Politik in Paris und in Lausanne sicher und klar gewesen ist, das vermögen wir nicht genau zu beurteilen. Schließlich verlor Poincaré gewissermaßen die Geduld. Er ließ an Stelle von Barrère den plumper vorgehenden Bonaparte agieren, aber im letzten Augenblick ist er doch wieder unsicher geworden. Denn da telegraphierte er, daß jene wirtschaftlichen und Kapitulationsfragen, die der letzte Stein des Anstoßes waren, ausgesetzt werden sollten, wie es ja mit der Mossulfrage schon geschehen war, damit die Unterzeichnung des Friedens doch gesichert werden könnte. Die englische Regierung aber beharrte darauf, daß der Vertrag nur im ganzen unterzeichnet werden könnte, und für Poincarés letzten Vorstoß war es zu spät. Daraus ziehen wir den Schluß, daß im letzten Stadium Lord Curzon den Bruch hat herbeiführen wollen und daß im letzten Stadium Frankreich eingesehen hat, welchen gefährlichen Weg es beschritten hatte.

Man bemüht sich auf allen Seiten, den Bruch nicht als endgültig erscheinen zu lassen. Dazu ist zu sagen, daß Ismet Pascha jetzt nach Angora zurückgekehrt und daß er für diese Reise hin und zurück mindestens einen Monat braucht. Aber wer weiß, wie in vier Wochen die Verhältnisse in Europa aussehen? Wer weiß weiter, wie die Nationalversammlung in Angora, die der großen Politik in Europa sehr fern steht, noch nationalistischer und intransigent ist, als ihre Delegation in Lausanne es war, was diese zu dem Friedensentwurf sagen wird. Die Geste in Smyrna deutet gerade nicht darauf hin, daß sie sehr bereit ist zum Friedensschluß.

Wenden



Dann hat Frankreich zunächst erreicht, was es will. Es ist keine Ruhe und Ordnung im Orient. England ist dort noch gefesselt, hat noch weniger Neigung, in Europa sich einzumischen, und Frankreich hat also für die herausziehenden Entscheidungen die Hände frei. Und unzweifelhaft ist dieser Ausgang für England eine Niederlage. Die großen Zugeständnisse, die die Türken gemacht hatten, und was gemacht hatten an England, sind wieder in Frage gestellt. Die Lösung der Meerengen- und Inselfrage, der Grenzfragen in der europäischen Türkei, in der Reparationsfrage. Und deshalb ist der Verrger mehr als verständlich, der aus der Äußerungen Lord Curzons an die europäische Presse sprach.

Auch hier hat sich die Entente als unfähig erwiesen, den Frieden herzustellen und den nahen Orient weiterhin einigermaßen in Ordnung zu bringen. Nachdem Frankreich den Weg zu Sonderverhandlungen gegangen ist, hat England alles Recht auf seiner Seite, das genau so zu tun, und es hat dazu noch ein weiteres, was Frankreich nicht hat. Was in der Frankreich freundlichen Presse Europas erzählt wird von der lebhaften Beteiligung französischen Kapitals in der Türkei gerade jetzt, ist Gesfunker. Frankreich hat die Kapitalien, die die Regierung von Angora heute braucht, nicht und kann diese Summen gar nicht zur Verfügung stellen. Das weiß die Türkei ebenso gut, wie sie weiß, daß die Angelsachsen ihnen, wenn sie wollen, finanziell helfen können. Wenn etwas die Nationalversammlung von Angora bewegen kann, den Weg der Verhandlungen weiterzugehen statt des sehr riskanten Weg kriegertischer Konflikte und Abenteuer, so ist es die trostlose wirtschaftliche und finanzielle Lage, in der sich Anatolien befindet. Denn das russische und indische Gold ist verbraucht. Die wirtschaftlich wichtigsten Elemente Griechen und Armenier, sind vertrieben. Das Land ist durch Raub ausgefaugt, in Unordnung und Mißwirtschaft.

Auf die Länge möchten wir also glauben, daß England hier doch der Stärkere ist und daß in Lausanne nicht alles ihm so sehlgeschlagen ist, wie es im ersten Augenblick auch der weniger unterrichteten öffentlichen englischen Meinung scheint. Frankreich ist auch im nahen Orient in den Ruf der Unzuverlässigkeit gekommen. Die türkische Delegation hat dieses französische Spiel ja aus der Nähe gesehen. Wenn sollte sie glauben? Dem Frankreich, das offiziell mit Engländern und Italienern zusammenging, oder dem Frankreich, das hinten herum die Türken gewinnen wollte?

Diese türkische Delegation wußte, daß es Poincaré nicht ganz Frankreich, aber Poincaré heute nur auf das Ruhrgebiet und die deutsche Frage ankommt und er alles andere, auch zum Schaden der betreffenden Interessen, dem unterordnet. Sie wußten ferner ganz genau, daß keiner der Ententestaaten heute in der Lage ist, einen neuen Krieg riskieren zu können. So hat Frankreich die Türkei geradezu ermutigt, so aufzutreten, wie sie es tat, und so hat Frankreich seine eigenen Orientinteressen aufs höchste gefährdet, wenn nicht preisgegeben.

Es ist ein sehr verwickeltes Spiel, das, wie wir meinen, nur verstanden werden kann, wenn man die augenblickliche Bedingtheit der englischen großen Politik sich ganz klar macht oder wenn man diese so auffaßt, wie wir es tun. Die Wirkung des Abbruchs in Lausanne ist jedenfalls die, daß England hier die Hände nicht frei bekommt und daß Amerika noch weniger Lust als bisher äußern wird, in dieser Hergeßessel seine Hände zu stecken. Unmittelbar darunter leidet der nahe Orient selbst, wo alles in der Schwebe bleibt, wo der Kriegszustand doch eben noch erhalten bleibt. Und auch an dieser Stelle ist Frankreich der Schuldige, der unangefestete Unruhe und Unfrieden in Europa stiftet, der sich selber damit in die Isolierung hineinmandoriert und sich selber wirtschaftlich schadet, im Orient sowohl wie im Ruhrgebiet!



La Dépêche Coloniale (Paris)

Nr. 7606

## Horizons d'Orient

*Les nuages couvrent toujours l'Anatolie et les Balkans. -- Pour les dissiper, l'Entente doit redoubler de soins*

Le général Peillé, après avoir causé à Lausanne avec Ismet pacha, est venu à Paris exposer l'état des négociations à M. Poincaré et recevoir ses instructions. Comme le général Weygand, notre nouveau haut-commissaire en Syrie, sur le point de joindre son poste, a pris part également à quelques-uns des entretiens du Quai d'Orsay, nous pouvons être sûrs que les moyens de sauvegarder les droits et les intérêts français en Orient, de la manière la plus ferme, la plus efficace, ont été sérieusement envisagés et établis. On doit s'en douter un peu à Angora. Pourtant, en réalité, l'Assemblée nationale est dissoute, et, jusqu'à ce que les élections législatives turques en cours de préparation soient terminées, les délégués ottomans à la conférence n'auront pas tout à fait leurs coudées franches. Il y a lieu de croire que le parti de Mustapha Kemal aura une très forte majorité; mais la doctrine de ce parti-là n'est pas immuable; elle est susceptible de subir des influences par le contre-coup de contingences électorales et d'incidents divers. D'autre part, ainsi que nous l'avons annoncé, les délégations des sociétés étrangères qui fonctionnent en Turquie ont été envoyées à Constantinople pour négocier avec le gouvernement ottoman; ces représentants des concessionnaires européens arriveront-ils à mettre sur pied, avec les kemalistes, un règlement acceptable? Il paraît qu'on les appelle à Angora. Combien de temps cela demandera-t-il?

Nous sommes dans une période intermédiaire d'attente forcée, pendant laquelle un peu de patience, mêlée de prudence extrême est indispensable. Jusqu'à un certain point, la partie se joue en dehors de Lausanne. Grâce à sa situation séculaire en Orient, au prestige de sa race et de sa langue, la France est en mesure d'exercer une action vigoureuse et salutaire durant la phase confuse, troublée et décisive que nous traversons. A court d'argent, impuissants à Constantinople, menacés par les armées grecques de Thrace occidentale, ayant en face d'eux d'importantes forces françaises commandées par un grand homme de guerre, en Syrie, les nationalistes turcs seraient bien téméraires s'ils s'exposaient, d'un cœur léger, à des complications graves. Nous n'avons aucune difficulté à croire qu'Ismet pacha est sincère, quand il affirme que son pays a besoin de la paix. Toutefois, les paroles ne nous suffisent pas: il nous faut des actes définitifs.

En effet, l'agitation qui règne depuis tant de lamentables années dans le Proche-Orient a créé là-bas une atmosphère malsaine et nuageuse qu'il convient de purifier et d'éclaircir. Le cauchemar moscovite pèse toujours sur ces malheureuses contrées; les bolcheviks sont, nul ne l'ignore, d'enragés panslavistes, et leur prétention constante est de subalterner la Turquie, sous pré-

texte de la protéger. Depuis que la convention des Détroits a été acceptée par Angora telle que l'avaient proposée les alliés, un refroidissement s'est produit entre les Turcs et les Russes; maintenant on découvre des complots ourdis par les soviets, à Constantinople, et l'on signale, dans le Caucase, des concentrations de troupes rouges, qui obligent les kemalistes à envoyer des renforts du côté d'Erzeroum. Ce coin du monde ressemble de plus en plus à une poudrière environnée d'étincelles. Comme cela impose l'union aussi étroite que possible entre les puissances alliées, qui ont entre leurs mains le sort de la civilisation!

Par surcroît, du côté de la Petite-Entente, il nous arrive de fâcheux sons de cloche. La Yougo-Slavie est en proie à des luttes intérieures. Ce jeune Etat, constitué par les Croates, les Slovènes et les Serbes, frères de race mais pas toujours amis, subit une crise de croissance assez dangereuse. Les questions confessionnelles compliquent les discussions politiques; il y a des orthodoxes, des catholiques, même des musulmans, qui ne s'entendent guère entre eux. Les Serbes sont divisés entre les radicaux dont le chef, M. Pachitch, vient de reconnaître son incapacité à former un ministère viable, et les démocrates qui dirigent, avec les agrariens une opposition dépourvue également de solidité suffisante pour gouverner.

Un parti redoutable, le bloc croate, fait de l'obstruction; il a le leader croate, M. Raditch, à sa tête, et semble dominer la situation. C'est très regrettable, car ce Raditch, qu'on a défini « un amalgame d'aspirations déçues, de rancunes et de préventions », personnage versatile, tour à tour serbophile et antiserbe, se distingua cependant, de 1914 à 1918, comme un fanatique soldat de l'empire autro-hongrois dont la Croatie, selon lui, devait être la forteresse. Il s'écriait dernièrement: « Quels que soient leurs gouvernants, les Croates seront avec les Allemands jusqu'à leur dernier souffle! » A présent, ce brouillon indésirable manifeste des tendances autonomistes, qui menacent la constitution yougo-slave, et ententophobes, qui visent surtout les amitiés françaises.

La Skouptchina récemment élue n'offre pas de majorité stable: on parle de la dissoudre; il n'y a pas de gouvernement à Belgrade; le roi Alexandre de Serbie, qui avait annoncé sa prochaine visite à Paris, avec sa femme, a officiellement avisé le président de la République et le ministre des affaires étrangères qu'il renonçait à son voyage. L'horizon balkanique se brouille.

Union indissoluble, vigilance inlassable, énergie clairvoyante et croissante, voilà ce qui est la règle impérieuse pour les alliés à ce tournant de l'histoire orientale.

L. B.



## Un nouveau soleil à l'Orient

Médine, la « Ville du Prophète », Djeddah, le port de la Mecque, viennent d'être emportés par les hérétiques : le roi du Hedjaz, Ali, réduit au port de Djeddah, aurait même abdiqué. C'est toute une base de la politique anglaise dans le Proche-Orient qui s'écroule.

Dix ans d'efforts. Une politique continue, inspirée des plus pures traditions « impériales », conçue et menée par un de ces serviteurs, rêveurs et entêtés, de la Grande-Bretagne, comme elle rencontre parfois à maintes périodes de son histoire, qui lui conquièrent malgré elle les cellules de son Empire. Le colonel Lawrence avait voulu faire de l'Angleterre la protectrice de l'Islam arabe ou, ce qui revient au même, utiliser l'Islam arabe pour maintenir sous le contrôle anglais les poternes avancées de la route des Indes. L'empire ottoman s'effondrait, non seulement sous les coups des nations chrétiennes, mais aussi sous la secousse imprévue des peuples musulmans ; ils profitaient de la révolution jeune-turque pour s'affranchir, après tant de siècles, du joug de l'armée osmanlie. Au XIV<sup>e</sup>, au XV<sup>e</sup> siècles l'Ordre turc avait vaincu dans l'anarchie générale. Au XX<sup>e</sup>, c'était l'Ordre britannique qui, dans l'anarchie arabe, devait se substituer au Sultan impuissant à son tour. Déjà lord Curzon, viceroy des Indes, avait montré le chemin, placé des jalons. Des navires anglais s'embossaient à Koweït, au fond du Golfe Persique, à Tabah, au fond de la mer Rouge, chaque fois que le Sultan prétendait amener sur la route du *hadj*, du pèlerinage des villes saintes, quelques soldats de plus ou un chemin de fer menaçant.

La Guerre terminée avec la Turquie, avec l'Allemagne, sa suzeraine, l'Angleterre s'installait en Mésopotamie, en Palestine, et dans cette Arabie littorale qui, pour elle, était moins le pays des Villes saintes que le chemin de garde le long de la mer Rouge, surveillant la ligne maîtresse des communications de l'Empire. Elle intronisait son mercenaire, Hussein, en faisait recevoir le royaume, le Hedjaz, l'Arabie côtière, comme membre de la Société des Nations, et cherchait pour le fils, Fayçal, un établissement en Syrie d'abord, dans l'Irak ensuite, à l'indifférence de ses sujets nominaux. Elle élaborait tout un instrument juridique, qui

visait à unifier, sous l'égide anglaise, les pays arabes du Proche Orient. En particulier, elle essayait de lier à cette confédération arabe les plus récalcitrants d'entre les « enfants du désert », le Nedj, l'Arabie intérieure : le 5 mai 1922, un traité était signé entre l'Irak et le Nedj, qui partageait les tribus nomades et prenait de vagues mesures pour la protection des pèlerins.

Jamais l'Arabie intérieure, le « Pays d'en Haut » (c'est le sens du mot *Nedj*), les nomades du désert pétré, ne fut soumise, voire docile aux possesseurs du littoral, du Pays d'en Bas, les oasis plus fécondes du Yémen et du Hedjaz. En vain les maîtres provisoires s'attachèrent-ils à dompter ces indomptables, dont la révolte endémique se palliait le plus souvent d'indignation religieuse. Il y a un siècle que Méhémet Ali, pacha de l'Égypte, dominateur de la Syrie, s'efforçait de reconquérir, autant pour lui que pour le Sultan, les Villes saintes de la côte déjà aux mains des Ouahabites, qui prétendaient arracher l'héritage de Mahomet aux musulmans corrompus au contact occidental. C'est toujours le conflit entre les deux Asies éternelles, l'Asie féconde des plaines maritimes, l'Asie féroce des steppes et déserts. Mais le successeur de Ouahab est un organisateur : Ibn Séoud a patiemment fondé des colonies militaires, puis il a levé ces soldats-cultivateurs, en leur promettant à la fois les terres fertiles de l'« Arabie heureuse » et le Paradis de Mahomet par la délivrance des Villes saintes. La Mecque, Médine, sont tombées tour à tour. Les vassaux anglais, Hussein d'abord, son fils Ali maintenant doivent abdiquer et partir. Le premier est à Chypre. Le second s'enfuit de Djeddah, recueilli par les bateaux britanniques. L'Angleterre perd la partie.

« Je m'en vais à la Mecque, proclamait Ibn Séoud l'an dernier à pareille époque, en entrant dans la Mecque conquise. Je m'en vais à la Mecque, non pour m'en emparer, mais pour mettre fin aux injustices... Je m'en vais vers le berceau de notre Révélation pour y faire respecter, par l'épée et la lance, la Loi révélée et ses prescriptions... La Mecque est à tous les musulmans... Le Hedjaz sera une terre ouverte à toutes les œuvres pies des individus comme des foules. Nous nous sommes donné pour mission de réaliser ces vœux, et nous sommes prêts à réduire quiconque osera s'élever contre les ordres de la Loi sacrée. »

Un nouveau Khalife se lève.



Hamburger Echo

Nr. 356.1

Die Kriegsgefahr im Nahen Orient.

Der Beschluß des Völkerbundesrates, das wichtige Iraqgebiet den Engländern auf weitere 25 Jahre zuzusprechen, hat bei den Türken, den früheren Besitzern des Landes, böses Blut gemacht. Die Regierung von Angora die in ihrer feindseligen Haltung gegen England durch Sowjetrußland eifrig unterstützt wird, hat an der süd türkischen Grenze, besonders gegenüber Mossul, starke Truppen konzentriert. Ob sie beabsichtigt, das Mossul- und Iraqgebiet durch einen Handstreich zu besetzen, wie ihn Polen bei der „Einverleibung“ des Wilnagebietes anwandte, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist die Lage in diesem Wetterwinkel sehr kritisch und der in Syrien ausgebrochene Brand kann leicht auf die benachbarten Gebiete überspringen. Daß England die wichtigen Gelgebiete von Mossul nicht ohne weiteres aus der Hand geben wird, erscheint jedem Kenner der britischen „Mentalität“ ohne weiteres glaubhaft. Jedenfalls ist in den Gebieten des Nahen Orients über die einst nach der Legende der Weihnachtsstern von Bethlehem leuchtete, wenig von dem alten Weihnachtswunsch zu bemerken:

Friede auf Erden!





## Die Gesamtgedräng im Orient.

Von

Dr. Albrecht Wirth.

Im Verlauf der Jahrtausende ist es nur außerordentlich selten vorgekommen, daß eine einzige Bewegung sich zugleich über den ganzen weiten Orient, von Marokko bis zu der taifungepelteten Küste des Stillen Ozeans verbreitete. Wir sprechen nicht von den Wanderungen der Völker oder philosophischer Gedanken, die von Indien ausgingen und die Jahrhunderte brauchten, um bis Japan im Osten, bis Marokko im Westen zu gelangen, noch von dem Christentum, das sechs Jahrhunderte benötigte um in China und im Sudan einzudringen, sondern von äußerlichen greifbaren Bewegungen, die, einerlei, was ihr Ursprung war, sofort kriegerische Gestalt annahmen. Im Grunde kennen wir nur eine einzige Erscheinung derart, nämlich den von Mohammed entfesselten Arabersturm. Allein auch er brauchte Zeit, um den ganzen Orient zu erfassen. Es dauerte allerdings nur wenig mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Tode des Propheten, da ergossen sich arabische Schwärme bis südlich vom Atlas und bis nördlich vom Kaukasus, während andere Scharen den Hindufuß überschritten und ins Tarimbecken und in Hindostan einfielen. Dagegen verlief noch ein halbes Jahrtausend, bevor der Islam in Ostafrika, Senegambien, dem südlichen Ostafrika, auf Sumatra, in Südibirien Fuß faßte. Jetzt aber stehen wir einer riesenhaften Bewegung gegenüber, die in der kurzen Zeit nach dem Weltkrieg den ganzen Orient von der Mongolei bis zur Guineaküste entflammt hat. Wenn man die Fülle der Ereignisse unter einem einzigen Namen zusammenfassen wollte, so müßte man von einem kriegerischen Nationalismus sprechen, der die Völker ergriffen hat, von einem Faschismus des Orients, der sich gegen die Midgardsschlange westeuropäischen Imperialismus aufbäumt. Es ist zugleich eine Kombination, wie sie in der ganzen Weltgeschichte noch nie da war, eine Vereinigung der konfuzischen, der hinduistischen, der mohammedanischen, der schwarzen Welt gegen das Christentum, eine Vereinigung sämtlicher Farbigen gegen die weiße Gefeß.

Zwar, so recht eigentlich kann man noch nicht von Vereinigung sprechen, sicherlich nicht in dem Sinne (wie das Grautoff in seinem Zukunftsromane „Fu“ ausgemalt hat), daß eine einzige Macht die Führung des ganzen, vielverzweigten, ungeheuer ausgedehnten Orients inne hätte. Wohl aber bricht an allen Ecken und Enden bei den Japanern und Tibetern, bei Berbern und Negern, bei Türken und Arabern zu gleicher Zeit eine unerbittliche Abneigung gegen die weiße Rasse hervor. Gerade deshalb ist daher die Bewegung um so mächtiger, weil sie mit elementarer Kraft auftritt, weil sie ohne Verabredung, ohne Verträge und ohne künstliche Zusammenhänge dennoch zu einem gemeinsamen Ziele drängt. Solche Elementarereignisse sind gewaltiger, unwidriger als irgendeine kriegerische Gewalttat, als eine noch so sinnreiche Diplomatie. Sie ist der Zentrifugalkraft im Weltraum vergleichbar, die der Zentripetalkraft entgegenstrebt. Sie ist wie eine rasende Springflut, die alle Dämme und Deiche, die seit Jahrhunderten errichteten Bollwerke überspringt und zerstört.

Wenn man unter diesem Gesichtspunkte die jetzige Führung betrachtet, so spielt da das sonst so wichtige erbundliche Moment, spielt die Geopolitik keine allzu große Rolle. So war früher Afghanistan ein Wetterwinkel, eine maßgebende Drehscheibe, ein Schwerpunkt- und Kräfteausstrahlungsmittelpunkt der Weltpolitik. Für den Gegensatz zwischen Vär und Walfisch, Rußland und Großbritannien, war in der Tat das Land von ausschlaggebender Bedeutung. Heute kann man Afghanistan nicht so hoch mehr einschätzen. Zwar sind seine Bewohner, als Nachzügler des Nationalismus gleich Albanern, Kurden, Bakhtiari und Tibetern ebenfalls zum Selbstbewußtsein erwacht; allein was will ihre Zahl besagen gegenüber den zweihundertzwanzig Millionen Hindu und Hinduistierten, oder gegenüber den 400 Millionen Chinesen. Wenn man erwägt von welcher Erde der Welt wohl in nächster Zukunft die größten Wirkungen ausgehen werden, so wird man zunächst alle kleinen Stämme ausschalten, die wie Albaner, Kurden und Siamesen, deren Zahl drei Millionen kaum übersteigt und auch Tibeter, Afghanen und Bulgaren, deren Kopfszahl unter zehn Millionen zurückbleibt. Man wird ferner von den 120 Millionen Negern Afrikas in nächster Zukunft keine überwältigenden Taten erwarten dürfen, da diese Neger noch nicht einmal miteinander, geschweige denn mit ihren Brüdern in Amerika oder gar den Schwarzen Asiens und Australiens sich verständigen können. Als ganz große Ansammlung von Kräften, die ohne weiteres in Erscheinung treten können, sind dagegen Chinesen und Japaner, ferner die Hindu, endlich die Völker der islamischen Welt zu betrachten. Der größte Stoß wird aller Voraussicht nach von Ostafrika ausgehen. Die Frage ist hier nur, ob es den Mannen des Mikados gelingen werde, mit den Chinesen zusammen eine Einheitsfront zu bilden. Bei den Hindu ist das Hauptproblem, ob sie ihre weltabgewandte Beschaulichkeit, ihre grundsätzlich unfriegerische Philosophie zu militärischer und politischer Stoßkraft werden umwandeln können. In der islamischen Welt treffen wir auf zwei ganz verschiedene Fragenkomplexe. Es handelt sich einmal darum, ob die voneinander stark abweichenden und sich vielfach feindselig gesinnten Rassen zur einheitlichen Abwehr der weißen Gefahr aufzukehren werden, und zweitens darum, ob die Türkei in ihrer kirchenfeindlichen Haltung fortfahren oder aber zu alimohammedanischen Gedanken sich bekehren wird. Ich glaube das letztere. Einen beachtlichen Hinweis gibt die Tatsache, daß kürzlich Mustafa Kemal als Kandidat für den Posten des Kalifen aufgestellt wurde. Seine Mitbewerber waren der Groß-Senussi, der seinen Sitz von Dschadub in Tripolitani nach Mekka verlegt hat, und Mohammed ben Ab el Krim. Vorkäufig ist die alimohammedanische Bewegung die wichtigste. Sie umfaßt zwar günstigsten Falles nicht soviel Anhänger als der Chinesen Volksgenossen zählt, nämlich nur 300 Millionen; auf der anderen Seite ist sie doch ausgedehnter als sämtliche andere Bewegungen, denn sie hat vier Erdteile ergriffen, den größten Teil von Afrika und Asien, den Südostraum von Europa und den Nordraum von Australien. Dagegen kann und wird das Christentum, einerlei ob es von den Japanern organisiert wird, oder sich auf eigene Füße stellt, eine viel geschlossener, eine beinahe völlig ungeteilte Stoßkraft entwickeln. Einstweilen freilich windet es sich noch in den heftigsten Krämpfen und Wehen. Es hat gegen europäische und amerikanische Einflüsse anzukämpfen, ferner gegen japanische, drittens gegen russische.

Wenden!



Feng Yu Hsiang, der immer als christlicher General bezeichnet wird, was kaum etwas anderes heißt, als daß er aus dem Lanne des Konfuzismus herausgetreten ist, hat sich mit dem Sowjet verbündet. Der General will gemeinsam mit Moskau zwei Eisenbahnen in der äußeren Mongolei erbauen und eine Sowjetregierung in Nordwestchina einrichten. Ein Drittel der dortigen Streitkräfte soll den Moskauern zur Verfügung stehen, während einem angegriffenen China 50 000 Russen helfen sollen. Die Mongolei, die sechsmal so groß ist als Deutschland, ist ohnehin schon ein unabhängiger Sowjetstaat. Man weiß, was das bedeutet. Im Jahre 1836 errichteten Panlee-Hlibustier einen unabhängigen Staat in Texas, der 1846 an die Vereinigten Staaten von Amerika angegliedert wurde. Im Jahre 1913 entstand ein unabhängiger Staat Epirus, den schon ein Jahr darauf die Griechen verschluckten. Genau so ist schon heute die Mongolei ein Vorwerk von Moskau. Ist Nordwestchina und ist vollends einmal das ganze himmlische Reich bolschewisiert, so steht ganz Ferklandostasien in Gefahr, den Moskowitern anheimzufallen.

Das ist überhaupt die bedeutendste Begleitererscheinung bei dem Vorgange, den wir hier darzustellen versuchten, bei der Gährung des Orients: Der Sowjet sucht den ganzen Osten zu bolschewisieren, sucht sich mit ihm zu verbünden und bei Erhebungen und sonstigen gefährlichen Anlässen unterstützt er ihn durch seine Diplomatie, die in der ganzen Welt Anknüpfungen besitzt, und wo es möglich ist, auch durch militärische Hilfe. Im Januar will der Sowjet einen zweiten Allmohammedanerkongreß abhalten, der wie der erste in Batu tagen soll. Dazu werden Abgeordnete herbeiströmen von Marokko bis China. In dem Kongreß hat Moskau eine wirksame Waffe in der Hand, um zugleich England und Frankreich zu bekämpfen. Das hindert aber nicht, daß die Sowjetstaatsmänner sich den Pariserern nähern, um außerdem noch Frankreich gegen England auszuspielen.



La Dépêche Coloniale (Paris)

Nr. 8713

Nr.

## La situation générale en Orient et la politique des mandats

Nous sommes heureux de l'occasion qui nous est offerte de faire paraître une étude remarquable sur la situation générale en Syrie, la politique des mandats, et surtout la position de la France dans cette question, qui est plus que jamais à l'ordre du jour.

Ce travail est dû à l'un des hommes les mieux qualifiés pour parler de la question syrienne ; il présente par conséquent la plus haute valeur, et lorsque l'auteur conclut qu'il serait folie d'abandonner la Syrie, et que le contre-coup d'une telle politique se ferait ressentir dans tout le Nord africain, il le fait avec des arguments nombreux et décisifs, sur lesquels on ne saurait trop attirer l'attention.

Le mouvement de rébellion qui a secoué la Syrie n'est pas un mouvement uniquement local. Il l'était à l'origine, mais il a été capté à partir du 15 août 1925 par les éléments nationalistes avancés de Syrie, qui en ont pris la direction politique et qui ont été eux-mêmes renforcés par les éléments révolutionnaires de l'extérieur avec qui ils sont entrés en liaison.

La rébellion syrienne n'est qu'un épisode du mouvement général antieuropéen qui s'étend de la Chine au Maroc. Ce mouvement antieuropéen a renoncé à s'appuyer sur les sentiments religieux, tels que le panislamisme. Il exploite et conjugue les nationalismes locaux issus d'une xénophobie générale indéniable et alimentée par les idées wilsoniennes, imprudemment répandues en Orient, au moment où les grandes puissances ne pouvaient plus y montrer la force et y perdaient, par-dessus le marché, la face en capitulant devant la Turquie kémaliste.

Le centre intellectuel de ce mouvement dans le Proche-Orient est en Egypte. Nous avons applaudi inconsidérément l'agitation antibritannique dans ce pays. Il n'est pas d'un sens politique très averti de se moquer du malheur du voisin en Orient, et il est dangereux de soutenir sans réflexion les mouvements nationalistes dont notre opinion publique, vivant sur des réminiscences historiques ou littéraires périmées maintenant, ne saisit pas le caractère nettement antieuropéen.

En face de ce mouvement général, la nécessité s'impose pour les deux puissances le plus directement menacées, France et Angleterre, de s'unir étroitement pour faire front. C'est ce que nous allons chercher à mettre en valeur ci-après :

### I. - La politique anglaise en Orient

Seule jusqu'à présent l'Angleterre a mené dans l'Orient arabe une politique active ; elle a l'initiative des événements, avec tous les avantages que cette initiative assure.

Il ne s'agit pas de voir partout la main de l'Angleterre et de lui imputer à tout propos des machinations perfides.

L'Anglais n'est pas perfide, il n'est même généralement pas hostile, il se borne à jouer son jeu.

On parle beaucoup de l'égoïsme britannique, écrit un publiciste de talent ; il est vrai que l'Anglais est égoïste simplement et

sans remords. Il ne sait pas se mettre à la place d'autrui, rien de plus ; rappelez-lui que vous êtes là, il tiendra compte de vous. Mais il n'y aurait pas pensé tout seul, car tout ce qui est extérieur l'intéresse peu et c'est en somme un ingénu beaucoup plus qu'un perfide. Très lent à concevoir les raisonnements compliqués, il se détermine surtout par instinct, sans analyser ce qui se passe en lui-même, surtout sans savoir l'exprimer. C'est nous, Français, réputés changeants, qui ne savons plus nous départir d'une ligne de conduite une fois adoptée.

Cette honnêteté simple, cet égoïsme ingénu et sans malice, ce fond de confiance qui contraste avec la méfiance des paysans et des robins, font qu'à la longue il se fait presque toujours estimer soit comme partenaire, soit comme adversaire. S'il frappe fort, il reçoit sans colère, mais l'on échoue régulièrement avec lui si l'on finasse et si l'on attend qu'il défende à votre place vos intérêts. Il vous suppose prévenu qu'il travaille pour lui-même, et il s'attend à ce que vous en fassiez autant de votre côté. Il ne vous saura pas gré d'une concession et vous respectera au contraire de maintenir votre point de vue si toutefois vous avez su vous faire prendre au sérieux.

Quand les Anglais prennent un point de vue différent du nôtre, ils ont toujours toutes leurs raisons ; ce n'est pas nécessairement par hostilité...

La politique anglaise est régie par une idée directrice simple, facilement concrétisée, applicable tant que durera l'empire britannique dont elle est la base : « La défense de l'Inde et la maîtrise des routes qui y conduisent... »

En ce qui concerne la défense de l'Inde, le principe d'application consiste à médianiser les Etats voisins, ou bien à les maintenir dans un état d'anarchie tel que les influences étrangères en soient écartées.

Pour ce qui est de la maîtrise de la route des Indes, l'évolution de la politique anglaise est écrite sur la carte au fur et à mesure des progrès de la marine à voile et à vapeur, du percement de l'isthme de Suez, de l'avènement de l'aviation.

La guerre arrive. Ayant constaté la poussée nationaliste arabe, l'Angleterre résout de lui donner satisfaction en favorisant la création d'Etats arabes, souverains et indépendants en apparence, en réalité soumis à sa tutelle administrative, financière et militaire. A la tête de ces Etats, l'Angleterre installera des princes appartenant à la famille hachémite.

Ces Etats (Hedjaz, Transjordanie, Irak) formeront entre eux une confédération arabe qui sera présidée par un prince hachémite.

Les avantages de ce projet étaient considérables.

Malheureusement, dans la réalisation de ce plan, l'Angleterre rencontre la France qui est réclamée en Syrie. Elle commet en outre une erreur en faisant des Hachémites la cheville ouvrière de son système et s'aliène les esprits nationalistes avancés de l'Orient qui répudient la forme monarchique et théocratique que l'Anglais veut imposer à l'Orient. Elle se trouve enfin en



présence du concept américain des mandats.

En 1918 en effet l'Amérique intervint dans la question.

La politique du gouvernement américain est simple à définir : il estime que si les Français et les Anglais sont maintenant en Orient, c'est parce que 2 millions de soldats américains sont venus faire pencher la balance de notre côté en 1918.

Les agents diplomatiques américains refusent d'envisager les questions d'Orient sous un autre angle et maintiennent par conséquent avec une fermeté inébranlable le principe de la porte ouverte. En d'autres termes, ils ne veulent plus que la France et l'Angleterre colonisent à leur profit des régions dans lesquelles ils estiment que nous ne nous trouvons que grâce à l'argent et à l'effort américains pendant la guerre.

Le résultat fut la formule des mandats.

(A suivre)



## La Dépêche Coloniale (Paris)

8714

Nr.

### LA SITUATION GÉNÉRALE EN ORIENT ET LA POLITIQUE DES MANDATS

#### II. - La question syrienne

En arrivant en Syrie en 1919, nous trouvions devant nous :

D'abord un noyau chrétien représenté par les Libanais, nos anciens obligés de 1860, maronites, grecs, orthodoxes et grecs catholiques, sympathisant en vertu des souvenirs de 1860 et du travail remarquable de nos institutions religieuses.

Plus au nord, un groupement alaouite, secte musulmane dissidente de paysans assez frustes qui, après une insurrection sérieuse en 1920, devaient se rallier franchement.

Dans les ports de la côte, depuis Saïda jusqu'à Alexandrette, enfin et surtout à l'intérieur, une majorité musulmane.

De tous, principalement des chrétiens et exception faite pour les montagnards druses, on peut dire ce que Renan disait, dans son livre des apôtres, du Syrien de l'antiquité.

« On les confondait parfois (le Syrien et le Juif) et Cicéron croyait avoir trouvé le trait commun qui les unissait en les appelant des nations nées pour la servitude. Un trait non moins essentiel du Syrien était sa facilité, sa souplesse, la clarté superficielle de son esprit. La nature syrienne est comme une image fugitive dans les nuées du ciel. On voit par moments certaines lignes s'y tracer avec grâce, mais ces lignes n'arrivent jamais à former un dessin complet. L'intelligence du Syrien attache par un air de promptitude et de légèreté, mais elle manque de fixité, de solidité, à peu près comme ce vin d'or du Liban qui cause un transport agréable, mais dont on se fatigue vite.

« Chargé de presque tous les petits métiers, valet de place, commissionnaire, porteur de litière, le Syrien entrait partout, introduisait avec lui sa langue et les mœurs de son pays. Il n'avait ni la fierté, ni la hauteur philosophique des Européens,

encore moins leur vigueur ; faible de corps, pâle, souvent fiévreux, ne sachant ni manger, ni dormir à des heures régulières, à la façon de nos lourdes et solides races, consommant peu de viande, vivant d'oignons et de courges, dormant peu et d'un sommeil léger, le Syrien mourait jeune et était habituellement malade. Ce qu'il avait en propre, c'était l'humilité, la douceur, l'affabilité, une certaine bonté, nulle solidité d'esprit mais beaucoup de charme, peu de bon sens si ce n'est lorsqu'il s'agissait de son négoce, mais une étonnante ardeur et une séduction toute féminine.

« Le Syrien n'ayant jamais eu de vie politique, a une aptitude toute particulière pour les mouvements religieux. »

En somme, une race intelligente, mais ondoiyante et superficielle.

Dès la prise de contact, le malentendu se produisit :

Les Français arrivaient insuffisamment renseignés sur le pays ; ils croyaient fermement que les Syriens les attendaient les bras ouverts et étaient tous animés d'un amour aussi grand que désintéressé à l'égard de la nation protectrice ; qu'en outre les Syriens s'étaient, à un tel point, assimilés la culture française, que l'on pouvait considérer la Syrie comme une petite France. Ou bien, par une exagération inverse, on les considérait comme à peine supérieurs à des Marocains.

On oubliait que la majorité de la population syrienne était musulmane ;

Que la Syrie avait été depuis 1911 travaillée par un puissant mouvement d'indépendance qui l'avait dressée contre la domination turque ;

Que ce mouvement d'indépendance s'était progressivement rallié à une formule dont

Wenden



on espérait la consolidation définitive de cette indépendance, l'empire arabe.

Pour comble, les Français se présentaient en Syrie comme appelés par les chrétiens ; le vieux rôle de la France protectrice des chrétiens en Orient pesait sur leurs épaules. Les chrétiens avaient servi de pont pour amener la France en Syrie ; ils ne pouvaient en aucun cas servir de base à la politique dans ce pays.

Par malheur, aussitôt arrivés, il nous fallut entrer en lutte avec l'intérieur et froisser du premier coup le rêve arabe des populations musulmanes.

Les Anglais, en effet, avaient installé à Damas Faysal, fils aîné du chérif Hussein. Faysal, entraîné par les exaltés qui le voyaient déjà rejetant les Français à la mer, entra en conflit avec nous.



Il se trouvait que nous avions besoin de la ligne de chemin de fer Rayak-Alep pour le ravitaillement de nos troupes en Cilicie et qu'il nous la refusait. Nous fûmes obligés de recourir aux armes et en juillet 1920, Faysal, chassé de Damas, était recueilli par les Anglais et installé sur le trône de Bagdad.

Du premier coup, nous entrions à Damas comme destructeurs du rêve unitaire arabe qui évidemment était un moyen anglais mais qui était bel et bien une aspiration logique et naturelle.

Peu de temps après, et comme pour accentuer encore notre position vis-à-vis des musulmans, l'indépendance du grand Liban était proclamée.

Au Mont Liban, essentiellement chrétien, on ajoutait la plaine de la Bekaa, dont la possession était nécessaire aux Libanais pour leur ravitaillement en blé. On y ajoutait au Sud Saïda et Tyr, au Nord Tripoli, c'est-à-dire que l'on annexait à une majorité chrétienne des minorités musulmanes. On coupait l'Etat syrien et musulman de l'intérieur de son accès à la mer, et l'on créait un irrédentisme musulman à l'égard du Grand Liban chrétien. Au fond, ce ne sont là que des querelles de mots, mais les agitateurs syriens devaient ultérieurement s'emparer de ces prétextes.

La proclamation de l'indépendance du Grand Liban est gravée sur une table de marbre à la porte de la résidence du haut commissaire de Beyrouth et la France ne reviendra pas sur sa parole ; une solution peut se trouver.

Dès lors se posent vis-à-vis des populations syriennes une série de problèmes qui en réalité sont connexes et réagissent étroitement les uns sur les autres, mais que pour la commodité de leur énumération, on peut classer en trois grandes questions :

La question même du mandat et sa dévolution à la France ;

La question de l'unité arabe ;

La question de l'unité syrienne proprement dite.

Tout se mélange dans cet imbroglio syrien ; on peut essayer néanmoins d'isoler et de traiter séparément chacune des équations de ce système.



Le mandat est-il nécessaire en fait ? En d'autres termes, ces pays sont-ils, comme le prétendent leurs éléments nationalistes avancés, aptes à se gouverner eux-mêmes ? La réponse est en toute sincérité : non. Ce serait rejeter la masse des populations à l'esclavage et aux querelles intestines et religieuses.

Nous avons à faire, en Syrie, à une masse ignorante, divisée par des rivalités de confessions, malheureuse dans son ensemble parce qu'elle exploite chichement pour un maigre métayage un sol qui appartient à de grands féodaux. Cette masse laborieuse, malléable, habituée depuis des siècles à toutes les servitudes de race ou de classe, obéissant aux maîtres du sol, ne demanderait qu'une chose, comme toutes les populations agricoles primitives, « un tyran juste ». Avoir la sécurité et pour cela payer l'impôt, mais ne le payer qu'une fois et au vrai maître : tel est son idéal politique. Il est d'ailleurs fort acceptable.

Dans le fond, la masse livrée à elle-même réclamerait l'administration directe française.

Au-dessus de cette masse, d'un côté, les grands féodaux, familles qui, comme à Hama possèdent des quartiers entiers de ville avec leurs roues d'irrigation, leurs fonctionnaires, leurs juges, leurs mosquées, caste fermée, fanatique, jalouse de ses intérêts et qui ne voit dans l'exercice des fonctions publiques et du pouvoir que le moyen de maintenir ses privilèges de fortune, de famille et d'influence. Ce n'est pas sans une certaine ironie que l'on a vu certains de ses membres les plus influents, de ceux à qui leurs fermiers paient leurs fermages à genoux, entrer dans le soi-disant parti « du peuple » pour se liguier contre nous avec les politiciens.

De l'autre, la classe des politiciens.

Ils sont deux centaines à peine en Syrie, avocats ou médecins issus des universités européennes, anciens fonctionnaires turcs, voire exaltés qui rêvent d'une grande nation arabe unie dans ses frontières du Taurus au golfe Persique ; les uns ralliés avec opportunisme au mandat ; les autres hostiles au fond à toute ingérence étrangère, quelques-uns sincères, la plu-

part soucieux avant tout des satisfactions que procure l'exercice du pouvoir.

Dans le fond, tous ces gens, féodaux ou politiciens, se passeraient de nous parce que nous sommes des gêneurs. Mais en Orient plus que partout ailleurs, il suffit pour s'imposer de le vouloir. Du jour où ils ont été convaincus que la Société des Nations ne reviendrait pas sur la question des mandats et que leur rêve d'indépendance complète était illusoire, ils se sont ralliés, tout au moins en parole, au mandat. C'est quelque chose dans un pays où nous avons déjà assez de difficultés. Nous marquons donc un point à notre actif dans le bilan, le principe du mandat n'est plus contesté ouvertement.

Il en est de même maintenant de son attribution à la France. Ici nouveau gain sensible.



La Dépêche Coloniale (Paris)

8715.

Nr.

LA SITUATION GÉNÉRALE EN ORIENT  
ET LA POLITIQUE DES MANDATS

II. - La question syrienne  
- Suite -

On a exposé au début le plan anglais d'une création d'un vaste empire, ou plutôt d'une confédération arabe, englobant par l'intermédiaire de souverains de la famille hachémite; tous les pays arabes issus de la désagrégation de l'empire ottoman; le plan englobait les royaumes de La Mecque, de Damas, avec la Palestine, de Bagdad; l'émir des Chammars, Ibn Rechid et le sultan des Wahabites, Ibn Séoud, étaient subventionnés et devaient entrer comme princes médiatisés; c'est le plan des coloniaux anglais et du colonel Lawrence dont le *Times* disait: « qu'avec tout l'or répandu par lui en Arabie pour faire des rois on ne s'étonnait que d'une chose, c'est qu'il ne se fût pas fait roi lui-même. »

Ce plan devait échouer par suite de l'expulsion de Faysal de Damas et de la nullité du personnel royal hachémite, personnel à qui Ibn Séoud devait porter le coup de grâce en expulsant successivement le vieux roi Hussein et son fils Ali du Hedjaz en 1924 et 1925.

Tel quel, il avait fait une profonde impression sur les populations arabes qui se voyaient faisant partie d'un empire allant d'un seul tenant de la Méditerranée au golfe Persique, et du Taurus à Suez.

« C'est arbitrairement et pour satisfaire des intérêts politiques personnels que la France et l'Angleterre ont découpé par des frontières tellement arbitraires qu'elles sont rectilignes, voilà ce que disent les unitaires arabes. Un habitant de Deraa, pour aller sur ses terres de l'Adiloun, est obligé d'avoir une carte d'identité et de changer des devises à la Banque parce qu'il franchit la ligne imaginaire qui sépare les territoires de mandat français de ceux de mandat britannique. Sous le régime turc, on allait de Damas à Médine sans que le train quittât le sol du même pays, maintenant après la libération de la domination ottomane et les promesses faites par les alliés, la voie traverse trois états, Syrie, Transjordanie et Hedjaz. Voilà ce que la politique européenne a fait de nous et comment elle nous a joués. »

Poursuivant leur raisonnement, les nationalistes arabes, (on comprend maintenant pourquoi il y a un nationalisme arabe) les nationalistes arabes se disaient: « C'est entendu, nous sommes joués, il n'y a pas d'indépendance pour nous, il y a des mandats, mais au moins qu'il n'y en ait qu'un. Sera-ce le mandat français? ce serait le plus agréable, mais ce n'est pas possible, jamais l'Angleterre ne se dessaisira au profit du mandat français de l'Irak et de la Palestine, qu'elle a conquis de haute lutte. La France par contre ne paraît pas disposée à rester en Syrie; cette aventure syrienne lui pèse et l'écoeure. Qu'elle cède son mandat à l'Angleterre, et, au moins mandat à part, nous retrouverons notre unité. Nous retrouverons même notre unité monétaire. »

Par la force même des choses, un nationaliste arabe était donc amené à souhaiter la fin du mandat français au profit du mandat anglais. Une tentative s'esquissa même en 1924 pour faire l'unification sur un terrain soi-disant religieux. Après la suppression du khalifat turc, Hussein se fit reconnaître khalife à la Mecque, en Pa-

lestine et en Transjordanie, puis se transportant à la frontière syrienne, il essaya de se faire reconnaître comme khalife en Syrie. Les Syriens finirent par comprendre que Hussein n'était nullement reconnu par tout l'Islam, ils risquaient de s'embarquer avec lui dans une aventure sans lendemain. Finalement Hussein ne fut pas reconnu khalife en Syrie et s'éloigna furieux. C'était la fin.

De ce jour, en effet, le prestige du mandat anglais déclina en Syrie. Les Syriens découvraient ce qui se cachait sous l'apparente indépendance dont était gratifié l'Irak avec son roi, son Parlement, ses ministres responsables, mais aussi avec le traité anglo-irakien.

De plus, le personnel hachémite était réellement trop nul; sa déconfiture devant Ibn Séoud lui porta le coup fatal.

Enfin, chose qu'il ne faut pas méconnaître, l'idée républicaine gagnait du terrain en Syrie. Les jeunes ne voulaient plus de ces princes bédouins faméliques qui ne voyaient dans les fonctions royales qu'une occasion pour piller les caisses publiques.

Et voilà en fin de compte comment les Syriens se rapprochèrent du mandat français. Quant à l'application, le plus grand nombre des nationalistes opteraient facilement pour une forme de mandat tellement lâche qu'en fait il n'y aurait plus de mandataire.

Peu nous importe; nous n'en sommes pas moins sur un gros succès de principe, et si l'idée du mandat n'est plus discutée, sa dévolution à la France ne l'est plus davantage.

Ceci constitue une amélioration sensible de notre situation politique par rapport à ce qui existait au début.

Nous sommes donc débarrassés de la question du mandat et de l'unité arabe; reste la troisième équation: l'unité syrienne.

Elle n'est pas encore résolue.

Parmi la caste des feudaux et la classe des intellectuels, règne une directive politique très nette: l'unité syrienne.

« La Syrie, disent-ils, est séparée des pays voisins par des frontières arbitraires et par une forme de mandat différente, soit. Mais qu'au moins dans ces frontières arbitraires elle réalise son unité. Pourquoi l'avez-vous découpée en quatre Etats indépendants et un sandjak autonome: Etat du Grand-Liban, de Damas, d'Alep, des Alaouites et sandjak d'Alexandrette? Ne serait-ce pas parce que vous voulez diviser pour régner? »

Quelle que soit sa conviction intérieure, un nationalisme syrien — on comprend maintenant pourquoi il y a des nationalistes syriens — ne peut pas sans se discréditer à jamais transiger sur ce principe. Ce sentiment unitaire est indéniable dans la classe dirigeante.

Sans préjuger des sentiments innés de certains de ses protagonistes, il faut convenir que cette tendance à l'unité est générale chez les Musulmans.

Un premier essai de conciliation fut fait en 1922 par la création de la Fédération sy-

Menden



rien. Le Grand Liban refusa d'en faire partie. Cette fédération se borna à réunir les Etats de Damas, d'Alep et des Alaouites. Elle échoua parce qu'elle avait des fonctionnaires fédéraux qui s'ajoutaient aux fonctionnaires locaux et échappaient aux chefs des Etats locaux. Ils arriverent, particulièrement ceux de la justice, à discréditer complètement le régime. Or, s'il y a une question où le point d'honneur français est engagé, c'est celle d'une bonne justice. Il faut donc chercher autre chose.

A la fin de 1924, le général Weygand prenant texte des délibérations émises à l'unanimité par les conseils représentatifs des Etats d'Alep et de Damas, prononça la réunion des Etats de Damas et d'Alep en un Etat dit « Etat de Syrie ». La Syrie n'était donc plus découpée qu'en trois Etats : Grand Liban, Syrie, les Alaouites ; mais il n'y avait plus d'organe de liaison entre ces Etats en dehors du haut-commissaire lui-même. Ce ne pouvait être la constitution définitive. Le général Weygand partit sans avoir pu achever sa tâche.

Ce ne fut donc qu'une demi-satisfaction donnée au sentiment unitaire syrien : d'abord parce que les Alaouites, c'est-à-dire la côte, restaient en dehors du nouvel Etat, et puis parce que dans l'application, le principe de l'Unité est immédiatement battu en brèche.

Chacun veut bien faire partie d'une Syrie unie, mais personne ne veut laisser sortir son argent du district local pour servir ailleurs à des besoins d'intérêt, évidemment général mais éloigné. Et c'est ainsi que, de toutes parts, éclatent, dans le concert unitaire, les cacophonies des séparatismes locaux. Alexandrette, Alep, le Hauran, les Alaouites, le district même de Dour-es-Zor sur l'Euphrate ; tous les districts riches réclament leur autonomie administrative. Que les impôts fructueux restent dans le district, qu'ils servent à payer des fonctionnaires du cru, voir à la rigueur à des travaux économiques locaux, mais que, sous aucun prétexte, ils n'aillent à la caisse centrale.

Il y a donc une velléité unitaire de principe, mais tempérée par des tendances d'autonomie locale très fortes. En somme, s'il y a un nationalisme, il n'y a pas de sentiment national ; il n'y a même pas d'esprit public et l'intérêt commun n'est pas encore dégagé des intérêts particuliers. La Syrie n'est donc pas encore mûre pour se gouverner elle-même.

La Fédération ayant fait faillite, et la répartition actuelle de la Syrie en trois Etats ne donnant pas satisfaction au sentiment unitaire de principe qui règne dans le pays, il faut trouver une formule nouvelle.

On ne peut pas revenir sur la question du Grand Liban ; il ne peut donc pas être question d'un Etat unique. Il faut d'autre part donner satisfaction aux sentiments d'autonomie administrative locaux qui, nous l'avons vu, sont aussi forts que le sentiment unitaire.

On ne peut trouver une solution dans une constitution analogue à la constitution suisse, qui laisse à chaque canton son autonomie, le gouvernement central n'étant chargé que d'un petit nombre de questions communes et générales et faisant appliquer ses résolutions par les administrations locales de manière à ne pas créer un super-

Etat superposant ses organismes à ceux des Etats.

Je rappelle qu'il faut se hâter car les lois organiques d'après l'acte d'approbation du mandat doivent être établies avant le 30 septembre 1927 et il serait regrettable de voir la France traînée une fois de plus en accusée devant la Société des Nations, comme il arrive trop souvent lorsqu'il s'agit de la Syrie.

Il reste, pour achever d'encadrer la question syrienne, à parler des relations de la Syrie avec ses voisins.

La Syrie a trois voisins : la Palestine, l'Irak, pays de mandat ou d'influence britannique, et la Turquie.

Avec aucun de ses voisins la frontière de Syrie n'est encore délimitée.

Il n'y a plus grand chose à faire avec la Palestine, depuis que nous avons cédé la plaine de Houle, au nord du lac de Tibériade, qui la revendiquait à cause d'une colonie sioniste qui s'y trouvait. La Palestine a encore des visées sur la vallée du Yarmouk parcourue par le chemin de fer de Caïffa à Deraa, mais il n'y a aucune raison plausible pour lui faire ce cadeau. Les choses peuvent rester en l'état.

Avec l'Irak, frontière provisoire également. L'Irak revendique la totalité du Djebel Sindjar, habité par les Yézidis, ou adorateurs du diable, sous prétexte que le Sindjar forme la couverture militaire du Mossoul. Il n'y a là non plus aucune raison pour faire ce cadeau, d'autant que le Sindjar renferme des schistes bitumineux décelant la présence de pétrole, continuation probable des gisements de Mossoul. Aucune difficulté non plus de ce côté.

Reste la Turquie ; ici, la situation est intenable. Au bout de cinq ans, aucun des articles de l'accord d'Angora n'a été exécuté par les Turcs. La frontière n'est pas délimitée ; les bandes turques viennent continuellement piller sur le terrain syrien ; la question de l'alimentation en eau de la ville d'Alep, soulevée périodiquement chaque été, n'est pas encore réglée. Pas réglée non plus la question des impôts à payer par les sujets turcs propriétaires en Syrie, et par les sujets syriens propriétaires en Turquie.

C'est que toute notre politique, à l'égard de la Turquie est viciée par l'idée de cette soi-disant amitié séculaire que nos littérateurs ont répandue en France. Il faudrait d'abord voir ce qu'il en est réellement de cette amitié qui depuis la bataille de Saint-Gothard en 1664 jusqu'aux Dardanelles en 1915, en passant par Aboukir et Navarin, s'est généralement traduite par des coups de canon. Il faudrait voir ensuite ce que représente la Turquie actuelle, petit Etat de 9 millions d'habitants, sans industrie et sans richesse, masse sympathique mais amorphe. Il suffit de se rapporter à ce sujet aux articles remarquables de M. Hély dans le journal. Il est temps, si nous voulons sauver ce qui nous reste de prestige en Orient, de réviser notre impression de sentiment sur les Turcs et de la remplacer par un jugement un peu plus motivé.



La Dépêche Coloniale (Paris)

Nr. 8716.

# LA SITUATION GÉNÉRALE EN ORIENT ET LA POLITIQUE DES MANDATS

## III. - La solution anglaise

Avant de conclure, il n'est pas mauvais de jeter un coup d'œil sur nos voisins, de voir comment les Anglais ont opéré et ont réussi à éluder les charges des mandats, charges qui pèsent sur nous au point de faire envisager à certains la nécessité d'une évacuation, c'est-à-dire le renouvellement de l'erreur des « arpentés de neige » du Canada.

Que voulaient-ils en Palestine ? S'y installer en vue de la défense du canal et faire de ce pays, à défaut de l'Égypte défaillante, un relai sur la route aérienne des Indes et surtout un emplacement des réserves générales impériales. Les Anglais ont donc rédigé le texte du mandat sur la Palestine de façon à y rester, de toute manière et en tout temps, les maîtres.

Dans un article récent de la *Revue de Paris*, M. de Fels a exposé pourquoi la France est dans une fausse position en Syrie : parce que l'essence même du mandat est le départ de la France de Syrie une fois sa tâche terminée. Les Anglais ont donc établi le texte du mandat britannique sur la Palestine de telle sorte qu'il n'y soit pas fait mention de leur départ.

Beaucoup plus prudemment rédigé que le mandat français, le mandat britannique promet d'instituer dans le pays un état de choses politique, administratif et économique de nature à assurer l'établissement du Foyer national juif et le développement d'institutions de libre gouvernement ainsi que la sauvegarde des droits civils et religieux des habitants.

Il n'est pas question de leurs droits politiques.

L'article premier du mandat donne au mandataire pleins pouvoirs de législation et d'administration.

L'article 11 donne aux mandataires pleins pouvoirs quant à la propriété ou au contrôle de toutes les ressources naturelles du pays ou des travaux et services d'utilité publique.

L'article 12 déclare que les relations extérieures de la Palestine seront du ressort du mandataire.

Un certain nombre d'articles garantissent les droits des sionistes et règlent la participation du Comité exécutif sioniste au gouvernement, d'où les protestations des Arabes qui représentent 590.000 habitants contre 83.000 Juifs.

..

En fait, la Palestine est gouvernée et administrée comme une colonie de la Couronne ; l'Angleterre tient financièrement la Palestine par les avances qu'elle lui a faites ; l'administration palestinienne est entièrement payée par le pays y compris

les traitements des fonctionnaires anglais, chefs de cette administration.

Le budget palestinien se monte, pour 800.000 habitants environ, à 2.176.501 livres égyptiennes, soit 300 millions de francs, alors que, pour une population plus que triple, le budget syrien n'est que de 12 millions de livres syriennes, soit 240 millions de francs. À côté de 25 millions de francs que verse le Palestinien pour quatre compagnies britanniques, le Syrien ne versant récemment encore que 8 millions pour une armée de 25.000 hommes.

Mais il y a plus beau : allons en Irak. C'est simple, il n'y a pas de mandat britannique en Irak.

Celui qui avait été préparé en 1922 n'a jamais eu besoin d'être ratifié par la S.D.N. parce que, auparavant, l'Angleterre avait installé Faysal à Bagdad comme roi de l'Irak et établi une constitution irakienne, avec monarchie constitutionnelle, Chambre de députés, Sénat, ministère responsable, etc... magnifique façade derrière laquelle se tient le haut commissaire anglais.

L'Irak a passé comme Etat souverain un traité avec l'Etat souverain britannique. Cet instrument diplomatique comporte un traité et quatre accords subsidiaires encore plus intéressants que le traité.

Analysons : le 10 octobre 1922, S. M. Britannique a signé avec S. M. le roi de l'Irak un traité d'alliance par lequel l'Angleterre s'engage à fournir conseils et secours à l'Irak sans porter préjudice à la souveraineté nationale.

Le roi de l'Irak consent à se laisser guider par les conseils de S. M. Britannique que lui transmettra le Haut commissaire sur toutes les questions importantes concernant les obligations et intérêts internationaux et financiers de S. M. Britannique. Il prendra conseil du Haut commissaire pour assurer la stabilité et la bonne organisation des finances de l'Irak aussi longtemps que le gouvernement de l'Irak aura des obligations financières envers le gouvernement britannique.

Le roi de l'Irak s'engage ensuite à ne nommer aucun fonctionnaire de nationalité étrangère sans l'assentiment de S. M. Britannique.

Le contrôle des affaires extérieures est confié à S. M. Britannique.

S. M. Britannique s'engage à user de ses bons offices pour assurer le plus tôt possible l'admission de l'Irak à la Société des Nations.

La durée du traité est de 20 ans.

Quatre accords subsidiaires complètent le traité.

Le premier est relatif aux fonctionnaires britanniques employés par l'Irak ; 18 pos-

Wenden



tes de directeurs sont obligatoirement tenus par des fonctionnaires anglais (intérieur, finances, justice, défense nationale, travaux publics, santé, police, etc...). D'autre part, un certain nombre de postes sont énumérés et il sera « loisible » au gouvernement irakien d'y nommer des fonctionnaires britanniques.

Le deuxième accord est l'accord militaire. Il met l'armée irakienne sous le contrôle, en temps de paix, de l'autorité militaire britannique et le commandement en temps de guerre de cette autorité.

Enfin, il stipule que le gouvernement irakien consacrera 250/0 du budget annuel aux dépenses militaires.

Si la France se permettait d'insérer dans un traité pareille clause, de quelles accusations d'impérialisme et de militarisme ne serait-elle pas l'objet ?

Le troisième accord est d'ordre judiciaire.

Le quatrième accord est d'ordre financier. Il stipule que « l'aide financière » apportée par le gouvernement britannique à l'Irak consiste dans le maintien aux frais du gouvernement britannique d'une garnison britannique en Irak, aide financière qui sera supprimée dans un délai de quatre ans après la conclusion de la paix avec la Turquie.

En résumé, les relations extérieures de l'Irak sont dirigées par l'Angleterre. Le haut commissaire britannique intervient dans la politique intérieure de l'Irak. Le roi de l'Irak ne dispose ni de ses finances, ni de son armée, ni des ressources de son pays, ni de son administration. Ce régime durera tant que dureront les obligations financières de l'Irak envers l'Angleterre, c'est le protectorat.

Les obligations du mandat, l'égalité commerciale, le régime de la porte ouverte, sont aussi éludés.

Les exagérations mêmes de ce traité qui instituent le plus étroit des protectorats n'ont pas été sans détacher les populations syriennes de l'idée du mandat anglais.

Nous pouvons maintenant conclure. Peut-on abandonner la Syrie ? Sinon comment faire pour y rester aux moindres frais ?

(A suivre)



## La Dépêche Coloniale (Paris)

Nr. 8717.

Nr.

### La situation générale en Orient et la politique des mandats

#### IV. -- Conclusion

Peut-on abandonner la Syrie ?

Oui, conclut M. de Fels, dans l'article déjà mentionné, en « monnayant » notre départ.

Monnayer le mandat syrien ? Tout d'abord nous pouvons bien avouer que dans ces opérations de monnayage nous sommes bien souvent les mauvais marchands. On pourrait ne citer que les dettes interalliées, pour lesquelles nous n'avons guère su monnayer certains sacrifices qu'en 1916 ou 1918 nous aurions pu faire estimer à leur valeur. Nous ne savons pas monnayer.

Alors, s'en aller purement et simplement ? Moralement nous n'en avons pas le droit. Au bout de sept ans nous irions dire à ces populations que décidément nous sommes incapables de nous charger de leur avenir, et surtout exposer aux représailles tous ceux, et il y en a, qui se sont compromis pour nous. Non, il est des giestes que pour l'honneur du pays il vaut mieux ne pas renouveler après l'évacuation de la Cilicie.

D'ailleurs, au point de vue objectif et pour reprendre un mot connu, ce serait plus qu'un crime, une faute.

Le développement du mouvement nationaliste musulman est tel en effet maintenant, il bouillonne de telle manière dans les cerveaux de tous les jeunes orientaux que nous avons imbibés de nos principes révolutionnaires ou wilsoniens, que notre départ de Syrie risquerait de les ébranler.

Et dans quelle situation serions-nous en Méditerranée une fois ramenés dans le bassin occidental ? Si nous partions de Syrie, nous y serions remplacés. Par qui ? Par l'Angleterre ? Elle n'y tient plus et n'y est plus désirée. Alors, l'Italie qui a déjà levé la main et qui joue en Orient vis-à-vis de l'Angleterre le rôle du brillant second comme l'ont montré les événements de Mossoul ? Quelle reculade ! et quelle serait notre situation en Méditerranée, une fois relégués dans le bassin occidental ? Non, il est des choses qu'on ne doit pas et qu'on ne peut pas faire.

Il faut donc rester en Syrie, mais aux moindres frais. Il faut changer nos méthodes.

Tout d'abord, la Syrie a soif de stabilité et d'autorité. En cinq ans, il n'y a eu en Irak qu'un haut commissaire, Sir Henry Dobbs, et en Palestine qu'un haut commis-

saire, Sir Herbert Samuel, qui vient seulement d'être remplacé. Que ne faisons-nous de même ?

Ensuite, ne nous égarons pas trop dans le détail. Nous avons pour tenir ce pays deux grands exemples : les Romains et les Anglais. Leur méthode est identique, elle consiste essentiellement à faire rentrer l'impôt et assurer la sécurité, c'est-à-dire à assurer les finances et la police. Pour le reste, les particuliers ont liberté complète et c'est pourquoi ces dominations si dures pour les Etats se trouvent légères pour les particuliers qui jouissent de l'ordre et de la sécurité.

Ceci posé, il s'agit d'organiser les grandes lignes constitutionnelles du pays. A l'heure actuelle, certains Syriens nous accusent d'avoir fait exprès de ne leur point donner de constitution afin de pouvoir rester dans le pays. Donnons-leur la constitution demandée, il nous sera facile de leur montrer que plus elle sera perfectionnée, plus ils auront besoin de nos conseils.

Quant à la forme même à donner à la Syrie une constitution genre helvétique paraît la seule capable de donner satisfaction à la fois au sentiment unitaire et aux aspirations locales d'autonomie.

Il resterait ensuite à passer avec la Syrie, ainsi organisée, un traité tenant compte des droits acquis de la France et sauvegardant nos intérêts matériels et moraux. M. de Jouvenel avait commencé à envisager cette solution quand il a été obligé de rentrer pour défendre à Genève l'œuvre de la France systématiquement calomniée.

Aux moindres frais ? Qu'on se rappelle le budget palestinien : 2.176.501 livres égyptiennes, soit 300 millions de francs pour 800.000 habitants ; le budget irakien : 53.253.000 roupies, soit 530 millions de francs pour moins de 3 millions d'habitants. Le budget syrien est de 8.514.407 livres syriennes, plus de 4 millions de recettes douanières soit 12 millions de livres syriennes ou 240 millions de francs pour une population triple de celle de la Palestine.

Dépenses militaires : Palestine 25 millions de francs. Irak 100 millions de francs. Syrie 3 millions jusqu'en 1926, 8 millions en 1926.

Sans aller aussi loin que les Anglais dans la voie qu'ils ont tracée, on voit que la Syrie peut contribuer plus largement qu'elle ne le fait aux dépenses civiles et militaires du mandat et payer au moins les intérêts de sa dette envers la France.

La tâche n'excede donc ni nos possibilités, ni nos ressources ; ce n'est qu'affaire de stabilité, d'ordre et d'expérience : il n'y a rien là qui doive nous dépasser.



## Correspondance d' Orient (Paris)

**N. 361**

**L'Orient à la S. D. N.**

Les affaires d'Orient ont tenu une place importante à la 48<sup>e</sup> session du Conseil de la Société des Nations. Sans doute la question complexe des optants Hongrois a-t-elle été ajournée une fois de plus sous prétexte d'une indisposition de M. Titulesco, en réalité dans l'espoir qu'un accord direct débarrassera le Conseil d'une affaire mal engagée. Par contre, la question de l'aide financière à la Grèce a été liquidée. Le règlement intervenu à Genève entre M. Caphandaris et M. Briand pour les dettes de guerre franco-helléniques a supprimé le dernier obstacle.

La Société des Nations a été moins heureuse en ce qui concerne l'aide à la Bulgarie. Nous avons dit que les Bulgares manifestaient une grande répugnance pour la réforme de la Banque d'émission réclamée par les experts de la Société des Nations. Tous les efforts tentés auprès des délégués bulgares sont restés vains. MM. Bourof et Mollof sont repartis les mains vides.

Le Conseil a réglé la question de l'émigration gréco-bulgare en enregistrant un accord du 9 novembre 1927. Cet accord règle les obligations financières résultant de l'émigration pour les gouvernements grec et bulgare. Il s'agit d'une somme de 35 millions de dollars.

Une affaire de beaucoup plus intéressante a été celle du *Salamis*. Il s'agit d'un navire de guerre que la Grèce avait commandé, en 1912, aux chantiers de Stettin, pour le prix de 42 millions de francs. Un acompte de 450.000 livres sterling fut versé. Le navire fut lancé le 10 novembre 1914 et les travaux interrompus quand l'Allemagne reconnut que la guerre ne permettait pas la livraison. Après la paix, la maison allemande a voulu exécuter le contrat. La Grèce a refusé de prendre livraison en invoquant les articles 190 et 192 du Traité de Versailles qui interdisent à l'Allemagne toute exportation de matériel de guerre. Ce point de vue a été confirmé par la Conférence des Ambassadeurs. Puis l'affaire a été portée devant le Conseil de la Société des Nations, le 24 juin dernier. L'affaire est venue le 4 septembre devant le Conseil. Au nom de la Grèce, M. Politis a sollicité le Conseil de demander l'avis de la Haute-Cour de La Haye sur l'interprétation des articles 190 et 192 du Traité de Versailles, c'est-à-dire de faire préciser que l'interdiction de toute sortie de matériel de guerre est absolue et s'applique même à des contrats antérieurs à la guerre. Le délégué allemand M. Von Schubert a soutenu que le conflit est de droit privé et ne concerne pas la Société des Nations. Sur les conclusions du rapporteur, M. Urrutia, le Conseil a désigné un comité pour rapporter l'affaire en décembre. Ces délégués ont consulté les juristes de la Société des Nations. Ceux-ci ont été unanimes à constater que l'affaire devait être portée devant le Tribunal d'arbitrage germano-grec. Cet avis a été admis.

Ce qui est important dans cette affaire, c'est la contestation de la décision prise par la Conférence des Ambassadeurs et la révision indirecte d'une clause du Traité de Versailles.



## Kölnische Zeitung

Nr. 89

### Die Vorgänge im Nahen Osten

Um die Lage im Nahen Osten richtig zu verstehen, muß man sich die geopolitische Entwicklung des britischen Reichs vergegenwärtigen. Sein Aufstieg, der ganze Reichtum der britischen Insel erwächst im wesentlichen daraus, daß es Indien besitzt. Da dem so ist, ergibt sich die weitere Entwicklung des Reichs als logische Folge. Was war die Gründung der westindischen Kolonien, was das spätere Festhalten an den nordamerikanischen Kolonien, was die Besitzergreifung der Inseln Ascension und St. Helena sowie Südafrika andres als eine Sicherung des Weges nach Indien? Was für einen andern Zweck verfolgte das spätere Festsetzen an der andern Straße: Gibraltar, Malta, Zypern, Ägypten und Aden? Doch die Welt schreitet fort, Entfernungen schrumpfen zusammen, militärische Aktionen lassen sich heutzutage nur dann wirksam in die Tat umsetzen, wenn sie schnell erfolgen. Daher ist auch dieser Weg noch zu lang. Und damit kommt die letzte Etappe auf der Verkürzung des indischen Weges: das Interesse Englands an den Ländern des Nahen Ostens. Es ist gewiß kein Zufall, daß Ägypten wieder in den Mittelpunkt der englischen Politik gerückt ist. Wie hier liegt auch die Sammlung der englischen Energien auf die Mandatsgebiete Transjordanien, den Irak, das Interesse an Arabien, an Palästina, Persien und neuerdings an Afghanistan gewiß nicht immer an einem selbstlosen Wohlwollen, an dem Wohlergehen dieser Länder, sondern auch hier leitet die Engländer im tiefsten Grunde nur wieder der Wunsch nach dem freien Wege nach Indien. Das Festhalten an dem Besitz und dem Ausbau dieses Weges aber kann, wie die Dinge augenblicklich liegen, schon in der allernächsten Zukunft Änderungen von auch für uns weitreichenden Folgen nach sich ziehen. Die Schwierigkeiten, die sich hier aufstürmen, scheinen schier unüberwindlich. Schon am Einfallstor in die mohammedanische Welt sieht sich England einem Vertragssystem gegenüber, das es vorläufig zwar noch nicht erschüttern kann, das aber nach seiner ganzen Gestaltung nichts Gutes für England bedeutet: die Türkei, Persien, Afghanistan. Die drei Diktatoren Kemal Pascha, Risa Khan und Aman-Allah haben ein starkes Bindemittel untereinander, das seine Fäden auch nach Indien spannt: die mohammedanische Religion. Dabei die Tatsache, daß Kemal islamfeindliche Reformen einführt und Aman-Allah gerade über diese Reformen gestolpert ist, diese Erkenntnis eher be- als entkräftet. Schon die Tatsache eines wenn auch noch so losen Zusammenhangs ist für England ein schwer verdaulicher Brocken. Dieser Zusammenhang, vereint mit den Bestrebungen der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Gegnern der englischen Machtpolitik in Arabien, im Irak und in Ägypten, macht die Lage für England bedenklich.

In Afghanistan herrscht zwar augenblicklich Ruhe, vielleicht die Ruhe vor dem Sturm oder besser noch: der Winterschlaf, denn in diesem Land sind Kampfhandlungen während der Wintermonate unmöglich, aber im Frühjahr kann der Streit wieder aufleben, und viele glauben, daß der Englandfeind Aman-Allah seinen Thron wieder besteigen wird. Wenn man auch die Rolle Afghanistans im Rahmen der Weltpolitik nicht überschätzen darf, so hat die Entwicklung dort doch für England insofern Bedeutung, als es an Indien grenzt, und sollte es wahr sein, wie englische Blätter immer wieder behaupten, daß in Afghanistan eine stark russenfreundliche Stimmung aufkommt, so könnte dieses Übergreifen auf das indische Reich den Engländern wohl Sorge machen. Wie stark die Besorgnis ist, kann man aus den immer wiederkehrenden Bemerkungen der englischen Zeitungen der letzten Tage aus Anlaß der Unruhen in Bombay sehen, wo ständig auf kommunistische Umtriebe hingewiesen wurde. Aber selbst zugegeben, daß die Meldungen, die jetzt aus Indien kommen, stark übertrieben sind, es rächen sich jetzt die in Indien begangenen Fehler. Das vorläufige Verfehlen des Simons-Ausschusses, die Annahme des Nehru-Beschlusses, der zu Beginn des nächsten Jahres die Dominionverfassung für Indien vorsieht, sind Beweise dafür, daß die Nervosität nicht ganz unberechtigt ist.

Die Bestrebungen in Indien machen viel mehr Völker heillos, als es England lieb ist. Die unmittelbaren und mittelbaren Angriffe auf den englisch-indischen Verbindungsweg sind vielleicht vorläufig nur ein Nagen der Mäuse an dem starken Mauerwerk des englischen Weltreichs, es ist aber kaum mehr zu verkennen, daß ein nicht unterdrückbarer Freiheitsdrang sich dahinter verbirgt. Arabien, das durch die englischen Versprechungen während des Weltkrieges seine Freiheit von der Türkei errang, hat jetzt in Ibn Sa'ud, dem König des Reichs und des Hedschas, einen Feind gefunden, der eine Politik betreibt, die nicht mehr im Sinne der englischen „Befreier“ liegt. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die er Englands Eisenbahnprojekt Haifa—Kuweit bereitet, zeigt auch die neue Verfassung ein Europafeindlichkeit, die ein schlimmes Vorzeichen für spätere Zusammenarbeit ist. Ebenso gespannt wie hier ist die Lage gegenwärtig

im Irak. Hier wie in Ägypten scheint sich eine Diktaturperiode unter König Faisal vorzubereiten, die im Fall des Zustandekommens einen Sieg des neuen Oberkommissars Sir Gilbert Clayton, also Englands, bedeutet. Doch zeigt sich die Opposition — auch wieder ähnlich wie in Ägypten — den englischen Plänen, die sich vor allem auf das Beibehalten der Besetzungstruppen sowie die finanzielle Oberherrschaft beziehen, keineswegs gefügig — als Einspruch dagegen ist das Kabinett zurückgetreten. Wie schon angekündigt, ist aber auch die Lage in Ägypten nur scheinbar für England zurecht günstig. Der König Fuad von Englands Gnaden steht sich von seinem Volk immer mehr verhasst. Gäbe es jetzt — was natürlich unter den bestehenden Verhältnissen nicht möglich ist — eine Neuwahl, so würde dort unzweifelhaft ein nationalistischer, also englandfeindlicher Sieg herauskommen.

Und die Erkenntnis hieraus? Wie wir einem Aufruf der islamischen Welt entnehmen, lehnt es der Islam ab, „sich bis in die lächerlichsten Aufertlichkeiten zu einem Abklatsch Europas machen zu lassen“, er will die Rückkehr zu den alten islamischen Grundlagen, wobei er allerdings bereit ist, die technischen Errungenschaften Europas für seine Zwecke nutzbar zu machen. Er ist mit einem Wort gegen den europäischen Imperialismus, der sich auf Kosten der islamischen Länder bereichern will. Es stehen sich hier zwei Ideenwelten gegenüber. Lassen sie sich unter einen Hut bringen? Vorläufig wohl kaum, zumal dann nicht, wenn die von beiden Seiten gegenwärtig verteilten Gedanken in der jetzt bestehenden Schroffheit weitergeführt werden. Für uns Deutsche aber ergibt sich aus diesem Zusammenstoß der beiden großen Prinzipien ein Dilemma. Die Schadenfreude allein an dem Gedanken, England könne seine Weltmachstellung verlieren, ist nicht politisch gedacht, denn England ist, genau wie wir ein Teil Europas. Zudem muß es sehr fraglich sein, ob wir irgendwelche greifbaren Vorteile durch einen Zusammenbruch des britischen Reichs haben können. Wir können und müssen zwar danach streben, unsere Handelsverbindungen mit dem Nahen Osten zu verbessern, darüber hinaus aber wird England die ihm richtig erscheinende Politik machen, wie auch der Nahe Osten die Waffen ergreifen wird, die er zur Erlangung seiner Freiheit für richtig hält. Wie manche Kreise meinen, sei diese Lösung nur auf dem Gebiet einer großangelegten Siedlungspolitik möglich, indem Teile der überschüssigen europäischen Bevölkerung in einigen bis jetzt spärlich bewohnten Teilen der mohammedanischen Welt untergebracht werden, die durch Einführung europäischer Kulturwerte eine Angleichung der beiden sich abstoßenden Welten ermöglichen. Aber auch hierfür dürfte die Zeit noch nicht reif sein. Inzwischen aber besteht die Möglichkeit, daß das Jahr 1929 für England und damit mittelbar auch für uns große Veränderungen mit sich bringen kann.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 466

## Die Wandlung im nahen Orient. Demokratische Diktaturen.

HK Jerusalem, im Juni.

Die orientalischen Länder befinden sich in einem Uebergangszustand von mittelalterlicher feudaler und religiöser Ordnung in die des zwanzigsten Jahrhunderts. Große Aufgaben von unerhörter Schwierigkeit sind ihnen gestellt: Kampf gegen die Korruption und das mangelnde Verantwortungsbewußtsein der bisherigen Regierungen und grundlegende Reform der gesamten Staatsverwaltung, Kampf gegen die Zurückgebliebenheit und Verelendung der Volksmassen und ihre Erziehung zu rationaler Wirtschaftlichkeit und moderner Bildung. Solche Aufgaben können nur gelöst werden, wenn an der Spitze des Staates Persönlichkeiten von großer Kraft und Autorität stehen. Aber diese Diktaturen haben nichts mit orientalischen Despoten zu tun, wie sie noch vor fünfzig Jahren üblich waren. Die Diktatoren sind selbstmademen, die gegen jedes Prinzip der Legitimität auf den Wellen der nationalen Revolution hochgetragen wurden und die gerade von dieser Revolution ihre Autorität herleiten. Das Charakteristische an diesen Diktaturen aber ist, daß sie sich formal demokratischer Formen bedienen und daß sie in ihrer Absicht und ihren Methoden eine Erziehung des Volkes zur Demokratie darstellen. Es gibt keine parlamentarische Verfassung als die der Türkei, wo die in gleichen und geheimen Wahlen von allen Bürgern gewählte einzige Kammer, die Große Nationalversammlung, nicht nur die gesamte gesetzgebende Gewalt besitzt, sondern auch den Präsidenten der Republik wählt, und der die ihr entnommenen Minister verantwortlich sind. Der Präsident hat zwar ein Einspruchsrecht gegen die Gesetze, es kann aber durch nochmaligen Beschluß der Nationalversammlung aufgehoben werden. Der Präsident der Republik besitzt keinerlei außerordentliche Regierungsgewalt und Notverordnungsrecht für Ausnahmeseiten, wie sie etwa die deutsche Verfassung für den Präsidenten vorgesehen hat. Dennoch ist der von der Kammer gewählte Präsident der türkischen Republik unumschränkter Diktator. Die Kammer enthält nur Abgeordnete einer einzigen Partei, der republikanischen Volkspartei, deren Präsident der Präsident der Republik ist. Er ist sachgemäß der unabhängige Präsident der Partei, er ernennt die Generalinspektoren und Sekretäre der Partei und bestimmt die Parlamentskandidaten, die im Namen der Partei gewählt werden. So ist die ganze Partei von ihm abhängig und von der Partei wiederum das Parlament, von dem formal wiederum der Präsident abhängt.

Ähnlich steht es in Persien, wo der Schah, der heute an der Spitze des Staates steht, ursprünglich auch die Absicht hatte, nur Präsident einer Republik zu sein. Auch hier liegt die gesetzgebende Gewalt in der Hand des nur aus einer Kammer bestehenden Parlaments, das in allgemeinen und gleichen Wahlen alle zwei Jahre gewählt wird und von dessen Vertrauen das Ministerium abhängig ist. Aber auch hier ist alle wirkliche Regierungsgewalt in den Händen des Schahs konzentriert, der aus seinen Vertrauensmännern die von ihm allein abhängigen Ministerien bildet und zum größten Teil nur ihm genehme Personen als Abgeordnete zuläßt. Er plant jetzt, nach türkischem Vorbild, eine Volkspartei zu schaffen.

Dennoch sind diese Regierungen berechtigt, sich demokratisch zu nennen und von der Souveränität des Volkes zu sprechen. Sie wissen, daß die Zeiten der Sultan-despotie für immer im Orient vorbei sind, daß sie die nationale Unabhängigkeit, die sie errungen haben, nur erhalten und ausbauen können, wenn es ihnen gelingt, die Massen für die großen Reformen zu gewinnen und sie zu aktiven Partnern in dem Aufbau des neuen Staates zu machen. In den früheren

orientalischen Despoten war der Wille der Massen als Faktor nicht vorhanden und besaß keine Ausdrucksmöglichkeiten. Seit zwanzig Jahren ist im ganzen Orient ein wachsendes Interesse der Massen für das öffentliche Leben, eine steigende Anteilnahme an allen Fragen der Politik und des Staates wahrzunehmen, die immer mehr als eigene Angelegenheit empfunden werden. Die modernen Diktaturen im Orient sehen sich die Bildung und Erziehung dieses Volkswillens zum Ziele, sie wissen, daß die von ihnen geplanten Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, der Wirtschaft, des Unterrichtswesens nur vollzogen werden können, wenn die orientalischen Massen aus ihrer Letargie zu Aktivismus und Gemeinschaftsbewußtsein erwachen. Es sind Diktaturen für das Volk und in einem gewissen Sinne auch durch das Volk, voll des Vertrauens darauf, daß die schöpferischen Kräfte des Volkes geweckt werden können, Diktaturen nicht zur Erhaltung oder Wiedereinführung einer alten Ordnung, sondern zu einer völligen revolutionären Neugestaltung des staatlichen und sozialen Lebens. Die Diktatur soll in diesen Völkern, die sich in einem schwierigen Uebergangszeitalter befinden, die Bildung eines aufgeklärten Volkswillens überhaupt erst ermöglichen. Darum geht es auch nicht an, Mustafa Kemal etwa mit Primo di Rivera zu vergleichen, dessen Aufgabe eher die Erhaltung der alten Ordnung und die Niederhaltung oder romantische Rückbildung des Volkswillens gewesen ist.

Mit dieser Art Diktatur läßt sich im Orient, von den kolonialen Regierungen abgesehen, nur die in Ägypten vergleichen. Ägypten befindet sich auf dem Gebiete politischer Willensbildung in einem weiter fortgeschrittenen Zustand als andere orientalische Länder, daher haben hier die Kräfte, die an der Erhaltung der alten Ordnung und zumindest an der nicht zu schnellen Fortbildung des Volkswillens interessiert waren, in den letzten zehn Jahren dreimal zu dem Mittel gegriffen, wie es auch in Spanien und in Südindien versucht worden ist, mit Ausschaltung des parlamentarischen Volkswillens durch die vom König abhängigen Minister zu regieren. Aber auch hier bleibt charakteristisch, daß diese Diktaturen sich äußerlich eines demokratisch-parlamentarischen Gewandes bedienen mußten und so in aller Verschönerung dieses Gedankens von der großen Macht zeugten, die der Gedanke der Demokratie überall im Orient gewonnen hat. Wichtiger noch ist, daß diese Diktaturversuche in Ägypten ausichtslos geendet haben. Ungeachtet der großen Armut, Zurückgebliebenheit und Behrlosigkeit der ägyptischen Bevölkerung konnte sie bereits zweimal durchsetzen, daß die Diktaturversuche, nachdem sie jedesmal etwa anderthalb Jahre gewährt hatten, liquidiert wurden. Als das drittemal der Versuch der Diktatur vor nun über zwei Jahren unternommen wurde, haben sich die zwei Männer, die an der Spitze der ersten zwei Diktaturversuche gestanden haben, aus ihrer Erfahrung heraus mit aller Schärfe gegen diesen dritten Diktaturversuch gewandt. Die energische Klugheit des dritten Diktators und eine gewisse Ermüdung des Volkes in dem nun fünfzehn Jahre dauernden ununterbrochenen Kampfe um die Durchsetzung der Demokratie in Ägypten, zum Teil auch die mangelnde Fähigkeit der Führer der ägyptischen Reformbewegung seit dem Tode Zaghlul Paschas, haben der dritten Diktatur eine längere Lebensdauer gesichert als den zwei vorhergehenden. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch sie ihrem Ende entgegengeht. Auch im Orient ist heute, wenn einmal koloniale Fremdherrschaft abgeschüttelt ist, nur Raum für eine Diktatur, wenn der Diktator in machtvoller Persönlichkeit die einer völlig neuen besseren Ordnung zugewandten Tendenzen des Volkswillens repräsentiert und es versteht, sie in zäher, systematischer Arbeit in Leben umzusetzen.



## Los von Europa!

### Neuer Geift im Orient

Im östlichen Mittelmeer, wo die drei Kontinente der Alten Welt aneinanderstoßen und sich gegenseitig durchdringen, haben die Auseinandersetzungen zwischen Orient und Okzident von jeher eine besondere Rolle gespielt. Durch Iran, Kleinasien und die arabische Halbinsel ist die Verbindung der drei Kontinente untereinander gegeben, wodurch ersteren eine typische Mittlerrolle zukommt. Geographisch gesehen, ist dieses Stück von solcher Eigenart, daß man schon verschiedentlich vorgeschlagen hat, es als einen selbständigen Kontinent zu bezeichnen. Nicht das Rote Meer trennt Asien von Afrika, sondern Arabien weist alle typischen Eigenarten des afrikanischen Kontinents auf. Kleinasien ist ausgesprochenes Mittelmeerland, das mit seinem Rumpfkontinent eigentlich gar nichts mehr zu tun hat.

Dieser Zweiteilung des vorderen Orients entspricht auch die Gestaltung seines politischen Schicksals. In den eurasischen Gebirgsländern des Nordens haben sich von jeher selbständige Staaten erhalten: die Türkei, Iran, Afghanistan (wenn sie auch vorübergehend stark in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt wurden). Arabien hat zum größten Teil das Schicksal des afrikanischen Koloniallandes geteilt. Es ist die Brücke nach Indien und Ostasien, die täglich mehr an Bedeutung gewinnt, da die europäischen Weltmächte heute neben dem Wasserwege ebenso sehr auf den Land- und Luftweg dorthin bedacht sein müssen. Diesem Zwang zur kolonialen Besitzergreifung steht aber eine starke Selbstständigkeitsbewegung aller orientalischen Völker entgegen. Ein Nationalismus ist dort erwacht, wie

er in Europa selbst nirgends stärker ausgeprägt sein könnte. Dazu kreuzen sich hier auch noch die Interessen einzelner europäischer Großmächte. Das ganze Spiel der Kräfte wird schlagwortartig charakterisiert durch den europäischen Imperialismus auf der einen Seite, demgegenüber andererseits erwachender Nationalismus, Panorientalismus, Panislam, Emanzipation von Europa und im Hintergrund als treibende Kraft Sowjetrußland, das in seiner Ideologie dem Orient viel näher kommt und weiß, daß es hier die verwundbarste Stelle der so verhaßten kapitalistischen Westmächte trifft.

Wie so häufig in ihrer Kolonialpolitik, stoßen auch hier Englands und Frankreichs Interessen hart aufeinander. Letzteres hatte sich schon seit Jahrzehnten für Syrien interessiert und es kulturell durchdrungen. So konnte es England nicht wagen, Frankreich hier beiseite zu schieben, und das geopolitisch einheitliche Gebiet wurde unter beide Mächte aufgeteilt. Daraus ergeben sich aber eine Menge von Spannungen, die sich in der Hauptsache um das Mossulöl drehen. Verschiedentlich ist Deutschland der Leidtragende dieser Auseinandersetzungen gewesen. Als 1922 England im Irak freie Hand braucht, macht ihm Frankreich Konzessionen gegen Billigung des Ruhrabenteuers. Frankreich wird seines Mandates überhaupt nicht recht froh, da die Wirtschaft gleichartig ist, sich infolgedessen in Dauerkrise befindet und das Land in ständiger Unruhe erhält, die von England heimlich gefördert wird. Nur mit Waffengewalt kann sich Frankreich halten, wie auch in seinen nordafrikanischen Besitzungen.



- Arabien, das in den kommenden Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen wird und Mittelpunkt des vorderen Orients zu werden sich bemüht.
- England, dessen Interessen von allen Seiten gefährdet sind.
- Frankreich

Die Pfeile deuten an, wie in diesem Gebiet die verschiedenen Interessen hart aufeinanderstoßen. Die russischen Pfeile versinnbildlichen den Druck Moskaus, dessen Propaganda überall im Hintergrund arbeitet.

→ - Englands größtes Interesse: der Landweg nach Indien



Aber die Türkei hat ihre Forderungen auf dieses Erdölgebiet noch nicht aufgegeben. Sie erhält vertraglich 10% der Erdöleinnahmen des Mossulgebietes und hat es 1926 erreicht in einem Abkommen, daß das englische Mandat höchstens 25 Jahre dauern soll. Wie stark auch hier die Selbstständigkeitsbewegung ist, sie würde für das Land ein recht zweifelhaftes Geschenk sein. Ibn Saud schaut begierig nach Annexion aus. Im Norden streben die Kurden nach Selbständigkeit, Frankreich erhofft eine bessere Grenze Syriens, die Türkei möchte Mossul wieder an sich reißen.

Nicht viel mehr Freude ernten die Engländer in ihren Mandaten Palästina, Transjordanien und Irak. Als Stützpunkte auf dem Wege nach Indien und für den Fall, daß Ägypten eines Tages sich selbständig macht, sind diese Gebiete für England von größter Wichtigkeit. In Palästina wollte man eine nationaljüdische Heimstätte schaffen. Aber das Land ist zu über 70% mit Arabern besetzt. Die man respektieren muß, weil England sonst den panarabischen Nationalismus und den gesamten Islam gegen sich hat. Die Zionisten aber drängen und bereiten damit England manche schwere Ungelegenheit. Daß man 1923 Transjordanien von Palästina abtrennte, hatte seine guten politischen Gründe. So hatte man hier wenigstens Ruhe vor dem zionistischen Problem. Von hier aus ließ sich dann auch ein Korridor durch die Wüste streichen zum Irak hin,

Diese Einigkeit mehrerer hundert Millionen von Völkern besteht aber nur gegen die europäische Bevormundung. Im Vorderen Orient hat sie sogar Mohammedaner und Christen eng zusammengeführt. Nach der Loslösung würde aber der ganze Orient das gleiche Schauspiel in nationalem und religiösem Hader bieten, wie es in Europa der Fall ist. Aber man zieht trotzdem schlechte Selbstverwaltung einer guten europäischen Verwaltung vor. Die imperialistischen Westmächte suchen dagegen die nationalen und religiösen Minderheiten gegen die Mehrheit auszuspielen, womit man in den arabischen Mandatsgebieten gute Erfolge gehabt hat. Die Abtrennung der Republik Libanon von Syrien geht auf dieses Konto. Diese Loslösung von Europa zeigt sich auch in kultureller Hinsicht. War diese im vorigen Jahrhundert nur ein Abklatsch der abendländischen, so sucht man heute aus der Wiederbelebung der nationalen Kräfte auch wieder zu einer eigenständigen Kultur zurückzufinden, indem man sich mit Eifer in die große Vergangenheit des Orients vertieft, von der aus gesehen die europäische Fremdherrschaft doch nur eine Episode bildet. All diesen Selbständigkeitsbewegungen steht aber auf technischem Gebiet eine Europäisierung des Orients gegenüber, die täglich Riesenfortschritte macht. „Maschinen im

Man überspringt die jahrzehntelange Entwicklung in Europa und wirtschaftet gleich mit den allerneuesten Mitteln. Dabei haben sich die Orientalen sofort als hervorragende Arbeiter bewiesen. Die primitive und größtenteils wenig ergiebige Landwirtschaft wird modernisiert. Die zahlreich geförderten Rohstoffe trachtet man im eigenen Lande zu verarbeiten und nicht mehr von Europa als Fertigwaren zurückzuerhalten. Voraussetzung ist aber eine Eigenkapitalbildung, damit fremde Einflüsse von vornherein ausgeschaltet bleiben. Der Staat springt als Helfer hier überall ein, so daß sich eine Art merkantilistischen Wirtschaftssystems herausbildet. Das Gleichgewicht, das bisher zwischen Rohstoff- und Industrieländern bestanden hatte, ist gründlich zerstört. Der Orient hat vom Abendland nicht nur den Willen zur Autarkie, sondern darüberhinaus auch das Streben nach wirtschaftlicher Expansion gelernt. Einen ganz neuen Lebensrhythmus hat dadurch der Orient erhalten. Aber auf der einen Seite Wiederbesinnung auf die Eigenart, und auf der andern Seite überhastete Europäisierung haben auch den Orient in eine Kulturkrise gebracht, die noch manche Erschütterung zur Folge haben wird.

um den ganzen Orient bedeuten würde. Wenn es irgendwo im Orient dunkle Mächtschaften gegen England gibt, steckt immer die Diplomatie der Sowjets dahinter. Dadurch, daß Rußland seinen eigenen zahlreichen orientalischen Völkerschaften kulturelle Autonomie zugestand, ist die Anziehungskraft um so stärker. Auch für die Geldsorgen ihrer Freunde haben die Sowjets bereitwilligstes Verständnis.

Das Gesetz von der Dynamik der Geschichte hat zwischen Orient und Okzident immer vorgewaltet. Die griechisch-römische Welt hat auch den Osten erfaßt, aber bald darauf mit seinen Religionen und Lebensanschauungen tief den Westen ergriffen hat. Heute hat der Orient stark den Geist des modernen Europas in sich aufgesogen und strebt gleichzeitig mit diesen eigenen Methoden nach Ueberwindung der Fesseln. Goethe hat freilich recht, wenn er sagt:

Sind nicht mehr zu trennen.  
Diese Verbundenheit wird aber in Zukunft nicht mehr in der Unterordnung des Orients bestehen, sondern in einem gleichberechtigten Nebeneinander. Ausschlaggebend für die Auseinandersetzungen bleibt aber die Mächtigkeitsgruppe im vorderen Orient, der die Brücke zwischen beiden Polen bildet. Die dortigen Bewegungen zu verfolgen, bleibt also die vornehmste Aufgabe aller, die ihr politisches Weltbild in Ordnung zu halten trachten.



Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 1

## Der Nahe Orient zur Jahreswende

Von unserem Berichterstatter

sch. Kairo, Ende Dezember

Der Nahe und Mittlere Osten sind der Raum, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft sich der während des vergangenen Jahres ausgebrochene italienisch-abessinische Konflikt abspielte. Und er ist darüber hinaus das politische Kräftefeld, in dem sich die italienischen und englischen Lebenslinien schneiden und überkreuzen und in dem der im Anschluß an das abessinische Abenteuer sichtbar werdende englisch-italienische Gegensatz seine Wurzeln hat. So ist es verständlich, daß dieser Raum durch das Geschehen in Abessinien in besonderem Maß unmittelbar berührt wurde, daß Kräfte ausgelöst wurden, die die politische Entwicklung des Orients im zu Ende gegangenen Jahr maßgebend mit bedingten und über die Gegenwart hinaus auch für die Zukunft bestimmend werden können.

Als Phänomen dieser Entwicklung ist zunächst die Tatsache zu verzeichnen, daß sich in diesem vom Islam beherrschten Lebensraum zum ersten Male eine eindeutige Front der Sympathie und Zuneigung zu einem christlichen Staat formte, daß zum ersten Male der, wenn nicht akute, so doch latente Gegensatz zwischen Islam und morgenländischem Christentum, der sich noch vor wenigen Jahren in dem Massaker gegen die assyrischen Christen blutig manifestierte, wenn nicht überbrückt, so doch an Bedeutung verloren hat, und daß an seiner Stelle sich etwas wie eine Front zur Wahrung morgenländischer Interessen bildete, eine Front, die Schwarz und Braun — früher fast ein stärkerer Gegensatz denn Schwarz und Weiß — Araber und Neger einte. Daß sich arabische Hilfskomitees bildeten für ein bedrohtes „Negervolk“ — denn als solches wurden die Amharen koptischen Glaubens stets gewertet in arabischen Kreisen — daß der Islam aufrief in gemeinsamem Manifest mit der koptisch-christlichen Kirche, Abessinien zu unterstützen, das ist das Ueberraschendste und für die Zukunft Bedeutsamste, wenn man die ostafrikanischen Ereignisse allem Drum und Dran von Geschehen und Gerüchten entkleidet.

Dieser von Italien vorgetragene und als europäischer Eingriff empfundene Angriff auf das letzte unabhängige Reich des Schwarzen Erdteils, dessen ganzer Norden islamitisch ist, wurde weit über Abessinien hinaus als Zwang zur Sammlung und zur Abwehr gegen Europa aufgefaßt. Und es zeigten sich schon die ersten sichtbaren Folgen. Die blutigen Unruhen in Ägypten, das die Gunst der Stunde wahrnahm, um seine abgeschaffte Verfassung wieder zu erringen und das gegenwärtig im Kampf um den Vertrag mit England steht, der die volle Unabhängigkeit sichern soll, die Aufdeckung über die Landesgrenzen hinausgehender arabischer Komplotte in den Mandatsgebieten Syrien und Palästina, der Abschluß des bedeutsamen islamitischen Viererpaktes zwischen der Türkei, Iran und Afghanistan, der über-

raschend gekommene Bündnisvertrag zwischen Iran und Saudisch Arabien, zwischen zwei Staaten, die vor wenigen Jahren noch durch dynastische Zwistigkeiten tief verfeindet waren, die Gesetzgebung in zahlreichen dieser Länder, die dem europäischen Einfluß mehr und mehr den Weg versperren will in die Kreise der freien, kaufmännischen und handwerklichen Berufe, all das ist sicherlich nicht unmittelbare Auswirkung des abessinischen Konfliktes, aber es hat doch Auftrieb bekommen durch diesen Konflikt zwischen zwei Rassen, und es wird in der Folge von all diesem deutlich jene gegen europäischen Einfluß und Eingriff gerichtete Abwehrlinie sichtbar, in die all die aufgezählten Ereignisse ohne Zwang einzureihen sind.

Während sich in Europa aufs neue die Zerrissenheit des Geistes zeigt, und jene Front zwischen den statischen und revolutionierenden Mächten, zwischen solchen Kräften, die das Bestehende verteidigen, und jenen anderen, die dagegen angehen, weil ihr Lebensraum zu klein ausfällt, deutlicher und tiefer zeigt als je seit dem Weltkrieg, während sich aufs neue offenbart, daß die Einheit abendländischen Denkens verloren ging, treibt der einheitliche islamitische Geist des Morgenlandes zur Sammlung, die geführt wird von einer stärker und stärker werdenden Führerschaft, die am europäischen Beispiel geschult ist, einer Führerschaft, die dem Nationalen den Primat gibt und die Einheit des religiösen Geistes, dem in vergangenen Jahrhunderten das politische und nationale dienbar war, geschieht einsezt als politisches Mittel in der Abwehr europäischer Einflüsse.

Diese anhebende politische Sammlung wird unterstützt und vorwärtsgetrieben durch neues wirtschaftliches Wollen. Überall wird die beginnende und fortschreitende Industrialisierung als Manifest neuen nationalen Wollens empfunden. Gewiß, all die aufgezeigten Tendenzen stehen erst am Beginn einer Entwicklung, alles ist erst ein Anfang, und die strategische Ueberlegenheit Europas scheint heute keineswegs erschüttert, wenngleich in diesen Monaten der Beweis geführt wurde, daß überlegende europäische Kriegsmacht in fremdem Raum an Schlagkraft und Bedeutung verliert. Aber, daß alles erst ein Beginnen, ein Anfang ist, sollte nachdenklich machen. Denn die Entwicklung geht schnell und in einem Raum, der bewohnt wird von Völkern, die eine stet ansteigende Bevölkerungsturb haben. Ägypten und die Türkei werden in dreißig Jahren das Doppelte ihrer heutigen Bevölkerungszahl aufweisen, und solche Verschiebung ist die Norm der Entwicklung überall. Und es wird die Zeit kommen, da die verschiedenen Kräftelinien: nationale Sammlung, wirtschaftliche Entwicklung und steigende Bevölkerungszahl zu einheitlichem Druck zusammenfließen und eine gegen Europa gerichtete Entwicklung erzwingen werden. Auf diesen Zeitpunkt hin muß schon heute die Haltung den Völkern und Staaten des Orient gegenüber ausgerichtet werden.

2. Jan. 1936

Great Britain and the East (London)  
Nr. 1285

## 1935 in Review

*We publish herewith summaries of the events in the various countries covered by GREAT BRITAIN AND THE EAST, on the files of which these summaries are based.—ED.*

### EGYPT.

On January 8 the Wafd Party held a conference at which a return of the 1923 Constitution was demanded. The influence of this party was believed to be governing, to a certain extent, the actions of Nessim Pasha. During February Aziz Izzet Pasha was appointed Minister for Foreign Affairs, and at the same time the situation over the strike of students at the theological college of Al Azhar grew more serious. Although in March many students returned to work (a contributory cause being the threatened removal of their military service immunity) no real *détente* occurred until much later in the year, when Zaki al Ibrashy Pasha, Keeper of the King's Purse, and Manager of the Royal Estates, resigned. Ibrashy Pasha had been the cause, in the main, of the tension between Nessim Pasha and the Palace, and as the Rectorship of Al Azhar was a gift of the King, it had been difficult to remove the Rector, whose alleged unsuitability had been one of the original causes of the strike.

Throughout the year the health of King Fuad improved, and the Court moved to Alexandria in July. The Ethiopian crisis threw the relations between Great Britain and Egypt strongly into the limelight, and although the British Government co-operated fully with Nessim Pasha in decisions taken, the vernacular Press frequently found occasion to complain of English interference, and announced that Great Britain was taking the opportunity to get a firmer hold over Egypt.

In March, a trade delegation, led by Dr. Hafez Afifi Pasha, left for England for discussions in London. A scheme for a Girls' College was put into execution and the Alexandria Municipality granted a free site. Temporary quarters were opened in October, with over 100 pupils.

Exception was taken to Sir Samuel Hoare's references in the Guildhall speech to the 1923 Constitution, and rioting followed among the students. There were several casualties. Finally, in December, the Opposition Parties created a sensation by uniting in a demand for the 1923 Constitution. Nessim Pasha, whose silence had been continually worrying his opponents, got to the King first, however, and arrangements were made to return to that Constitution. It was announced that a general election would be held early in the New Year.

### TURKEY.

Events in Turkey during the past year have been almost entirely restricted to reforms and improvements at home. During the first half of the year, a Press campaign occurred against Bulgaria, who reciprocated with interest, though in spite of this the two Governments appeared to be on good terms. At the time of the Greek rebellion, however, relations were not improved by a complaint against Turkish troop movements, handed in by the Bulgarian representative of the League of Nations. The question of the defence of the Dardanelles was also brought up in Geneva by Bey Rushtu Aras, though no further steps were taken. Turkey gave full support to the decisions of the League of Nations against Italy, and sanctions were applied.

At the beginning of the year, political rights having been extended to women, several women candidates were elected to the Assembly. Sixteen "independent" candidates were also elected to provide a constructive opposition to the People's Party. Language and dress reforms were carried through, and Sunday was substituted as a day of rest for Friday. In May the International Alliance of Women for Suffrage and Equal Reform held a successful congress in Istanbul under the presidency of Mrs. Corbett Ashby. Another event of the same month was a Kurdish rising which was followed by many arrests.

From June 13 onward none of the clergy was allowed to wear clerical garb, though an exception was made for one member of each religion. This reform caused some consternation, and especially in Greece.

Industrial plans were methodically carried on, and a second Five-Year Plan, mainly for electrifying the country, was announced. In October a general census was held, and in the same month a plot against the life of Kamal Atatürk discovered. At his inauguration address before the Kamutay in November the President announced that strengthening of their defences, reorganization of the Eastern Provinces, extension of railway lines and extensive town planning were to be provided for during 1936. During the same month the Turco-Russian friendship treaty was extended for a further ten years.



## IRAQ.

On January 14 King Ghazi officially opened the Iraq-Mediterranean pipe-line at Kirkuk, in the presence of many foreign visitors and representatives.

Two notable personalities died early in the year. On February 13 ex-King Ali died, and King Ghazi's mother, Queen Huzaimah died during March. During the same month one of the biggest sandstorms in living memory swept over Baghdad.

On April 9, following much political uncertainty, the Majliss was dissolved, and elections were held in July. Tribesmen, from the Rumaitha district, rose against the authorities on the grounds of alleged inadequate representation. Martial law was proclaimed, and the rising was quickly subdued.

During the year the transfer of the Iraq Railways from British to Iraqi control was effected, and arrangements were taken for the transfer of the Assyrians. A quarter of a million pounds was voted by both the British and Iraqi Governments for this emigration to Syria. More unrest occurred during October, this time among the Yezidis, north of Mosul, which the Government quickly and bloodlessly suppressed.

## PALESTINE.

On January 22 Lieutenant-General Sir Arthur Wauchope started the oil from Kirkuk flowing into a tanker anchored in the bay of Acre, thus completing the ceremonies inaugurating the new pipe-line from Kirkuk to Haifa. Another sign of Palestinian prosperity was the registering in that country of two steamships to ply between Tel-Aviv and European ports. During February there were severe floods in the Nablus and Tulkarm areas, and many lives were lost. Further activity in Tel-Aviv was the holding of the second Macabiah in that city in April, when Lord Melchett delivered the inaugural address. Towards the middle of the year Tel-Aviv was granted a million pound loan by the Prudential Assurance Company of London. The Government Treasury yielded a large surplus for the financial year ending in March.

Political trouble between the Arabs and the Jews occurred over the discovery, in October, of a consignment of arms disguised as cement, which the Arabs alleged the Jews were attempting to smuggle into the country. A strike was enforced by the Arabs in protest, but no violence of any note occurred. Incidents between Arab and Jew took place during the year, though in the main signs of co-operation were evident. Internal dissension among the Jews was caused by the opposition of militant Zionist-Revisionists to the *Haavara* Transfer agreement, as it was alleged that the arrangement was defeating the ends of the boycott against Germany. On December 21 and 22 the High Commissioner discussed with Arab and Jewish leaders the proposed Legislative Council.

## CYPRUS.

Lack of money has prevented thorough restoration and conservation of historic monuments in Cyprus, though at the beginning of the year a welcome decision was taken to strengthen buildings by injecting cement; also, excavations were continued round Famagusta. The Island had a successful tourist season, and in the summer an air service from Cairo to Cyprus *via* Lydda was started, the journey lasting five hours. Owing to the inability of Germany to buy, the orange export suffered; later in the year, when sanctions were enforced against Italy, suitable alternative markets were found in many cases. In October the Colonial Development Fund made a grant of £14,150 to the Island. A Government decree bringing Secondary Schools under closer supervision was passed in September; this caused a slight reaction in Greece.

## ETHIOPIA.

The opening of 1935 was clouded by the events at Wal Wal on December 5 when fighting occurred between Italian and Ethiopian troops. The Italian Government demanded satisfaction for the incident and insisted on direct negotiation with Ethiopia instead of League arbitration. Throughout this period Wal Wal, Wardair and Afdub were in Italian occupation. Ethiopian troops massed in the provinces of Bali and Harar. Italy, however, finally agreed to arbitration. In January an Ethiopian raid into French Somaliland occurred, resulting in the death of a young French officer and nearly 100 native troops. On February 11 two divisions were mobilized in Italy and on February 18 the first troops sailed for Africa. During this month the British Boundary Commission, headed by Colonel Clifford, arrived in Addis Ababa to complete the formalities of the demarcation of the British Somaliland border which had been successfully carried out. In March Ethiopia re-submitted the dispute with Italy to the League Council, and in April the two countries agreed to submit to arbitration by a Committee of Conciliation; in May representatives were nominated. In June Mr. Eden attempted conciliation during a visit to Rome, but his suggestions were turned down by Signor Mussolini.

The Committee of Conciliation suspended its sitting indefinitely in July owing to the attitude of the Italian delegates. Troops had been continuing to pour into Africa from Italy and at the end of July an embargo on arms to the two belligerents was enforced by most European countries. At the end of August excitement was caused by the signing by the Emperor of a concession affording exclusive oil and mineral rights to an American company; as a result of pressure by the American Government the concession was withdrawn. On September 4 the Conciliation Committee, which had resumed its sittings with a fifth arbitrator, announced that no one was to blame for the events at Wal Wal in December.

On October 3 Italian troops entered Ethiopia from the north and Adowa and Adigrat were bombed, the former town falling on October 6, to be followed a week later by Axum. On October 18 the Italians advanced from the south, and Makale, in the north, was occupied towards the beginning of November. A lull was broken a month later when Dessie was heavily bombed. The end of December saw heavy fighting

and numerous casualties on both sides, the Ethiopians gaining the advantage, and finding themselves in a more favourable position than earlier in the war.

### GREECE.

Events in Greece during the year were dominated by the revolt which broke out on March 1, and by its consequences. The rising began in Athens and several units of the Greek Navy were captured by the insurgents, who put out to Crete, where M. Venizelos, who had given his blessing to the rebels, was living. Although order was quickly restored in Athens, the Government had a hard job in defeating the rebel troops in Macedonia, and Crete fell into rebel hands entirely. Within a fortnight, however, General Kondylis had crushed the Macedonian revolt, and the leaders of the rebels had deserted their men and taken refuge in Bulgaria and Italy and elsewhere. The ships which had left for Crete, surrendered, after M. Venizelos had been taken to an Italian island in the Dodecanese. A number of officers, led by General Plastiras, who in turn was urged on by M. Venizelos, seem to have been the instigators of the revolt. Sentences were heavy, and a far-reaching and severe "purge" was carried out.

The result of the revolt was to cause a feeling of revulsion against Venizelism throughout the country. M. Tsaldaris, whose party was admittedly Royalist, but pledged to govern according to the Constitution, remained Premier. General Kondylis's adherence to the régime was taken as a sign of the security of the Republic. The latter, however, swung round to the Monarchist cause, and following a General Election in June in which the Liberal and Republican Opposition did not take part, a Government was returned which was determined, at some time, to effect a restoration.

The rôles of M. Tsaldaris and General Kondylis were then reversed, the former's caution irritating the General, who was by now a violent Royalist. After some months of hesitation and discussion, General Kondylis ousted M. Tsaldaris from the Premiership in October and announced that the Republic was at an end, and that the King would return after a plebiscite, to be held on November 3. The result of this plebiscite gave a majority of nearly 98 per cent. in favour of the restoration, and towards the end of November King George left England for Greece where he was enthusiastically welcomed by his people. Immediately, however, another crisis arose, as the King, determined to put into effect his declaration to his people after the plebiscite, to forget the past, insisted on a general amnesty, to include M. Venizelos, who meanwhile took up a conciliatory attitude to the restoration, and General Plastiras. General Kondylis was opposed to this, but in the end had to give way, and M. Demertzis, an ex-Venizelist Minister, became Prime Minister, with the intention of dissolving the National Assembly and holding free elections in the New Year.

### ROUMANIA.

Roumania has had a comparatively quiet year. M. Tatarescu, who entered upon office in January 5, 1934, has remained in power. Foreign affairs have been under the capable direction of M. Titulescu, relations have been continually close with France, and a strong Little Entente policy followed. France's approach to Soviet Russia, however, caused some misgiving in Roumania, and the rumour that M. Titulescu was intending to sign

a pact with Russia caused some tension, and it was thought that M. Tatarescu was strongly opposed to such a step. Although on October 19 a bridge over the Dniester gave Russia, for the first time for 18 years, direct access to Southern Europe, *via* Roumania, no apparent breach between the Premier and M. Titulescu occurred.

The financial state of the country remained unhealthy, and early in the year M. Manoilescu-Strunga, Minister for Commerce and Industry, came to England to renew negotiations for payment of private debts to English firms; which debts had been hindering Anglo-Roumanian trade. The agreement reached, a series of instalments to be paid, was, however, repudiated by the Roumanian Government.

The period fixed for restricted Martial Law, which had been imposed after the murder of M. Duca, ended in March, and was prolonged in the face of much opposition, by a surprisingly big majority in Parliament. The National Peasant Party was the chief opposition with which the Government had to contend, but there were many dissentients within its ranks, and M. Vaida-Voevod formed his own party, with the war-cry of, "Roumania for the Roumanians," and with anti-Semitic proclivities. Another strongly anti-Semitic party was led by M. Cuza, who was occasionally unable to restrain his followers.

In mid-August a slight rebellion, led by a Communist "priest," broke out in Bessarabia, with the change over from the Greek Orthodox to the Western Europe calendar as pretext. An attempt by the leaders of the National Peasant Party to bring their followers into Bucharest in November might have had serious consequences. The Government forbade the demonstration, but the leaders of the Party refused to obey, and it was only direct mediation by King Carol that prevented serious trouble.

The cereal market was favourably affected by the sanctions against Italy which Roumania put into effect, but the oil companies were greatly alarmed at the prospect of an oil embargo. Italy imports 35 per cent. of her oil from Roumania.

### ALBANIA.

In April the Permanent Court of International Justice at The Hague issued an "advisory" judgment that Albania was not justified in her abolition of private schools, as it was a breach of the Albanian Declaration of 1921 for the protection of minorities, the effect of the abolition being to deprive the Greek minority of their own schools. The Catholic schools also were to come under the ban. The question came before the League of Nations, and negotiations went on between Albania and Greece. For economic reasons alone, however, Albania could not afford to quarrel with her



neighbour, and Grecophones were finally allowed their own schools.

On August 14 General Leon de Ghilardi, for some years Inspector-General of the Albanian Army, was assassinated at Fieri. The murder was the signal for a rising against the Government, which, however, was quickly crushed; many arrests were made, the most outstanding being Nuredin Bey Vlora. Sentences were heavy, and 12 men were executed, after King Zog had commuted 41 other death sentences. The aim of the revolt was to set up a republic with Nuredin Bey Vlora as president. On November 28, Albanian Independence Day, more than 100 political prisoners were released, the majority of whom had been involved in the rising at Fieri.

Relations between Albania and Italy did not change greatly, though the Italo-Ethiopian crisis caused grave fears in Albania, and Italian financial domination was attempted on more than one occasion.

On October 16, the Cabinet resigned. Two portfolios had been vacant for some time, the Minister of Education had been compelled to resign after the settlement of the schools question, and the Minister of Public Works handed in his resignation as a result of a smuggling scandal in which, however, he was not himself implicated. The new Cabinet under the Premiership of M. Mehdi Bey Frasheri does not contain a single Italophil.

#### YUGOSLAVIA.

The year 1935 showed little relaxation of the tension between Government and Opposition, though on more than one occasion portents of a *détente* were not lacking. At the turn of the year M. Yevtitch entered upon office in the place of M. Ouzounovitch, and lightening of the censorship and a general increase of liberty were announced. M. Matchek, the Croat leader, was released from prison, and a wave of something like optimism spread through the land. On February 6, however, to the general surprise, M. Yevtitch dissolved the Skupshtina and announced that elections would be held. M. Matchek almost immediately assumed the leadership of the opposition *bloc*, a decision which rather took the Government by surprise. The Government issued its declaration of policy promising its supporters all manner of improvements. The election campaign soon became a farce. Peasants and police were continually coming to blows, entailing loss of life, and the Opposition was entirely denied any method of propaganda. In May the elections were held and M. Yevtitch's party obtained about 62 per cent. of the votes cast, and M. Matchek 35 per cent. Owing to the eccentricities of Yugoslav electoral law that gave the Government about 300 out of 368 seats. The achievement of the Opposition in obtaining 35 per cent. of votes cast was regarded as a great accomplishment in the face of the handicaps under which they laboured; they declined, however to take their place in the Skupshtina. Clashes between peasants and the police went on continually, and in June M. Yevtitch resigned. M. Stoyadinovitch, a former Minister of Finance, took his place, and again hopes were entertained that the situation would be eased. Again, however, it was only apparent, and continuous trouble occurred between the authorities and Croats.

In April a definite Italo-Yugoslav *rapprochement* was noticeable, following the appointment of a new Italian Minister in Yugoslavia. This, in addition to the fact that Yugoslavia stood to lose probably more than any

other country by her application of sanctions against Italy, rendered the stand made by the Little Entente at Geneva doubly unfortunate for Yugoslavia.

#### BULGARIA.

The respective powers of King Boris and the Bulgarian Army in politics have been the determining factors during 1935 in Bulgaria, and it was due indirectly to these two forces that three Governments fell during the course of the year.

At the turn of 1934 the triumvirate of Colonel Gheorghieff, General Zlateff and Colonel Veltcheff was in power. They represented the Army's reaction to the chaotic state of affairs existing prior to May 19, 1934, when Veltcheff had effected a *coup d'état*. But trouble was already in sight, and although an apparently happy relationship between the King, his Ministers and the Army was revealed by a reunion between them at a New Year's celebration at the Military Club, it was because General Veltcheff, who was the real leader of the triumvirate, was supposed to be aiming at doing away with many of King Boris's prerogatives that a split occurred, and General Zlateff put himself on the right side of the Army Group which was opposed to any curtailment of the King's powers, and became Prime Minister in the place of Gheorghieff. In spite of this, King Boris lunched with and decorated the retiring Ministers. On February 22 General Zlateff gave a speech describing why the change over had been effected, to which Gheorghieff vigorously replied in the Yugoslav *Pravda*, which sold widely in Sofia. Events then moved fast. Colonel Gheorghieff was arrested, together with Professor Tsankoff who had been drawing attention to himself as leader of his party, which was illegal, owing to the suppression of all political parties. Whereupon three of General Zlateff's Ministers handed in their resignations, which brought about the downfall of the whole Cabinet on April 20.

On the King's invitation, a new Cabinet was formed, not without difficulty, under the ægis of M. Tosheff, a 70-year-old diplomatist. A declaration by the King intimated that the general policy put forward on May 19 of the previous year was to be followed.

On October 2 the long period of comparatively quiet government came to an end, for an alleged *coup d'état* was discovered by the Government. This, coupled with general dissatisfaction, sufficed to bring down the Government, which fell on November 23. With little delay a new Ministry was formed under M. Kiosseivanoff, the outgoing Minister of Foreign Affairs.



Great Britain and the East (London)

Nr. 1336

The Near and Middle East in 1936

BY THE EDITOR.

Let the metaphysicians wrangle as they will upon the real significance of changes in world affairs, there can be little doubt that the historian will decide that the year 1936 in the Near and Middle East represented, on balance, a progressive movement, a movement, that is, towards the satisfaction of popular hopes, towards material stability, and towards a more solid community of human feeling. In this movement, however, there were exceptions, notable exceptions, as there will be during almost any year: Egyptians and Syrians and Turks, for instance, will regard 1936 with very different feelings from Palestinian Arabs or the Abyssinians; and in the Balkans the defenders or opponents of autocratic rule may have felt that fate dealt them a churlish blow in the year now at an end.

Where Violence Ruled.

The nature of progress depends upon its context and the angle from which events on which judgment is asked are regarded. Take, for example, the fighting in Ethiopia which began in October, 1935, and continued in 1936, culminating though not ending with the flight of the Emperor Haile Selassie to Jerusalem and later to Europe. The Italians have now conquered practically the whole of Ethiopia, so that towards the end of 1936 other Powers were busy adjusting themselves to the new situation by converting their Legations at Addis Ababa into Consulates-General. From the point of view of Rome, these steps indubitably represented progress, even the fulfilment of high destiny. The Amharas, on the other hand, together with the vaster band of people who believed in the sanctity of the pledged word, look at this change with loathing.

The fact is that Abyssinia is now Italian, and that the world has learned a lesson. It was a sidelight of that lesson that, towards the end of the year, negotiations were hopelessly begun for an Anglo-Italian understanding on the Mediterranean, the Middle Sea, the freedom of which, as the Foreign Secretary recently indicated, is a cardinal British interest.

Another place in which violence ruled for many months though with a *dénouement* far less definite than that in Abyssinia, was Palestine. Readers of GREAT BRITAIN AND THE EAST can scarcely have been surprised by the Arab strike which, accompanied by deplorable acts of violence, began in April and lasted six months, to end only when the Holy Land was full of British troops and the rulers of neighbouring Arab countries counselled their brethren in Palestine to desist. British policy in Palestine was once more the butt of popular criticism in the Holy Land, and the Mandatory Power, perceiving the gravity of this latest hostility, appointed a Royal Commission to inquire into that policy. As the year ends, that Commission is still engaged upon its onerous and very responsible task.

Change in Iraq.

For the greater part of 1936 the young Arab Kingdom of Iraq, which entered the League of Nations in 1932, appeared to the outside world to be moving favourably, but so engrossed was that world with other events that it overlooked the popular discontent which was brewing in that country against the Government of General Yassin al Hashimi. It was therefore taken completely by surprise when it learned, at the end of October, that a *coup d'état* by the Iraq Army had ousted the Government, which, comprised as it was of many parties, ought to have had an inkling of what was to come, and had installed a new Administration under the charge of Sayid Hikmat Sulaiman. Considerable unease was felt at this sudden development, but in the two months that have elapsed nothing untoward has occurred, and Iraq, apart from the internal changes which are an inevitable part of Cabinet changes in Baghdad, has since proceeded normally.

Turkey's New Prestige.

Few things have been more notable in the Middle East than the constant and consistent progress of the new Turkey—a solid factor in a constantly changing environment. It was natural and expected, therefore, that the request which she preferred in the summer for refortification of the Dardanelles should be considered sympathetically by the signatories of the Lausanne Treaty. But the expected has not always occurred since the Great War, and it was something in the nature of a diplomatic triumph that, at the Montreux Conference last July, all the signatories with the exception of Italy should have acceded to the Turkish demands and, too, have paid tribute to the constitutional way in which the Ankara Government had raised the question.

Syria's Advance.

In the second half of the year arrangements were made as between France and her mandated territories in the Levant whereby she agreed to sponsor the independence of Syria and of the Lebanon and their entry into the League of Nations in 1939. The excitement engendered by such a step had been decreased in that a precedent for it existed in the example of Great Britain's treatment of Iraq, but a complication arose—and it is not yet resolved—through Turkey's insistence that the autonomous *sanjaq* (district) of Alexandretta and Antioch should not be an integral part of the future Arab State of Syria, with headquarters at Damascus.

Egyptian Hopes Realised.

For Egypt, the year 1936 was *annus mirabilis*. It represented the consummation of hopes long and ardently cherished by the mass of Egyptians. The fortuitous concatenation of the open designs of Italy on a section of north-east Africa, of a "United Front" of Egyptian politicians, and of a sympathetic and persuasive British High Commissioner in Cairo, resulted in the signing and ratification of an Anglo-Egyptian Treaty which satisfied all but the extremists on both sides. A year that opened with anxiety therefore closed with undiluted happiness for the Land of the Nile, which, be it noted, includes the Sudan as well as Egypt.

### **Unostentatious Progress.**

Little news during the year came from such other Middle Eastern lands as Saudi Arabia, Iran, and Afghanistan, with the unmistakable inference that their progress, if unostentatious, has been sure. These territories are in the hands of enlightened and firmly established Administrations; they have achieved an even keel; and the manner in which their ships of State are being handled has earned general admiration.

### **Developments in the Balkans.**

The Balkan countries, nearer as they are than the Middle East lands to the powder magazine of the world, developed during 1936 largely in accordance with the developments of Europe. Roumania, loath to associate herself closely with Soviet Russia, took the bold step in the late summer of throwing overboard her astute Foreign Minister, M. Titulescu, who had directed her destinies so long. The new Cabinet of M. Tatar-escu made it quite clear, however, that Roumania was opposed to all Treaty revision, and recent declarations of foreign policy by Signor Mussolini aroused a storm of protest in Bucharest.

In Greece, King George, who had assumed power towards the end of 1935, for some time found the wrangles of rival politicians a formidable obstacle to the realisation of his plans for appeasement and quiet progress. Death, however, came to his aid in a remarkable way, for, within the space of a few weeks, some of the most prominent politicians in Athens passed away. Yet even their removal could not stave off the coming

of a dictatorship, and although the *coup* of last August, by which General Metaxas decided, with the consent of the Crown, to govern without the assistance of a Chamber, was bloodless, many competent observers of Greek politics, remembering that dictatorships in Athens seldom last long, shook their heads. The year 1936 ends, however, with General Metaxas apparently still firmly in the saddle, and with Greek foreign policy still unchanged.

Yugoslavia, upon whom the German economic drive in south-eastern Europe in 1936 left an unmistakable mark, skilfully endeavoured at once to appease her internal problems and to regulate her very delicate international position. Her significance during the year was, however, rather European than Oriental, and details must therefore be omitted from any brief survey such as this.

Of Bulgaria and Albania there was during the year little startling to report. What intrigues there may have been in those two countries failed to materialise, so that at the end of the year they were, as far as the outside world was concerned, more or less where they were at its beginning.

But taken as a whole the Balkans may certainly be congratulated on keeping their heads in an atmosphere unpleasantly charged with electricity and potential shocks. It was an experience from which they emerged with credit, though whether they approached any nearer to a sense of real Balkan unity it might be extravagant to state.



Great Britain and the East (London)

Nr. 1401

# The Panorama of the Near East.

## LEGACY OF THE BIBLE.

A lecture of particular interest to students of Eastern affairs was given by Dr. Ruth v. Schulze-Gävernitz (daughter of Professor v. Schulze-Gävernitz, of Freiburg) at Friends' House, Euston Road, on March 28. The meeting was organised by the Friends' Service Council (London Centre), and the lecturer's subject was "The Near East: Its Role in History and in the Present Situation." Dr. Ruth v. Schulze-Gävernitz studied history and philosophy at Heidelberg, and she took her doctor's degree in 1928. She has made her concern the problem of the mutual relations between Europe and Asia, both in the epochs of the past and in that of the present time. She at one time taught in Constantinople before returning as a lecturer in various circles in Berlin.

### Role of the Bible.

The lecturer traced the history of the different epochs which influenced Eastern countries and of the part played by the three religions to be found in them. She spoke particularly of the rôle of the Bible, and dwelt on the glories of the past of Near Eastern countries from the point of view of the arts and learning. The Near East had been a strong influence on the renaissance of Western thought in the Middle Ages. Next she made comparison with the poor state into which they fell in comparatively recent times.

If a few pages of history were turned a picture which was very different was seen. In the eighteenth century instead of noble merchants there were poor beggars, instead of universities illiteracy was everywhere, and mosques and fine buildings were crumbling into pieces, with no attempt made to repair them. Instead of good roads there were wretched conditions of traffic.

### Decline of the East.

The aggression of the Crusades, which lasted 200 years, the infiltration of tribes, the invasion of the Tartars, who destroyed human life without any consideration—all contributed to the causes of this decline. Another cause was the development of sciences and new ideas in Western Europe, which the peoples of the Near, Middle, and Far East could not withstand. What was, however, most

destructive to them was the discovery of the sea route round the Cape, but since the Suez Canal had been opened this situation had changed.

### Trade Connections.

The countries of the Near East to-day cared very much for the trade of the British Empire and of India, and they were very much linked to the British Empire through the Suez Canal. Historians, she continued, and travellers of the seventeenth and eighteenth century in Europe were not greatly concerned about the decay of these great civilisations in Asia which was going on around them, because they were apt to regard it as something more picturesque than of vital importance to them. But there were others who thought that those peoples ought to be organised and exploited by the Great Powers of the time. England and France quarrelled over the partition of the Near East and later compromised. Colonisation and Imperialism were then in vogue, and in the nineteenth century had come the period of cynical partition. These questions were still being discussed both during and after the war.

### Middle Eastern Renaissance.

There was now a strong independent Turkish nation, an independent Egypt and Iraq; there would very soon be an independent Syria; and there were to-day strong independent movements going on in Palestine. The Arabs and the Turks had checked the partition scheme.

Early in the 19th century the nationalities and peoples of the Near East had already begun to revive the Arabic literature, and there was also a religious revival which enabled the people to show that they had a will of their own immediately after the Great War. The inhabitants of these countries desired to revive as a modern people of the twentieth century, and not to start again from where they left off advancing in mediæval times.

### Oriental Freedom.

During the War there were two opinions in England on the question of the future of Near Eastern countries. One was Imperialistic and the other Romantic-Liberal. Lawrence of Arabia belonged to the latter school of thought, and the British authorities in Egypt tried to foster

his plan to free the Arabs from the Turks.

The War was supposed by the Romantic-Liberals to have been fought for the liberation of the smaller nations. There then came a clash with those possessing Imperialistic tendencies. In consequence the post-War years had been a tragic period of broken pledges. In very recent years, however, British politicians had been wise enough to recognise that pledges which had been broken should be fulfilled so far as was possible.

### Problem of Promises.

The lecturer did not praise or blame, realising that it was very difficult to fulfil all promises made during a time of war. But it was, nevertheless, the fact that the Arab people had been terribly disappointed. Egypt had also been disappointed just after the War. But old and wise Powers like England and France were capable of remedying their mistakes, an attitude she did not find in some of the new crude modern Imperialisms which were arising to-day. Now a very sound treaty had been signed by the British Empire and Egypt.

In 1921 Iraq was given King Faisal as ruler, and a little later a proper Constitution was drawn up for Syria under a new French government. She saw proof of the renaissance of the countries of the Near East, and was hopeful for their future.

### Hope of Palestine Compromise.

Referring to Palestine, she said that the existing situation had resulted from a series of double promises and double pledges, but even here she was not an absolute pessimist. Both sides were serious and had the welfare of the country at heart, and she was not unhopeful that they would themselves both find some compromise which would prove a way out of the impasse. She thought one should be found to enable the Jews to have a National Home in Palestine, so that they would co-operate amicably with the Arabs. Looking at the future of these new nations from the most hopeful point of view, she envisaged the possibility of an alliance between them and the British Empire, forming a bridge between Britain and an India of the future.

Kölnische Zeitung

Nr. 180 - 81

**Entspannung im Nahen Osten**

JD Der türkische Außenminister Rüschdi Aras ist zu einem Freundschaftsbesuch in Kairo eingetroffen. Er findet gefestigte innerpolitische Verhältnisse in Ägypten vor. Die Parteiherrschaft des Wafd ist durch die letzten Wahlen zertrümmert worden, sogar der Führer der Partei, der Ministerpräsident Nahas Pascha, ist nicht wiedergewählt worden. Sein Nachfolger Mahmud Pascha verfügt im Parlament über eine feste Mehrheit, da auch die Partei der Unabhängigen auf seine Seite getreten ist, und der König hat ihn als Ministerpräsidenten aufs neue bestätigt. Auch außenpolitisch hofft man in Ägypten — wie überhaupt im Nahen Osten — auf eine Entspannung, seitdem die Generalvereinigung der englisch-italienischen Beziehungen in greifbare Nähe gerückt ist; die libysche Grenze wird in Zukunft keine gefährliche Grenze mehr sein. Diese Generalvereinigung wird wohl ein Hauptthema der Besprechungen in Kairo abgeben. Dabei wird auch die Lage in Palästina erörtert werden, wo anscheinend ebenfalls ein neuer Befriedungsversuch bevorsteht. Man sagt dem neuen Oberkommissar Mac Michael nach, daß er für den Standpunkt der Araber weit mehr Verständnis zeige als sein Vorgänger Bauchope. Er soll zunächst einmal eine Verschiebung des Besuches der neuen englischen Kommission bewirken haben. Die bevorstehende Ankunft dieser Kommission hatte bereits zu neuen Gewalttaten geführt, da die Araber von ihr eine Neubelebung des verhassten Teilungsplanes befürchteten.

Der Besuch des türkischen Ministers des Äußern soll den besondern Zweck haben, Ägypten zum Schluß an den Viererpakt zu gewinnen, den die Türkei, der Irak, Iran und Afghanistan im vorigen Sommer abgeschlossen haben. Ägypten, das schon seit einem Jahr einen Freundschaftspakt mit der Türkei besitzt, soll nicht abgeneigt sein, diesen Pakt durch den Beitritt zu dem Viererpakt zu erweitern. Der Pakt, der nach dem Ort seiner Unterzeichnung den Namen des Paktes von Saadabad erhalten hat, ist dem Wortlaut nach ein Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag, worin die Teilhaber sich verpflichten, gegenseitig ihre Grenzen zu achten, sich nicht in die innern Angelegenheiten der einzelnen Staaten einzumischen und alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sein könnten, das freundschaftliche Verhältnis zwischen ihnen zu stören. Praktisch bietet der Vertrag für die Teilhaber eine Handhabe, in allen ihnen wichtig erscheinenden Fragen gemeinsame Beratungen zu pflegen und eine gemeinsame Politik zu führen. Der Pakt kann durch den Beitritt Ägyptens zum Kern eines großen vorderasiatischen Staatenbunds werden, der — da auch der Beitritt Syriens bevorstehen soll — von der Grenze Indiens bis an die Grenze Libyens reichen würde. Es heißt, daß die Bildung eines solchen Blocks einem Wunsche Englands entspräche, das auf diese Weise seinen Einfluß in Vorderasien zu verstärken hoffe. Aber bei den Teilhabern des Paktes herrscht wohl eher der Wunsch vor, sich von den Großmächten unabhängiger zu machen. Er soll ihnen ermöglichen, das Gewicht ihres gemeinsamen Einflusses auch einmal gegen die Pläne dieser oder jener Großmacht in die Waagschale zu werfen, und er soll so jedem von ihnen einen stärkeren Schutz gewähren, als er bisher gehabt hat.



## Der neue Orient

JD Köln, 23. April.

In Rom wie in London werden die Vereinbarungen über den vorderen Orient als das Hauptstück des englisch-italienischen Abkommens vom Osterfesttag betrachtet. Das hat seinen Grund darin, daß hier völlig neue Verhältnisse geschaffen werden, während in den andern Gebieten im wesentlichen teils längst bestehende Zustände legalisiert, teils längst gegebene Zusicherungen wiederholt werden. Auch die Vereinbarungen über den Austausch militärischer Informationen schaffen an sich keine neue politische Lage, und ebensowenig der Beitritt Italiens zu dem Londoner Flottenvertrag, da es an dem Zustandekommen dieses Vertrages seinerzeit eifrig mitgearbeitet und seine Bestimmungen, auch ohne Vertragssteilnehmer zu sein, stillschweigend innegehalten hat. Aber was in dem Abkommen über die Machtverhältnisse am Roten Meer und auf der arabischen Halbinsel vereinbart worden ist, gibt dem vorderen Orient ein ganz neues Gesicht.

Bisher war es so, daß England und Italien in einem stillen, aber zähen Ringen begriffen waren um den Einfluß auf jene gewaltige Ländermasse, die von den Ufern des Nils bis nach dem Persischen Meerbusen und von den Küsten des Mittelmeers bis nach dem Indischen Ozean reicht. Der „Große Besitzende“ ist hier seit dem Weltkrieg England, das als Haupterbe des alten türkischen Reichs in dieser Ländermasse seine politischen und wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen konnte, ohne die ernstliche Nebenbuhlerschaft einer andern Großmacht befürchten zu müssen. Allerdings hat es die Art seines Einflusses mit der Zeit erheblich ändern müssen: Ägypten und der Irak gewannen ein großes Maß von Unabhängigkeit, die Mandatsgebiete Palästina und Transjordanien befinden sich in einem noch ganz undurchsichtigen Übergangszustand, und in dem großen Kernland der arabischen Halbinsel ist inzwischen das mächtige Reich Ibn Sa'uds entstanden, der zwar mit England gute Nachbarschaft hält, aber zusammen mit dem Herrscher des südwestlich angrenzenden Kleinstaates Jemen seine Unabhängigkeit gegenüber den Großmächten gewahrt hat. Nur die Festung Aden und die Insel Perim, die am südlichen Ausgang des Roten Meeres Wache halten, sind englische Besitzungen, und die arabischen Sultanate an der Süd- und Ostküste der Halbinsel standen bis vor kurzem zu England in einem lockern Schutzverhältnis.

Aber schon im Jahre 1926 ist in diesem Gebiet der erste Einbruch einer andern Großmacht, und zwar eben Italiens, erfolgt. Der Duce, der seit der Enttäuschung, welche die Friedensverträge in kolonialer Hinsicht für Italien brachten, nach neuen Einflußsphären suchte, nahm damals die Gelegenheit wahr, dem von Ibn Sa'ud bedrängten Jemen, das der italienischen Kolonie Erithräa gegenüberliegt, seinen Schutz anzubieten, und schloß mit ihm einen Vertrag, worin er die Unabhängigkeit des Staates anerkannte und ihm Unterstützung in allerlei Form, auch mit Waffen und Munition, zusagte. Aber der Gegenschlag Englands blieb nicht aus: Ibn Sa'ud unternahm 1933 mit stillschweigender Billigung Englands einen Feldzug gegen Jemen, das er besiegte und unter seinen Einfluß brachte; daß es überhaupt noch bestehen blieb, war wohl ebenfalls das Werk Englands, das Ibn Saud von der Südpforte des Roten Meeres fernhalten wollte. Als aber drei Jahre später am andern Ufer aus der kleinen Kolonie Erithräa das abessinische Kaiserreich entstand und Italien als Großmacht am Roten Meer festen Fuß faßte, begann es auch sofort die Fäden seines Einflusses wieder nach Jemen

hinüber zu spinnen. Aber wieder führte England einen wichtigen Gegenschlag: es verwandelte im Jahre 1937 die bisherige Schutzherrschaft Aden in eine Kronkolonie, nachdem es das dazugehörige Hinterland bis an den Persischen Golf ausgedehnt hatte. Es fügte damit ein Gebiet seinem Reich ein, das rund ein Drittel der ganzen arabischen Halbinsel ausmacht und von dem bisher, abgesehen von Aden, nur die Küstenländer Hadramaut und Oman unter seinem Einfluß gestanden hatten. Die Eingeborenen mußten sich bei dieser Besitzergreifung mehrfach durch Bombenabwürfe über die Macht Englands aufklären lassen. Das angegliederte Gebiet besteht zwar größtenteils aus Wüste, ist aber reich an Bodenschätzen; in den Randländern am Persischen Golf wird heute schon so viel Petroleum gefördert, daß man ihnen den gemeinsamen Namen der Ölfüste gegeben hat.

Die Folge hiervon war aber wieder, daß sich der Herrscher des Jemen, dessen Staat jetzt zwischen dem Reich Ibn Sa'uds und der englischen Zone eingezwängt war, abermals Italien zuwandte. Er erneuerte den alten Vertrag vom Jahre 1926 und sandte einen Brief an Mussolini, worin er schrieb: „Wir sind der italienischen Regierung unendlich dankbar für die Politik, die sie gegenüber uns und allen islamischen Ländern führt, und wünschen, daß diese Politik sich immer mehr entwickeln möge.“ Da es den Engländern schien, als ob diese Politik auch auf Ibn Sa'ud nicht ohne Eindruck blieb, sandten sie im vorigen Monat den Herzog von Athlone, einen Bruder der Königinmutter Mary, auf eine

Propagandareise nach Arabien, während gleichzeitig ein Sohn des Herrschers des Jemen nach Rom kam und dort gebührend geehrt wurde.

Auf diese Weise ist es gekommen, daß sich der englisch-italienische Gegensatz in jenen Gegenden immer mehr vertiefte, so daß, während über Spanien der Himmel sich aufhellte und für Abessinien nur noch der neue Besitzer anerkannt zu werden brauchte, am östlichen Ufer des Roten Meeres eine neue Gefahrengzone entstand. Das Verdienst Mussolinis und der englischen Regierung besteht darin, in dem Osterabkommen auf eine ebenso großzügige wie völlerrechtlich neuartige Weise diese Gefahr ausgeräumt zu haben. Sie beschließen darin die völlige Neutralität der von ihnen umwordenen Gebiete, also von Saudi-Arabien und Jemen. Sie werden sich jeder Handlung enthalten, welche die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Gebiete beeinträchtigen könnte, also auch nicht versuchen, eine bevorrechtigte Stellung in ihnen zu erlangen. Dasselbe gilt für solche Gebiete, die Saudi-Arabien und Jemen in Zukunft erwerben könnten. England und Italien werden aber auch dagegen Stellung nehmen, daß andre Mächte die Selbständigkeit der beiden Staaten beeinträchtigen könnten. Dasselbe gilt von den Inseln im Roten Meer, die früher türkisch waren und jetzt den beiden Staaten gehören. Auf den übrigen Inseln im Roten Meer soll keine Staatshoheit eingerichtet und keine Befestigung angelegt werden. Sollte zwischen Saudi-Arabien und Jemen wieder ein Streit ausbrechen, so werden England und Italien sich nicht einmischen, aber auch gegen die Einmischung einer dritten Macht gemeinsam Stellung nehmen. Auf diese Weise werden also in Zukunft der noch unabhängige Teil Arabiens sowie das Rote Meer der gemeinsamen Hand Englands und Italiens anvertraut; es wird gewissermaßen ein außen-

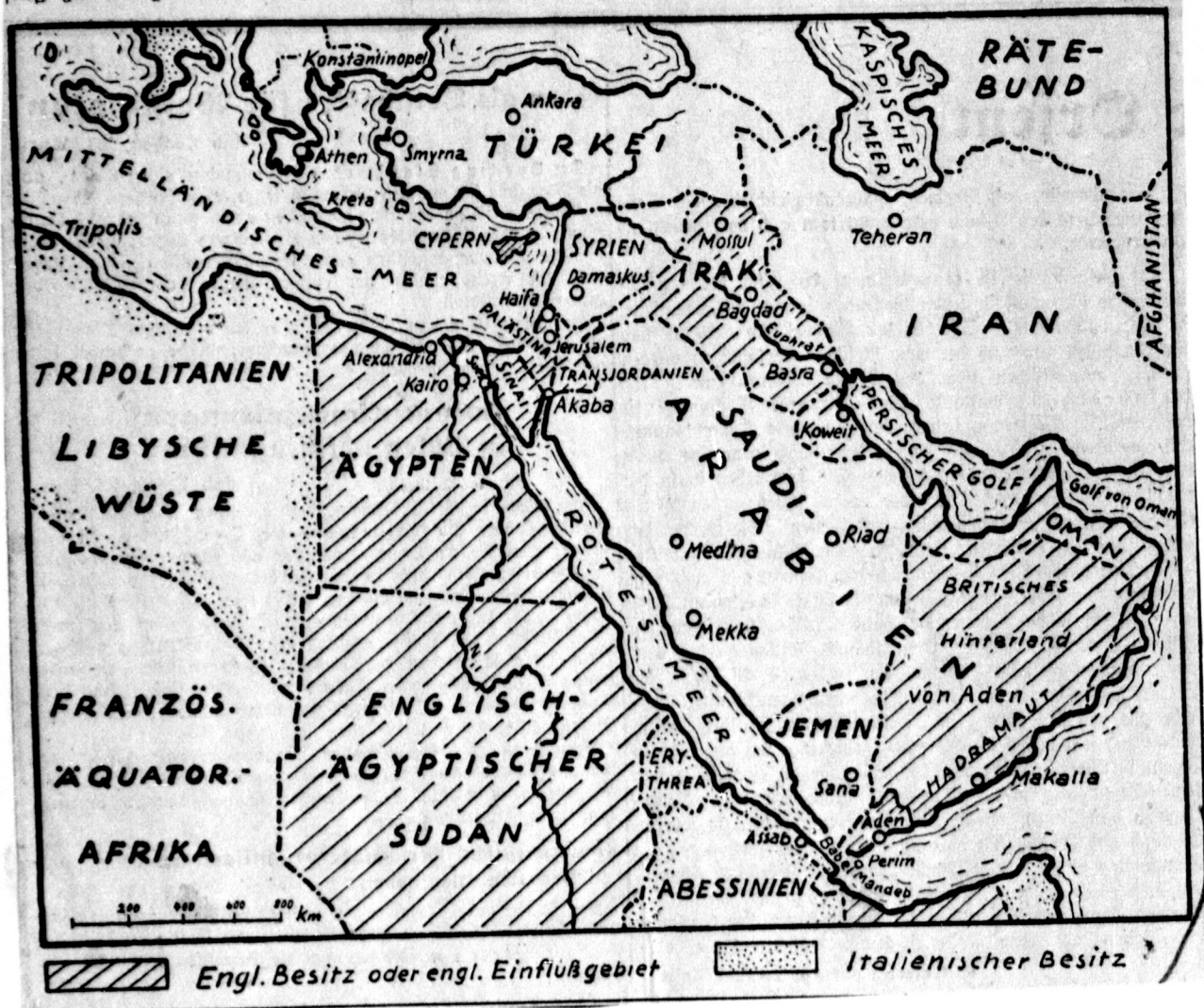
wenden

politisches Kondominium beider Mächte über diese Gebiete geschaffen.

Wie England demnächst die Herrschaft Italiens über Abessinien anerkennen wird, so erkennt in dem neuen Abkommen Italien die Herrschaft Englands über das Hinterland von Aden, also über das südliche Drittel der Arabischen Halbinsel an, das England sich vor kurzem einverleibt hat. England verspricht, auch von diesem Gebiet aus nichts gegen die Unabhängigkeit von Saudi-Arabien und Jemen zu unternehmen und nur solche Befestigungen dort anzulegen, die einen reinen Verteidigungscharakter tragen. Es verspricht ferner, trotz der Maßnahmen, die es zum Schutz der Ordnung und zur Entwicklung des Landes treffen wird, die Selbständigkeit der dortigen Sultane aufrechtzuerhalten. Italien verspricht, daß es nichts unternehmen werde, um in diesen Gebieten politischen Einfluß zu erlangen. Das Abkommen ist auf zehn Jahre ab-

geschlossen und kann danach mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Damit sind die Machtverhältnisse im Vorderen Orient neu geregelt. England ist in dem gewaltigen Einflußgebiet, das es dort von der Küste des Mittelmeers bis zu der Küste des Indischen Ozeans besitzt, vor Störungen der nächst interessierten Großmacht gesichert und kann sogar auf ihre Hilfe zählen, wenn eine dritte Macht versuchen sollte, die Unabhängigkeit Arabiens oder des Roten Meeres zu gefährden. Auf der andern Seite ist Italien in seiner Machtsphäre vor Störungen Englands gesichert; es wird sogar mit den englischen Schutzgebieten an seiner Grenze und mit Ägypten ein Vertragsverhältnis guter Nachbarschaft eingehen. So dürfte es zwischen den beiden Staaten nunmehr zu einer Gemeinschaftspolitik kommen, die auch in andern Gebieten des Nahen Ostens, z. B. in Palästina, ihre entspannenden Wirkungen zeigen kann. Man mag hieran die Größe des Wertes ermessen, das Mussolini und den englischen Staatsmännern gelungen ist.





Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. *14*

**Unruhiger Orient**

Mit aufrichtigem Bedauern, dem der Führer für das deutsche Volk Ausdruck gab, registrieren wir das unerwartete Hinscheiden des noch jungen irakischen Königs, dem eine wichtige Rolle nicht nur in der weiteren Festigung des irakischen Staates, sondern auch als Mittler zwischen den arabischen Ländern verschiedener Staatsformen und Dynastien vorbehalten schien. Gleichmaßen bedauerlich die in unmittelbarer Folge in Mossul geschehene Ermordung eines hohen englischen Beamten, dessen Land von einer aufgehetzten Menge für mitschuldig am Tode des Königs Gazi gehalten wurde. Wenn diese Tat überhaupt möglich war und die Anschuldigung so leichten Glauben finden konnte, so muß doch eine lange Periode schwelenden Hasses gegen die Engländer als die tatsächlichen Gestalter des irakischen politischen Schicksals vorangegangen sein. Die fast ganz in englischen Händen befindliche Presse hat davon nur wenig durchblicken lassen. Die zweifellos antienglische Periode Sidki Bekr wurde mit Stillschweigen übergangen; erst um Weihnachten letzten Jahres gelang es, die rein englisch eingestellte Regierung Nuri es Said, ans Ruder zu bringen, die aber alsbald, noch während der Ministerpräsident in London sich um die Araber-Juden-Konferenz bemühte, gezwungen war, sich gegen einen abermaligen Aufstandsversuch der antienglischen Fronde durchzusetzen. Die Verschwörer, darunter der ehemalige Ministerpräsident Hikmit Sulaiman, befinden sich noch in Haft; ihr Schicksal wird sicher davon beeinflusst werden, in welcher Weise England Genug-tuung für den Mord fordert. Andererseits verwickelt sich die Stellung Englands gegenüber den Arabern auf diese Weise beträchtlich, und das in einer Atmosphäre, die nicht nur im englischen Einflußbereich mit Spannung geladen ist. Denn auch im französischen Mandatsgebiet hat sich dank der französischen hartnäckigen Weigerung, die Vertragsversprechungen von 1936 ein-zulösen, ein nahezu unhaltbarer Zustand herausgebildet. Keine Regierungsbildung ist möglich, politische Streiks sind an der Tagesordnung, und die Nationalisten fordern offen zur non-cooperation auf. Die Mandatsmacht unternimmt nichts als den Vorschlag, es solle ein neuer Vertrag ausgehandelt werden, von dessen Gestaltung sich die Syrer nach allem, was geschehen ist, eine nur allzu deutliche Vorstellung machen können. Paris gedenkt offensichtlich, keine klaren Entscheidungen zu treffen, ehe England nicht in Palästina die Hände für eine gemein-same, beiden Mächten zusagende Lösung der Araberfrage frei hat; diese scheint aber immer auf die Bildung vieler kleiner Einzelstaaten, ohne wesentliche Macht, und daher leicht beherrschbar, abzuzielen. So ist auch der geringe Widerstand gegen die Abtrennungsgelüste der jüngsten Republik Hatay zu verstehen, wo man allmählich zur Einsicht kommt, daß die Selbständigkeit die Wirtschaft verschlingt, und immer mehr mit dem Gedanken des An-schlusses an die Türkei spielt, womöglich unter Einbeziehung von Aleppo als Hinterland des Hafens von Alexandrette. Fügt man dem hinzu, daß im äußersten Südwestens Arabiens an der Straße von Bab el Mandeb der Streit um die Vorherrschaft in dem kleinen Emirat von Scheich-Said zwischen Frankreich, Italien (Dueira), Aden und Jemen wieder akut wird, so ergibt sich ein gewisses Verständnis dafür, wenn sich im arabischen Lebensraum eine Stimmung gegen die Westmächte entwickelt, die sich gelegentlich in so unerfreulichen Explosionen, wie in Mossul, entlädt.

Monatshefte für Auswärtige Politik

(Balin)

№ 5 .

**„Unabhängige“ Staaten.** — Die Roosevelt-Note hat einen eklatanten Beweis von Unkenntnis über Völkerrecht und außenpolitische Zusammenhänge in Europa und im Nahen Osten gegeben, als sie unter der Überschrift „Unabhängige Staaten“ Irak, die Arabien, Syrien, Palästina, Ägypten u. a. nannte. Der wirkliche und faktische Rechtszu-

wenden!



stand dieser gesamten Gebiete ist, wie der Führer ausführte, ein völlig anderer. Im einzelnen ergibt sich folgendes:

#### 1. Irak.

Irak wurde während des Weltkrieges von den Engländern erobert; sie strebten auf eine Kontrolle dieses Gebietes hin und erhielten durch die San Remo-Konferenz vom 25. April 1920 das Mandat für dieses Gebiet übertragen. Obwohl sie Irak zum Königreich (unter Faisal) machten und die gegenseitigen Beziehungen durch Verträge regelten, änderte diese Form an der abhängigen Mandatsstellung des Gebietes nichts. Die britische Kontrolle nahm auch weiterhin lediglich eine andere Form an, als das Mandatsverhältnis von der Genfer Liga am 3. Oktober 1932 aufgehoben und dafür der Bündnisvertrag mit Großbritannien vom 30. Juni 1930 in Kraft trat. Denn auch durch diesen Vertrag sicherte sich England einerseits die Kontrolle über den Irak-Staat und andererseits alle notwendigen Rechte im Irak-Gebiet: es durfte dort Garnisonen unterhalten und seinen Truppen mußten im Kriegsfall alle Erleichterungen, insbesondere die Benutzung von Eisenbahnen, Flüssen, Häfen, Flugplätzen und Transportmitteln gewährt werden. Für die politische Kontrolle spielt die vereinbarte Konsultation in allen Fragen gemeinsamen Interesses eine erhebliche Rolle, die auch in den Verträgen Englands mit Ägypten und Transjordanien, Frankreichs mit Syrien und Libanon vereinbart ist.

1924 wurde auf Betreiben Englands das wichtige Ölgebiet von Mossul an Irak angegliedert und somit der britischen Kontrolle unterstellt.

#### 2. Die arabischen Staaten. Saudisch-Arabien.

Großbritannien schloß am 26. Dezember 1915 einen Vertrag mit Ibn Saud und zahlte ihm Subsidien, um ihn gegen seinen Oberherrn, den osmanischen Sultan-Kalifen, anzusetzen. Seit dem Ende des Osmanischen Reiches ist Ibn Sauds Staat unabhängig und scheut Abhängigkeitsverhältnisse, steht indessen trotz der Differenzen über die Maan-Akaba- und Bahrein-Frage Großbritannien durch den Vertrag der Freundschaft und des guten Einverständnisses vom 20. Mai 1927 nahe. Saudisch-Arabien hat am 26. April 1929 mit dem Deutschen Reich und am 10. Februar 1932 mit Italien Freundschaftsverträge abgeschlossen.

#### Jemen.

Selbständiges Fürstentum seit dem Ende des Osmanischen Reiches, steht vor allem mit Italien durch den Freundschaftsvertrag vom 2. September 1926, jedoch auch mit Sowjet-Rußland und Großbritannien in vertraglichen Beziehungen, aber nicht mit dem Deutschen Reich.

#### Kueit.

Das dem osmanischen Sultan-Kalifen unterstehende Fürstentum Kueit schloß am 23. Januar 1899 mit Großbritannien ein Abkommen, in welchem es sich verpflichtete, keine Gebietsabtretungen außer an England vorzunehmen und mit keinen fremden Staaten in Beziehungen zu treten. Das damit entstehende Abhängigkeitsverhältnis wurde von Großbritannien am 4. November 1914 dahin erweitert, daß Kueit als unabhängiges Fürstentum unter britischem Schutz anerkannt wurde.

#### Bahrein-Inseln.

Seit dem Abkommen vom 22. Dezember 1880 mit Großbritannien, in welchem sich dies Fürstentum verpflichtete, mit keinem anderen

7 Staat als Großbritannien Beziehungen zu unterhalten, in britischer Abhängigkeit.

Katar,  
Abn Dhabi,  
Schandscha,  
Ras al Chaima,  
Dibai,  
Umm al Kawain,  
Adschman.

Kleine Emirate und Stammesherrschaften an der Südküste des Persischen Golfs, die in vertraglichen Beziehungen nur zu Großbritannien stehen und sich ebenso wie Kueit und Oman bereit erklärt haben, mit keinem anderen Staat als England Verbindung aufzunehmen oder Gebiete abzutreten.

Oman (Maskat).

Trat 1798 in nähere Beziehungen zu England. Am 20. März 1891 wurde ein Vertrag abgeschlossen, der den Engländern ausschließliche Vorrechte einräumte und, wenn auch kein formales Protektoratsverhältnis, so doch ein tatsächliches Abhängigkeitsverhältnis begründete. Der Vertrag ist am 5. Februar 1939 erneuert worden.

Hadramaut und Aden-Protektorat, namentlich Makalla, Seyyun, Abdali, Fadhli, Kaaiti, Amiri.

Kleine Sultanate unter britischem Protektorat.

### 3. Syrien.

In Syrien, das durch das geheime Sykes-Picot-Abkommen vom 9./16. Mai 1916 den Franzosen als Kriegsbeute zugesichert worden war, entstand im November 1918 ein arabisch-syrisches Königreich unter Faisal.

Nachdem die San Remo-Konferenz am 25. April 1920 beschlossen hatte, Syrien zusammen mit Libanon als Mandatsgebiet den Franzosen zu übertragen, vertrieben diese im Juli 1920 Faisal mit Waffengewalt und richteten ihre Mandatskontrolle ein,

wobei sie keine glückliche Hand verrieten, wie beispielsweise der Aufstand von 1925 beweist. Ein mit Syrien am 9. September 1936 abgeschlossener Bündnisvertrag stellt das Ende der Mandats Herrschaft in Aussicht. Er ist aber noch nicht von Frankreich ratifiziert worden. Überdies würde er kein Ende der französischen Vormundschaft bedeuten, denn er beläßt den Franzosen auf 25 Jahre das Recht, Flugplätze und Garnisonen zu unterhalten, militärische Instrukteure zu stellen und Kriegsmaterial zu liefern sowie im Kriegsfall Eisenbahnen, Wasserstraßen, Häfen, Flugplätze und Verkehrsmittel zu benutzen.

### 4. Libanon.

(Zwar in der Roosevelt-Aufzählung nicht aufgeführt, jedoch selbständiger Teil des französischen Mandatsgebiets Syrien-Libanon).

Libanon, den Franzosen ebenso wie Syrien durch das Sykes-Picot-Geheimabkommen vom 9./16. Mai 1916 zugesichert, und von der San Remo-Konferenz am 25. April 1920 als Mandatsgebiet zugesprochen, wurde alsbald nach dem Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches unter französische Verwaltung genommen. Es bildet im Rahmen des Gesamtmandats Syrien-Libanon ein Sondergebiet, mit dem Frankreich am 13. November 1936, ähnlich wie mit Syrien, einen Bündnisvertrag abgeschlossen hat. Auch dieser Vertrag, der indessen seitens der französischen Regierung noch nicht ratifiziert worden ist, wird den maßgeblichen Einfluß Frankreichs weiterhin sichern, vor allem durch die Beibehaltung französischer Garnisonen.

### 5. Palästina.

(Als in der Roosevelt'schen Staa-  
tenaufzählung stehend auch von der Londoner „Times“ genannt, nicht aber in der entsprechenden



Karte — „Times“ vom 17. April 1939 Seite 11 — verzeichnet; hier reicht „Arabia“ vielmehr bis zum Mittelmeer und schließt sowohl Transjordanien als auch Palästina ein; auch in dem vom Royal Institute of International Affairs herausgegebenen Bulletin of International News, Nr. 8 vom 22. April, fehlt eigenartigerweise Palästina).

Während des Weltkrieges von britischen Truppen besetzt und unter vorläufige militärische, dann zivile Verwaltung gestellt, wurde Palästina durch die Konferenz von San Remo am 25. April 1920 als Mandatsgebiet an Großbritannien übertragen. Am 24. Juli 1922 billigte die Genfer Liga die Mandatssatzung für Palästina, in die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 einbezogen worden war. England hat es weder verstanden, Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern, noch die staatliche Konsolidierung dieses Staatswesens satzungsgemäß herbeizuführen. England läßt damit das weitere Bestehen seiner Mandatskontrolle als notwendig erscheinen.

#### 6. Transjordanien.

(Zwar in der Roosevelt-Aufzählung nicht aufgeführt, jedoch selbständiger Teil des britischen Mandatsgebietes Palästina; vergleiche Anmerkung zu Palästina).

Verdankt sein Dasein strategischen Erwägungen Großbritanniens, das nach dem Ende des syrisch-arabischen Königreiches unter Faisal das Transjordanien-Gebiet an das Palästina-Mandatsgebiet anschloß, ihm aber zugleich eine Sonderstellung zuwies, indem hier ein Emirats unter Abdallah eingerichtet wurde, sowie die Bestimmungen der Mandatssatzung über den Zionismus außer Kraft gesetzt wurden. Im Mai 1925 einverleibte England die Gebiete von Maan und Akaba, die bisher zu Hedschas gehört hatten, dem transjordanischen

Staat. England festigte seine Kontrolle über dies Gebiet durch einen Vertrag vom 20. Februar 1928 (ergänzt durch Vertrag vom 2. Juni 1934), der das Land in völliger Abhängigkeit von England erhält, das u. a. Truppen zu unterhalten und die transjordanischen Streitkräfte zu beaufsichtigen berechtigt ist.

#### 7. Ägypten.

Seit der Beschießung von Alexandria am 11./12. Juli 1882 von britischen Truppen besetzt und vom britischen Generalkonsul maßgebend beherrscht, obwohl es einen eigenen Staat bildete, der dem osmanischen Sultan-Kalifen unterstand. Am 18. September 1914 erklärte Großbritannien sein Protektorat über Ägypten. Die Verhaftung des nationalen Führers Zaglul am 8. März 1919 steigerte die Unzufriedenheit der Ägypter gegen das englische Regime zum offenen Aufstand, dessen die britische Palästinaarmee unter Lord Allenby erst allmählich Herr zu werden vermochte. Trotzdem wurde die Milner-Untersuchungskommission 1919/20 genau so wie später die Peel-Kommission in Palästina vollkommen boykottiert. Am 28. Februar 1922 entschloß sich England zur Aufhebung des Protektorats; die Anerkennung der ägyptischen Unabhängigkeit hatte indessen nur formale Bedeutung. England herrschte weiterhin, gestützt auf seine Garnisonen, und suchte diese Herrschaft vertraglich festzulegen. Die Verhandlungen gelangten indessen erst mit der Unterzeichnung des Bündnisvertrages vom 26. August 1936 (ratifiziert am 22. Dezember 1936) zum Abschluß. Der Vertrag bestätigt die Kontrolle der Engländer über Ägypten, in dem ihnen auf 20 Jahre das Recht zugesichert wird, Garnisonen zu unterhalten, und zwar in der Suez-Kanal-Zone (Artikel 8—9), die ägyptische Armee auszubilden und zu bewaffnen (Begleit-Note) und im

Kriegsfall für ihre Truppen alle Erleichterungen bei der Benutzung von Häfen, Flugplätzen und Verkehrsmitteln zu erhalten (Art. 7).

#### **Großbritannien und der Präventivkrieg.**

— Ungleich ehrlicher als die Behauptung heutiger britischer Staatsmänner, daß ihnen nichts ferner läge, als Deutschland einzukreisen oder gar mit Krieg zu überziehen, wirkt eine Äußerung des langjährigen britischen Ministerpräsidenten und Außenministers Lord Balfour aus dem Jahre 1907. Sie ist ein sprechender Beweis für die wahren Gefühle, die ein saturiertes Großbritannien dem aufstrebenden Deutschen Reich entgegenbringt, und sie ist umso symptomatischer, als sie gerade zur Zeit der II. Haager Friedenskonferenz geprägt wurde. Der damalige amerikanische Botschafter in Rom, Henry White, der sich zur Information über die britischen Pläne hinsichtlich der Haager Konferenz in London aufhielt, führte nach den Aufzeichnungen von White's Tochter mit Balfour folgendes Gespräch:

Balfour (gleichsam unabsichtlich): „Wir sind ziemlich Toren, daß wir keinen Grund finden können, Deutschland den Krieg zu erklären, bevor es zu viele Schiffe baut und unseren Handel zerstört.“

White: „Sie sind in Ihrem Privatleben ein sehr idealgesinnter Mensch. Wie können Sie etwas politisch so Unmoralisches vorschlagen wie die Provozierung eines Krieges gegen eine harmlose Nation, die ein so gutes Recht zu einer Flotte hat wie die Ihre! Wenn Sie mit Deutschland wetteifern wollen, so arbeiten Sie gefälligst härter!“

Balfour: „Das würde eine Herabsetzung unseres Lebensstandards

bedeuten. Wahrscheinlich wäre es einfacher für uns, einen Krieg zu führen.“

White: „Ich bin entsetzt, daß gerade Sie solche Prinzipien vertreten!“

Balfour (gleichsam unabsichtlich): „Handelt es sich wirklich um Recht oder Unrecht? Vielleicht geht es doch nur um die Erhaltung unserer Hegemonie.“

(Nach Allan Nevins: Henry White. Thirty Years of American Diplomacy. New York 1930, S. 257 f.).

**Religion und Politik.** — Das Riot Inquiry Committee, das zur Untersuchung von Unruhen in dem hinterindischen, Großbritannien unterstehenden Gebietsteil Burma eingesetzt war, hat am 20. April seinen Schlußbericht veröffentlicht, in dem folgende sehr interessante Ausführungen über die Rolle der buddhistischen Priester bei der Erzeugung von politischen Unruhen enthalten sind: „Last not least kommt der Einfluß der Pongyis (buddhistische Priester), die die Verehrung ausnutzen, die die Sangha (buddhistische Kirche) genießt. Solange die Sangha ihre Tätigkeit und ihren Einfluß auf geistliche Lehre und auf Religion und weltliche Erziehung beschränkte, bedeutete sie einen tiefen Einfluß zum Guten. Aber in kürzlichen Jahren ist eine große Veränderung in ganz Burma eingetreten, und viele aus der jüngeren Generation von Pongyis haben sich der Politik zugewandt. Wir können als Freunde von Burma und von seiner Religion nicht stark genug betonen, daß die Gefahr für beide von der Degeneration der Sangha, die begonnen hat, groß ist.“



## Gerüchte von der Schaffung eines Kaiserreichs im Nahen Orient

Rom, 28. Juni. pt. In Meldungen aus Kairo berichtet die italienische Presse über einen sensationellen englisch-türkischen Plan

zur Beherrschung des Nahen Ostens. Die Zeitung „Mokattam“ meldet die Aufdeckung eines Geheimabkommens zwischen London und Ankara zum Zwecke der Schaffung eines Kaiserreichs im Nahen Orient durch Zusammenfassung aller arabischen Länder, an dessen Spitze ein türkischer Kalif treten sollte, während ein

arabischer Emir die arabischen Länder unter der Kontrolle der türkischen Zentralbehörden regieren soll. Dieser Emir solle Abdullah Ibn Hussein von Transjordanien sein. Das Kaiserreich werde

mit England durch einen Freundschaftspakt verbunden

werden. — In Rom bezeichnet man diese Pläne als hochfliegende Träume der Türkei, die durch den mit Alexandrette leicht errungenen Erfolg ausgelöst worden seien.

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 170 / 1

31/7/39

D.- 1

PROCHE-ORIENT

La situation après la rétrocession du Hatay à la Turquie.-

Un de nos correspondants en Proche-Orient nous écrit à la date du 15 juillet :

Après les accords franco-turcs du 23 juin 1939, ratifiés le 30 du même mois par la Grande Assemblée Nationale d'Ankara, la Turquie vient de célébrer le 23 juillet dans sa capitale et dans tout le pays, le rattachement du Sandja d'Alexandrette, que les Turcs nomment "Hatay".

Cependant à Antioche, où l'héroïque Colonel Collet, qui prit une part active aux dernières négociations d'Ankara, représentait jusqu'ici le Gouvernement Français, avait lieu la cérémonie de la transmission des pouvoirs.

Les troupes turques et françaises défilèrent côte à côte, mais pour les troupes françaises, c'était un défilé d'adieu: notre drapeau ne flottera plus sur les rives de l'Oronte.

La presse turque a profité de cette cérémonie pour vanter "la collaboration étroite turco-franco-syrienne, que rien ne pourra briser". Pour leur part, les nationalistes syriens sont moins enthousiastes, d'autant que la carence du gouvernement syrien après la démission du Président de la République a amené la suspension de la Constitution avec administration directe par le Haut-Commissariat.

A vrai dire, la démission du chef de l'Etat Syrien Hachem Atassi pouvait être prévue à la suite des arrêtés de M. Puaux instituant l'autonomie du Djebel Druze et de Lattaquié; la Haute-Djezirah jouissant, d'autre part, d'un régime spécial. Après la rétrocession du "Hatay" à la Turquie, l'homme politique qui avait été élu par le bloc nationaliste pour appliquer le fameux traité de 1936 ne pouvait évidemment que s'offenser.

La réaction nécessaire en Syrie.-

On a suffisamment démontré le caractère inapplicable du traité franco-syrien, même si les Syriens avaient fait preuve d'apparente bonne volonté, ce qui ne fut d'ailleurs pas le cas. Nous avons vu, de nos propres yeux, à Homs, à quelques mètres d'un magnifique bataillon de la Légion Etrangère, en février dernier, des nationalistes repousser à coups de matraque les rares habitants qui soit par curiosité, soit par sympathie voulaient assister au passage de M. Puaux achevant son voyage d'inspection de la Syrie-Nord. Nos soldats et nos gendarmes restaient, par ordre, impassibles, navrés du spectacle révoltant qui se déroulait sous leurs yeux. Dans divers endroits des contrées téléphoniques avaient été incendiés, et une poignée d'énergumènes avait à Alep obligé les commerçants à former les souks et les magasins, et la population à faire le vide à l'arrivée du Haut-Commissaire.



Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 170 / 1

- 170-171 -

31/7/39

D. - 2

Voilà où, d'abandon en abandon, nous en étions venus, tandis que le mouvement "Murud", - les supernationalistes, si l'on peut dire - s'agitait sans entraves, armé de fusils de contrebande venus d'Italie. Apparemment dans le Kurdistan, en particulier, les gens du Murud avaient fait régner une véritable terreur, qui nécessita de notre part, en mars 1939 l'organisation d'une colonne de répression. La région fut ainsi pacifiée, mais il en était grand temps, car les Kurdes - chose presque incroyable - commençaient malgré leur amitié traditionnelle pour la France à envisager d'appeler les Turcs à leur secours, alors que les Kurdes, en Turquie même, se sont plusieurs fois insurgés contre leurs dominateurs et avaient encore vu, en septembre 1938, une révolte durement châtiée.

Nous étions arrivés ainsi à mettre tout le monde contre nous, les uns, parce que nationalistes et désireux de tirer le maximum du traité, les autres parce que, bien qu'amis de la France, ils n'osaient dévoiler leurs sentiments dans la crainte des représailles, dont les menaçaient les partisans du Docteur Chahbandar.

"On ne gagne rien à être ami de la France, et, par contre, on ne risque rien à lui témoigner de l'hostilité". Voilà le refrain que l'on pouvait entendre dans les classes éclairées comme dans les plus modestes: c'était la psychose qu'avait engendrée le traité Blum-Viénot!

Il faut reconnaître qu'en ce triste mois de février 1939, la mesure étant manifestement comble, tout avait été préparé sur place pour l'exécution du programme qui vient d'être appliqué à partir du 9 juillet. Il ne restait qu'à vaincre, ailleurs qu'en Syrie, une hésitation qui n'avait déjà que trop duré, et à se dégager d'errements que l'espérance avait cruellement condamnés. On peut regretter que cette besogne ait encore demandé sept mois, alors qu'on avait tout à gagner à agir au plus vite. La Syrie, même si les dissensions politiques nées de notre coupable indulgence ne l'avaient pas affaibli, était l'objectif désigné d'une agression extérieure, dont les bases italiennes du Dodécanèse pouvaient fournir le point d'appui. Si aveuglés qu'ils aient été par leur goût de l'indépendance totale, les nationalistes syriens s'en sont rendu compte et ont même réussi, de temps à autre, de solennels congrès antifascistes. Mais qu'auraient valu les belles résolutions adoptées, si les troupes françaises avaient quitté la Syrie?

De cela, les Syriens éclairés ont fini par se rendre compte et c'est pourquoi les mesures adoptées récemment par le Haut-Commissariat ont, dans ces milieux, rencontré un "climat" favorable. Quant aux commerçants que quelques poignées de factieux obligeaient trop souvent à fermer souks et magasins, ils n'ont pu que se féliciter de rencontrer enfin une atmosphère de tranquillité qui puisse leur permettre de mettre en oeuvre les traditionnelles qualités de négociants de leur race.

Restent les agitateurs. Evidemment ces derniers n'ont pas lieu d'être satisfaits; l'ère de la pêche en eau trouble est close. Pourtant c'est bien à

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 170/1

l'indulgence des Français que nombre d'entre eux doivent la vie, car, condamnés justement à la potence pour des crimes politiques, ils furent finalement graciés, ce qui leur permit de reprendre avec un bel entrain leur coupable activité.

Comment s'est faite la rétrocession du Sandjak ?

C'est le 23 juin dernier, on le sait, que la jeune République Turque a récupéré la région d'Alexandrette et d'Antioche, qu'elle avait, par avance baptisée du nom de "Hatay".

Il serait superflu de reprendre l'historique de la question maintenant bien connue. Il suffit d'indiquer que lorsque l'on élaborait le traité franco-syrien, on négligea de faire des réserves pour les accords franco-turcs d'Ankara de 1921, qui avaient prévu un régime spécial - appliqué en partie seulement - pour les régions d'Antioche et d'Alexandrette. Autrement dit on laissait les Turcs se débrouiller avec les Syriens. Cette politique de "Ponce Pilate" ne nous porta pas bonheur et après de violentes campagnes de la presse turque contre la France, la question fut évoquée à deux reprises à Genève, où la Turquie obtint gain de cause les deux fois.

Il en résulta le traité franco-turc du 4 juillet 1938, qui stipule en toutes lettres que la question d'Alexandrette " n'est pas une question territoriale pour la Turquie". C'était net, mais le traité ne fut jamais ratifié et, petit à petit, nous laissâmes grignoter toutes nos prérogatives dans le régime délicat de condominium qui avait été instauré: La monnaie turque se mit à circuler librement dans le Sandjak, qui envoya, d'autre part, des députés siéger à la Grande Assemblée d'Ankara. De notre côté, on laissa faire.

Par ailleurs tandis que nos effectifs étaient en régression, les troupes turques se maintenaient au quantum fixé.

Ainsi la Turquie pouvait se croire en droit de voir le "Hatay" lui revenir, un jour ou l'autre en pleine souveraineté.

Il faut dire que, dans l'intervallo, il y avait eu le coup de main sur l'Albanie, et la Turquie inquiète de cette intrusion dans les Balkans - l'Italie n'est-elle pas déjà installée à Rhodes? - s'efforça d'éloigner les puissances de l'Axe Rome-Berlin des rives de l'Orient Méditerranéen pour consacrer par un accord le rapprochement anglo-turc déjà amorcé depuis 1936. Les déclarations simultanées de Londres et d'Ankara du 12 mai 1939 furent ainsi la première étape, la France ayant d'ailleurs participé aux négociations préalables, en attendant de pouvoir conclure à son tour.

Si la déclaration anglo-turque du 12 mai ne fut pas anglo-franco-turque, ainsi qu'on l'espéra jusqu'au 11 mai au soir, c'est que les négociations entre Ankara et Paris furent des plus minutieuses: il s'agissait de la nouvelle frontière turco-syrienne et nous débattions âprement la possession d'un petit monticule, dénommé pompeusement "point stratégique" et une



Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 170 / 1

- 170-171 -

31/7/39

D.- 4

rectification de frontière destinée à laisser un territoire syriens quelques centaines d'arméniens inquiets de retomber sous le jong ture.

En réalité, quoiqu'on en ait écrit récemment, il n'y a pas de drame arménien. Aucun massacre n'a été à déplorer depuis la proclamation de la République Turque, et d'autre part il y a maintenant un bloc anglo-franco-ture, qui est une force certaine pour le maintien de la paix en Méditerranée.

L'Angleterre a investi déjà quelques millions de livres sterling - l'on parle en ce moment d'une ouverture de crédit supplémentaire - et nous, avons simplement octroyé à la Turquie au lieu de la semi-autonomie reconnue en 1921, la pleine souveraineté sur le Sandjak.

Avons-nous outrepassé, comme le soutient la presse d'Italie et d'Allemagne, les termes de notre mandat?

L'affaire a déjà été évoquée par deux fois devant la S.D.N. et il n'y a pas eu que l'on sache, de protestation de Genève contre la solution finale.

La collaboration franco-turco-syrienne.-

Dans la joie du triomphe, la Turquie célèbre, nous l'avons vu, l'avenir de la collaboration entre la France, la Syrie et la Turquie.

Il est vrai qu'il y a maintenant une garantie franco-turque pour les frontières de la Syrie, mais pour la collaboration des trois nations, que faut-il en attendre?

On n'en était plus aux négociations turco-syriennes de 1937-38, lors des voyages de Djémil Mardam à Ankara. La Turquie n'aurait pas demandé mieux que de voir la Syrie entrer dans le pacte oriental aux côtés de l'Afghanistan, de l'Iran, de l'Irak et de la Turquie, mais elle voulait avant tout annexer le "Hatay". Le Premier Syrien a estimé que le prix était trop élevé et Ankara s'est tourné du côté de la France.

Maintenant plus que jamais, avec le nouveau régime instauré, notre pays est le porto-parole de la Syrie. C'est donc à lui de conseiller son pupille et de lui faire voir où sont ses intérêts.

uant à la collaboration franco-turque, elle commence à prendre corps, puisque la mission militaire présidée par le général Hutzinger est déjà à Ankara.

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 170 / 1

- 170-171 -

31/7/39

D.- 5

Du côté commercial, la question est plus délicate il s'agit, en effet, de rédiger un nouvel accord commercial, celui en cours arrivant à expiration. C'est la raison pour laquelle M. Halid Nazmi Kosmir Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère du Commerce Turc se trouve actuellement à Paris. Jusqu'ici l'Allemagne se plaçait, de loin, au premier rang des acheteurs de la Turquie, et en contre-partie fournissait la plus grande partie des besoins turcs en produits ouvrés. La position prise par Ankara, malgré les efforts de von Papen, arrivé comme ambassadeur au début de mai 1939, a tout changé. La Turquie a stoppé ses envois de chrome à Berlin, et le Reich, par contre, a cessé de livrer ses marchés de matériel de guerre à Ankara.

C'est donc à Londres et à Paris qu'il appartient d'assurer maintenant le mouvement du commerce extérieur de la Turquie, et ce n'est pas là la tâche la moins ardue, car avec le système du clearing rigoureusement employé par Ankara, il ne suffit pas de vendre, il faut encore acheter, et les exportations turques consistent surtout en produits agricoles que nous produisons en abondance.



## Oriente Moderno (Rom)

Nr. 11 -

### I. — ORIENTE IN GENERALE.

**Ad Angora si ritiene improbabile una conferenza degli Stati firmatari del Patto di Sa'dabad.** — Angora, 27 ottobre. — Un'agenzia d'informazioni straniera dirama la notizia che tra breve sarà convocata una conferenza degli Stati firmatari del Patto di Sa'dābād. L'Agenzia d'Anatolia invece crede di sapere che non è stata presa alcuna decisione per una simile conferenza. (*Türkische Post*, 28-10-1939).

*Si veda la notizia seguente:*

Cairo, 31 dicembre. — Il *Wafd al-Miṣrī* spiega la smentita alla riunione delle Potenze firmatarie del Patto di Sa'dābād con il fatto

che non è possibile mettere d'accordo, in una politica comune, Paesi che hanno ciascuno un atteggiamento differente dall'altro e dei quali l'Iraq ha rotto le relazioni con la Germania mentre gli altri le hanno mantenute. (*Tevere*, di Roma, 31-10-1939). E. R.

**Anche a Teheran si smentisce la voce di una prossima riunione degli Stati del Patto di Sa'dabad.** — Teherān, 28 ottobre (comunicato dell'Agenzia *Pārs*). — Nei circoli politici iraniani si smentiscono le voci sparse all'estero di una prossima riunione dei rappresentanti dei paesi firmatari del Patto di Sa'dābād. (*Temps*, 30-10-1939). E. R.

## Neue Zürcher Zeitung

282

Nr.

### Die Spannung im Nahen Osten

#### Russisch-türkischer Grenzzwischenfall?

London, 24. Febr. (Exchange) In London sind Berichte über einen Zwischenfall an der russisch-türkischen Grenze eingetroffen, die aber inzwischen von türkischer Seite dementiert wurden. Die Meldungen sind offenbar von der „New York Times“ ausgegangen, deren Belgrader Korrespondent berichtete, die Nachrichten über einen russisch-türkischen Zwischenfall seien durch aus nicht übertrieben. Ein Bataillon Sowjetrussen habe die türkische Grenze überschritten, worauf die Türken die Eindringlinge vorsichtshalber als „Deserteure“ interniert und die Sowjets aufgefordert hätten, die Waffen der Russen wieder abzuholen.

Die Verbindungen der Türkei mit dem Ausland sind unterbrochen. Allerdings ist ungewiss, ob die Unterbrechung der telephonischen Verbindungen nicht bloß auf die schweren Schneestürme in Anatolien und die neuen Erdstöße in Kahseri zurückzuführen sind oder ob die Zeitungen tatsächlich für militärische Zwecke verwendet werden.

London, 24. Febr. ag (Havas) Am Samstagmittag hatte man in gutinformierten Kreisen keine Bestätigung der Meldungen aus Belgrad erhalten, wonach sich ein schwerer russisch-türkischer Grenzzwischenfall ereignet haben soll. Es ist auch keine Bestätigung der Informationen eingetroffen, wonach in der Türkei der Belagerungszustand verfügt worden sei. In den gleichen Kreisen ist man der Meinung, daß dem Zwischenfall im Kaukasus ein sensationeller Charakter zugemessen worden sei, der ihm wahrscheinlich nicht zukomme.

#### Die angeblichen russischen Truppenkonzentrationen im Kaukasus

Paris, 25. Febr. (M. K.-Tel.) Auch der militärische Mitarbeiter des „Le Temps“ beschäftigt sich ausführlich mit den angeblichen russischen Truppenkonzentrationen im Kaukasus. Seiner Ansicht nach ist es sehr wahrscheinlich, daß Moskau die Garnisonen in Transkaukasien verstärkt hat und zwar als Gegenmaßnahme zur Bildung einer französisch-britischen Expeditionsarmee in Syrien, Palästina und Ägypten. Es sei dagegen unwahrscheinlich, daß mit den Truppenverstärkungen eine Offensive gegen die Türkei, Persien oder gar Indien vorbereitet werde. Der Zustand der russischen Armee und besonders der russischen Eisenbahnen verbiete es übrigens Moskau, nach den Misserfolgen in Finnland an eine neue Offensive auf einem weit entlegenen Kriegsschauplatz zu denken. Die Alliierten hätten deshalb die Pflicht, Finnland mit allen Mitteln weiter zu unterstützen. Der militärische Mitarbeiter des „Le Temps“ meint zwar, daß eine alliierte Aktion im Gebiet des Schwarzen Meeres umso opportuner sei, nachdem die Deutschen den Transit des kaukasischen Petrols und des ukrainischen Getreides übernommen hätten. Um die Blockade wirksamer zu gestalten, sollten die Alliierten die deutschen Transporte im Schwarzen Meer nach den bulgarischen und rumänischen Häfen nicht weiter zulassen.

#### Die Armee General Wehgangs

Mailand, 25. Febr. (Tel. unseres S-Korr.) In der „Relazioni Internazionali“ wird die Auffassung vertreten, daß die auf Hunderttausende von Offizieren und Soldaten lautende Schätzung der Armee Wehgangs übertrieben sei. Syrien als Standort der Armee berechtige zur Annahme, daß die Pläne eines Angriffs auf das kaukasische Erdölgebiet, wenn sie überhaupt bestünden, nicht sehr bald ausgeführt werden dürften. Die französische Orientarmee und die britische Streitmacht in Ägypten und Palästina scheinen eher eine Reserve zu sein, dazu bestimmt, je nach der Entwicklung des Krieges eingesetzt zu werden.

Budapest, 25. Febr. (Tel. unseres wg-Korr.) Die Belgrader „Breme“ veröffentlicht einen Artikel des ehemaligen Divisionsgenerals Lazar Milosavljevič über die Lage im Nahen Osten. Die Armee General Wehgangs diene in erster Linie dem Schutz der wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Interessen der Alliierten gegenüber einem etwaigen Angriff der Sowjetunion. Die Orientarmee könne auf 350 000 Mann geschätzt werden, unter denen sich 120 000 Franzosen, 120 000 Engländer, 90 000 Australier und ein ägyptisches Kontingent befinden. Diese modern ausgerüstete Armee würde sich im Fall eines russischen Angriffs gegen die Türkei um 1,7 Millionen türkische Soldaten vermehren. Trotzdem sei ein Krieg im Nahen Osten unwahrscheinlich, solange die Sowjetunion gegen Finnland kämpfe. Russische Truppenkonzentrationen im Kaukasus könne man nur als Vorsichtsmaßnahmen betrachten.



Neue Zürcher Zeitung

Nr. 292

Der Krisenherd im Nahen Osten

London, 26. Febr. (Privattelegr.) Wenn die hiesigen amtlichen Stellen auch davon absehen, den Gerüchten Vorschub zu leisten, die wissen wollen, daß zwischen der Türkei, Irak und Persien auf der einen und Sowjetrußland auf der andern Seite kriegerische Dinge sich ankündigen, so verfolgen sie die diplomatischen Demarchen und militärischen Vorkehrungen doch mit der größten Wachsamkeit. London gibt sich dabei auch darüber Rechenschaft, daß das Einvernehmen zwischen den Staaten, die in diesem Teil Asiens unter Umständen die Feindschaft des Kremls zu spüren bekommen könnten, sich nicht besser bewähren würde als in Skandinavien, und daß es vor allem einer umfassenden Hilfe von seiten der Alliierten bedürfte, bevor diese Staaten, als Ganzes genommen, politische und militärische Geltung erlangen könnten. Die

britische Regierung hält denn auch die Pflege guter Beziehungen mit dem ausschlaggebenden Partner im Verband der vorderasiatischen Mächte als beste Rückversicherung gegen Überraschungen für geboten. Die Mittel, auf die sie in der Verfolgung dieser Aufgabe abstellt, sind zum Teil bekannt; sie sind in den Abmachungen mit der Türkei niedergelegt, die auf die Erhaltung der Sicherheit — so wie die Alliierten sie verstehen — im östlichen Teil des Mittelmeers und in Vorderasien abzielen.

Angeichts der offenkundig auf die Schaffung von Unruheherden an den Grenzen des Britischen Reiches ausgehenden Bestrebungen Deutschlands ist aber anzunehmen, daß die hiesigen zuständigen Stellen nicht versäumt haben, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Man weiß hier, daß der Türkei von deutscher Seite noch bis vor kurzem Palästina und Irak als Vorkasse offeriert worden sind, allerdings ohne Erfolg. Diese Agitation hat aber auch den Gedanken aufkommen lassen, daß es für den türkischen Unternehmungsgeist sehr wohl noch andere Betätigungsgebiete gebe, zum Beispiel am Kaspischen Meer, wo rein türkische Stämme unter sowjetrussischer Herrschaft leben.

Die Berichte über die Verhängung des Belagerungszustandes in der Türkei, die am Ende der vergangenen Woche auch hier einkamen, sind seither offiziell dementiert worden, und die Erklärung, die dafür in türkischen Kreisen gegeben wird, daß die Tagung des Obersten Verteidigungsrats und die fast gleichzeitig erfolgte Inkraftsetzung des Notgesetzes für den Schutz der nationalen Wirtschaft falsch gedeutet worden seien, wird hier allgemein als befriedigend angesehen. Im übrigen weist die türkische Botschaft in London darauf hin, daß die Lage in den vom Erdbeben so schwer heimgesuchten Gegenden unmöglich normal sein könne, was u. a. auch die Nachprüfung von Gerüchten über Grenzzwischenfälle erschwere. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Zustände auf der andern Seite der Grenze zu gar keinen Besorgnissen Veranlassung geben.

Signatur *A 7* *fr*  
Datum *Jul 1940*

## Oriente Moderno (Rom)

Nr. *7* . . .

### Riassunto della situazione <sup>(1)</sup>.

**Turchia.** — Dopo la sconfitta della Francia e la conclusione degli armistizi della Germania e dell'Italia con la Francia si è determinata nel Mediterraneo una nuova situazione, che si ripercuote in particolar modo sugli Stati dell'Oriente mediterraneo. In Turchia, ad esempio, si è fatalmente indotti a riesaminare la politica basata sul Trattato di mutua assistenza anglo-franco-turca, che dovrebbe considerarsi decaduto, dato che la Francia non è più in grado di mantenere gli impegni assunti. La Turchia tende pertanto a riprendere la sua libertà d'azione, svincolandosi dal fardello britannico. Si era anzi diffusa la voce che intendesse riavvicinarsi all'U.R.S.S., riprendendo la vecchia alleanza. Ma la voce è stata nettamente smentita da Mosca, ed in modo anche alquanto brusco.

Va inoltre rilevato che l'Ambasciatore germanico von Papen ha avuto diversi colloqui con il Governo turco e che si sono ripresi gli scambi commerciali con la Germania.

**Libano e Siria.** — La situazione siriana, già oscura, si è aggravata dopo la sconfitta francese e l'incertezza della situazione dell'armata d'Oriente. Le voci di una possibile occupazione turca dei territori sono accolte con ostilità, anche perchè segnerebbe l'inizio della guerra nel Vicino Oriente.

**Palestina.** — Dopo il ritiro della Francia dal conflitto, la situazione della Palestina diventa difficile. La Gran Bretagna è costretta a difendere da sola la sua posizione nel Mediterraneo Orientale, appoggiandosi fortemente sui porti palestinesi. Ma deve contemporaneamente fronteggiare la incertezza della situazione palestinese, che non le dà alcuna sicurezza di movimenti, malgrado i ferrei provve-

dimenti militari presi. I contingenti sono stati rinforzati, anche con truppe australiane.

**Transgiordania.** — La sensibilità particolare che assume il territorio transgiordamico per la difesa britannica dell'Egitto e degli altri Stati del Vicino Oriente e per la posizione della Gran Bretagna nel Mediterraneo orientale e nel Mar Rosso fanno sì che il Governo britannico faccia molto assegnamento sulla cooperazione dell'Emiro e sulla sua fedeltà. Ma anche in Transgiordania la situazione interna è tutt'altro che tranquilla.

**Iraq.** — La posizione più eccentrica dell'Iraq lo rende meno esposto alle vicende del conflitto europeo e della situazione mediterranea. Nondimeno, mentre il Governo iraqeno tenta di ricondurre l'ordine e la tranquillità nel paese, la Gran Bretagna vigila la situazione.

**Iran.** — Una maggiore tranquillità si è diffusa, man mano che si sono allontanate le manovre esterne, dopo le ferme di dichiarazioni del Governo iraniano di volersi mantenere ad ogni costo neutrale e la diminuita pressione sovietica alle frontiere.

**Arabia.** — In tutti gli Stati dell'Arabia si conserva gran calma di fronte agli avvenimenti, anche perchè finora le azioni belliche si sono avute soltanto ad 'Aden per opera dell'aviazione italiana.

**Egitto.** — Il Governo britannico si è servito dell'Egitto, che non è in guerra con l'Italia, per compiere operazioni belliche contro la Cirenaica, provocando reazioni da parte delle forze italiane.

I dissensi fra Sovrano e Governo egiziano e la Gran Bretagna sono divenuti acuti. Il Presidente dei Ministri 'Ali Mäher Pascià ha finito per rassegnare le dimissioni (23 giugno).

(1) Al 1° luglio 1940.



## Oriente Moderno (Rom)

Nr.

9 . - - -

— 423 —

**Egitto.** — Malgrado il fermento antibritannico, il Governo è stato costretto ad affermare che le truppe egiziane marceranno contro gli eventuali invasori dell'Egitto. Il che vuol dire che la rottura dei rapporti diplomatici con l'Italia si trasformerebbe in stato di guerra. Questa dichiarazione non è facilmente comprensibile, dato che i Britannici combattono già sul territorio egiziano e nel Sūdān, nel quale le truppe italiane sono già penetrate, occupando Cassala.

Va comunque rilevato che il già logorato ministero di Ḥasan Ṣabrī Pascià (cfr. p. 383) non ha potuto più sostenere il peso del governo ed è stato costretto a dimettersi (27 agosto). Ma re Fārūq ha incaricato l'istesso Primo Ministro di comporre un nuovo ministero, evidentemente più compatto nell'aderire alle pretese del Governo britannico. Anche un lieve rimaneggiamento del Gabinetto non appare facile. Il Primo Ministro deve nondimeno ricomporre il ministero ad ogni costo. A. G.

## NOTIZIE VARIE

### I. - ORIENTE IN GENERALE.

**La conquista della Somalia britannica.** — L'azione delle truppe italiane contro la Somalia britannica iniziata il 3 agosto si è svolta rapidamente con pieno successo, nonostante la resistenza opposta dal nemico specialmente sulle alture fortificate a ovest di Berbera. Il 5 agosto fu occupata Zeila, il 19 agosto cadde Berbera. (Stampa italiana, 8-20 agosto 1940). E. R.

**Relazione del Quartiere Generale delle Forze Armate sullo svolgimento delle operazioni militari per la conquista della Somalia britannica.** — *Il Quartiere Generale delle Forze Armate comunica la seguente relazione sullo svolgimento delle operazioni militari nella ex-Somalia inglese:*

La conquista della Somalia britannica era prevista dal piano strategico di guerra. Al giovane Impero Fascista, saldo nella sua struttura interna, civile e militare, ne era affidato il compito. Suo strumento era la nostra bene agguerrita Armata coloniale, costituita da tutte le genti di tutte le razze dell'Impero, avvinte a noi, saldamente inquadrare dai nostri, potentemente fiancheggiate dalle unità nazionali dell'Esercito, delle Camicie nere e dell'Aeronautica.

Nel quadro generale dell'Impero inglese, la Somalia britannica aveva essenzialmente valore strategico per il dominio delle comunicazioni tra il mar Rosso e l'Oceano Indiano, formando sistema con Aden e Perim a sbarramento dello

stretto di Bab el Mandeb. Un governatore nominato dal Re di Gran Bretagna era il comandante e l'amministratore del protettorato, diviso in sei distretti, con una guarnigione permanente costituita da un corpo cammellato, formato da una compagnia cammellata, una compagnia montata, una compagnia motorizzata e da un corpo di polizia.

Durante la guerra tale guarnigione era stata man mano rafforzata con truppe provenienti da altre regioni dell'Impero britannico (battaglioni della Rhodesia, battaglioni indiani) e con l'organizzazione di bande locali ripartite in quattro settori: settore costiero di Zeila: bande ed elementi di polizia; settore di Dobo: reparti del corpo cammellato di polizia e bande; settore centrale (Hargeisa, Burdo, Berbera): battaglioni rhodesiani e indiani, reparti del corpo cammellato e di polizia, bande, artiglieria; settore orientale (Erigavo e confine sud-orientale): bande e reparti di polizia.

Il grosso delle forze gravitava nel settore centrale a protezione di Berbera, cuore del Somaliland. Era noto che solo una pista camionabile portava dal nostro confine ad Hargeisa, per sdoppiarsi qui, in due tronchi affluenti a Berbera, uno per Adadleh e l'altro per Sheikh, entrambi sbarrati nella parte più alta da solide opere semi-permanenti, la cui costruzione era stata iniziata sin dal 1936.

Il piano di operazioni italiano prevedeva l'impiego di sette Brigate coloniali costituite di vario numero di battaglioni e batterie rinforzate con unità nazionali di fanteria (battaglioni

Camicie nere), unità mitraglieri, compagnie mortai, unità di autoblindate, di carri veloci e di carri medi, unità di artiglieria campale e contraerea, reparti della polizia dell'Africa Italiana e gruppi di bande indigene.

Tali forze, agli ordini del gen. di Corpo di Armata Guglielmo Nasi, erano ripartite in tre gruppi: di sinistra, agli ordini del gen. di Corpo d'Armata Sisto Bertoldi; del centro, agli ordini del gen. di Divisione Carlo de Simone; di destra, agli ordini del gen. di Brigata Arturo Bertello.

Concetto generale di azione: spingere avanti i gruppi di sinistra e di destra per fissare le ali nemiche, lanciare quindi le colonne centrali contro il grosso nemico per impegnarlo frontalmente ed avvolgerlo. Lo sviluppo dell'azione era previsto in tre fasi: preliminare, attacco della linea fortificata, sfruttamento del successo.

A fine luglio le forze destinate all'operazione, provenienti in parte da località lontane oltre mille chilometri, per strade rese difficili dalla stagione delle piogge, avevano raggiunto le loro posizioni di partenza: la colonna Bertoldi tra Giallo, al confine con la costa francese dei Somali, Aisica ed Aduena; la colonna De Simone tra Giggiga, Aubarre e Garbaedhli; la colonna Bertello tra Dagabur, Ual Ual e Galadi.

Nella notte sul 3 agosto tutte le colonne passavano il confine, che molti reparti, specie quelli della colonna Bertello, avevano raggiunto dopo lunghe e faticose marce, durate per talune unità ininterrottamente otto giorni, in terreno arido, difficile, assolutamente privo di acqua.

*Prima fase: dal 3 al 6 agosto.*

L'Aviazione precedeva l'azione delle nostre truppe riconoscendo piste, segnalando il nemico, collegando le nostre colonne e bombardando efficacemente nei porti di Zeila e Berbera navi nemiche, che presumibilmente erano giunte per portare rinforzi di uomini e di merci.

Il gruppo Bertoldi, travolgendo rapidamente le resistenze avversarie, il 3 agosto occupava con il grosso Dadab e, con un distaccamento, Madda, mentre una colonna fiancheggiante raggiungeva Girreh. Proseguendo rapidamente l'azione, il giorno 5 raggiungeva ed occupava Zeila, mentre avviava su Dobo la colonna fiancheggiante.

Il gruppo De Simone, tra il 3 ed il 5, raggiungeva ed occupava l'importante centro di Hargeisa respingendone le forze nemiche che ripiegavano

sulle posizioni retrostanti, incalzate dalle nostre avanguardie.

La colonna Bertello, superando gravi difficoltà di terreno e di clima, raggiungeva Aduena, respingendo il presidio inglese inseguito e mitragliato dalla nostra Aviazione. Alla sera del giorno 6 le operazioni della prima fase, che fu di avvicinamento e dovette essenzialmente superare gravi difficoltà logistiche, erano terminate.

A sinistra Bertoldi, rassodata la occupazione di Zeila ed occupato Dobo, provvedeva all'occupazione di Loy Ada al confine con la costa francese dei Somali (Brigata Agosti) e ritirava sulle basi di partenza le truppe esuberanti al presidio della zona occupata: a destra Bertello, in sosta a Aduena con i fedelissimi dubat, dopo otto giorni di marcia senza trovare una goccia d'acqua, vi si faceva raggiungere dai rifornimenti.

Al centro De Simone, mantenendo contatto col nemico, organizzava la base di Hargeisa malgrado le difficoltà opposte dalle eccezionali bufere di acqua in tutto l'Hararino, che avevano ridotto in pantano la pista Giggiga-Hargeisa.

Il nemico, incalzato dalle avanguardie di De Simone, aveva ripiegato su posizioni preventivamente sistemate a difesa presso i valichi che adducono a Berbera. La sua aviazione, proveniente dai campi del Somaliland e dalle basi di Aden, tentava contro le nostre colonne infruttuose azioni ed era respinta dalla nostra caccia e rintuzzata con ardite incursioni a bassa quota sui campi del nemico.

*Seconda fase: dal 7 al 15 agosto.*

Il 10 agosto il nostro Comando aveva ormai accertato che il nemico concentrava il grosso delle sue forze su posizioni poco a nord della congiungente Adadleh-Argan: posizioni forti per natura di terreno ed apprestamenti difensivi. Le nostre avanguardie erano riuscite a serrare contro lo schieramento del grosso nemico, superando le resistenze avversarie su posizioni più avanzate, segnatamente a Passo Carrin e a Passo Godajere; potevano così precisare che il sistema difensivo nemico si estendeva per oltre venti chilometri attraverso a monti intransitabili, organizzato in una serie di fortini reciprocamente appoggianti con incroci di fuochi formidabili per conformazione topografica, per



## Oriente Moderno (Rom)

Nr. 9 - - -

— 425 —

doppio ordine di reticolati, per moltissime postazioni in caverna.

Il gen. Nasi completava lo schieramento per l'attacco facendo affluire la LXX Brigata del Gruppo Bertoldi. Il gruppo De Simone veniva così a disporre per l'attacco di sei Brigate oltre alle truppe di rinforzo.

L'attacco ebbe inizio nel pomeriggio del giorno 11, preceduto e accompagnato dall'azione dell'Aviazione che, agli ordini del gen. di Brigata Aerea Collalti, agiva con ondate successive di bombardieri sugli apprestamenti difensivi nemici e con incursioni di cacciatori, mitraglianti sui campi l'aviazione nemica. L'avversario, sfruttando gli apprestamenti difensivi, opponeva, però, tenace valida resistenza col fuoco, con il contrattacco, con bene organizzate azioni di artiglieria.

La nostra azione riprendeva il giorno 12 e continuava accanita nei giorni 13 e 14. Malgrado le difficoltà opposte dal clima e dal terreno, manovrando sagacemente, concentrando gli sforzi alle ali, le nostre truppe valorose, con il valido appoggio dell'artiglieria e i ripetuti bombardamenti aerei, progredivano metodicamente travolgendo successivamente i muniti ordini di difesa avversari.

Il giorno 15, previo violento bombardamento aereo seguito da precisa preparazione di artiglieria, la XV Brigata alla nostra ala destra conquistava di slancio gli ultimi caposaldi nemici a cavallo della rotabile per La Faruk. Nel solo caposaldo n. 1 venivano fatti prigionieri tredici ufficiali e altri militari inglesi e nel suo interno si contavano oltre duecento morti di un battaglione rhodesiano.

Contemporaneamente, alla sinistra, la II Brigata, travolti gli ultimi centri di resistenza del nemico, ne avvolgeva l'ala destra. A notte gli Inglesi ripiegavano lasciando sul terreno centinaia di morti e nelle nostre mani numerosi prigionieri e ingenti quantità di materiali, tra cui artiglierie.

Dopo quattro giorni di lotta accanita il sistema difensivo inglese era così completamente travolto.

*Terza fase: dal 16 al 19 agosto.*

Superata in tal modo la principale posizione difensiva del nemico, le nostre truppe proseguivano nella loro avanzata: XV Brigata su La

Faruk, fiancheggiata a sinistra dalla XIII e a destra dal gruppo delle bande Bertello con il compito di avvolgere le difese da esse investite; in riserva le Brigate LXX e XIV.

L'Aviazione continuava a conservare il predominio del cielo proteggendo le sottostanti colonne, bombardava e volgeva in fuga rinforzi nemici accorrenti infliggendo loro sensibilissime perdite ed iniziava un sistematico bombardamento delle navi da carico e da guerra che il nemico faceva affluire nel porto di Berbera.

Una nostra colonna autocarrata, costituita con elementi di volontari tratti da tutte le Forze Armate, da un battaglione di Camicie nere e da uno indigeno, agli ordini del luogotenente generale Passerone, partita da Zeila, raggiungeva nel frattempo Bulhar, lungo la strada costiera che da Zeila conduce a Berbera.

Il Gruppo De Simone presto urtava presso La Faruk con il secondo sistema difensivo, anch'esso munitissimo di reticolati, trincee e caverne, sul quale avevano ripiegato le truppe sconfitte e dove erano affluiti gli ultimi rinforzi disponibili nel territorio della Colonia.

Il 18 agosto anche tale ultimo baluardo inglese, investito frontalmente ed avvolto alle ali, veniva sfondato. Battaglioni indiani, con accaniti contrattacchi, cercavano invano di liberarsi dalla pressione dei nostri per poi fuggire in direzione di Berbera.

Il gen. Nasi lanciava allora verso Berbera la colonna motorizzata già predisposta per lo sfruttamento del successo e costituita con unità della polizia A. I., mentre gli Inglesi, in disordinata fuga, dopo l'inutile prodezza di incendiare la parte europea di Berbera, si sforzavano di mettersi in salvo sull'ultima nave da guerra rimasta in porto, ripetutamente bombardata dalla nostra aviazione. Il 19 le nostre truppe entravano in Berbera.

Durante le operazioni, abbiamo catturato alcune centinaia di automezzi e di armi automatiche, numerose artiglierie e carri armati, ingenti quantità di munizioni, di viveri e di materiale del genio e della sanità. Nelle nostre mani sono rimasti, inoltre, qualche centinaio di prigionieri delle truppe regolari e tutte le truppe somale ammontanti a circa un migliaio di uomini. Tali truppe erano state impiegate per proteggere l'imbarco degli Inglesi e abbandonate poi al loro destino. Il loro rastrellamento continua.

Per virtù dei capi e valore delle truppe, in appena 17 giorni, la Somalia britannica era così definitivamente conquistata con la decisione e la rapidità con la quale è ormai costume dell'Italia fascista ed imperiale di condurre le sue imprese coloniali.

Merita di essere segnalato il magnifico comportamento delle truppe nazionali, artiglieri, carristi, Camicie nere, motociclisti, mitraglieri, Polizia A. I., autieri e personale sanitario. E così il valido contributo dato dall'Aviazione, con le sue azioni di ricognizione e di bombardamento, con le crociere e le incursioni a bassa quota sugli aeroporti del nemico delle formazioni da caccia.

All'impresa hanno partecipato tutte le genti dell'Impero, remotamente o solo recentemente assoggettate, ma tutte saldamente inquadrare nei nostri battaglioni coloniali e sinceramente fedeli alla nostra bandiera.

La conquista della Somalia, oltre ad essere una grande vittoria, costituisce anche la più schiacciante smentita della propaganda con la quale l'Inghilterra pretendeva di creare nell'A. O. I. una situazione politica precaria ed insostenibile: essa realizza quell'unità delle genti somale sotto la bandiera dell'Italia fascista che era da tempo ardente aspirazione di quelle popolazioni, come hanno ampiamente dimostrato le numerose sottomissioni effettuate durante il corso stesso dell'azione.

Man mano che l'occupazione si estendeva nei centri più importanti, già sedi di Distretto inglese, i funzionari di Governo dell'amministrazione dell'Africa Italiana hanno iniziato la loro attività politico-amministrativa, con grande soddisfazione delle popolazioni che continuano ad accorrere per dichiarare la loro sottomissione e fare atto d'omaggio al Governo d'Italia. (Stampa italiana, 24-8-1940).

**Decadenza del prestigio britannico nel Vicino Oriente.** — Ci piace riportare questo articolo di Mario Sobrero (1) comparso nel *Messaggero*, di Roma:

«Mentre forse si addensa sull'Impero britannico l'uragano di un attacco di grandissime proporzioni, l'Inghilterra viene perdendo la guerra giorno per giorno. E questo è visibile nel campo morale e politico anche meglio che nel

campo strettamente militare. La situazione nella quale la Gran Bretagna si trova, i risultati quotidiani della lotta, a lei sfavorevoli, hanno ripercussioni immense in ogni parte del globo. Invano mascherata dalla sciocca ed impudente propaganda inglese, la realtà corrode ogni giorno il prestigio di Albione. L'idea tradizionale della Britannia imperiale svanisce a grado a grado in tutti i continenti.

«D'interesse e d'importanza enorme, per le conseguenze storiche che ne seguiranno, è il modo in cui si riflette nel mondo arabo la guerra condotta contro l'Inghilterra dall'Italia. In gran parte questo effetto deriva dalla situazione navale degli Inglesi nel bacino mediterraneo. Tramonta il prestigio britannico perchè muore il mito della sua supremazia navale in questo mare.

«Il mondo arabo non si può chiuderlo in definizioni rigorose, in confini precisi; tra le popolazioni che lo compongono, esistono diversità e divisioni profonde; tuttavia ha una vita a sè, nella quale si rivela la sostanziale unità. Uniscono queste genti, disseminate in un territorio vastissimo ed in massima parte desertico, la religione islamica, l'antica civiltà, la razza. Anche i nomadi più incolti hanno un alto concetto della razza a cui appartengono, e nessuna religione come quella dell'Islam compenetra così a fondo l'esistenza dei fedeli. Gli Arabi, malgrado ogni estranea dominazione, costituiscono sempre tra loro una massa solidale: un tutto che, toccato in un punto, reagisce in ogni parte.

«Alla fine della grande guerra la Gran Bretagna credette di poter ancora dare al proprio programma imperialistico un maggiore sviluppo. Divise con la Francia le spoglie del crollato Impero ottomano, sognò di rifare il mondo arabo, almeno in Asia, dalla Palestina al Mare arabico, a modo suo ed a suo esclusivo profitto. Il piano aveva lo scopo di rinsaldare il predominio inglese nel Mediterraneo e di stabilire una sicura connessione terrestre tra questo mare e l'India.

«Si sa come il lavoro, così bene avviato a Versaglia, fu poi condotto. Male, veramente. Trapiantando una mista folla ebraica, che non avrebbe mai avuta una coscienza nazionale, nella Palestina governata come una colonia — sotto il manto menzognero del Mandato — da un suo Alto Commissario, l'Inghilterra sperava d'insediarsi tranquillamente su quel tratto di

(1) Ci è sembrato opportuno adattare la grafia di alcuni nomi all'uso della nostra rivista.



## Oriente Moderno (Rom)

Nr.

9

— 427 —

riva mediterranea dove ha fatto sboccare, a Caifa, una delle gigantesche condutture della nafta 'irāqena. Ma non aveva capito gli Arabi, e se ne accorse dalla perpetua ribellione di questi ultimi anni.

« Per acquistarsi il favore degli Arabi la Gran Bretagna aveva pensato che bastasse servirsi, nello svolgimento del programma generale, di due figli di Ḥusein, sceriffo della Mecca, 'Abdallāh e Faiṣal. Fatto nel 1920 Emiro di Transgiordania 'Abdallāh, che governa sotto la tutela dell'Alto Commissario palestinese, gli Inglesi avrebbero voluto metter mano alla costruzione d'una ferrovia da 'Ammān ad 'Aqabah, al fine di assicurarsi una comunicazione terrestre dal Mediterraneo al Mar Rosso qualora fosse divenuto impossibile passare per il canale di Suez. 'Aqabah è però un luogo conteso alla Transgiordania dal Ḥigīāz. Ibn Sa'ūd mostrò i denti. Secondo il suo metodo di garantirsi il dominio provocando o inasprendo i contrasti tra le posizioni a lei soggette, l'Inghilterra cercò di sfruttare un'antica rivalità esistente tra le famiglie dei due principi. La fondamentale solidarietà tra gli Arabi si è tuttavia mostrata più forte che gli antagonismi dinastici e politici. L'azione britannica in Transgiordania rimase senza successo. Le popolazioni del paese diedero prova di appoggiare la causa degli Arabi di Palestina.

« Proclamando nel 1921 Re dell'Irāq l'altro figlio di Ḥusein, Faiṣal, s'illudevano gli Inglesi di procurarsi per sempre il controllo di questa zona, ch'è l'antica Mesopotamia, importantissima per la sua grande via fluviale che conduce al golfo Persico, e più per il ricco bacino petrolifero. A Faiṣal, allora emiro, gli Inglesi avevano procurata un'entrata trionfale a Damasco, a termine della campagna del settembre 1918; Faiṣal, lasciandosi prendere da grandi ambizioni, minacciò di togliere la Siria ai Francesi; cacciato da Damasco dal generale Gouraud, l'emiro venne poco dopo messo sul trono 'irāqeno dalla Gran Bretagna. La quale si valse di vari mezzi per renderlo inoffensivo, facendone una specie di « Maharàgia » indiano; concluse la storia di Faiṣal una morte misteriosa, alla quale si dice nell'Irāq che non sia stata estranea la politica britannica.

« Anche a questa politica viene attribuita la fine prematura di suo figlio, il re Ghāzī, perito in uno strano accidente d'automobile. In molte

forme, più o meno larvate, è durato sul paese il controllo britannico. Soprattutto, gli Inglesi ne sono finanziariamente i padroni, avendo nelle loro mani la principale ricchezza dell'Irāq, la nafta, e mantenendo un illegittimo monopolio sopra la navigazione fluviale e sopra i trasporti marittimi da el-Baṣrah all'Europa. In ogni regione del globo da lei « colonizzata » oppure « controllata » la Gran Bretagna ha seguito sempre il medesimo sistema di promuovere il progresso civile, la meccanizzazione moderna della vita, soltanto in quanto serviva ai suoi interessi, tenendo del resto la massa delle popolazioni nell'ignoranza e nella miseria, studiamente. Pure, gli 'Irāqeni hanno benissimo compreso con quale specie di « controllori » hanno a che fare. Se l'Inghilterra non fosse odiata, ovunque ha messo i suoi grandi piedi, in una maniera che pare insuperabile, direi che a nessun popolo pesa come a quello dell'Irāq. E la vita del regno tra Tigri ed Eufrate, in questi ultimi anni, è stata tutta un paziente, tenace lavoro per emanciparsi dal predominio inglese.

« La Gran Bretagna, ostinata a realizzare il programma di cui si è detto, malgrado i continui insuccessi ed i clamorosi incidenti, ha fatto ancora un lavoro intenso, da un capo all'altro dell'Asia esteriore. Ha impiegati i mezzi soliti, confessabili o no. Ha stiracchiati gli articoli del « Covenant »; ha messe le mani su tutte le ricchezze sfruttabili; ha ideati compromessi politici e diplomatici; ha adoperato l'« Intelligence Service »; ha inseriti ufficiali suoi negli organismi militari dei paesi a cui fingeva di preparare l'indipendenza; come ha potuto, li ha piuttosto disarmati. E, sopra ogni altra cosa, ha fatto manovrare la « Cavalleria di San Giorgio », le sterline.

« Con tuttociò il piano è fallito. Sulla sponda del Mar Rosso il regno sa'ūdiano e quello yemenita hanno presto saputo sottrarsi alla pressione britannica. Fermenti di rivolta operano da molto tempo sul margine meridionale della penisola arabica, nel Ḥaḍramūt. Tra i paesi dell'estremo Mediterraneo orientale e l'India si stende l'Irān, erede dell'antica Persia, ed è antinglese, proprio a sbarrare la vagheggiata congiunzione terrestre tra il mare europeo e l'Oceano indiano. Delle vie progettate per sostituire, in queste parti dell'Impero, comunicazioni di terra a quelle di mare, nessuna è stata aperta.

« Vent'anni perduti, e tutto quel lavoro, quelle sterline. Ma la Gran Bretagna ha perduta, peggio, l'ultima sua occasione. Del resto lo sentivano perfino gli Inglesi, gli Alti Commissari come i generali, i piloti che volavano a sorvegliare i nomadi come le spie che, alla Lawrence, vivevano travestite tra i beduini. Sentivano da parecchi anni che i tempi erano cambiati. Ormai nel sistema britannico vi era qualcosa che non andava più.

« Era cambiato, in realtà, il mondo. E il programma imperialistico inglese era divenuto troppo avido, troppo ingordo, a paragone con le forze di cui effettivamente l'Inghilterra disponeva per attuarlo. Intanto altri popoli erano divenuti forti da poter rivendicare contro la nazione insaziabile il diritto allo spazio vitale. Ne ebbe una chiara idea il mondo arabo al tempo della conquista d'Etiopia. Chi ha vissuto tra le popolazioni d'Oriente, in settori pur distanti e diversi del mondo arabo, poté rendersene conto: quel mondo aveva compreso che la Gran Bretagna non era più abbastanza forte. Nella stessa misura in cui era calato il prestigio britannico, cresceva quello dell'Italia.

« Lo sviluppo che la situazione ha avuto, dall'anno delle sanzioni all'anno della nostra guerra mediterranea, è formidabile. Oggi tutti i popoli della terra vedono l'Italia e l'Inghilterra nel Mediterraneo, impegnate — da sola a sola, faccia a faccia — in una partita decisiva; e vedono la superba Britannia costretta a difendere le posizioni usurpate, mentre gli avvenimenti di ogni giorno dimostrano che il predominio in questo mare non è più suo. La luminosa verità si diffonde tra gli Arabi, in ogni angolo del loro mondo ancora in buona parte remoto e quasi segreto. Le notizie dei fatti vi si propagano rapidamente, anche attraverso i deserti. E nascono speranze nuove tra le genti di cui le Potenze « mandatarie », dal Tauro al Mar Rosso, hanno aggravata cinicamente la miseria nei vent'anni dopo Versaglia.

« Il prestigio britannico, anche nel mondo arabo, era fondato sull'idea di un invincibile potere navale dell'Inghilterra. Un tale Impero, sebbene illegittimo e mostruoso, poteva durare finché alla prova dei fatti le sue comunicazioni marittime non apparissero compromesse. Ora si vede che il dominio britannico dei mari è una pretesa alla quale le reali forze non corrispondono più. Tra gli Arabi sarà certamente gran-

dissimo l'effetto della nostra vittoriosa lotta terrestre contro gli Inglesi in Africa; ma niente colpirà mai così forte la mente e l'immaginazione araba come la fine di quella padronanza del mare ». (*Il Messaggero*, 18-8-1940).

Si veda anche la seguente notizia diramata dall'*Agenzia Stefani* da Berlino in data 18 agosto:

Rilevando che il Governo inglese, dopo aver negata, a suo tempo, la possibilità di una vittoria italiana nell'Africa Orientale, è oggi costretto ad ammettere la perdita imminente della Somalia, il *Lokal Anzeiger* si domanda a che cosa siano servite le forze coloniali britanniche e rileva inoltre quanto sia stata vana la speranza riposta dall'Inghilterra nei suoi « possenti alleati » sotto il sole dell'equatore ossia il torrido calore, il deserto, la mancanza d'acqua.

La *D. A. Z.* afferma che basta uno sguardo alla carta geografica per misurare l'importanza della magnifica vittoria italiana in Africa Orientale e della conquista del Somaliland.

D'un colpo muta tutta la situazione sui fronti africani dopo che l'armistizio con la Francia aveva aggravata la pressione svolta dalle truppe italiane. Legittimo è quindi l'accenno della stampa italiana alla minaccia su Aden, mentre l'Egitto e il Sudan si trovano fra la Libia ed il complesso, ora compatto, dell'Africa Orientale Italiana.

In una corrispondenza da Roma, lo stesso giornale serve che in pochi giorni l'Italia ha deciso a suo favore la campagna su questo fronte africano e strappata un'intera colonia all'impero britannico.

Il foglio berlinese descrive le difficoltà brillantemente superate dalle truppe italiane e aggiunge che questa vittoria prova il valore militare e morale degli ufficiali e dei soldati italiani, e dimostra quale eccellente organizzazione politica e civica l'Italia sia riuscita a dare in quattro anni all'Abissinia.

Da un punto di vista più largo, la *Boersen Zeitung* esamina gli effetti del successo italiano, in un articolo dell'esperto coloniale Karl-Hermann Zeith, il quale rileva che, contro tutte le previsioni britanniche, già oggi il problema complessivo dell'Africa Orientale si sviluppa contro gli interessi dell'Inghilterra, contro la quale si profila la minaccia alla via delle Indie.

L'Inghilterra ha perduto politicamente la Arabia e la presente guerra suggellerà tale



## Oriente Moderno (Rom)

Nr. 9 - - -

perdita militarmente. Non vi è alcuna Potenza, tra Gibilterra e Bombay, che sia in grado o che abbia voglia di sollevare gli interessi imperiali britannici dall'inferno della sconfitta.

Conseguenza della situazione indiana è che l'Inghilterra non ha potuto inviare sufficienti truppe indiane sul teatro bellico africano perchè non le ritiene abbastanza fidate.

La caduta del Somaliland significa per l'Italia l'eliminazione di un fronte col disimpegno di truppe e di materiale bellico ed in secondo luogo l'abolizione del pericolo di un'offensiva inglese la quale poteva appoggiarsi al sistema di 'Aden. Tra poco l'Italia sarà a Berbera, sul Golfo di 'Aden e quindi alla testa dell'Oceano Indiano, polmone dell'Impero britannico attraverso cui esso riceve il 72 per cento dei suoi rifornimenti.

L'Italia sarà in grado, per l'avvenire, di influire direttamente ed indirettamente su questo settore: direttamente con il controllo che i suoi aerei possono esercitare sul Golfo di 'Aden, indirettamente con la sua presenza su tutta la costa somala. (Stampa italiana, 19-8-1940).

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 135

### Es gärt im Vorderen Orient

Nach Meldungen aus Damaskus haben die britischen Behörden in El Mufalla Sympathie-telegramme, die von den Stammeshäuptlingen des Hadramaut an die Bagdader Regierung gerichtet waren, abgefangen. Ein Angriff der Bevölkerung auf das Postamt, dem zwei englische und vierzehn indische Beamte zum Opfer fielen, war die Folge. Der Hunun-Stamm ist zur offenen Empörung übergegangen. Seine bewaffneten Männer überschritten die östlichen Grenzen des Jemen und schlossen sich dem Heer Iman Nubias an.

Auf der Flucht der britischen Beamten in Hadramaut nach Aden wurden viele von den Aufständischen getötet. Der Sultan von Esch, Schir und Soquota ist auf dem Luftwege geflohen. Sein Haushofmeister, ein Jude aus Aden, wurde bei einem Fluchtversuch erschlagen.

Flugblätter des britischen Agenten Ingram über den angeblichen britischen Sieg im Irak hatten genau so wenig Erfolg, wie die Drohung, Wohnstätten im Hadramaut zu bombardieren.

Ein Exekutivausschuß unter dem Vorsitz des Scheichs forderte die Regierung in Aden auf, alle von Engländern besetzten Stellen in Hadramaut innerhalb 48 Stunden räumen zu lassen. Im



Gegensatz zu früheren Aufständen, die von den Briten leicht niedergeworfen werden konnten, weil ihre Agenten die Stämme gegeneinander ausspielten, umfaßt die neue Empörung das gesamte Volk.

Radio Ankara meldet, daß die britischen Truppen aus Furcht vor der Aufstandsbeziehung in zahlreichen Orten Palästinas eilig befestigte Stellungen anlegen. Araber, die den Sidara, die Kopfbedeckung des Irak tragen, werden gemeinsam mit den irakischen Staatsangehörigen in Palästina in Konzentrationslager gesperrt.

Die transjordanischen Nationalisten sind von den Briten unter Polizeikontrolle genommen worden, damit sie keine Fühlung mit dem Irak gewinnen. Ein Teil der maßgebenden Persönlichkeiten ist in Schutzhaft genommen worden, ein anderer muß sich täglich bei den Polizeibehörden melden.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 475

## Wachsende Unzufriedenheit im Nahen Osten.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

**W.D. Ankara, 16. September.** Es kann jetzt mit Zug davon gesprochen werden, daß in Beirut eine Hungernot herrscht; seit vier Tagen ist dort kein Brot mehr verteilt worden. Vor dem Amtsgelände des „Hohen Kommissars“ fanden wiederholt Demonstrationen statt, die von der Polizei unter Anwendung von Gewalt zerstreut werden mußten. Der gaulistische General Catroux, der sich den Titel eines Hohen Kommissars angemacht hat, ist ohne Erfolg bemüht, durch Militärfahrzeuge Brot in die Stadt zu bringen. Sein Hinweis an die Bevölkerung, Brotgetreide sei aus Australien und Indien bestellt worden, aber man habe den Schiffsraum für den Antransport noch nicht beschaffen können, ist den Hungernden kein Trost. Die Lage wird dadurch noch verschlimmert, daß die syrischen Bauern die Ablieferung von Getreide verweigern, weil sie im Hinblick auf die jetzt schon bestehende Not in den Städten für den Winter eigenen Mangel befürchten. Die allgemeine Unzufriedenheit wird durch die Nachricht noch vermehrt, daß die vom Nationalen Block mit Catroux geführten Verhandlungen, die die Herbeiführung der Syrien versprochenen Unabhängigkeit zum Ziel hatten, erfolglos abgebrochen werden mußten. Es heißt, Catroux habe ein Kompromiß angeboten, das noch weit hinter den Bedingungen des Vertrages von 1936 zurückgeblieben sei.

Auch in Ägypten herrscht eine große Gereiztheit. Die Presse der nationalen Wafdpartei wirft dem Kabinett Sirru Pascha vor, es tue nichts gegen Preistreiber und Wucherer und sei daher für die unerträgliche Teuerung verantwortlich, die im

Land herrsche. Ferner erregt die nach wie vor ungeklärte Frage des Abzuges der Baumwollernte weiter die Öffentlichkeit. Im Parlament wurde von neuem über das Preisangebot Englands debattiert, das weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Dabei hielt der Abgeordnete Hafez Ramadan Pascha eine Rede, die auch außerhalb des Parlaments großes Aufsehen erregt hat, weil er die völlige politische und wirtschaftliche Befreiung von England forderte. Hafez Ramadan ist der Leiter einer kleinen nationalen Partei, die stets alle Verhandlungen mit England abgelehnt und daher auch den Bündnisvertrag des Jahres 1936 verworfen hat. Der Einfluß dieser Partei nimmt ständig zu. Die Stimmung wird auch dadurch nicht verbessert, daß der Minister für öffentliche Arbeiten sich kürzlich veranlaßt gesehen hat, in der Presse vor Luftangriffen auf die Nildämme während der kommenden Flutzeit zu warnen. Unter den in der Türkei lebenden Ägyptern kann man die Meinung hören, in Ägypten werde England nach Beendigung dieses Krieges, wie nach dem Weltkrieg, mit einem sehr revolutionären Geist zu rechnen haben.

Auch im Irak sind Sturmzeichen vorhanden. Der Rücktritt des Finanzministers Ibrahim Kamel bedeutet, daß die nachgiebige Politik des Premierministers Madfaei innerhalb der neuen Regierung in Bagdad Unstimmigkeiten hervorgerufen habe. Im übrigen ist bemerkenswert, daß die irakische Presse unter dem Druck der britischen Oberaufsicht leithin eine bedrohliche Sprache gegenüber König Ibn Saud führt.

## Die Ausbeutung der Araber

Meldung unseres Vertreters  
eh. Rom, 7. November

Wie die Agentur Le Colonie mitteilt, arbeiten Engländer und Juden einen Plan aus, um die arabischen Nationen auch in der Webindustrie auszunutzen. Wie das Kairoer Blatt „El Misri“ mitteilt, beabsichtigen jüdische und ägyptische Industrielle Baumwollfabriken in Palästina einzurichten, um in den nachbargebieten erzeugte Baumwolle zu verarbeiten. Die Entwicklung der Baumwollindustrie in Palästina würde so organisiert, daß die arabischen Pflanzler gezwungen würden, ihre Produktion zu vergrößern und die Ernte zu verhältnismäßig niedrigen Preisen den neuen Fabriken zur Verfügung zu stellen. Glücklicherweise, so erklärt das ägyptische Blatt, hänge der Plan ansehnlich der gegenwärtigen Gesamtlage und der Bedrohung Palästinas mit kriegerischen Aktionen „noch sehr in der Luft“.

Wie „Giornale d'Italia“ aus türkischer Quelle meldet, hat die britische Zensur den arabischen Blättern in Palästina verboten, an den Jahrestag der Balfour-Erklärung vom Jahre 1917 über die Errichtung eines nationalen Judentums in Palästina zu erinnern. Die jüdische Presse dagegen hat umfassende Kommentare veröffentlicht, in denen sie die gesamte Erklärung als „das große Beispiel positiver Weisheit“ feiert und die englisch-jüdische Freundschaft verherrlicht. Die jüdischen Blätter bedauern nur, daß die von Balfour gegebenen Versprechen noch nicht verwirklicht worden sind, und versichern, daß das Ende des gegenwärtigen Krieges auch „diesen Traum des Judentums“ erfüllen werde.

Einer Meldung des „Lavoro Fascista“ zufolge, hat König Faruk unvorhergesehen während einer Sitzung des Ministerrats in die Diskussion über die Versorgungsfragen eingegriffen und die Regierung mit Nachdruck aufgefordert, „in erster Linie das Wohl des ägyptischen Volkes in Betracht zu ziehen“. Der König betonte, es sei unglaublich, daß Ägypten mit seinem reichen Boden an Lebensmitteln Mangel leiden müsse.

Der Ministerrat hat beschlossen, für alle noch brachliegenden Gebiete die sofortige Bebauung anzuordnen.

Wie „Tribuna“ meldet, hat der König von Afghanistan den Grokrat zusammengerufen, um die gegenwärtige Lage zu prüfen. Während der Versammlung hat der Außenminister einen eingehenden Bericht über die Ereignisse abgegeben, die sich seit Beginn des Krieges abgespielt haben und die die Lage in Mittelasien betreffen. Abschließend betonte der Minister den festen Entschluß Afghanistans, seine Neutralität zu bewahren und die bisher geführte Friedenspolitik weiterzuverfolgen.



Südost-Echo (Wien)

Nr. 1 0

**Bose, Nahas, Furugi**

Sind die drei Namen hier willkürlich nebeneinander gestellt? Der dritte ist der unbekannteste unter ihnen, der einzige unbekannte, kann man sagen, denn der Inder Bose ist seit Jahr und Tag als einer der besten und ersten Männer im Kreise um Gandhi nicht nur in seiner Heimat wohlbekannt, und der zweite, der Ägypter Nahas, spielt schon reichlich seit einem Jahrzehnt die bedeutendste Rolle im Kampf seines Landes um die Unabhängigkeit. Von Nahas war jüngst hier die Rede, und keineswegs das erste Mal. Er ist, wie man weiß, nun abermals an die Spitze der Geschäfte berufen worden, weil der junge König glaubt, auf diese Weise am besten der nationalen Stimmung Rechnung zu tragen, die er, allen Nachrichten zufolge, in seinem Herzen durchaus teilt. Die Art, wie die neue Regierung sich betätigt, zeigt auch, daß sie im Rahmen des Möglichen die Betonung der souveränen Rechte Ägyptens für ihre erste Pflicht hält. Gleichfalls aus der Erkenntnis der Forderungen seines Volkes heraus und aus der Kenntnis der Schwierigkeiten des Ringens um die Freiheit, das nun schon fast eine ganze indische Generation erfüllt, hat Subhas Chandra Bose soeben in einem Aufruf das Wort ergriffen, um seinen Mitbürgern die Warnung zukommen zu lassen, ja nicht im letzten Augenblick in eine Politik der Konzessionen einzuwilligen und die schon nahe winkende Freiheit aufs Spiel zu setzen. Die Warnung deutet auf die kleine Gruppe hin, die in den letzten Tagen kompromißfreundliche Erklärungen abgegeben zu haben scheint, die indessen neben den Mahnungen Gandhis und nun Boses überhaupt kein Gewicht haben können. Selbst Pandit Nehru, den die Engländer auf dem Umweg über Tschiang-Kai-Schek gewinnen zu können glaubten, ist bekanntlich kühl geblieben. Boses Aufruf zur Zusammenarbeit mit allen denen, „die uns helfen, den gemeinsamen Feind niederzuringen“, wird um so größeren Eindruck erwecken. Ein ganz anderer Mann als Nahas und Bose ist der Iraner Furugi. Die nationalen Kreise seines Vaterlandes sehen in ihm den Politiker des Paktierens mit Engländern und Sowjets. Wie weit er unter dem Druck der Bajonette handelte, ist eine andere Frage. Jedenfalls hat er sich bereitgefunden, nach der erzwungenen Abdankung des alten Schah eine Regierung zu bilden, die zuletzt, wenn auch erst nach langem Widerstreben, in die Unterzeichnung des Vertrages willigte, der den Iran gänzlich an die zwei benachbarten Großmächte ausliefert, die sich schon einmal in dieses unglückliche Land geteilt hatten. Es scheint, daß alle Konzessionen, zu denen sich Furugi bereit fand, nicht ausreichend waren, und daß er andererseits die Stimmung des inneren Widerstandes bei seinen Landsleuten immer stärker ansteigen sah. Er wußte zuletzt keinen anderen Ausweg als die Abdankung. Ähnliches hat sich bekanntlich im Irak abgespielt. Nicht den Furugis gehört in dem weiten, bisher von England beherrschten vorderasiatischen Raum, die Zukunft, sondern den Boses.

Datum 9. Juli 1942

## Kölnische Zeitung

Nr. 343/44

### Auch Vorderasien kritisch

Drahtmeldung unseres HR-Vertreters

Bern, 8. Juni.

Auch die Lage im Irak, in Syrien und in Palästina macht England große Sorgen. In Latakia in Nordsyrien wurde das Regierungsgebäude durch eine Explosion zerstört, wobei der Gouverneur der Provinz und fünfzehn andere Personen ums Leben kamen. Ferner wird gemeldet, daß General Catroux von seinem Posten als Oberkommissar in Syrien abgesetzt und der englische General Hutchinson zu seinem Nachfolger ernannt worden sei. General Catroux, der sich früh de Gaulle anschloß und die politischen Geschäfte Englands in Syrien besorgte, wurde zum Dank Oberkommissar in Syrien. Die Gründe seiner jetzigen Absetzung sind zwar noch nicht bekanntgegeben worden, aber offenbar ist Syrien derart in Gärung, daß die Engländer es für nötig hielten, einen ihrer Generale mit der Niederhaltung der Aufrührerstimmung zu betreiben. Schon in den letzten Tagen waren bezeichnende Äußerungen in den englischen Zeitungen über die Lage in Syrien zu finden. So wurde gemeldet, daß die neue Regierung in Syrien bisher keine rechte „Stabilität“ zu schaffen verstanden habe, und man bezeichnete die Lage in Syrien als potentiell labil. Auch wurde berichtet, daß vor kurzem einige Führer der syrischen Opposition nach Ägypten gefahren seien.

In Palästina soll es zwar bisher ruhig geblieben sein, aber es fällt auf, daß von englischer Seite davor gewarnt wird, den Einfluß des Großmuftis von Jerusalem als erloschen zu betrachten. Auch ist es sicherlich kein Zufall, daß im englischen Unterhaus der Kriegsminister Sir James Grigg über die Möglichkeit, ein jüdisches Heer aufzustellen, befragt wurde. Grigg antwortete, die Anregung habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Diese Antwort war an die Araber gerichtet. Die Zionisten haben schon seit langem die Aufstellung einer geschlossenen jüdischen Armee in Palästina verlangt. Der Sinn dieser Forderung ist nur zu klar. Die Juden möchten in Palästina eine Art Privatarmee besitzen, um sie gegebenenfalls gegen die Araber verwenden zu können. Ein derartiges Zugeständnis würde sofort zu einem Aufruhr der Araber führen. Zu deren Beruhigung hat die britische Regierung jetzt im Parlament die Aufstellung einer eigenen jüdischen Armee als undurchführbar bezeichnen lassen.

Auch in Persisch-Aserbeidschan ist es in den letzten Tagen zu Unruhen gekommen. Dort befinden sich die Kurden im Aufstand. Sowjetische Streitkräfte sind nach dieser iranischen Provinz geschickt worden, um, wie es in den englischen Zeitungen heißt, „nach dem Rechten zu sehen“. Man kann sich unschwer vorstellen, wie sie diese Aufgabe durchführen.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 350

Die Unruhe des Nahen Ostens.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

WID ISTANBUL, 11. Juli. Die Bewegung, in die die Länder des Nahen Ostens durch die Entwicklung des Krieges im Mittelmeer geraten sind, wird in der Türkei aufmerksam beobachtet. Zum großen Teil handelt es sich dabei um Länder, die früher zum osmanischen Reich gehört haben. Da sich die neue Türkei grundsätzlich vom Imperialismus abgewandt hat, ruft die Entwicklung, die sich in den ihr benachbarten Ländern des Nahen Ostens ankündigt, im Lande zwar nicht Regungen wach, die einstmals die Politik der osmanischen Sultane beherrscht haben, wohl aber ist die Türkei natürlich nicht gleichgültig gegenüber einer Neugestaltung der Verhältnisse dort.

Nach dem Ende des Weltkrieges hatte sie sich damit abfinden müssen, daß sich England und Frankreich zu den Oberherren ihrer einstigen Besitzungen machten, doch ist diese Entwicklung innerlich von ihr nie gebilligt worden. Dennoch hatte sie sich vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges diesen beiden Mächten genähert; aber später, als die deutschen Truppen im Frühjahr 1941 jede englische Bewegung auf dem Balkan besitzig hatten, erinnerte sie sich ihrer alten Waffengefährten und schloß bereitwillig einen Freundschaftspakt mit dem Deutschen Reich ab. Diese beiden Pakte mit England und Deutschland waren zu den Grundpfeilern der bisherigen türkischen Kriegspolitik geworden. Die Türken zweifeln jetzt, nach der Entwicklung der Dinge auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz und im östlichen Mittelmeer, an der Festigkeit des einen Pfeilers. Das hat für sie eine neue Lage geschaffen. Allerdings war von feindlicher Seite das Argument ausgestreut worden, ein Sieg der Achsentruppen in Ägypten würde für den Nahen Osten nur die Folge haben, daß der britische Imperialismus durch einen noch viel unverhüllteren Achsenimperialismus ersetzt würde. Gegenüber dieser Behauptung hat die türkische Öffentlichkeit die vor kurzem ausgegebene gemeinsame Erklärung der deutschen und italienischen Regierung besonders begrüßt, in der Ägypten seine volle Unabhängigkeit zugesichert wird. In der Tat ist es ein Wunsch des türkischen Volkes, daß alle Länder des Nahen Ostens zu unabhängigen Staatsgebilden gemacht werden sollen.

Die Unabhängigkeitsbewegungen, die sich in jenen Ländern unter dem Einfluß der britischen Niederlagen während der libyschen und ägyptischen Feldzüge jetzt deutlicher sichtbar zeigen, werden daher von der Türkei aufmerksam wahrgenommen. Bewegungen solcher Art sind überall von Iran bis zum Sudan vorhanden. In Iran bedauert man es, daß die Regierung den Pakt mit England und der Sowjetunion abgeschlossen hat. Das Land lebt von den Ernten seiner fruchtbaren Nordprovinzen. Da diese aber zur Zeit von den Sowjettruppen besetzt gehalten werden, ist das übrige Land auf eine umfangreiche Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Verschiedene Blätter in Teheran

haben in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß das Volk in Iran einer Hungersnot ausgesetzt sein werde, wenn die Engländer auch weiterhin keine Lebensmittel heranschafften. Die Regierung, die sich der englischen Politik verschrieben hat, ist unbeliebt geworden, und es macht dem Ministerpräsidenten Nuri es-Said manche Mühe, die Mitglieder seines Kabinetts an der Flucht aus der Verantwortung zu hindern.

In Irak hat man Raschid Ali el-Kailani nicht vergessen, und in Syrien und im Libanon hat die Verwaltung, die unter General Catroux eingerichtet worden war, große Gegnerschaft hervorgerufen. Die Minister regieren nicht nach den Wünschen oder Bedürfnissen ihrer Völker, sondern handeln im Interesse habgieriger Geschäftsleute. In den Volksmassen sind sie daher ohne jede Stütze. Die Engländer haben diesen Zustand schließlich sogar als unhaltbar angesehen und es daher zugelassen, daß mit ihrer Billigung in Kairo Besprechungen zwischen ägyptischen Staatsmännern und mehreren nationalistischen Volksführern aus Syrien und dem Libanon im vollen Rampenlichte abgehalten wurden. Die Männer der Freiheitsbewegung in Syrien und im Libanon hoffen jetzt, daß sie in absehbarer Zeit auch nicht mehr irgendwelcher englischen Hilfe bedürfen werden, um sich des gaullistischen Regimes zu erwehren.

In Ägypten haben die Engländer ihre letzten Freunde verloren, denn man hat erkannt, daß England das Land zum Schlachtfeld macht, nicht etwa um Ägypten zu verteidigen, sondern um die eigene Machtstellung dort zu behaupten. Der Ruf nach einer Rückkehr Ali Mahers in das Amt des Ministerpräsidenten ist jetzt allgemein geworden.

Auch im Sudan ist einige Unruhe zu verzeichnen. Dort besteht erheblicher Unwille gegenüber der Entscheidung des britischen Gouverneurs, der sich vor kurzem geweigert hat, einen von der intellektuellen Jugend des Landes nach dem Muster des Allindischen Kongresses, der Kongresspartei, begründeten sogenannten „Sudan-Kongreß“ anzuerkennen. Dieser Kongreß hatte die Forderung gestellt, das Land solle nach der Beendigung des Krieges seine Unabhängigkeit erhalten, ein nationales Erziehungssystem solle gebildet, und die Vorrechte der ausländischen Gesellschaften sollten abgeschafft werden. Der britische Gouverneur im Sudan hat sich geweigert, diese Forderungen nach London weiterzugeben. Polizisten, die in englischen Diensten stehen, müssen Tag für Tag in Khartum Maueranschläge beseitigen, in denen als Losungswort verkündet wird: „Sudan den Sudanesen!“ Die Engländer haben also, wie man sieht, Anlaß, die Regungen, die im ganzen Nahen Osten gegenwärtig zu spüren sind, sehr ernst zu nehmen.

Pester Lloyd (Budapest)

Nr. 160

Neue Tendenzen im Nahen Osten

Raschid Ali el Gailani, der geflüchtete Ministerpräsident von Irak, wurde im deutschen Führerhauptquartier von Adolf Hitler empfangen. Zwar wurde über diesen Empfang und die Unterredung, die der Führer mit dem Ministerpräsidenten hatte, von offizieller deutscher Seite nichts bekanntgegeben, doch muß man annehmen, daß dieser Unterredung besonders in der augenblicklichen Lage, da die arabischen Völker durch die großen Siege Rommels wieder einmal der Erfüllung ihrer Hoffnungen auf die volle Freiheit nähergekommen sind, eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung beigemessen werden könne.

Der Gegensatz zwischen den arabischen Völkern und dem herrschenden britischen Empire ist während des Krieges besonders aktuell geworden; die Unzufriedenheit, die sich im Laufe der Jahrzehnte in den arabischen Seelen aufgehäuft hatte, machte sich öfters Luft und besonders im Irak, dem halb-souveränen arabischen Staate, waren Zeichen der Unzufriedenheit zu verzeichnen. Zu Beginn des Krieges hatte zwar Irak auch dem Deutschen Reiche den Krieg erklärt, gleichzeitig verstärkte sich aber bereits die deutschfreundliche Bewegung in weiten Kreisen des Volkes. So kam es zum Sturz der englandfreundlichen irakischen Regierung und der Leiter der deutschfreundlichen Gruppe Raschid Ali el Gailani wurde Ministerpräsident. Mit ihm kamen auch andere ähnlich gesinnte Männer zu Wort und Irak drohte bereits einen offenen Konflikt im Mittlern Osten herbeizuführen. England sah sich genötigt, mit seiner Militärmacht einzugreifen und bald landeten die ersten britischen Truppen bei Basra im Persischen Golf. Diesen Truppen ist es dann gelungen, mit Gewalt die nationale Bewegung Iraks zu unterdrücken.

Die deutschfreundliche Bewegung im Irak ist nicht neuen Ursprungs. Selbst dem irakischen Königshaus gehören Persönlichkeiten an, die seit langer Zeit gegen die Zusammenarbeit mit Großbritannien waren, vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges aber ihre Stimme nicht offen erheben konnten. Raschid Ali trat auch nach dem Waffenerfolg der Engländer nicht zurück, er ist demnach rechtmäßig auch heute noch Ministerpräsident und wird von den deutschfreundlichen Kreisen seiner Heimat noch immer als solcher betrachtet. Die Unterwerfung Iraks wurde mit der Ernennung Nuri Saids, der eine Zeit lang im Exil lebte, und als ausgesprochener Vertreter des britischen Empiregedankens unter den Arabern gilt, vollständig.

Inzwischen entwickelte sich aber auch in Nordafrika eine lebhaftere Kampftätigkeit, die, nach einem abwechslungsreichen Verlauf, nunmehr zu einem großen Sieg der Achsenmächte führte, der nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Ägypten, und dadurch auf die Lage in der ganzen arabischen Welt bleiben konnte. Die Exponenten der britischen Macht sahen die Folgen der Siege Rommels rechtzeitig voraus und unternahmen alles, um eine Ausbreitung der ägyptischen Freiheitsbewegung auf die übrigen arabischen Länder zu verhindern. Es wurde die Grenzüberschreitung nach Palästina und Syrien streng überwacht, und eine Zeitlang vollkommen eingestellt. Auch jetzt noch ereignen sich ständig Zwischenfälle an der Grenze, die den Weg in das

noch nicht bedrohte Arabien versperrt. Eben heute traf die Nachricht ein, daß drei ehemalige ägyptische Minister, die mit gültigen Reisepässen von Kairo nach Syrien reisen wollten, an der Grenze festgenommen worden seien. Der Zwischenfall, der sich an der Grenzstation ereignete, hat in ganz Ägypten ungeheures Aufsehen erregt, da die Bevölkerung im britischen Vorgehen das offene Geständnis einer zu verheimlichenden Lage in Ägypten erblickt. Die englischen Behörden haben zu der Angelegenheit nur insofern Stellung genommen, als sie erklärten, der Grenzdienst habe richtig gehandelt, da die drei früheren Minister in die Türkei reisen wollten, um nicht mehr in ihre Heimat zurückzukehren.

Eine weitere Meldung spricht von der Verhaftung des Makram Obeid Pascha, dem gewesenen Generalsekretär des Wafd, der wegen Differenzen mit Nahas Pascha vor etwa zwei Wochen aus dem Wafd ausgeschlossen wurde.

Auf der anderen Seite entfalten aber die Westmächte und ihre einheimischen Anhänger eine immer reger werdende Tätigkeit. In der jüngsten Zeit hat sich auch Amerika kräftig in die ägyptische Frage eingemischt, um die alliierte Sache zu fördern. Der amerikanische Gesandte Kirk hatte nach einer Meldung aus Kairo zwei längere Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Nahas Pascha, der in der Folge mit dem amerikanischen Oberkommandierenden der Streitkräfte im Nahen Osten General Maxwell kon-

wendert



ferierte. Bei dieser Besprechung waren Offiziere des Generalstabes und der militärische Berater des Ministerpräsidenten, *Amîn Osman Pascha*, zugegen. Nach einer zweiten Unterredung mit dem amerikanischen Gesandten begab sich Nahas Pascha zum König, um ihm über die geführten Besprechungen Bericht zu erstatten. Angeblich soll es sich um ein amerikanisches Memorandum gehandelt haben, in dem die Vereinigten Staaten der ägyptischen Regierung eine Garantieerklärung angeboten haben sollen, mit der gleichzeitigen Zusicherung von großen Waffenlieferungen an die ägyptische Armee. Daß auch König Faruk Maxwell empfing, spricht ebenfalls für die Intensität der amerikanischen Bemühungen.

Die angelsächsischen Mächte scheinen also besonders großes Gewicht auf die Verständigung mit Ägypten zu legen, gleichzeitig wollen sie aber um jeden Preis verhindern, daß ihre Nachgiebigkeit und ihre Schwäche in anderen arabischen Staaten bekannt werde. Zwar stehen noch im Nahen und Mittleren Osten bedeutende angelsächsische Streitkräfte — nach britischen Angaben sollen eine Million Mann, 4500 Tanks, 6000 Flugzeuge, 5000 Geschütze, 50.000 Maschinengewehre und 10.000 verschiedene Kraftfahrzeuge in dieses Gebiet gebracht worden sein —, diese können aber kaum gegen die vorrückenden Achsenruppen eingesetzt werden und gleichzeitig auch für unerwartete Ereignisse im Nahen Osten zur Verfügung stehen. Es ist also nur zu

verständlich, wenn die Westmächte Ägypten, das wachsam die Entwicklung der Lage verfolgt, mit weitgehenden Zugeständnissen und Verlockungen beruhigen, andererseits aber vor den übrigen arabischen Völkern die Vorgänge in diesem Lande geheimhalten möchten, um etwaige Rückwirkungen unangenehmer Enthüllungen zu verhindern.

Die Besprechung Adolf Hitlers mit Ali el Gailani beleuchtet die andere Seite der Frage: die Araber sehen bereits, auf welcher Seite sie eine wirkliche und aufrichtige Unterstützung finden können und wo sie nicht Gefahr laufen, nach Kriegsende wieder einmal betrogen zu werden. Und wie stark auch die Engländer bemüht sind, die Tatsachen zu verheimlichen, kann diese Wahrheit auch in der entlegensten Wüste Nordafrikas nicht lange verborgen bleiben.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 222A

Gärung unter den Arabern

Meldung unseres Vertreters

b-d. Lissabon, 12. August

Die plötzliche Verhaftung von dreißig Arabern in Bagdad und die Überführung von weiteren arabischen Vertretern in die britischen Konzentrationslager des Irak haben die Aufmerksamkeit über Indien hinaus auch auf die arabische Welt gelenkt. „Der ganze Nahe und Ferne Osten ist in Gärung“, stellt die portugiesische Presse fest. „Das englische Empire ist auf der ganzen Linie in der Defensive.“ Die Verhaftungen in Bagdad, die von der „Bagdad Times“ bekanntgegeben werden, zeigen, daß England genau wie Indien die arabischen Staaten des Mittleren Orients, die ebenfalls die Stunde ihrer Befreiung von der britischen Bevormundung herannahen sehen, nur mit der gleichen Gewalt niederhalten kann wie in Bombay und in Kalkutta. Der Widerstandswille der Araber gegen die Engländer zeigt sich jedenfalls immer stärker. So werden insbesondere aus dem nördlichen Iran, das bisher von Sowjettruppen besetzt war, die jetzt jedoch von Engländern abgelöst wurden, fortdauernd Sabotageakte und Revolten der Kurdenstämme gemeldet, die den Briten schwer zu schaffen machen.

Die „New York Times“ gesteht in einem ausführlichen Lagebericht über den Mittleren Orient ein, daß die Gefühle der Araber für die Engländer äußerst kühl geworden sind und daß viele Araber einen Achsensieg herbeiwünschen. Die alte arabische Abneigung gegen alles Britische sei heute spürbarer denn je zuvor, schreibt das Neuyorker Blatt. Der Plan zur Aufstellung einer besonderen jüdischen Armee stoße in ganz Palästina und darüber hinaus auf starken arabischen Widerstand. Auch in Syrien sei die antienglische Stimmung im Wachsen begriffen. In Ägypten, in Syrien, Palästina sowie im Irak und in Iran warteten unzählige Araber nur auf eine günstige Gelegenheit, so fährt das Neuyorker Blatt fort, um den Engländern den Kampf anzusagen. Das Prestige des von den Briten vertriebenen Großmufti von Jerusalem sei nach wie vor im Nahen Osten sehr groß. Man könne keine Garantie mehr dafür übernehmen, so erklärte „New York Times“, daß die arabische Welt Großbritannien in Zukunft noch weitere Gefolgschaft leiste.

Die Neuyorker Zeitschrift „News Week“ stellt eine „steigende Spannung in der ganzen islamischen Welt des Mittelostens“ fest. In den Bazars und in den Wüsten-oasen versammelten sich die Moslems, um die große Frage der freien arabischen Zukunft zu besprechen. Der Name des Feldmarschalls Rommel sei heute allen arabischen Stellen geläufig und das britische Prestige habe durch die Siege Rommels überall schwer gelitten. In Kairo hätten ägyptische Studenten mit den Rufen „lang lebe Rommel“ für die Befreiung Ägyptens von der englischen Herrschaft demonstriert. Die ganzen Länder des Islams seien unruhig geworden. Neue Niederlagen der Alliierten könnten die schlimmsten Pogrome auslösen. Die 600 000 Palästina-Juden sähen sich einer arabischen Revolte gegenüber. Dies sei um so ernster, als für die geplante jüdische Armee noch keine Waffen vorhanden seien, da die Schiffe mit dem Kriegsmaterial aus den USA bisher ausgeblieben seien. Dem gleichen Schicksal ständen auch die Emigranten-Abteilungen an der irakisch-iranischen Grenze gegenüber, die ebenfalls seit Monaten vergeblich auf die angeforderten Waffen aus den USA warteten.

In Ägypten bereite sich, so fährt die Zeitschrift fort, die britische militärische Führung darauf vor, eine „Politik der Zerstörung“ im Falle eines weiteren Vorrückens der deutsch-italienischen Streitkräfte durchzuführen. So sollen allein für 80 Millionen Dollar an feiner ägyptischer Baumwolle vernichtet werden, um sie nicht in die Hände der Achsenmächte fallen zu lassen. Ebenso seien Vorbereitungen getroffen, alle Ölfässer in Brand zu stecken und die gesamten Vorräte, ungeachtet der Interessen der arabischen Bevölkerung, zu vernichten.



Der Neue Tag (Prag)

Nr. 232

**Zwei neue Kabinette im  
vorderen Orient**

c Istanbul, im August.

Kürzlich sind im Nahen Osten wiederum die Kabinette zweier Staaten abgetreten: im Iran die Regierung Soheyl, im Libanon die Regierung Dauk. Mit ihnen ist der glatte bewegliche Minister Scaff verschwunden, der Benesch des Nahen Ostens, der bald in Kairo, bald in Damaskus für das von ihm vertretene politische System eintrat, verwegene Verträge für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der arabischen Staaten entwarf, Interviews über die politische Lage im Nahen Osten gab und auf alle Fragen zu antworten wußte. Es hat ihm aber nichts genützt. Kurz vor dem Rücktritt der Regierung hatte er noch eingehende Besprechungen in Damaskus. Er kam jedoch aus Syrien mit leeren Händen zurück. In einem langen Ministerrat beschloß die Regierung, einen Appell an die Bevölkerung zu richten, in dem sie mit bewegten Worten ersuchte, trotz aller Schwierigkeiten Ruhe zu halten; dann trat sie ab.

Verschwunden ist im Iran Soheyl, der ausgeprägteste Vertreter einer Politik der engsten Zusammenarbeit zwischen Iran und der Sowjetunion. Es ist nicht ganz klar, was schließlich zum Rücktritt seiner Regierung geführt hat. Daß die Krise durch Ausscheiden des zum iranischen Gesandten in Samara ernannten Justizministers ausgelöst wurde, kann man nicht einmal als Vorwand gelten lassen. Doch auch hier wurden knapp vor der Demission nachdrückliche Erklärungen abgegeben des Inhalts, die Bevölkerung möge nicht den Gerüchten Glauben schenken, daß die Besatzungstruppen der Bevölkerung das Brot wegessen, daß also sie die Ursache aller Ernährungsschwierigkeiten wären. Aus dem Iran kamen aber auch immer wieder Nachrichten von Aufständen, die in weiten Teilen des Landes die staatliche Autorität bedrohten, ja vielfach sogar aufhoben, so daß die iranischen Behörden nicht mehr die Herren der Lage waren und die sowjetischen Besatzungstruppen mit Zustimmung von Teheran mit der ihnen eigenen Brutalität eingriffen.

Neue Männer sind im Libanon und im Iran auf den Plan getreten. Im Libanon ist der neue Ministerpräsident im wahrsten Sinne des Wortes ein homo novus. Als einer der ober-

sten Richter des Landes hat er zwar versucht, Recht zu finden, es ist aber über ihn bisher nicht bekannt geworden, ob er auch imstande ist, die richtige Politik zu finden. Anders im Iran. Kewam Os Saltanah ist der neue Ministerpräsident. Er ist kein unbeschriebenes Blatt. Wenn ihn der Schah bei der Regierungsbildung in einem Brief bat, als erfahrener Politiker seine Dienste neuerlich dem Staat zur Verfügung zu stellen, so zeigte gerade dieser Brief die tragische Situation des Iran. War er es doch, der als erster Ministerpräsident des Riza Schah Pawlew in den Hintergrund treten mußte, weil er gegen das Leben des Schah konspirierte. Jetzt muß der Sohn diesen Mann bitten, die Geschicke des Staates zu leiten, diesen Mann, von dem er weiß, daß er verdächtig war, seinem Vater nach dem Leben getrachtet zu haben.

In Iran schafft die aktuelle Politik Situationen, die Stoff für Shakespearesche Dramen liefern könnten. Hunger und Revolten sind die Anlässe, die im Nahen Osten das Kommen und Gehen von Gruppen bewirken. Die Ursachen zur ständigen Unruhe und Spannung sind auf einer anderen politischen Ebene zu suchen. Soheyl und Dauk waren nicht Repräsentanten einer staatlichen Zentralgewalt, sondern Marionetten in der Hand der Großen. Die Niederlage Großbritanniens im Fernen Osten ließ seinerzeit die Machtposition Soheyls entstehen, denn damals war die Sowjetunion am Zuge. Die Niederlage der Roten Armee bei Rostow und im Kaukasus hat die Position Soheyls wiederum verstärkt, weil neue Kräfteverteilungen sich anbahnen, so daß Maßnahmen und Entscheidungen, die noch vor einigen Wochen in den Rahmen eines bestimmten politischen Konzepts zu passen schienen, heute die gegenteilige Wertung erfahren. Soheyl dankte vor nicht langer Zeit im Parlament für die von der iranischen Regierung erbetene Beteiligung an der Bekämpfung der Aufstandsbewegung in Aserbeidschan, während heute diese Beteiligung nicht gewünscht, geschweige denn erbeten wird.

Und der Libanon? Ob dieses Staates Ministerpräsident Dauk oder Sulh heißt, macht heute keinen Unterschied. General Spears und General Catroux sind die tatsächlichen Regenten.

12. Sep. 1942

Hamburger Fremdenblatt

252

# Angelsächsischer Dammbau im Orient

## Angst vor Sturmflut

Berlin, 12. September.

A. H. Die nervöse Spannung, mit der die schwere Schlacht um Stalingrad in England und den USA verfolgt wird, entspringt der ersten Sorge um die mittellöstlichen Kerngebiete der angloamerikanischen Weltfront. Die Wolga und die Kämme des gewaltigen Grenzgebirges zwischen Europa und Asien bilden für das angelsächsische Denken Teilabschnitte jener äußeren Linie, auf der sich Roosevelt und Churchill zum Kampf gezwungen sehen, nachdem sie in Europa selber keine Möglichkeit des Einsatzes erblicken können. Daß es den Sowjets überlassen bleibt, die deutschen Stöße aufzufangen, entspricht den besten englischen Traditionen. Heute steht es fest, daß Churchills Unterhandlungen mit Stalin eine Summe gegensätzlicher Auffassungen zutage förderten. Der Mann im Kreml kritisierte die bequeme Haltung Englands und der Vereinigten Staaten, denen es in letzter Analyse genügt, daß mit dem Blut der Sowjets ihre eigenen Interessen verteidigt werden.

Churchill kam es darauf an, die Strategie der Sowjets mit den angloamerikanischen Notwendigkeiten im Mittleren Osten gleichzuschalten.

Es ist kein Wunder, daß neben den politischen Besprechungen auch militärische Beratungen einherliefen, zu denen auch Wavell beordert wurde, der als Militärgouverneur von Indien ja gleichzeitig den Oberbefehl über die zehnte englische Armee im Iran zu führen hat. Die düsteren Erwartungen, die von den Briten an den weiteren Verlauf des Krieges gerade auf dem wichtigen kaukasischen Kriegsschauplatz geknüpft werden, erhellen aus der großen Aktivität, die England und die USA seit einigen Wochen in allen Bereichen des Mittleren Ostens entfalten. Auch die skrupellose Erweiterung der Gewaltmaßnahmen gegen Madagaskar wird mit seltener Offenherzigkeit als eine strategische Notwendigkeit zur Sicherung der Verbindungswege nach Ägypten, an den Persischen Golf und nach Indien „gerechtfertigt“.

Mit der Umgruppierung im Kommando über die ägyptische Armee begann die vorsorgliche Behandlung der vielen militärischen und politischen Probleme, die der angloamerikanischen Front nach Rommels Sommererfolgen und nach dem ungestümen Vormarsch der deutschen Truppen im Süden des Sowjetstaates erwachsen sind. Gleichzeitig hat Churchill, wie er selbst im Unterhaus ankündigte, mit Zuhilfenahme nordamerikanischer Tonnage eine Verstärkung seiner Verbände im Raum zwischen Syrien und Ägypten vorgenommen. Er hat persönliche Besuche beim König Faruk in Kairo und beim Schah von Iran in Teheran gemacht. Und schließlich hat er, als ob ihn jemand darum gebeten hätte, die zehnte britische Armee in seiner letzten Unterhausrede auf die Verteidigung des iranischen Bodens verpflichtet.

Es gibt viele Parallelen zwischen Ägypten und Iran in ihrem Verhältnis zum britischen Imperialismus. Die Völker beider Staaten haben eine Fremdherrschaft zu erdulden, von der sie leidenschaftlich befreit zu werden wünschen. Der Bündnisvertrag, der Ägypten an das Schicksal des britischen Krieges bindet, ist lange vor dem Ausbruch dieses Krieges dem ägyptischen Volk aufgezwungen worden. Der Iran befand sich bis zum August 1941 in einer glücklicheren Position. Dann freilich erfolgte der gemeinsame Überfall Britanniens und der Sowjets auf das strikt neutrale Land, der die zentrale Autorität seiner Regierung untergrub und die innere Auflösung des Staatswesens herbeiführte. Die Fremdbesatzung lebt auf Kosten der einheimischen Stämme. Wenn England vorgibt, den Iran zu verteidigen, so ist das ebenso unwahrhaftig wie die andere Behauptung, daß Ägyptens Freiheit durch die britische Fremdherrschaft gewährleistet wird.

Ebenso wie Indien haben Iran und Ägypten in der Gesamtkonzeption des angloamerikanischen Krieges lediglich die Funktion, als Frontabschnitte der äußeren Linie des angloamerikani-

schen Weltherrschaftsgedankens zu dienen. Sie werden zu Ausfalltoren des Krieges ausersehen, den England und die Vereinigten Staaten nicht imstande sind, direkt im europäischen Bereich gegen Deutschland und Italien zu führen.

Deshalb steht für England und die USA im Mittelosten vieles, wenn nicht alles auf dem Spiele, und es ist ein Ausdruck dieser Tatsache, daß nach Churchill nun auch Wendell Willkie als persönlicher Botschafter des Präsidenten Roosevelt die wichtigsten Plätze des Nahen und Mittleren Ostens bereist.

Über Kairo, Ankara und Beirut ist er jetzt in Jerusalem angelangt, von wo er über Kujbyschew nach Moskau und vielleicht über Teheran nach Indien zu fahren gedenkt. Das persönliche Verhältnis Willkies zu Roosevelt ist eine der vielen Seltsamkeiten der nordamerikanischen Szene. Innenpolitisch hat der republikanische Kandidat der letzten Präsidentenwahl von 1940 zweifellos als potentieller Gegenspieler des Mannes im

Weißen Haus zu gelten. Außenpolitisch gibt es niemanden, der blinder auf die Politik des Präsidenten eingeschworen wäre als Wendell Willkie. Infolgedessen darf man ohne weiteres vermuten, daß Roosevelt mit der Entsendung Willkies zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollte, indem er einer innenpolitisch unangenehmen Persönlichkeit gerade jetzt vor den kommenden Kongreßwahlen eine wichtige propagandistische Aufgabe außerhalb des Landes übertrug. Wenn Willkie daran scheitert, wird er selbst die Zeche zu bezahlen haben. Hat er Erfolg, ist Roosevelt der Nutznießer.

Die alten geschichtlichen Völker im Nahen und Mittleren Osten sind mit den nordamerikanischen Reklamemethoden wenig vertraut. Mit lauten Yankee-Manieren wird man nicht sehr tief bei ihnen Wurzel fassen können. Willkie aber gebärdet sich auf seiner Reise, als ob er sich auf einer Wahlkampagne irgendwo in Oklahoma oder Utah befände. Er benimmt sich nach allen Berichten, die er verbreiten läßt, wie ein „High pressure salesman“, ein Handlungsreisender, der die Wundertaten der nordamerikanischen Kriegsrüstung in seinem Musterkoffer mitführt und vor den Augen seiner erstaunten Hörer ausbreitet. Etwas skeptisch bemerkt die Londoner „Times“ in einer Meldung aus Ankara: „Bisher sind die fast astronomischen Zahlen über die Rüstungen der Vereinigten Staaten von der türkischen Öffentlichkeit mit nicht geringen Zweifeln aufgenommen worden. Jetzt aber ist Willkie in der Lage, diese Zweifel zu beheben.“ Roosevelt hat bekanntlich um die Jahreswende die türkische Regierung, ohne daß diese es gewünscht hätte, in die Nutznießung der Pacht- und Leihlieferungen einbezogen. Wozu jedoch von dem maßgebenden türkischen Publizisten Sadak mit nüchterner Betonung bemerkt wird, bis zur Stunde seien die praktischen Ergebnisse ausgeblieben. Im übrigen betonen die türkischen Blätterstimmen erneut die Unverrückbarkeit der Neutralität ihres Landes. In Beirut, wo Willkie vollends keine Rücksicht zu nehmen brauchte, hat er noch viel unbekümmerter mit wirtschaftlichen Wechsellern auf die Zukunft einer von den Nordamerikanern dirigierten Weltordnung geblüffelt. Alles in allem: was dieser Mann zu sagen hat, klingt nicht sehr seriös. Es sind leere Worte, mit denen die Ereignisse des Krieges und seine gerade für die Nordamerikaner äußerst demütigenden Begleiterscheinungen in Ostasien kaum in Einklang stehen.



Hamburger Fremdenblatt

Nr. 266

**Erbisgleicher**

Von unserem Vertreter

sch. Ankara, 26. September

Der britisch-gaullistische Gegensatz in Syrien und im Libanon ist mittlerweile so angewachsen, daß sogar die in dieser Hinsicht sonst außerordentlich schweigsame türkische Presse beginnt, sich damit zu beschäftigen. Charakteristisch dafür ist der jüngst in der Istanbuler Zeitung „Tasfiri Efkiar“ erschienene Artikel, in dem die Spannung, die auch in einer persönlichen Feindschaft zwischen dem gaullistischen Hochkommissar Catroux und dem britischen Gesandten in der Levante General Spears ihren Ausdruck findet, untersucht wird. Das Blatt verweist darauf, daß Großbritannien seit je darauf abzielte, den syrisch-libanesischen Raum dem unter britischer Kontrolle stehenden arabischen Raum möglichst eng anzugliedern, um damit den französischen Einfluß in Vorderasien auszuschalten. Diesen britischen Bemühungen gegenüber machen sich in erster Linie im Libanon Gegenkräfte bemerkbar, da der Libanon mit vorwiegend christlicher Bevölkerung keinerlei Interesse daran hat, in ein islamitisches Staatengebilde eingegliedert zu werden. Im Libanon vertrete man also, so schreibt die türkische Zeitung, die auch im Falle Syriens geübte

Separation gegenüber den übrigen arabischen Ländern des Nahen Ostens.

Interessant ist, zu beobachten, daß man amerikanischerseits, wie übrigens überall im Nahen Osten, nunmehr auch in Syrien und im Libanon in den trüben Gewässern des britisch-gaullistischen Gegensatzes zu fischen sucht, um auch in der Levante alle Vorbereitungen zur Übernahme des britischen Erbes zu treffen. Die Zweigstelle des nordamerikanischen Informationsbüros für Nahost, die in Beirut errichtet wurde, bearbeitet systematisch die syrisch-libanesischen Presse, wobei alte, durch die nordamerikanische Universität in Beirut geschaffene Verbindungen ausgenutzt werden. Eine finanzielle Einflußnahme bei einem maßgeblichen libanesischen Blatt wird selbst amerikanischerseits offen zugegeben.

Der nordamerikanische Generalkonsul in Beirut hat zu wiederholten Malen eine Vermittlerrolle zwischen einheimischen Verwaltungsstellen und gaullistischer oder britischer Verwaltung zu spielen versucht. Auch die USA-Industrie sucht mit Beirut Vertreterfirmen Fühlung zu nehmen, und eine nordamerikanische Industriellenkommission bereiste zu diesem Zweck die Levante. So ist also auch in Syrien und dem Libanon deutlich die nordamerikanische Rolle als Erbschleicher zu erkennen. Wie weitgehend das nordamerikanische Engagement im Nahen Osten schon geht, wird am deutlichsten sichtbar aus einer aus Bagdad eingetroffenen Meldung, nach der nordamerikanische Rundfunkgesellschaften auf den Bahreininseln einen eigenen Sender fertiggestellt haben, über den nunmehr ein nordamerikanisches Programm in den Nahoststaaten verbreitet werden soll.

Kölnische Zeitung  
Nr. 544 / 45

# Die große Wandlung im Nahen Osten

Von unserem PSch-Vertreter

## England als Hilfesuchender

Ankara, im Oktober.

Seitdem durch den Vorstoß Rommels in Nordafrika Ägypten und der Sueskanal unmittelbarer Bedrohung ausgesetzt sind und durch den deutschen Vormarsch im Kaukasus auch die Nordostflanke der britischen Nahoststellung zwischem Kaspischem und Schwarzem Meer gefährdet erscheint, somit der für die Erhaltung des britischen Empire so wichtige Raum zwischen Libyscher Wüste und Kaukasus in die Zange genommen zu sein scheint, hat die Haltung Großbritanniens in diesem Raum eine grundlegende Wandlung erfahren. Während zu Beginn des Krieges Großbritannien im Nahen und Mittleren Osten, also im indischen Vorfeld, sich als der Beschützer der arabischen und anderen nahöstlichen Staaten aufzuspielen suchte, steht es nun hilfesuchend vor diesen Völkern, die es vorgab zu beschützen. Jahrelang hatte die britische Propaganda die Ambitionen britischer Politik damit zu bemänteln gesucht, daß sie erklärte: Großbritannien hat die Stellungen zwischen Nil und Euphrat bezogen, um die Völker dieses Raumes gegen die aggressiven Tendenzen der autoritären Staaten — in diesem Fall besonders Italiens — zu schützen. Im Sinne dieser Propaganda hatte es den nahöstlichen Raum mit einem Netz von Verträgen, Abmachungen und Pakten überzogen, in denen allen Nahost-Staaten nur eine passive, duldende Rolle zugeschrieben war, während Großbritanniens Stärke und Kampfkraft Sicherheit und Frieden — wenngleich einen britischen Frieden — garantieren sollten. Und der Nimbus Großbritanniens war damals so groß, daß die nahöstlichen Staaten an die britische Kraft glaubten und sich einstweilen damit abfanden, ihre eigentlichen nationalen Ambitionen im Rahmen britischer Vorherrschaft und unter dem Schutz einer Pax britannica zu verwirklichen.

Dann aber mußten diese Völker und ihre Staatsmänner erkennen, wie Großbritannien den Frankreichfeldzug verlor, wie britische Truppen aus Griechenland und Kreta geworfen wurden, wie die britischen Soldaten auf Wraks und in moralisch und physisch völlig gebrochenem Zustand an den nahöstlichen Küsten landeten. Sie sahen, wie die Macht, die im Nahen Osten die Rolle des Schutzherrn spielte, im Fernen Osten geschlagen und zu Paaren getrieben wurde, wie wichtige Stützpunkte des Empire verloren gingen und wie schließlich die britische Seeherrschaft derartig angeschlagen und der britische Handel und Seeverkehr so unterbunden wurde, daß es zur Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zum Nahen Osten nicht mehr ausreichte. Das alles raubte Großbritannien — trotz aller propagandistischen Versuche der britischen Stellen im Nahen Osten, die Entwicklung zu bagatellisieren — den Nimbus der Stärke und Macht, der bis dahin Grundlage der britischen Nahostpolitik gewesen. Man erkannte auf einmal, daß Großbritannien sterblich, sehr sterblich war. Diese Erkenntnis hatte in weiten Kreisen, die bis dahin wenngleich nicht mit Großbritannien sympathisierten so doch zusammenarbeiteten, aus der vermeintlichen Erkenntnis gegebener Tatsache heraus, eine beachtenswerte Wandlung der Haltung zur Folge: man distanzierte sich zusehends von den Briten in die Erkenntnis, daß die britische Herrschaft stark bedroht war, und wollte dadurch der Gefahr vorbeugen, mit in den Strudel des Untergangs hinabgezogen zu werden, falls Großbritannien stürzte und es mit der

britischen Nahoststellung zu Ende ging.

Gegen diese durch den britischen Prestigeverlust heraufbeschworene Haltung weiten Kreise im Nahen Osten kämpft die britische Propaganda seit Monaten einen verzweifelten, aber erfolglosen Kampf. Großbritannien hat sein Gesicht verloren — wie man im Orient sagt. Der Nimbus seiner angeblichen Macht ist dahin, und so etwas ersetzt man nicht mit noch so lauten und beschwörendem Propagandagerede. Gewiß gibt es auch heute noch überall im Nahen Osten Leute, Emire und Regenten, Ministerpräsidenten und Politiker, Wirtschaftler und Bankiers, die Großbritannien die Stange halten und vorgeben, an die britische Zukunft und den britischen Sieg zu glauben. Sie tun es deshalb, weil ihre Stellung zu eng mit Großbritanniens Schicksal verbunden ist, weil sie von Großbritannien leben und ohne den britischen Rückhalt von der Bühne des Geschehens hinweggefegt würden. Sie wissen, daß ihr eigenes Schicksal vom britischen abhängt, gleichgültig, ob es sich um Emir Abdallah von Transjordanien oder den Regenten Abdull Illah aus der Dynastie der Haschemiten handelt, oder um Kreaturen, wie den irakischen Ministerpräsidenten Nuri Said, der seit je gegen gute Bezahlung den Briten Handlangerdienste leistet und nun der Gewaltpolitik im Zweistromland die Kulisse einer „legalen irakischen Regierung“ leiht. Wie diese Leute über Großbritanniens Schicksal im Nahen Osten denken, geht am besten hervor aus der Tatsache, daß sie ihre Vermögenswerte längst aus der Heimat weggeschafft haben, da sie wissen, daß sie den gleichen Weg über die Grenze gehen werden müssen, wenn einmal die Stunde der Entscheidung auch im Nahen Osten fällt.

Nun ist aber, wie gesagt, seit einigen Monaten im gesamten Nahen Osten ein Prozeß eingeleitet, der vollends eine Wandlung der britischen Haltung in diesem Raum mit sich bringt. Lebte bisher Großbritannien von dem Nimbus als Schutzherr, so reisen nunmehr zwischen Nil und Kaukasus britische Agenten landauf und landab, um die Hilfe der angeblich beschützten Völker für Großbritannien zu erbetteln. Aus den bisher angeblich durch Großbritannien Beschützten sollen auf einmal Schützer und Helfer für Großbritannien in der Stunde britischer Not werden. So machen Großbritanniens Agenten vor Juden und Arabern Kotau in der Hoffnung, Menschen zur Verteidigung des Nahen Ostens zu gewinnen, wo sich die Briten einst so stark fühlten. Und wo man im Nahen Osten diese Hilfe trotz britischer Verbeugungen nicht leisten will — und wo wollte man das? —, versucht man es mit Druck und Drohung. Was man mit Hilfe der Verbeugungen oder des Drucks und der Drohung auch erreichen mag, eines ist sicher: Die Briten zerschüttern mit dieser Politik das letzte Fundament, darauf ihre Macht im Nahen Osten gegründet war, nämlich den Glauben, Großbritannien könne wenigstens die Brücke nach Indien halten, nachdem es schon den Fernen Osten in überraschender Schwäche verloren hat. Und wenn dieses Schauspiel britischen Hilfesuchens beim einheimischen Element noch begleitet wird von dem unheimlichen, aber nachhaltigen Prozeß amerikanischer Infiltration und immer sichtbarer werdenden amerikanischen Machtanspruchs, dann zieht jeder daraus den Schluß, den jüngst eine türkische Zeitung zog, als sie unter dem Titel „Wandlungen der Macht“ darlegte, daß Großbritanniens Vorherrschaft im Nahen Osten, wie immer der Krieg ausgehen möge, langsam aber sicher ihrem Ende zutriebe.



## Kölnische Zeitung

Nr. 547 48

### Die Engländer im vorderen Orient

**PS** Eine arabische Denkschrift über Syrien verbreitet sich über die Schreckensherrschaft der Engländer im Lande seit dem Einmarsch im Juli vorigen Jahres. Am 14. wurde damals der Waffenstillstand unterzeichnet, der den Feindseligkeiten ein Ziel gesetzt hatte. Darin verpflichtete sich England, keine Verfolgung gegen Syrer zu unternehmen, die an den Feindseligkeiten teilgenommen hätten. Schon eine Woche später verhängte die englische Besatzung den Belagerungszustand, weil es zu englandfeindlichen Kundgebungen gekommen sei. Dieser Belagerungszustand war aber ebenso gegen die Franzosen de Gaulles wie gegen die Syrer gerichtet, denn England bemühte sich, den Einfluß des Generals Catroux, der im Auftrag de Gaulles als Oberkommissar erschienen war, zu untergraben und völlig auszuschalten. Nach der Denkschrift sind seitdem 112 Todesurteile vollstreckt worden und 2716 Urteile auf Zuchthaus, Gefängnis oder Konzentrationslager ergangen, durch die 6000 Araber ihrer Freiheit beraubt worden sind, 1100 sind außer Landes gebracht worden und 100 davon sind seitdem verschollen, also wahrscheinlich ums Leben gekommen. Das ist die „Sicherung des Gebietes für Frankreich“.

Inzwischen ist Syrien in den Kampf um die Ernährung einbezogen worden, der im ganzen Vorderen Orient geführt wird. England ist außerstande, seine dortige Armee mit Nahrungsmitteln zu versorgen, denn die Schifffahrt durch das Mittelmeer ist durch die Wirkung der Achsenmächte praktisch zum Erliegen gekommen, die Fahrt um Afrika und durch das Rote Meer ist aber ebenso gefährvoll geworden. In zunehmendem Umfang hat es deshalb begonnen, Lebensmittel, vor allem Getreide, in allen vorderasiatischen Ländern zu requirieren, die alle keine Ausfuhrländer sind, sondern nur ihren Bedarf erzeugen. In Syrien und im Libanongebiet sind die Preise infolgedessen gewaltig gestiegen, haben das Vierfache der damaligen Höhe erreicht. Die Beamten setzen fortwährend Erhöhungen ihrer Bezüge durch, was die Finanzen des Staates in Unordnung bringt und die Währung ruiniert. England verspricht dabei immer, daß der Bevölkerung Ersatz aus kanadischen Lieferungen geschaffen werde, aber diese Lieferungen kommen nicht. Schon mit der Ernte 1941 ging es so und jetzt wird die Requisition überall schärfer durchgeführt. Im Irak hat das zu Prügeleien zwischen englischem Militär und heimischen Bauern geführt. Diese Reibereien werden aus dem ganzen Lande berichtet, im Süden, in der Provinz Scharaban ebenso wie am mittleren Euphrat und im Norden, wo gute Weizengebiete liegen. Dieselben Kämpfe gibt es in Iran, wo ebenfalls requiriert wird.

England will aber nicht nur Lebensmittel, sondern auch Kanonenfutter, will Menschen, die für seine Ziele kämpfen sollen, wobei es behauptet, daß es für das kommende großarabische Reich sei, das nach dem Krieg alle Araber unter seiner Herrschaft vereinigen soll. Diese Musik klingt aber schlecht, denn sie ist auch 1916/17 angestimmt worden, um die Araber gegen die osmanische Herrschaft zu mobilisieren, und bekanntlich ist damals das Arabische Reich nicht geschaffen worden. Der Irak, der angeblich freie Staat, hat eine von England ausgebildete kleine Armee, die zuerst daran glauben muß, eine Division soll römischen Meldungen zufolge nach der ägyptischen Front gebracht werden. Darüber ist es zu einer neuen Krise in der englandhörigen Regierung gekommen, gegen die sich der Un-

wille der Bevölkerung jetzt auch richtet. Familienangehörige der Minister sind verschwunden und ihre Plantagen verwüstet worden, der Minister für Volks-  
erziehung ist tot vor seinem brennenden Hause gefunden worden. In Iran hat General Wilson wegen eines angeblichen Anschlags gegen den englischen Gesandten den Befehl über das Heer übernommen. Das soll wohl der Weg sein, um es nunmehr tatsächlich in den Krieg zu ziehen, denn die Forderung ist bereits bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit der Regierung des Schahs erhoben worden. In Syrien besteht kein Heer. Freiwillige für Englands Heer finden sich kaum, die bereit wären, in den Krieg an der ägyptischen Front einzugreifen. So äußert sich in allen vorderasiatischen Ländern der Segen der englischen Herrschaft.

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 318

### Druck und Beunruhigung im Vorderen Orient

Meldung unseres Vertreters  
sch Ankara, 17. November

Informationen aus Kairo lassen erkennen, daß die britische Diplomatie die Lage auf dem nordafrikanischen Kampffeld dazu ausnutzt, um äußersten Druck auf Ägypten auszuüben. Meldungen aus diplomatischen Quellen wollen wissen, daß die Regierung Nahas Pascha beschlossen habe, die ägyptische Armee zur aktiven Unterstützung der britischen Kriegführung einzusetzen, ohne jedoch formal in den Krieg gegen die Achse einzutreten. Am Sonnabend hielt Nahas Pascha eine auch vom Rundfunk übertragene Rede, die in ihrem Gesamttenor auffallend probritisch war. Andererseits wird in Hofkreisen nach wie vor die politische Strategie der Nichtkriegführung vertreten und gefordert, daß Ägypten in seinen politischen und militärischen Verpflichtungen nicht weiter gehe, als dies durch den angloägyptischen Vertrag vorgezeichnet ist.

In politischen Kreisen Ankaras, wo man zu Beginn der nordamerikanischen Invasion in Nordafrika der alarmierenden angloamerikanischen Propaganda unterlag, greift seit einigen Tagen eine gewisse Besinnung weiter um sich. Die Ereignisse in Nordafrika werden nun zurückhaltender beurteilt. Diese Auffassung wird nicht zuletzt durch die deutschen Versenkungsmeldungen maßgebend beeinflusst. Gleichzeitig

wird, wenn auch noch unausgesprochen, immer deutlicher die Sorge über die kommende angloamerikanische Haltung gegenüber der Türkei spürbar, weil man eine angloamerikanische Erpressung fürchtet.

Trotz dieser außenpolitischen Sorgen wird die türkische Aufmerksamkeit jedoch nach wie vor stark durch die innere Entwicklung beansprucht, wo einschneidende Steuergesetze erlassen wurden und noch umfassendere erwartet werden. Dabei werden erstmalig soweit bekannt wurde, auch die türkischen Juden von der ganzen Schärfe des Gesetzes betroffen werden.



Dez. 1942

Lommatzsch  
16.2.48

*alliierten und der*  
Die Einstellung der Länder des Nahen Ostens

(Divided Loyalties In The Near East)

"The American Mercury", Concord, N.H., Bd. 60, Nr. 228, Dez. 42 (Edward J. Bing): "In der Türkei ist die Lage mehr zu unseren Gunsten als in den östlich und südlich davon gelagerten Ländern. Im Gegensatz zum Iran, Irak und Syrien ist die Türkei den Demokratien gegenüber loyal. Das bedeutet natürlich keine feste Garantie für die türkische Politik, aber doch einen Vorteil für unsere Seite den Achsenmächten gegenüber."

Die politische Lage in Ägypten ist sehr heikel. Die eingeborene ägyptische Armee hat weder Kampfgeist noch wirklichen militärischen Wert. Die Zivilbevölkerung hat zwei verschiedene Einstellungen. Die Hofkreise und die Grossgrundbesitzer sind achsenfreundlich eingestellt. Die Fellachen - die armen, ungebildeten und unterdrückten Bauern - haben keine ausschlaggebende Meinung. In grossen und ganzen sind sie gegen den abendländischen Einfluss und deshalb gegen die Engländer, aber sie werden durch die Haltung der führenden politischen Partei in Ägypten beeinflusst, die Warft Partei beeinflusst, die sie als ihren Sprecher betrachten.

Was den Iran anbelangt, wäre es eine grobe Unwahrheit zu behaupten, die herrschenden Kreise und die Bevölkerung hätten diesen für die Demokratien. Ebenso unwahr wäre die Behauptung, sie hätten die Nazis. Ihre Haltung wird am besten als "übelwollende Neutralität" gekennzeichnet.

Dez. 1942

- 2 -

Im Irak herrscht fast allgemein eine Feindseligkeit gegen die Engländer, in Syrien gegen die Engländer und Franzosen, beides die de Gaulle und Laval Partisanen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Länder achsenfreundlich wären. Wie im Iran ist die allgemeine Einstellung gegen den "Demokratien gegenüber eine der "übelwollenden Neutralität". Die Syrier und Iraker sehen diesen Krieg als eine Angelegenheit an, die sie nichts angeht.

Eine ganz offene Untersuchung führt zu dem Schluss, dass die Diplomatie der Alliierten in Iran, Irak und Syrien höchstens erreichen kann, die Feindschaft der politisch wichtigen Elemente in eine freundlich gefärbte "Neutralität zu verwandeln.

Wir können es uns aber nicht leisten, passiv zu bleiben. Es ist wichtig, dass die "Neutralität vieler einflussreicher eingeborener Führer einen freundlichen Charakter annimmt. Und das können wir erreichen. Aber wir müssen sofort darangehen, ehe es zu spät ist. Die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und die Initiative den Achsenmächten zu überlassen, könnte sich als verhängnisvoll für die Sache der Alliierten erweisen.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 629

Gegen die fremde Bevormundung.

Abwehrenden im Nahen Osten.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

WED ANKARA, 8. Dezember. Ein amerikanischer Schriftsteller hat einem türkischen Journalisten, der kürzlich die Vereinigten Staaten besuchte, erklärt: „Wir sind so sehr mit der Fabrikation von Kriegsmaterial beschäftigt, daß uns keine Zeit bleibt, Ideen für die zukünftige Friedensordnung der Welt zu fabrizieren. Wenn ihr Türken solche gedankliche Arbeit auf euch nehmen wolltet, so würdet ihr euch verdient machen“. Edens Rede vor dem Unterhaus über das, was er sich unter einem Wiederaufbau nach dem Kriege vorstellt, zeigt den Völkern des Nahen Ostens, wie wenig die mit Sorgen um Kriegsmaterial und um den Kriegsausgang beschäftigten Angelsachsen in der Tat imstande sind, Pläne zu entwerfen, die für das Wohl der Welt wirklich förderlich wären. Denn das zukünftige Weltbild, das der britische Außenminister zeigte, entspricht nicht nur nicht den Hoffnungen und Wünschen der orientalischen Nationen, es ist sogar gerade das Gegenteil von dem, was die Menschen dieses Bezirks erstreben. Zumal ein Satz der Rede Edens, der erklärte, nach Beendigung der Feindseligkeiten würden Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion das „virtuelle Monopol der bewaffneten Macht“ besitzen, das angewandt werden solle, „die Wiederholung der Aggression zu verhindern“, hat hier erschreckend gewirkt. Der Leiter der britischen Außenpolitik hat ausgesprochen, daß das Kriegsziel der beiden angelsächsischen Mächte die Teilung der Weltherrschaft mit der Sowjetunion sei. Ähnliches ist zwar schon des öfteren dargelegt worden, aber nach der Meinung der Orientalen geschah es noch nie mit so krasser Deutlichkeit.

Vergebliche Agitation.

Schon allein die Nennung der Sowjetunion als einer Partnerin bei der Ausübung der Weltherrschaft hat auf die Welt des Islams eine katastrophale Wirkung. Man weiß, daß die Realisierung der sowjetischen „Sicherheitswünsche“ ein territoriales Heranrücken des Sowjetreiches sowohl bis an die Aegäis als auch unmittelbar an den Bezirk des Nahen Ostens bedeuten würde. Den Beweis dafür erblicken die Nationen des Islams außer in dem bekanntgewordenen diplomatischen Dokument auch in der Agitation, welche die Sowjetunion seit vielen Monaten zugleich nach dem Balkan und dem Nahen Osten hin betreibt. Dort ist es das panslawische Ideal, mit dem die Bolschewisten ihren Imperialismus verschleiern. Hier aber wird mit der unwahren Behauptung gearbeitet, in der Sowjetunion genossen die mohammedanischen Völkerstämme eine uneingeschränkte kulturelle Freiheit, sie kämpften daher mit Begeisterung in den Sowjetheeren des Nahen Ostens. Die Sowjetunion sei der wahre Freund des Islams. Diese Agitation vermag zwar dank der Duldung durch die freimaurerischen Gaullisten und infolge der Unterstützung durch einige törichte einheimische Literaten äußerlich Boden in Libanon und Syrien zu gewinnen, aber in Wirklichkeit macht sie, wie Ägyptens Haltung zeigt, auf die islamischen Völker keinen Eindruck. Der ägyptische Staat hat die Sowjetunion, obwohl er auch der Form nach deren Verbündeter ist, bis heute noch immer nicht anerkannt, und nur zögernd erlaubt die ägyptische Regierung ihrem Londoner Botschafter Nashaat Pascha, im Hause Maiskis zu verkehren.

Vorbei...

Doch abgesehen von der Nennung der Sowjetunion als Teilnehmerin an der angelsächsischen Weltherrschaft wollen die Nationen des Nahen Ostens überhaupt von der Errichtung einer Weltherrschaft nichts wissen. Hat der erste Weltkrieg unter den Völkern des Islams eine starke Freiheitsbewegung entwickelt, so ist daraus in dem gegenwärtigen Krieg ein tief wurzelnder Nationalismus geworden, den die künftige Weltordnung ganz anders, als Eden es offenbar plant, in Rechnung ziehen mußte. Vorbei soll, so wünschen es die islamischen Völker, die Zeit der englischen Schutzbündnisse sein, welche in Wahrheit eine weitere politische Abhängigkeit entstehen ließen. Ägypten und Irak sind, trotz ihrer zur Zeit bekundeten Anglophilie, fest entschlossen, bei einer künftigen Regelung die Aufhebung ihrer Bündnisverträge mit England zu fordern. So ist ferner das gaullistische Vorhaben,

Syrien und Libanon in ein ähnliches Bündnisverhältnis zu Frankreich treten zu lassen, schon an sich völlig verfehlt. Die arabischen Völker wollen künftig eine uneingeschränkte Freiheit genießen, sie wollen ohne Bevormundung die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bande schaffen, die sie für ersprießlich halten. Mancherlei Anzeichen, die in dieser Richtung liegen, sind trotz der englischen Besetzung bereits offenkundig geworden. Unter anderen Zeichen ist neuerdings die Reise einer besonderen irakischen Kommission nach Kairo zu nennen, welche die ägyptischen Methoden der Luftabwehr studieren wollte, weil Irak so die ausländischen, also englischen Sachverständigen loswerden will.

Die Engländer mögen meinen, den Vorderen Orient zu beherrschen, aber die Losung „der arabische Raum den Arabern“ ist so sehr die aller Araber geworden, daß selbst Abessinien einen ähnlichen Drang verspürt; kürzlich ist eine abessinische Abordnung in Kairo erschienen, um (wie es bereits für Irak geschehen ist) die Entsendung ägyptischer Lehrer und Professoren nach Addis Abeba zu erbitten. Vorbei soll es nach dem Wunsche der orientalischen Völker künftig auch mit der Vorherrschaft des englischen geistigen Einflusses sein. Es hat zum Beispiel einen tiefen Sinn, daß die ägyptische Regierung in einem Sondergesetz ausschließlich die Benutzung der arabischen Sprache in der geschäftlichen Buchhaltung angeordnet hat. Ferner ist nicht ohne Bedeutung, daß der libanesischen Staat die Reform seiner geistlichen Gerichte beschlossen hat. Der Islam macht eben mancherlei Anstalten, sich auf seine eigenen Werte zu besinnen.

Veraltete Rezepte.

Im besonderen aber weigert man sich im Nahen Osten, erneut eine englische Wirtschaftskolonie zu werden. Das Unvermögen der Engländer, die Waren zu liefern, die die Länder des Nahen Ostens früher aus der übrigen Welt bezogen haben, hat sie gezwungen, sich wirtschaftlich, sei es aus eigener Kraft, sei es durch gegenseitigen Ausgleich, weitgehend selbständig zu machen. Dadurch sind Industrien entstanden, die es früher nicht gegeben hat. Dadurch hat ferner eine landwirtschaftliche Entwicklung eine Richtung in ungewohnte Bahnen genommen. Oliver Lyttelton hat den Nationen des Vorderen Orients, als er britischer Kabinettsminister für den Nahen Osten war, selber diesen Weg gewiesen. Diesen Weg wollen sie nun nicht mehr verlassen. Das Ende des Krieges mit seinem Aufhören von militärischen Aufgaben wird ohnehin für die Wirtschaft des Orients eine schwere Krise hervorgerufen. Um so mehr wird es nötig sein, das Neugeschaffene sorgsamst zu pflegen und mit Zöllen zu schützen. Daß die Angelsachsen mit ihren egoistischen Absichten das Gegenteil vorhaben, hat die Atlantik-Erklärung durch die Forderung nach Rückkehr zum Freihandelsprinzip deutlich gemacht. Rezepte, die für den Nahen Osten heilsam wären, sind von den angelsächsischen Staatsmännern nicht zu erwarten. Das hat die Rede Edens erneut gezeigt.

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 341 A.C.

### Kleinkrieg in der Levante

Meldung unseres Vertreters  
sch. Ankara, 9. Dezember

Das Intrigenspiel, das sich in der Levante gleichzeitig mit den nordafrikanischen Auseinandersetzungen zwischen den Verrätern Darlan und de Gaulle und ihren nordamerikanischen und britischen Hintermännern entwickelt, nimmt immer groteskere Formen an. Es beginnt in einen Kampf aller gegen alle um den Einfluß in Syrien und im Libanon auszuarten. Wie schon berichtet, ist der bisherige „gaullistische Hochkommissar“ für die Levante, General Catroux, nach London gefahren, um gemeinsam mit de Gaulle Protest gegen die systematische Verdrängung des französischen Einflusses in Syrien und im Libanon einzulegen. Die Reise Catroux' nach London hat nun den Unwillen nordamerikanischer Kreise, besonders des USA-Gesandten Wadsworth, erregt, die der Meinung sind, Catroux habe sich mit Beschwerden nicht an London, sondern an Washington zu wenden. Einer Vereinbarung entsprechend, hat Washington gegenüber London in allen Levante-Fragen die Vorhand. Diese nordamerikanische Verstimmung gegenüber Catroux haben sich gewisse französische Kreise der Levante nutzbar gemacht, um sich maßgeblichen Nordamerikanern zu nähern und in der Zusammenarbeit mit ihnen Stellungen zu erringen, die ihnen durch Catroux eifersüchtig verweigert worden waren.

In Beirut beginnen sich immer deutlicher zwei Parteien unter den verbliebenen französischen Elementen abzuzeichnen. Die eine sucht trotz aller Enttäuschungen wieder mit den britischen Stellen zusammenzuarbeiten, um sich des wachsenden nordamerikanischen Einflusses zu erwehren, während die andere Partei, die sich von der Clique um Catroux seit langem an die Wand gedrückt fühlt, die Zusammenarbeit mit nordamerikanischen Stellen zu erreichen sucht. Mit Hilfe dieser beiden französischen Parteien führen nun auch die britischen und nordamerikanischen Agenturen und Kommandostellen eine Art Kleinkrieg und machen sich gegenseitig Schwierigkeiten. So hatten beispielsweise nordamerikanische Propagandastellen zahl-

lose Gaullisten aus ihren Ämtern beim Beirut Rundfunk hinausmanövriert, um ihre Posten mit den der USA-Propaganda ergebenen Elementen zu besetzen. Diese Personalpolitik war aber nur von kurzer Dauer, da sich die aus Amt und Würden Entfernten in ihrer Not an das britische Oberkommando wandten. Der britische Kommandant der neunten Armee, General Holmes, unterzeichnete daraufhin einen Befehl, wonach „aus militärischen Gründen“ das dem nordamerikanischen War-Information Office hörige Personal des Beirut Senders von der Bildfläche zu verschwinden habe, worauf die Vertriebenen auf ihre Rundfunkposten zurückkehrten. Solche grotesken Auswüchse der Intrige sind ständig zu beobachten und machen den Kampf aller gegen alle in der Levante immer deutlicher.

Alle diese Versuche und Aktionen werden auf dem Rücken des syrischen Volkes ausgetragen, und niemand denkt mehr daran, daß ja Syrien und der Libanon, um die sich alle alliierten Partner zanken, laut feierlicher Erklärung schon seit mehr als Jahresfrist „sovereäne Staaten“ sind.



## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 351

### Britischer Schweigeboykott

Stockholm, 19. Dezember

Die Stockholmer Zeitung „Dagsposten“ befaßt sich in einem bemerkenswerten Artikel mit den Fragen des Nahen Ostens, wo England immer neue Schwierigkeiten entstehen. Im einzelnen heißt es u. a.:

„Es ist seit einiger Zeit im Nahen Osten auffallend ruhig geworden. Das gleiche gilt für Britisch-Indien, dessen innere Lage kaum noch von London kommentiert wird. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sich die indische Politik aus englischem Gesichtspunkt heraus günstig entwickelt hat. Mit jedem Monat wachsen die Schwierigkeiten, die Administration in Gang zu halten und die notwendige äußere Ordnung sicherzustellen. Die Sabotagetätigkeit macht sich vor allem auf dem Gebiet des Transportwesens bemerkbar.“

Aber auch der Nahe Osten ist Gegenstand einer Art von Schweigeboykott geworden. Das einzige, was mit Sicherheit aus den knappen Mitteilungen hervorzugehen scheint, ist, daß eifrige Versuche gemacht werden, eine englandfreundliche arabische Föderation zustande zu bringen. Das scheint die gleiche Politik, die

nach dem vorigen Weltkrieg Erfolg gezeitigt hatte, als die Mitglieder der Familie Hussein von Mekka als englische Vasallenkönige in Mekka, Kerak, Irak und für einige Zeit auch in Syrien untergebracht wurden.

Was Ägypten angeht, hat sich König Faruk als schwierig erwiesen. Gelegentlich ist angedeutet worden, daß man von englischer Seite eine Absetzung des jungen Monarchen beabsichtigte, aber man hat offensichtlich nicht gewagt, den Schritt zu unternehmen. Eine offen antibritische Bewegung im Rücken der kämpfenden Armeen wäre unangenehm, auch wenn die Ägypter zu den Völkern gehören, die sich verhältnismäßig leicht den Machthabern des Augenblicks beugen. Die allgemeine antibritische Stimmung ist jedoch unverkennbar.

Am kompliziertesten scheinen die Verhältnisse in Iran geworden zu sein. Ganz Nordpersien ist der Sowjetherrschaft ausgeliefert worden, die auf die übliche Weise hauste. Das Ergebnis war u. a. eine schwere Hungersnot. Aus dem Versprechen, die Selbstverwaltung Irans zu respektieren, ist indessen nichts geworden. Der Herrscher des neuen Irans, Schah Fahlevi I., wurde abgesetzt und in britische Gefangenschaft geführt. Der Sohn ist zum nominellen Herrscher gemacht worden. Eine große Unzufriedenheit breitet sich über das ganze Land aus.“

## Il Popolo d'Italia (Mailand)

Nr. 355

### Persecuzioni inglesi nel Medio Oriente

Ankara 21 dicembre

Londra è costretta ad accentuare vieppiù i metodi briganteschi nei confronti delle popolazioni tuttora sottomesse al giogo britannico, nel vano tentativo di arginare la situazione e di rimediare, come meglio può, ai gravi inconvenienti che sono ormai all'ordine del giorno.

Da tempo, con frequenza sempre più sconcertante, teatro di tali gesta è il Vicino e il Medio Oriente, dove a mano a mano che la bandiera dell'« Union Yack » appare sempre più mal sicura in quelle posizioni sulle quali era consueta avventolare incontrastata, le vessazioni, la violenza più brutta, i ricatti, i tradimenti sono i sistemi sempre più preferiti dai governanti britannici.

Poco importa se vengono in tal modo ignominiosamente calpestat i impegni internazionali e solenni dichiarazioni che avrebbero dovuto garantire quelle stesse popolazioni oggi oppresse, poco importa se le stragi più sanguinose non possono essere evitate e se migliaia di innocenti debbono soffrire la fame.

Dall'India all'Iran, dall'Iran all'Egitto. Ora è la volta del Libano dove un'imposta quanto mai esosa è stata istituita a carico di quelle popolazioni, destinate, come d'ordinario, a coprire le spese delle truppe di occupazione.

Naturalmente non mancano le più energiche resistenze, specie da parte dei commercianti e degli industriali, che sono senza dubbio i più colpiti dalla nuova tassazione. Ai disordini verificatisi già nei giorni scorsi qua e là nel Paese ed in particolar modo a Beirut, vanno aggiunte oggi le proteste delle associazioni dei commercianti e degli industriali. Queste, mentre non hanno mancato di far presente il malcontento delle categorie rappresentate alle autorità di occupazione, hanno inoltre formalmente invitato i propri soci a rifiutare, nella maniera più categorica, il pagamento dell'imposta.

Nuovi torbidi scoppieranno, altro sangue sarà versato ed un'ennesima vittoria sarà registrata alla fine dai pirati londinesi contro popolazioni armate unicamente della propria accanita volontà di resistere all'odiato oppressore.

Le notizie di stamane sulla situazione generale del Medio Oriente informano che nell'Irak e nella Siria l'approvvigionamento della popolazione scarseggia sempre più. Le sommosse ed il brigantaggio si estendono. Si ripetono azioni di

sabotaggio contro gli Inglesi. Si segnala il concentramento di rilevanti truppe americane. Una numerosa missione americana è arrivata nell'Arabia Saudita, malgrado le proteste del Governo di Ibn Saud. Si segnalano, infine, sanguinosi disordini a Teheran ove i carri corazzati e le mitragliatrici inglesi seminano la morte fra la popolazione civile.

Si apprende da Damasco che squadre composte di soldati, gendarmi e agenti di polizia perlustrano tutte le campagne siriane con l'ordine perentorio di procedere al sequestro immediato dei quantitativi di grano che gli agricoltori non hanno voluto consegnare agli ammassi. Dette squadre sono seguite da automezzi, sui quali vengono caricati i cereali sequestrati.

Tale disposizione ha provocato numerosi incidenti che sono stati seguiti dall'arresto di alcuni contadini che si sono opposti alla forza pubblica.



## Oriente Moderno (Rom)

Nr. 1

### Proposta di Habib Lutfallah per una Federazione del Vicino Oriente. —

Habib Lutfallah scriveva al *Times* il 2 dicembre per rilevare che dal 1915 al 1942 sei trat-

tati sono stati conclusi da Stati del Vicino Oriente con Potenze europee. Uno solo non fu mai applicato: quello fra il Re Husein e Mac Mahon. Verrà ora il momento di procedere nel Vicino Oriente a nuovi trattati: perchè non applicarvi il sistema federativo, contemplato per i Balcani? Era questa l'idea del 1915, sostenuta dal Comitato Arabo di Difesa Nazionale che Habib Lutfallah presiedeva; i nazionalisti e i militari arabi l'avevano accettata. Sarebbe il miglior sistema per eliminare dai paesi arabi gli attriti e i fanatismi, sia religiosi che politici, e per industrializzare quei paesi. Gli Inglesi, che hanno raggiunto nel Vicino Oriente l'unificazione dei comandi militari, dovrebbero far lo stesso nel campo politico, trattando i territori da Ghazzah ad el-Basrah come un solo complesso. (*Times*, 3-12-1942).

*I Lutfallah erano tre fratelli, siriani greco-ortodossi del Cairo, figli di un ricco banchiere, che finanziò il Re Husein e ne ebbe il titolo di Emiro. Habib fu rappresentante diplomatico di Husein a Roma e altrove; Michel, ora morto, si stabilì a Beirut e aspirò alla presidenza della Repubblica. Habib vive da un pezzo a Londra e sembra conservi aspirazioni politiche.*

V. V.

## Corriere Mercantile(Genua

8

### **Vibrate proteste degli arabi palestinesi contro la campagna americana in favore delle mire sionistiche nel vicino Oriente**

**Londra soffia nel fuoco contro Washington**

ANKARA, 9.

La campagna svolta negli Stati Uniti in favore delle mire sionistiche sul Vicino Oriente ha suscitato molte critiche negli ambienti arabi palestinesi i quali non ammettono che le porte della Palestina vengano aperte agli ebrei europei, in patente violazione dei diritti legittimi degli arabi.

Un memoriale contro dichiarazioni di alcuni esponenti della politica nord americana è stato inviato in questi giorni all'alto commissario inglese per la Palestina da parte dei capi tribù del distretto di Bir es Sain. Analoga protesta è stata fatta da le più influenti personalità arabe di Califa.

La censura inglese permette che la stampa araba da essa controllata lanci attacchi contro gli Stati Uniti accusati di appoggiare i piani del sionismo. La stampa inglese a sua volta riporta dichiarazioni sempre più sintomatiche della stampa araba circa la spinosa questione. Un giornale palestinese scrive in proposito: non è necessario che gli arabi facciano propaganda in favore del problema arabo: infatti non occorre nessuna propaganda per provare i nostri diritti in casa nostra.

Appare evidente che Londra desidera orientare contro gli Stati Uniti l'ostilità araba e trovare qualche efficace rimedio contro i tentativi di penetrazione nord americana nel mondo arabo.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr.

78

Die Krise in der Levante.

Englisch-amerikanische Aktivierungsversuche.

(Funkmeldung unseres Korrespondenten.)

WvD ANKARA, 11. Februar. Trotz den bisher erlittenen Mißerfolgen sind die Engländer und Amerikaner weiter bemüht, die Levante für ihren Krieg zu aktivieren. In Syrien und Libanon ist die Werbetrommel in den letzten Monaten sehr laut zu hören gewesen. Doch die Zahl der Freiwilligen, die sich meldeten, entspricht nicht den Wünschen der Kommissare Roosevelts und Churchills. So bleibt das Ziel, das sie erreichen wollen, die Einführung der militärischen Dienstpflicht. Der Amerikaner Wadsworth und der Engländer Spears sind sich indessen über die dafür anzuwendende Methode nicht einig. Bei den Meinungsverschiedenheiten spielt auch die Beklemmung, die der Engländer angesichts der von seinem amerikanischen Kollegen erlangten Machtstellung empfindet, eine große Rolle. General Spears, der sich im vergangenen Jahr so große Mühe gegeben hat, die Gaullisten hinauszumanzuvrieren, ist jetzt erneut bereit, mit Catroux zusammenzuarbeiten. Er macht das formale Argument geltend, den Völkern der beiden Länder lasse sich die Dienstpflicht ohne die Gefährdung einer Konstitution nicht aufkrotzieren, vertragsrechtlich aber sei dazu allein die gaullistische Delegation befugt.

Ende Januar ist in Beirut und Damaskus durch Maueranschläge folgendes Dekret verkündet worden: „Der französische Nationalausschuß ist mit dem Entschluß, die in seinem Namen im Jahr 1941 durch General Catroux verkündete Unabhängigkeit Syriens und Libanons zu befestigen, nach Konsultierung der britischen Regierung zu der Erwägung gekommen, daß die militärische Lage in dem Lande die Wiederherstellung des konstitutionellen Regimes erheische. Er hat dem Generaldelegierten und Befehlshaber in der Levante das Mandat erteilt, dafür nach Konsultierung der Regierungen der syrischen und libanesischen Republik wie auch der hauptsächlich politischen Persönlichkeiten am Orte die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die demnächst zu erwartende Rückkehr des Generals Catroux wird somit eine entscheidungsvolle Etappe in dem politischen Leben Libanons und Syriens bedeuten.“ Libanon und Syrien sollen also wieder eine „Volksvertretung“ erhalten, denen dann als erste Aufgabe die Ausschreibung der militärischen Dienstpflicht zugedacht wäre. Auf diese Weise soll in Syrien wohl auch die durch den Tod des Scheichs Tajedin entstandene Staatspräsidentenkrise gelöst werden, mit der man bisher nicht fertig wurde,

weil der über großen Einfluß gebietende Nationale Block seine Mitarbeit nach wie vor verweigert.

In Beirut wird erzählt, Wadsworth habe sich nur sehr ungern auf den von Spears für notwendig gehaltenen Weg drängen lassen. Als guter Kenner des Orients befürchte er, daß die Volksbefragung und das Wachrufen der parteipolitischen Leidenschaften die bestehenden Schwierigkeiten nur vergrößern würden. Der Amerikaner mag mit seiner Befürchtung, wie die Ereignisse in Iran zeigen, nicht unrecht haben. In Teheran wird unter Berufung auf die Verfassung eine Kabinettskrise nach der andern inszeniert, weil die politischen Elemente des Landes dem Eintritt in den Krieg widerstreben. Selbst der Premierminister Ahmet Kawami Saltana mag die Beteiligung am Kriege nicht wünschen. Jedenfalls ist ihm nicht unbekannt, daß die beiden anderen Schlüsselbezirke des Nahen Ostens, die Türkei und Aegypten, ein Aufflammen des Nahen Ostens nicht für angezeigt hatten. Was die Türkei betrifft, so ist Saltana auch durch die kürzlich vorgenommene Verlängerung des Vertrags von Saadabad gehalten, die türkischen Hinweise nicht unberücksichtigt zu lassen.

Saltana ließ sich dieser Tage von dem iranischen Parlament eine Sondervollmacht erteilen, die ihm ermöglicht, ohne weiteres die Verfassungsbestimmungen aufzuheben. Gleichzeitig wurde die Stadtverwaltung Teherans in eine Militärverwaltung umgeändert; worum es sich dabei handelt, ist noch unklar. Vielleicht geht es darum, mit Hilfe der fremden Oberherren der Unzufriedenheiten Herr zu werden, die große Not im Lande entstehen ließ. Zu dieser Deutung berechtigt wohl die Äußerung Saltanas in einer Rundfunkrede, es liege zu der Besorgnis kein Anlaß vor, daß Iran in die Rolle eines Koloniallandes herabsinken werde. Nach den letzten Meldungen ist auch in Irak ein Konflikt eingetreten. Die Regierung hat das Kriegerrecht verhängt und ein Sonderministerium für Nomadenstämme geschaffen. Dies geschah, weil sich die Nomaden, die vierzig Prozent des Volkes ausmachen, der Erfassung für den Heeresdienst widersetzen. Ohne die Nomaden aber ließe sich der Plan des irakischen Kabinetts nicht durchsetzen, das stehende Heer von zwanzigtausend auf fünfundsiebzigtausend Mann zu vergrößern.

## Um die Macht in der Levante

### Scharfe Rivalität

Meldung unseres Vertreters

sch. Ankara, 11. Februar

Vor einigen Tagen ist General Catroux, der gaullistische Oberkommissar für die Levante, aus London und Nordafrika wieder in Beirut eingetroffen. Damit tritt der britisch-nordamerikanische Machtkampf in ein neues Stadium, denn schon vor dem Eintreffen Catroux hatte Radio Levante bekanntgegeben, daß er nach seiner Rückkehr eine Sonderaufgabe erfüllen werde. Nach einer offiziellen Bekanntmachung soll im Rahmen der sog. syrisch-libanesischen Unabhängigkeit die Verfassung wiederhergestellt werden. Man wird also bald in der Levante die Ausschreibung von Parlamentswahlen erleben, eine Regierungsumbildung auf der Vertrauensbasis des sog. Parlaments und wohl auch eine Wiederbesetzung des seit dem Tode Tadjeddins verwaisten syrischen Staatspräsidentenpostens.

Der unbefangene Beobachter fragt sich, was das politische Theater in diesem Augenblick bedeutet. Um seine Hintergründe zu verstehen, muß man sich die Entwicklung der Machtverhältnisse seit dem Einmarsch der Briten vor Augen halten. Nach der Verdrängung von Vichy-Frankreich setzte zunächst ein britisch-gaullistischer Machtkampf ein, der auf der einen Seite durch den britischen Gesandten Spaers, auf der andern Seite durch Catroux geführt wurde und zu einer starken Verdrängung des gaullistischen Elements führte. Der gaullistisch-britische Machtkampf in der Levante wurde später mit der wachsenden nordamerikanischen Durchdringung und nach Bestellung von Wadsworth zum Sonderbeauftragten Roosevelts abgelöst durch den britisch-nordamerikanischen Machtkampf, wobei die Briten stark an Einfluß und Boden verloren. Wegen des nordamerikanischen Machtanspruchs vollzog sich eine Wiederannäherung der sich zuvor streitenden britisch-gaullistischen Kreise. Der Gaullismus wurde in der Levante zum Prellbock der britischen Politik gegen die nordamerikanischen Machtansprüche.

Unter diesem Gesichtspunkt stellt das nun durch Catroux eingeleitete politische Theater zweifellos einen Versuch der Briten dar, mit Hilfe der Gaullisten die einheimischen Elemente mit

einer neuen Schein-Souveränität gegen die USA-Ansprüche zu aktivieren. Gleichzeitig soll die Voraussetzung für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geschaffen werden und für die Erfassung aller Kraftreserven im Sinne der angelsächsischen Kriegführung. Nach dem Irak, der durch den als britischen Agenten bekannten Ministerpräsidenten Nuri Said in den Krieg gestürzt wurde, dürften die Levante-Staaten als nächste die Folgen der britischen Kriegspolitik im Nahen Osten zu spüren bekommen.

Die britisch-nordamerikanische Rivalität wird nicht nur auf dem politischen Sektor sichtbar, sondern auch auf dem militärischen. Gerade in diesen Tagen ist der zähe Machtkampf um die Stellung des Oberkommandierenden der britisch-nordamerikanischen Streitkräfte im Nahen Osten unentschieden zu Ende gegangen. In London widersetzt man sich energisch dem nordamerikanischen Anspruch auf ein USA-Oberkommando über die gesamten alliierten Streitkräfte im Nahen Osten und hat General Maitland Wilson, der bisher das Kommando über die britischen Streitkräfte im Irak und in Iran geführt hat, zum Oberkommandierenden aller Streitkräfte der neunten und zehnten britischen Armee bestellt. Diese Ernennung beantworten die Nordamerikaner durch die Bestellung eines eigenen Oberkommandierenden für alle nordamerikanischen Streitkräfte im Nahen Osten. Als solcher fungiert künftig Generalmajor Bereton. In britischen Kreisen Ankaras gibt man ganz offen diese Rivalitäten zu, vertritt aber den Standpunkt, daß mit dem Posten eines militärischen Oberkommandos auch starke politische und wirtschaftliche Einflußnahme verbunden sei, und gerade auf dem Gebiet wollen die Briten keinen Boden mehr preisgeben.



14. Febr. 1943

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 45 A A

### Erpressung im Nahen Osten Zwangsrekrutierung

Meldung unseres Vertreters

sch. Ankara, 13. Februar

Zahlreiche Symptome deuten darauf hin, daß die angloamerikanische Nahostpolitik in eine neue Phase tritt. Während man sich bisher darauf beschränkte, alle Länder unter Kontrolle zu bringen, worauf die Vergewaltigung des Irak, der Einmarsch in Iran und die Stärkung der Stellung in Ägypten zurückzuführen sind, ist es nun offenkundig, daß die Ausschöpfung der menschlichen Reserven aller Nahoststaaten geplant ist. Am deutlichsten wird dies im Irak, wo unmittelbar nach der erzwungenen Kriegserklärung an die Achse die totale Mobilmachung eingesetzt hat und unter britischer Regie Maßnahmen ergriffen worden sind, um das bis dahin etwa 20 000 Mann zählende Heer auf 75 000 zu bringen und es dann der britischen 10. Armee einzugliedern. Diese Mobilmachung fand aber in weiten Kreisen so starken Widerstand, daß die Regierung Nuri Said über den gesamten Irak den Ausnahmezustand verhängte. Der Widerstand gilt vor allem den Rekrutierungs-Maßnahmen, die auch auf die Beduinenbevölkerung angewandt werden. Da diese den Gestellungsbefehlen keine Folge leistete, wurden Rekrutierungskommandos zusammengestellt, die die Dienstpflichtigen zwangsweise zusammentreiben. Zur Erfassung der nomadisierenden Bevölkerung wurde ein Beduinenministerium in Bagdad errichtet. Der Widerstand gegen die Mobilmachung hat insofern weittragende Bedeutung, als rund 40 Prozent des Volkes nomadisieren.

Auch in Iran sind Vorbereitungen für die Ausschöpfung im Sinne der angloamerikanischen Kriegführung getroffen. Der iranische Ministerpräsident Achmed Kawami hat sich vom Parlament außerordentliche Vollmachten geben lassen, die ihn ermächtigen, eventuell widersprechende Verfassungsparagraphen außer Kraft zu setzen. Mit anderen Worten: der iranische Ministerpräsident ist jetzt als ein Instrument anzusehen, mit dem die angloamerikanische Diplomatie und ihre Militärs diktatorisch regieren. Die Mobilisierungsdekrete zur Erfassung der wehrfähigen Bevölkerung sind auf Grund der neuen Vollmachten in Vorbereitung.

Ein ähnliches Vorgehen wird im Zuge der

angeblichen Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in den Levantestaaten durch den gaullistischen Hochkommissar General Castroux erwartet, so daß sich Syrier durch Ausreise in die Nachbarländer diesen Maßnahmen zu entziehen versuchen. Daraufhin sind die Ausreisebedingungen für die Levante verschärft worden.

Auch aus Zypern kommen Nachrichten, daß dort, angeregt durch Churchill selbst, die Zwangsrekrutierung durchgeführt werden soll.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 149

Die Mission des Generals Catroux.

Entwicklungen und Kräfte in Syrien und Libanon.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

WvD ANKARA, 21. März. Wenn Catroux demnächst wieder mit de Gaulle in Algier zusammentrifft, wird er seinem Chef berichten müssen, daß die ihm für Libanon und Syrien übertragene Mission ein höchst dürftiges Resultat ergeben hat. Nur im kleinen Libanon konnte der Weg für die Schaffung einer Verfassung beschritten werden. In dem viel wichtigeren Lande Syrien aber sind alle seine Versuche gescheitert. Dadurch wird auch das in Libanon in die Wege geleitete in Frage gestellt bleiben. Zwei große Schwierigkeiten hat Catroux in Syrien nicht überwinden können. Die eine war innerpolitischer, die andere außenpolitischer Natur. Wäre die zweite nicht gewesen, hätte er die erste vielleicht bewältigen können. Die große syrische Partei des Nationalen Blocks, die sich seinen Plänen widersetzte, forderte nämlich, daß bei Verleihung der konstitutionellen Rechte an Libanon und Syrien bereits für die Verschmelzung der beiden Staaten zu einem Bundesstaat Sorge getragen werde. Dadurch waren die von Catroux geführten Verhandlungen sehr bald an einen toten Punkt gekommen. Schließlich hielt man es in London für richtig, in Libanon ein wenig nachzugeben. Die englische Regierung möchte offenbar im Hinblick auf die Verhandlungen zur Einigung zwischen de Gaulle und Giraud die Gaullisten nicht zu sehr als die von England Düpierten erscheinen lassen. So kam unter der Londoner Weisung das vom französischen Standpunkt aus sehr fragwürdige Kompromiß zustande, daß Catroux in Libanon schalten und walten kann wie er will, daß aber die syrische Frage offen bleibt. Dadurch ist nun Syrien überhaupt dem französischen Einfluß entzogen. Das große Land wird sich hiernach Frankreich um so mehr entfremden, als dort der mächtige Nationale Block nicht mit dem von Catroux erreichten Kompromiß einverstanden und zukünftig erst recht für die Schaffung Großsyriens agitieren wird. Auf dem Wege nach Syrien hatte Catroux dem Vertreter einer Kairoer Zeitung sein Programm folgendermaßen umrissen: er werde alles tun, Syrien und Libanon wirkliche Verfassungsrechte zu geben; die herbeizuführende Lösung müsse der Vorrechte Frankreichs in Syrien und Libanon voll gerecht werden. Gemessen an den beiden Programmpunkten ist das Resultat seiner Bemühung wirklich kläglich.

In dem ihm jetzt überlassenen Libanon ist Catroux, um Frankreichs Interessen eine möglichst starke Grundlage zu geben, sehr radikal vorgegangen. Das bisherige Regime, das sich gelegentlich gegenüber den englischen Wünschen nachgiebig gezeigt hatte, wurde beseitigt. Sowohl Staatspräsident Naccache wie das Kabinett Sami Solh mußten zurücktreten. Das Kabinett Sami Solh hatte sich auch unbeliebt gemacht, weil es gegen den Willen der mit den Gaullisten zusammenarbeitenden Beiruter Kaufleuten die Kriegsgewinnsteuer einführen wollte. Bis zur Bildung der konstitutionellen Gewalten wird ein Dreimänner-

kollegium das Land regieren. Von den drei Männern sind zwei Maroniten, also Mitglieder der christlichen Sekte, die Frankreich seit jeher Vorspanndienste geleistet hat. Der dritte ist zwar Mohammedaner, gehört aber einer Familie an, deren Hauptzweig maronitisch geworden ist. Bei Einsetzung des Triumvirats hat also Catroux auf die Bedürfnisse der mohammedanischen Bevölkerung kaum irgendwelche Rücksichten genommen. Von den drei Männern übernimmt, wie schon kurz berichtet, Ayub Tabet zugleich die Ämter des Staatschefs und Premierministers und auch die Ministerien der inneren Verwaltung. Dschwad Boulos wird die technischen Ministerien und außerdem das Außenamt leiten, während der Emir Khaled Schehab die Verantwortung für Finanzen, Unterricht und Wirtschaft hat. Die beiden maronitischen Staatsmänner sind Tabet und Boulos. Alle drei haben früher ihre Neigung zu Frankreich bewiesen. So war Tabet libanesischer Premierminister, als 1936 über den libanesisch-französischen Vertrag verhandelt wurde; er und Schehab gehörten der Delegation an, die damals nach Paris gereist ist.

In der Person des Emirs Schehab glaubt Catroux wohl einen wertvollen Bundesgenossen gewonnen zu haben, weil dessen Familie auf eine alte Tradition zurückblickt. Die Schehabs sind Nachfahren des ersten Kalifen Abu Bekr. Sie waren in der Türkenzeit in Libanon eines der drei großen Geschlechter, die im Lande über viel Macht verfügten. Der verstorbene Emir Beschir Schehab, der Maronit war, ist im Kampfe gegen die Türken ein Verbündeter Mohamed Alis gewesen, des Gründers der heutigen ägyptischen Königsdynastie. Das Geschlecht der Schehab war so angesehen, daß vor ihm sogar die stolze englische Herzogsfamilie der Marlboroughs Respekt empfand. Obwohl das Dreigespann, das Catroux ausgesucht hat, stark ist, muß fraglich erscheinen, ob der von ihm zu leistende konstitutionelle Aufbau glücken wird. Catroux hat dafür eine Frist von drei Monaten gesetzt. Ihm liegt offenbar daran, daß in das zukünftige libanesische Parlament ein möglichst starkes maronitisches Element einziehe. Dafür soll also vermutlich die Wahlmaschine manipuliert werden. Aber die mit der anglikanischen Kirche verbündeten und daher für die englischen Interessen willig arbeitenden Griechisch-Orthodoxen haben schon begonnen, sich zu regen. Auch die mohammedanischen Sekten werden nicht tatenlos bleiben. Im besonderen wird die Zusammensetzung des Dreimännerkollegiums von allen nicht maronitischen Volksgruppen beanstandet. Auch haben bereits öffentliche Hinweise nicht gefehlt, daß man ohne die Wiederherstellung der Pressefreiheit die Wahlen nicht abhalten könne. Catroux muß sich demnächst außer Landes begeben. In dem Dekret, das die neue Ordnung verkündet, hat er festgestellt, daß die britische Regierung mit seinem Vorgehen einverstanden sei, während seiner Abwesenheit aber werden die Engländer dennoch versuchen, seine Pläne zu durchkreuzen.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 183

Der Machtkampf in der Levante.

„Wahlen“ als Mittel. — Englands bestimmende Hand.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

WtD ANKARA, 8. April. Die von den Gaullisten eingesetzten provisorischen Regierungen Libanons und Syriens sind noch mit der Vorbereitung der in beiden Ländern von Catroux angeordneten Wahlen beschäftigt. Zur Vorbereitung gehört, daß eine größere Zahl höherer Beamten entlassen wurde, weil „sie sonst versucht hätten, die Wahlen zu beeinflussen“. Der Eingriff bedeutet wohl, daß die Beeinflussung nur nach einer ganz bestimmten Richtung gewünscht wird. Catroux hat den Zeitungen Pressefreiheit und mehr Papier während der Dauer des Wahlkampfes versprochen; von der Pressefreiheit ist einstweilen noch nichts zu spüren. Vielmehr kommt es immer wieder zu Zeitungsverboten, die vor der Öffentlichkeit nicht begründet werden. Von dieser strengen Strafe wurde kürzlich unter anderem „La Revue du Liban“ betroffen, obwohl sie ein gaullistisches Organ ist. Eigentliche Wahlreden sind bisher nicht gehalten worden. Aber am Tage der Verkündung des Wahlplanes für Libanon durch Catroux kam es zu zwei Kundgebungen, die Wahlreden gleichkommen. Die eine stammte von Catroux selbst bei einem Presseempfang, die andere von dem Engländer Spears, der sich dafür des Beirut Senders bediente. Beide Erklärungen machten deutlich, daß im Hintergrund des bevorstehenden Wahlkampfes der Interessenkampf zwischen England und Frankreich steht.

Catroux legte in seiner Kundgebung Wert darauf, den Libanesen einzuschärfen, daß sie sich nur durch eine Anlehnung an Frankreich (für das zu sprechen der abtrünnige General gar nicht befugt ist) die Selbständigkeit ihres Staates erhalten könnten. So brauchte er Sätze wie „Was wollen die Libanesen? Sie wollen, daß Libanon seine Rechte und seine Freiheit behält und sich die traditionelle Freundschaft bewahrt, die sie an Frankreich bindet.“ Mit der gleichen Tendenz sagte Catroux von der künftigen libanesischen Volksvertretung: „Sie wird die künftigen Friedensprobleme zu studieren haben und im besonderen die Beziehungen Libanons zu Frankreich“. Nach der Ansprache wurde Catroux von Journalisten gefragt, ob das Mandat über Libanon noch weiter bestehe. Er erwiderte, juristisch sei das durchaus der Fall. Das Mandat stehe der vollen Unabhängigkeit im Wege; es könne nur beseitigt werden durch einen Vertrag Libanons mit Frankreich. Die Wahlparole, die Catroux an Libanon richtete, lautet somit: Nur durch die Wahl von Männern, die zum baldigen Abschluß eines Vertrages mit Frankreich bereit sind, kann euer Staat in seinem Bestande geschützt werden und die volle Unabhängigkeit erlangen. Dem Vertreter de Gaulles sekundierte am gleichen Tage der Beirut Zeitung „Le Jour“, indem sie schrieb: „Unsere Hauptsorge muß sein, unserem Lande seine Persönlichkeit zu erhalten, es zu schützen gegen eine von außen kommende, ihm abträgliche Bewegung, es in seinen Grenzen und Traditionen zu festigen“. Der Artikel enthielt danach eine Zensurlücke von zehn Zeilen Länge. Aber die veröffentlichten Sätze genügten, den Lesern verständlich zu machen, daß ein Parlament gewählt werden sollte, das von dem von Eng-

land gewünschten Aufgehen Libanons in dem fiktiven groß-syrischen Verband nichts wissen will.

Es versteht sich, daß in der Kundgebung des Engländers Spears von der libanesischen Unabhängigkeit überhaupt nicht die Rede war. Der englische Vertreter beglückwünschte nur die Libanesen mit den salbungsvollen Worten, daß sie nun die Möglichkeit hätten, sich ein Parlament zu geben, das ebenso frei sein werde wie das britische Parlament und die Parlamente der übrigen mit England verbündeten Nationen, „die die Zukunft der Menschheit diktieren werden“. Die Bevölkerung muß also damit rechnen, daß auch ihre Zukunft diktiert werden wird.

Will man der Rundfunkrede Spears trauen, so sind die Libanesen zwar der Form nach noch die Oberherren des Landes. Tatsächlich aber gebietet England, das dort ein Heer unterhält und die Versorgung in der Hand hat. Wie sehr Libanon und Syrien in allen, vor allem in den Versorgungsfragen von England abhängig sind, zeigt ein Vortrag, den der Direktor des Zentralbüros für die Verpflegung des Nahen Ostens, Jackson, am Tage jener beiden Kundgebungen in Beirut gehalten hat. Der von Kairo herübergekommene Versorgungsleiter rühmte, daß es den Bemühungen seines Büros zu danken sei, wenn Syrien (Libanon vergaß Jackson zu nennen) keine Hungersnot kennengelernt habe; der ganze Nahe Osten habe mit Hilfe seiner Organisation den Kampf gegen die Inflation zu führen. Die Ortsregierungen müßten dabei mithelfen. Diese Rede kam der Ankündigung gleich, daß die Länder des Nahen Ostens künftig von der britischen Zentralstelle in Kairo Weisungen für die Ordnung ihrer Finanzen und Märkte erhalten werden. England jedenfalls fühlt sich als der eigentliche Oberherr der Levante. Die Bewohner dieses Bezirks bezweifeln das nicht.

Aus der Kundgebung des englischen Sondergesandten in der Levante, Spears, geht hervor, daß den aus der Wahl hervorgehenden neuen Regierungen beider syrischen Staaten von London zur Pflicht gemacht werden soll, nach dem Vorbild Iraks die aktive Teilnahme ihrer Länder an diesem Krieg zu verkünden. Für sie gibt es freilich auch das Vorbild Ägyptens, das kürzlich wiederholt erklärt hat, es sei weiter entschlossen, dem Krieg fernzubleiben. Oder soll durch die Entscheidungen der syrischen Länder für den Krieg Ägypten mitgerissen werden? London, das darin mit Washington einig ist, möchte den ganzen Nahen Osten in seine Pläne hineinziehen. Im Zusammenhang mit der Konferenz von Casablanca gelang das nicht in einem Zuge. Darum soll jetzt in Etappen vorgegangen werden. Manche Syrer wünschen vielleicht für ihr Land die staatliche Entwicklung, die in das englische Fahrwasser führt, weil sie hoffen, daß dadurch ein Großsyrien entstehen werde. Um die Selbständigkeit ihres kleinen Staates zu erhalten, begünstigen viele Libanesen die Gaullisten. Aber sowohl für die Syrer wie für die Libanesen geht es in den kommenden Wochen zugleich um die zunächst wichtigere Frage, ob sie das Blutopfer für die Westmächte bringen wollen.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 239

## Pläne und Manöver im Nahen Osten.

### Die britisch-amerikanische Rivalität im Hintergrund.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

**WVD ANKARA, 11. Mai.** Eine Erklärung Nahas Paschas über seine arabischen Pläne hat in der arabischen Welt keine gute Wirkung gehabt. Es zeigt sich, daß der ägyptische Premierminister offenbar zu konkret gesprochen und dadurch Meinungsverschiedenheiten und Eifersüchteleien hervorgerufen hat. Vor allem tritt zutage, daß es ein Fehler war, so deutlich die ägyptische Leitung bei einem Zusammenschluß der arabischen Länder zu fordern. Diese Forderung stößt zumal in Syrien und Irak auf scharfe Kritik. In den syrischen Zeitungen wird Nahas Pascha entgegengehalten, die Ägypter seien keine Araber, Ägypten könne schon aus diesem Grunde nicht an die Spitze einer überstaatlichen arabischen Organisation treten. In Irak wird erklärt, die ägyptische Politik wandle in den Fußstapfen Mohammed Alis, des Gründers der ägyptischen Königsdynastie, nur mit dem Unterschied, daß sich der ägyptische Drang nach Beherrschung der arabischen Welt nun unter einem friedlichen Gewand verstecke. Gereiztheit bekundet sich auch in Damaskus und Bagdad, weil beide Städte der ägyptischen Hauptstadt die führende Rolle neiden, die diese in den letzten Jahren eingenommen hat. Nur im Libanon hat die Eröffnung Nahas Paschas vorwiegend sympathische Aufnahme gefunden. Denn die libanesischen und ägyptischen Intellektuellen haben seit jeher in engen Beziehungen gestanden, und dem Libanon scheint eine lockere panarabische Zusammenarbeit lieber zu sein, als die von den syrischen Nationalisten geforderte Verschmelzung Libanons mit Syrien.

Bei einer bloßen Polemik ist es jedoch nicht geblieben. Es hat auch politische Gegenzüge gegeben, die deutlich darauf zielen, Nahas Paschas Projekt zu vereiteln oder wenigstens zu erschweren. Beachtet wurde in der ganzen arabischen Welt ein Aufruf, den Emir Abdullah von Transjordanien kürzlich an die Völker „des großsyrischen Bereiches“ gerichtet hat. Der Aufruf machte schon deshalb Eindruck, weil er in einem klassischen arabischen Stile geschrieben war. Abdullah, der von England völlig abhängig ist, forderte darin nicht weniger als den baldigen Zusammenschluß Syriens, Libanons, Transjordanien und Iraks zu einem großarabischen Staate, natürlich unter seiner Führung. Von Ägypten war in dem Aufruf überhaupt nicht die Rede, wodurch allein deutlich wird, daß es sich um ein Konkurrenzmanöver handelt. Diesen Schritt hat Abdullah sicher nicht ohne Vorführung mit den maßgebenden irakischen Stellen getan. Da er das Haupt der haschemitischen Fürstenfamilie (der Nachkommen des früheren Königs Hussein) ist, sind die Beziehungen zwischen seiner Residenz Amman und Bagdad schon seit längerer Zeit eng gewesen. So mag es auch sein, daß eine von der irakischen Regierung kürzlich ausgearbeitete Verfassungsänderung hauptsächlich seinem persönlichen Interesse dienen soll. Die betreffenden Aenderungsvorschläge liegen gegenwärtig dem Bagdader Parlament vor. Durch sie soll vor allem die Lücke geschlossen werden, die die bisherige Verfassung Iraks in der Frage der Thronfolge gelassen hat. Bisher war nämlich nur bestimmt, daß der Thronfolger stets der älteste Sohn des Königs zu sein habe; darüber, was geschehen soll, wenn ein König stirbt, ohne einen Sohn zu hinterlassen, enthielt die Verfassung kein Wort. Nun ist der gegenwärtige König Iraks ein sechsjähriger Knabe, der sich keiner sehr starken Konstitution erfreut. Unter diesen Umständen erschien der Regierung als geboten, die in der Verfassung vorhandene Lücke auszufüllen. Die Lösung ist so gedacht, daß, falls beim Tode eines Königs aus der direkten Nachfolge kein Thronerbe vorhanden ist, der Thron besetzt werden soll von dem ältesten Nachkommen des Königs Hussein, der der Vater Feisals I. von Irak, des Emirs Abdullah von Transjordanien, des verstorbenen Königs Ali von Hedschas und des in Irak lebenden Emirs Zeid war. Der älteste Nachkomme Husseins ist aber heute Abdullah, und so käme er als etwaiger irakischer Thronfolger in Frage, wenn in dem neuen Verfassungstext nicht ausdrücklich bestimmt würde, daß der Thronfolger die irakische Nationalität besitzen müsse. Doch auch eine derartige Klausel brauchte kein unüberwindliches Hindernis zu sein, denn die irakische Nationalität könnte dem Transjordanier ja auch verliehen werden. Jedenfalls will Abdullah schon seit Jahren eine Königskrone haben.

Aus den Machenschaften, die sich um die Person Abdullahs wegen, geht hervor, daß die Regierung von Irak den Plänen von

Nahas Pascha nicht freundlich gegenübersteht, wie in Kairo angenommen wurde. Offenbar will jetzt Nuri es-Said, der von England eingesetzte und protegierte Leiter der Bagdader Regierung, selbst die Rolle eines Gründers einer überstaatlichen arabischen Organisation übernehmen. Er hat sich jüngst von Dschamil el Madfai, einem früheren Premierminister von Irak, in einer Kundgebung in Beirut als „der große Araber, der Staatsmann, der sich um das Arabertum die größten Verdienste erworben hat“, feiern lassen. Nuri es-Said ist Anfang Mai nach Kairo gereist. Was er dort mit Nahas Pascha verhandelt hat, wurde bisher noch nicht bekanntgegeben. Aber für die derzeitige Haltung Iraks ist bezeichnend, daß der irakische Pressechef vor der Abreise des Premierministers erklärte, der zu schaffende arabische Bund müsse auf kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränkt sein; welche Hauptstadt dabei die Zentrale sein solle, sei keineswegs entscheidend. In Saudie-Arabien erwirbt man, daß der ägyptische Plan zu weit gehe, zumal da Ibn Saud Anlaß zu dem Argwohn zu haben glaubt, daß Absichten zur Schaffung eines ägyptischen Kalifats dahinterstünden. Andererseits ist Ibn Saud auch das Vorpellen Abdullahs sehr wenig genehm, in dem er noch immer seinen Todfeind sieht. Darum hat sich der saudie-arabische König entschieden, zwei wichtige Horchposten einzurichten, indem er einen neuen Gesandten nach Bagdad entsandte und gleichzeitig in Ankara eine neue Gesandtschaft errichtete. Der wahabitische Monarch nimmt wohl an, daß die Türkei jedwedes Kalifatsprojekt mißbilligen werde.

Wie stehen die Engländer zu allen diesen Vorgängen? Sie haben zwar die Veröffentlichung des Aufrufs Abdullahs in den syrischen und libanesischen Zeitungen verboten, aber sie ermutigen sowohl Abdullah wie Nahas Pascha und sagen zu Nuri es-Said, er habe recht, wenn er nicht weniger auf dem Vorrang Bagdads bestehe. Eden hat zwar wiederholt vor dem Londoner Parlament behauptet, die britische Politik wolle jede auf den Zusammenschluß der arabischen Staaten gerichtete Initiative begrüßen; eine arabische Uneinigkeit wäre jedoch England noch lieber, weil es dann weiter in diesem Bereich den Vormund spielen könnte. Nun glaubt man allerdings in Beirut und Damaskus zu wissen, daß Abdullah seinen Schritt nach Beratung mit dem amerikanischen Vertreter Wadsworth getan habe, von dem in den letzten Monaten sehr sichtbar gewordene Fäden nach Amman gesponnen wurden. Amerika begünstigt den Plan Abdullahs, weil in einem umfassenden, auch Palästina einschließenden großsyrischen Reiche vielleicht auch Raum für die Schaffung eines zionistischen Gebildes wäre, das der Befestigung des amerikanischen Einflusses im Nahen Osten dienen könnte.



Neue Zürcher Zeitung  
1216  
Nr.

Die Lage im Orient

Erklärungen General Maitland-Wilson

Kairo, 4. Aug. (United Press) General Sir Maitland Wilson, der Befehlshaber der alliierten Truppen im Mittleren Osten, gab vor der Presse die Erklärung ab, die Alliierten seien jetzt stark genug, um Deutschland anzugreifen. Er fügte hinzu, die ihm unterstellten Verbände im Mittleren Osten seien „auf alle Eventualitäten vorbereitet“. Ueber die gegenwärtige Lage führte General Wilson unter anderem aus: „Aller Augen sind auf Italien gerichtet. Die zukünftige Entwicklung hängt ganz davon ab, wie weit General Eisenhower in Italien nach Norden vorstoßen kann, wie stark die Deutschen Widerstand leisten, wie umfangreich die Zerstörungen sind, die sie anrichten können, wie weit sie in der Zerkümmernung des Verkehrsnetzes gehen werden. Wir im Mittleren Osten müssen diese Entwicklungen abwarten. Was im Mittleren Osten geschehen wird, hängt davon ab, ob sich die Deutschen an die Inseln des Ägäischen Meeres, wie Kreta oder Rhodos, klammern werden oder ob sie es für ratsamer halten, zurückzuweichen und ihre Linien zu verkürzen.“

Kairo, 5. Aug. ag (Reuter) Die Luftwaffe des Mittleren Orients veröffentlicht folgendes Communiqué:

Am Mittwoch griffen zwei „Beaufighter“-Maschinen der R. A. F. einen feindlichen Segler bei der Insel Nikaria im Ägäischen Meer an. Das Schiff erhielt Volltreffer. Es wurde beobachtet, wie es sank. Alle bei dieser Operation und anderen Aktionen eingesetzten britischen Flugzeuge kehrten zurück.

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. 240

### Rivalisierende Mächte im Orient

#### USA im Vormarsch

Von unserem Vertreter

Sch. Ankara, Ende September

Im Rahmen der angelsächsischen Kriegsführung im Nahen Osten suchen die Amerikaner mit der Entsendung von Truppenteilen, Verbindungsstäben und Sachverständigen politisch Fuß zu fassen in einer Domäne, die früher vorwiegend britisch war. Diese Durchdringung gelang den Amerikanern vor allem in jenen nahöstlichen Staaten bzw. Gebieten, in denen nicht aus der Vorkriegszeit her guteingespielte britische Verwaltungen oder Kontrollen wirksam waren: In Syrien, Saudisch-Arabien und Iran. Insbesondere im letztgenannten Land haben es die USA nach Besetzung durch angelsächsische und bolschewistische Truppen nicht ohne Geschick verstanden, im politischen Wettlauf mit Großbritannien und der Sowjetunion sich entscheidende Stellungen zu sichern. So gelang es, die iranischen Finanzen weitgehend amerikanischer Kontrolle zu unterstellen, das iranische Versorgungswesen sowie der Außenhandel waren Einflußerweiterungen, und schließlich folgte die Kontrolle über den größten Teil der transiranischen Bahn, nämlich zwischen Teheran und dem Persischen Golf.

Nun haben sich in den letzten Wochen im Iran Dinge ereignet, die darauf hindeuten, daß man sowohl auf britischer als auch auf sowjet-russischer Seite keineswegs geneigt scheint, das amerikanische Sicheinnisten im Iran widerstandslos hinzunehmen. In diesem Zusammenhang war ein Aufsatz der Londoner „Times“ aufschlußreich, in dem darauf verwiesen wurde, daß die britische Stellung im Iran traditionell begründet sei, daß die im Iran arbeitende britische „Imperial Bank“, die das Notenausgaberecht besitzt, die beherrschende Stellung im iranischen Finanzwesen behalten und jede Unterstützung finden müsse gegenüber der „Melli Bank“ (iranischen Staatsbank), in der sich die amerikanischen Finanzsachverständigen festgesetzt haben. Im gleichen Artikel wurde ausgeführt, daß die wirtschaftlich bedeutendste Position des Iran, nämlich die Erdölausbeute, durch die Anglo-Iranian-Oil Company kontrolliert werde und daß diese Gesellschaft ausschließlich britisch sei. Diese Gesellschaft zahle, so fuhr die „Times“ fort, dem iranischen Staat alljährlich bedeutsame Summen an Konzessionsgebühren, und es sei nur zu natürlich, daß man britischerseits darauf achte, daß diese britischen Gelder im Iran nicht gegen britische Interessen verwendet würden. Kurz, aus dem „Times“-Artikel, den Teheraner Zeitungen als offiziös inspiriert bezeichneten, ging deutlich hervor, daß maßgebliche politische Kreise Londons nicht geneigt sind, sich im Iran von den Amerikanern widerstandslos beiseiteschieben zu lassen. In diesem

Zusammenhang interessiert die Tatsache, daß der iranische Verkehrsminister in diesen Tagen eine Reise nach London unternommen hat, um dort mit britischen Bankiers über die Kredite zum Ausbau des iranischen Eisenbahn- und Verkehrssystems zu verhandeln. Diese Londoner Reise ist überraschend, da amerikanische Kreise die entscheidende Kontrolle über die transiranische Eisenbahn ausüben.

Die gleiche Neigung, keine Ausweitung des amerikanischen Einflusses zuzulassen, scheint auch auf sowjetischer Seite zu bestehen. In diesem Sinne wurde in einer Reihe ägyptischer Zeitungen — die naturgemäß von England kontrolliert sind — der sowjetrussische Botschafterwechsel in Teheran bewertet. Dort wurde der bisherige Botschafter, Smirnow, abberufen, und an seine Stelle trat der bisherige sowjetrussische Gesandte in Afghanistan, Konstantin Michailow, der den Ruf eines skrupellosen politischen Draufgängers hat. Auch in Teheran selbst glaubt man, daß durch diesen Botschafterwechsel eine verstärkte politische Aktivität der Sowjets im Iran angekündigt wird, so daß nunmehr sowohl der Kreml als auch London und Washington in Teheran sich mit gesteigerter Rivalität einander gegenüberstehen.



Datum 13 Nov. 1943

New York Herald Tribune

No 35426

Complications in the Near East

It is unfortunate that affairs in Lebanon should reach a crisis at this particular time. For one thing, although the actual fighting has moved far from the little republic, the whole Mediterranean littoral is still an important war zone, and Lebanon is one of the vital links between the main sources of Allied power and Turkey. Moreover, the changes in the French Committee of National Liberation are still recent and still a subject of potential controversy.

The problems of Lebanon and its sister state, Syria, are intricate enough without these additional complications. The Levant has been a source of difficulties for France ever since World War I brought that nation a mandate over Syria and Lebanon. Nationalism, religious dissension, pan-Arabic ambitions, Anglo-French rivalry and traditional French interest in the Levant have all combined to intensify disputes. Attempts were made to regularize the status of Syria and Lebanon before the outbreak of the present war, looking toward the revocation of the mandate and the creation of some such relationship as exists between Iraq and Great Britain. They failed, and when the British and Free French entered Syria in 1941, General Catroux, in the name of Free France, announced to the people of Syria and Lebanon that he had come to "put an end to the mandatory regime" and to proclaim Syria and Lebanon "sovereign and independent peoples." This promise was guaranteed by the British; Vichy, although it had broken with the League of Nations, refused to renounce the mandate it held under the League.

In due course the two republics were formally proclaimed independent, and after considerable delay elections were held and popular governments created. The French, however, continued to control certain important services in the two states. On this issue the Lebanese government took the bit in its teeth and the French replied with arrests and censorship.

The French contend that their actions are the result of the exigencies of war, which forbid a complete liquidation of their administration now. Whether they are justified or not depends on an appraisal of details on the spot, which few Americans are qualified to make at this time. As the controversy develops, however, it is worth while to bear in mind the whole background of intrigue in the Near East, as well as the course of British and American relations with France.

The French apparently are being pressed

to make a final solution in an area where many problems wait on the end of the war for such treatment. To do this the committee at Algiers must act in a sovereign capacity, when Britain and the United States have repeatedly made it plain that they do not consider the committee sovereign. They are called upon to make the first sacrifice to the principles of the Atlantic Charter, when it is by no means clear how those principles are to be interpreted in other regions. These considerations do not justify any errors which the French may have committed in Syria and Lebanon, nor would they excuse the committee if it took an intransigent attitude which might jeopardize the great aims of the war. But they do suggest that the French viewpoint deserves sympathetic consideration.



Economía Mundial (Madrid)

Nr. 158

# LOS ANGLOSAJONES EN EL ORIENTE MEDIO

VIII

## Política, economía y estrategia

Por MANUEL FUENTES IRUROZQUI

EN 1845 el Gobierno británico compró las acciones del canal de Suez al kediye egipcio. Desde entonces, los asuntos de Egipto han constituido para Gran Bretaña objeto de preferente atención; no en balde fué siempre Suez, antes mismo y luego canal, desde su inauguración en 1869, el camino más corto para llegar desde Europa a la India y Oceanía. Al iniciarse la guerra mundial en 1914, se puso fin a la soberanía turca sobre Egipto, dependiente hasta entonces de la Sublime Puerta, más de manera nominal que efectiva. Entonces Egipto se convirtió en protectorado inglés. Después de la guerra citada se le concedió autonomía, pero con reservas de importancia. La independencia de 1923 no alcanza a liberar el Sudán angloegipcio del régimen de colonia británica, ni a evacuar tropas de seguridad para salvaguardar la zona del canal. También un residente inglés en El Cairo asegura que la política exterior del antiguo país de los Faraones se ajuste a las conveniencias de Inglaterra.

Egipto en África, excepción hecha de la península de Sinaí en Asia, es el inmediato enlace del Mediterráneo con el Oriente Medio. Siente y piensa en musulmán, y la mayoría de sus habitantes son mahometanos, con algunos coptos, negros sudaneses, levantinos, indios, griegos, armenios y europeos, especialmente ingleses y franceses. No olvidemos que desde los tiempos de Mehmet Ali, Francia consideró intereses suyos los de Egipto, ni puede tampoco pasarse por alto, sin hacer mención del choque franco-británico, que acabó con el incidente de Fashoda. El mismo autor del canal, Fernando de Lesseps, era francés, y española, aunque emperatriz de los franceses, la augusta dama que presidió la apertura de sus 168 kilómetros.

En el mapa aparece Egipto como un inmenso territorio de más de un millón de kilómetros cuadrados, entre el Mediterráneo, el mar Rojo, el Sudán y una línea recta trazada en medio del desierto, que separa el país de la Libia o Cirenaica. Pero el verdadero Egipto, tanto político como económico lo constituye nada más la parte habitable en las márgenes del Nilo y de su delta, con unos 35.000 kilómetros cuadrados, apenas equivalentes a la extensión de Bélgica. Este valle, fertilizado espontáneamente y por obras de consolidación, regadío y embalses, algunos de ellos tan famosos como el de Assuán, que recoge 11.700 metros cúbicos, tiene 1.500 kilómetros de longitud y entre cuatro y 32 de anchura. El légamo fertilizante hace de estas márgenes un excelente campo de cultivos, salvo de árboles, que no se aguantan por la poca solidez del suelo. El delta, de forma triangular, con lados de 180 por 150 kilómetros, es muy fértil. El resto de la costa, desértico, con marismas y lagunas salitrosas. Las restantes tierras constituyen kilómetros y más kilómetros de áridas y ásperas arenas, casi sin oasis.

Así, la población, que se eleva a unos 15 millones de habitantes, concede una densidad relativa muy pequeña (no llegan a 15 habitantes por kilómetro cuadrado), pero si se hace abstracción del desierto, la verdadera densidad es enorme, pues alcanza 375 habitantes por kilómetro cuadrado en el delta y 555 en el valle o alto Egipto, si bien sólo tres poblaciones son verdaderas urbes: a saber, El Cairo, con 1.100.000 habitantes; Alejandría, con menos de 600.000, y Port Said, con 100.000.

La propiedad en la ribera del Nilo está muy parcelada. Los «fellahs» o campesinos originarios, en sólo 2.100.000 hectáreas tienen más de 2.200.000 propiedades, quedando nada más algunas grandes explotaciones, casi todas en poder de extranjeros.

La agricultura es la principal riqueza de Egipto. Seis cosechas anuales, a base de: una de algodón, en nueve meses; cuatro de trébol y una de maíz, son buen exponente de la enorme riqueza de los alrededores del río Nilo. Los cereales ocupan la mitad de la producción, especialmente el maíz, el trigo y la cebada. El arroz se logra en el delta y el sorgo en el alto Egipto. Las legumbres, como habas, guisantes y lentejas y las cebollas, tienen gran importancia en el Egipto medio.

Pero los principales cultivos son el algodón, principal producto de exportación, con sus semillas y tortas o bagazos y el tabaco. El mejor Jumel es el egipcio de Fayum y del delta. Los cigarrillos son conocidos en todo el mundo y objeto de activo comercio.

Por fin, en el orden agrícola, hay que citar la caña de azúcar, los cacahuets, el lino, el henné y los rosales, de los que se extrae la esencia de rosas muy reputada.

Naranjas, mandarinas, limones y dátiles constituyen los principales, si no únicos, frutos, con algo de vid.

Poco ganado, especialmente lanar y cabrio, aunque son muy conocidos los borriquillos y algunos caballos. En el desierto, camellos.

En cuanto a recursos minerales, nuevamente nos encontramos con el petróleo explotado por la «Anglo Egyptian Oilfields Co.», de Jemsa, a 300 kilómetros al sur de Suez. Existe sal en las lagunas, fosfatos de cal en Safage, junto al mar Rojo; nitratos y manganeso en la península de Sinaí. Canteras espléndidas, de rica piedra, permiten comprender el desarrollo de la construcción en otro tiempo, de la que son prueba las pirámides celeberrimas.

En el comercio, el algodón ocupa el 70 por 100 del total de las exportaciones. Las cebollas, arroz, huevos, fosfatos, manganeso, pieles y cueros, lanas y esencias, son los artículos que le siguen. Las importaciones principales son tejidos, carbón, cereales, maquinaria, vehículos, maderas, etc. El principal cliente y vendedor es Gran Bretaña, luego Francia, Italia (hasta hace poco, la India), etc.

Muy interesante, tanto desde el punto de vista político como económico, es la evolución de la industria egipcia. La abolición del régimen de capitulaciones igualó jurídicamente a extranjeros y nacionales. Desde entonces, todo el afán egipcio consiste en nacionalizar sus riquezas, evitando exacciones de bienes que consideren propios.

Antes de este movimiento de orden nacional, casi todo el comercio y la industria se explotaban por extranjeros. Los principales exportadores de algodón eran los griegos, quienes asimismo poseían las más importantes fábricas de cigarrillos. El canal de Suez era anglo-francés, Belga Heliópolis o Nuevo Cairo. Las azucareras y los tranvías de El Cairo y Alejandría estaban en manos de franceses. La construcción, en las de italianos, y los grandes almacenes, en poder de los judíos.

Mohamet Talaat Bachá Harb, multimillonario patriótico hasta el fin, acrecentó su fortuna con la revalorización de tierras del Nilo a fines de la guerra europea. Entonces fundó la Banca Misr (1920) con capital exclusivamente indígena y con finalidad de propulsar la economía nacional en un sentido autárquico y tan exclusivista que las acciones no pueden venderse a los extranjeros.

La Banca Misr y sus dependencias han fundado y explotado: la mejor factoría de algodón, la de Meh-el-el el Kelta, la de seda de Damietta, la de lino, la de cigarrillos más importante, el mejor y más capaz molino de aceite. Sociedades de librería y editorial, de teatros y cine, con estudios en Guiza junto a las Pirámides, los mejores de África; una empresa de transportes fluviales, otra de navegación internacional, una gran agencia de viajes (no se olvide que 75.000 egipcios, cada año, se dedican al turismo), una gran empresa de transportes aéreos con líneas a Beirut, Damasco, Bagdad, La Meca, Chipre y Kartum, otra de Seguros, otra de pesca y sus derivados, salazones y conservas, otras de explotación algodonera y, por fin, los grandes almacenes Misr, que jalonan las arterias más concurridas de las principales poblaciones egipcias.

El ejemplo de los Misr ha cundido. Los egipcios ingresan sus ahorros en bancos nacionales y a base de este crédito y de unos aranceles de aduanas modernos desde la derogación, en 1929, de la tarifa única del 8 por 100 «ad valorem», se han creado industrias azucareras, de jabonería, metalurgia, cerveceras, papeleras, lánaras y de construcción y otra Compañía de Navegación llamada la de las «Lineas Faraónicas de vapores».

La artesanía se propulsa con la «Sociedad de la piastra», o sea una empresa nacional a base de piastras (50 céntimos) por aportación inicial. Fuad I creó escuelas de artes e industrias y el actual rey Faruk da ejemplo de patriotismo, encabezando la suscripción que ha de convertir la deuda exterior en interior con 100.000 libras de su peculio.

El Cairo es hoy, así, considerado como capital de una nación nacionalista—valga la redundancia—, como centro neurálgico de un movimiento de íntima colaboración con los demás países árabes del Oriente Medio, y la Conferencia del pasado octubre ratifica esta afirmación.

La guerra, con la neutralidad oficial mantenida, hace que los an-





(Viene de la página anterior.)

helos de autarquía sean cada vez más profundos. Los ingleses lo saben. Y los americanos también. Pero ni unos ni otros pueden descuidarse en su afán de mantener preponderancia en un país que, aparte de su importancia política, como uno de las cabezas visibles del paralelismo y de su pujanza económica, en amplia superación y desarrollo, posee un singular relieve estratégico: en El Cairo está la cabecera de la ruta El Cairo-

El Cabo, el gran ferrocarril del continente africano, en las llanuras bases de aeropuertos que ligan Europa con Asia y Suráfrica y, por encima de todo, que en su territorio se halla enclavado el canal de Suez, la anhelada ruta corta del camino de las Indias preocupación de todos los grandes conquistadores de que nos habla la historia y codiciada presa de todas las potencias, ya que, pese a su teórica internacionalización, el hecho cierto es que quien domine Egipto domina el Canal.

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 277

**Die Stellung  
des Irak und Abessinien**

**Erklärung Edens**

London, 16. Febr. ag (Reuter) Auf eine Anfrage im Unterhaus über die Natur der Regierungen im Irak und in Abessinien und über das Ausmaß, in welchem es den Zivil- und Militärbehörden der Alliierten gelungen sei, die Mitarbeit der Bevölkerung für den Wiederaufbau dieser Länder zu erlangen, erklärte Außenminister Eden, der Irak und Abessinien seien unabhängige Staaten, und es bestehe keine Verantwortung der Alliierten für die Führung ihrer innern Angelegenheiten. Großbritannien helfe Abessinien beim Wiederaufbau. Eine britische Mission befinde sich zu diesem Zweck seit langem im Lande.



## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 87

### Unwille über die Besatzung im Nahen Osten

Von unserem Berichterstatter

thk. Ankara, 27. 3.

Die Alliierten rufen im Nahen Osten Krisen hervor: Die Mißstimmung in den Nahost-Ländern vor allem über die Angelsachsen dauert an. Das wurde in Irak durch den Rücktritt des stellvertretenden Ministerpräsidenten besonders deutlich, welche Rückwirkungen sich auf die Innenpolitik der Länder ergeben, da es nicht gelingt, Kabinette von langer Lebensdauer und Verantwortungsfreudigkeit allen Belastungen gegenüber im Amte zu halten.

So erregte beispielsweise das von den Engländern erzwungene Abtreten des größten Teiles der Dattelernte an eine englische Handelsgesellschaft den stärksten Unwillen, zumal die dafür versprochenen Industrieerzeugnisse in absehbarer Zeit gar nicht greifbar sind. Dabei stellt die Dattelernte eines der Hauptnahrungsmittel der einheimischen Bevölkerung dar. Auch das anmaßende Verhalten amerikanischer Kommandostellen und anderer amerikanischer Vertreter hat weite Volkskreise verärgert, so daß man förmlich spürte, wie als ein guter Grund zu einer Auseinandersetzung das amerikanische Verhalten in der Palästina-Frage gesucht und gefunden wurde, um die immer feindseliger werdende Stimmung zum Ausdruck zu bringen. Die Regierung wurde gefragt, was sie gegen die pro-jüdische Haltung Washingtons zu tun gedenke. Nuri Pascha Said antwortete etwas gewunden, es handle sich nicht um den Standpunkt der USA.-Regierung. Vor dem Kriege hätten die Nordamerikaner eine isolationistische Politik getrieben und sich nicht um die inneren Verhältnisse der Länder gekümmert, wie sie das jetzt im Kriege täten; aber dafür sei auch die Atlantik-Charta entstanden, so daß er, Nuri Pascha, nicht an ein amerikanisches Vorgehen gegen die Rechte Palästinas oder eines anderen Landes glauben könne. Er, Nuri, habe aber Maßnahmen ergriffen, um den Amerikanern klar zu machen, daß Palästina nicht nur eine Frage der Araber dieses Landes, sondern der Araber der ganzen Welt sei, und daß sie dort keine Schaffung einer jüdischen Heimat zulassen würden! Ein Teil der hauptstädtischen Presse bemerkte auch ganz undiplomatisch, daß der jüdische Einfluß auf die Großmächte stark sei und daß Amerika seinen Beschluß, sich nicht parlamentarisch mit den jüdischen Wünschen zu beschäftigen, doch nur aus strategischen und militärischen Gründen verschoben hätte. Die arabischen Länder müßten daher bindende Zusicherungen verlangen, um zu einer späteren Zeit nicht überrumpelt zu werden.

Auch in Iran hat sich der öffentliche Unwille über die Besatzungsmächte wieder in einer Regierungskrise bekundet, nachdem der amerikanische Verwaltungsdiktator Mills Spaulding von der Regierung nach einer Sitzung mit den Ministern für Handel und Industrie und für den Krieg die Annahme des Minengesetzes erzwang, wonach die Erdschätze Irans der amerikanischen Industrie ausgeliefert werden sollen. Zwar wurde ein Kabinett Said Maragi nach Verhandlungen mit den sowjetischen und angelsächsischen Gesandten, also ohne

eigene Handlungsfreiheit, gebildet. Doch haben die Konservativen im Kabinett wie im Parlament die Mehrheit und werden nicht zufrieden zu stellen sein, da sie eine stärkere Abwehr gegen die Ueberfremdung fordern, da ihnen die Besatzungsmächte keinerlei Erleichterungen zubilligen. Die Amerikaner starteten eine Propagandaaktion, indem sie die von amerikanischen technischen Truppen unter iranischer Beteiligung gebauten Staudämme von Firuz und Abad bei Teheran dem Lande schenkten, das übrigens dem Lande einen großen Teil der Mittel dafür bereitgestellt hatte. Auch der Kommandant der nahöstlichen USA.-Streitkräfte empfing plötzlich die ägyptische Presse und erklärte ihr, er wolle sich dafür bedanken, daß Ägypten und die arabischen Länder überhaupt den Demokratien eine so große Hilfe geleistet hätten und daß ihre militärischen Chefs mit den Alliierten in Verbindung geblieben wären.

So verführerisch diese Erklärung auch klang, zeigte sich doch gleich wieder der Alltag, indem der Iman von Yemen Ägypten um eine Vermittlung im englisch-yemenitischen Grenzstreit bat, da England nicht nur vor einigen Jahren die Grenzen seiner Kronkolonie Jale unrechtmäßig auf Kosten Yemens vorgeschoben hätte, sondern auch jetzt noch willkürliche Änderungen vornehme. Auch zwischen Saudien und Transjordanien — das eine fühlt sich von Amerika, das andere von England unterstützt — sind wieder Grenzstreitigkeiten aufgetreten, in die Ägypten vermittelnd eingreifen soll. Wenn man hinzunimmt, daß Ägypten einsehen muß, daß die Angelsachsen nicht dazu neigen, sich zu einer Nachkriegsräumung der von ihnen benutzten Flugplätze vertraglich zu verpflichten und die Ägypter daher zu zwingen, neue für den Eigengebrauch zu planen, so hat man eine kleine Blütenlese der „Vorteile“, die den Nahost-Ländern von ihren Alliierten gebracht werden, die sich so gern Erlöser-Gewänder anziehen.

## Der neue Betrug am Arabertum

Von unserem Berichterstatter

thk. Ankara, 3. 5.

Die mehrfach auf unbestimmte Zeit verschobene Konferenz der arabischen Außenminister, die sogenannte arabische Vollkonferenz, soll nunmehr im Mai stattfinden. London hat sich beeilt, dazu bereits jetzt eine Sympathieerklärung abzugeben, da die angespannte Palästina-Lage eine Verärgerung der Araber verbietet. Die Engländer sind jedoch bestrebt, ihre Finger im Spiel zu behalten und verfügen zu diesem Zwecke über genügend Beobachter auf allen Konferenzen, die sich mit dem Problem befassen, auch wenn der einzelnen Tagung ein anderes Motto voransteht, da beinahe immer die gleichen Politiker nicht nur mit Fragen einer politischen Zusammenarbeit, sondern auch mit Finanz-, Ernährungs- und Verkehrsproblemen befaßt sind.

Die in diesen Tagen in Alexandrien zusammen tretende sogenannte Mittelöstliche Finanzkonferenz steht unter dem Vorsitz des Nahostministers Lord Moyne und vereinigt neben den englischen und amerikanischen Sachverständigen auch Vertreter Ägyptens, Syriens, des Libanon, des Irak, Palästinas, Transjordaniens, Saudiarabiens, des Sudans, Cyperns, Irans, Indiens und Abessinien. Die Geheimsetzung soll die Versorgung von 80 Millionen Menschen in 13 Ländern beurteilen und gilt als erster Schritt in dieser Richtung, dem weitere folgen sollen. Bei dieser Formulierung hat es den Engländern beliebt, die vielen Konferenzvorgänge zu vergessen. Wenige Tage vorher gab es dabei zwei gleichgerichtete Konferenzen unter Assistenz anglo-amerikanischer Fachleute, nämlich den landwirtschaftlichen Kongreß unter Teilnahme Ägyptens, des Irak, Syriens, Palästinas und Transjordaniens in Kairo, und die zehn Tage dauernde Lebensmittelversorgungs-Konferenz in Damaskus, an der sogar Cypern teilnahm.

Das ganze Unionsprojekt ist an sich öffentlich erst vor rund anderthalb Jahren aufgeworfen worden, es ist also noch ein junges Pflänzchen. In dieser Zeit wurden mehr moralische Annäherungen erzielt als praktische Ergebnisse. Der Sprengstoff gegen die politische Einigung ist allerdings noch längst nicht beseitigt, wobei die Engländer eifrig ihre Hand im Spiel haben; außerdem gehören zu den störenden Elementen die von England unter der Hand unterstützten Pläne Iraks, ein an Bagdad angelehntes Groß-Syrien zu schaffen; ferner die von Saudi-Arabien ausgehenden Hemmnisse, die sich mit der Forderung decken, zunächst Palästina zu befreien

und dann erst die Union zu verwirklichen, und schließlich die staatlichen und dynastischen Egoismen. Weiter erleichtert die Unausgeglichenheit des großarabischen Raumes bzw. die sehr großen Ähnlichkeiten, welche nur geringe wirtschaftliche Ausgleichs gestatten, das Fehlen einer ausreichenden Industrie, die geringe Kapitalbildung, die Anwesenheit fremder Heere und Aufsichtsinstanzen, das stark anwachsende Wirken der jüdischen, international unterstützten Minderheit und die geringe aufklärende und durchschlagende Werbepublizistik die Lösung nicht. Außerdem sind die Anglo-Amerikaner zwar an der Ruhe des arabischen Raumes interessiert, sie brauchen ihn aber nicht aktiv, sondern nur in passiver Form. Trotz allem geben aber die Araber die Hoffnungen nicht auf, zumal ein stetig wachsender Druck aus dem Volke heraus einmal auch die kurz tretenden Einzelregierungen auf dem einmal beschrittenen Wege weitertreiben kann.

In diesem Sinne sind die zahlreichen Besprechungen dennoch wertvoll, die führende arabische Politiker immer wieder in Kairo abhalten, wie überdies die saudiarabischen, yemenitischen und transjordanischen Vertreter, neuerdings sogar der König Saud Ibn Timur von Maskat, die Pläne immer weitergreifen lassen bis nach Algier, wodurch vielleicht im Augenblick eine Verwässerung entstehen kann, andererseits aber die propagandistische Wirkung auf die Massen gesteigert wird. Vielleicht kommt für die nächste Zeit nicht mehr als eine Anzahl die einzelnen Partner enger zusammenschließender Verträge heraus und kein Staatenbund. Aber Kairo wird die Achse der Gesamtbestrebungen, die nicht mehr einschlafen werden, bleiben.

Damit bleiben auch die Sorgen und Schwierigkeiten vor allem für die Engländer bestehen. Jedenfalls wird eine ergebnislose Vollkonferenz die Unionsfragen nicht beenden. Saudi-Arabien, das den Libanon trotz seiner christlichen Mehrheit nur als ein Glied des islamischen Syrien ansah, erkannte die libanesische Selbständigkeit an, um es als Mitglied der arabischen Völkergemeinschaft abzustempeln. Die Union wird sicher nicht rasch Wirklichkeit werden, zumal dieser Idee von anglo-amerikanischer Seite in Wirklichkeit Hindernisse bereitet werden. Aber der Gedanke scheint lebendig zu bleiben, und die breite Masse wird ihren Druck ausüben. Keine der untereinander rivalisierenden Großmächte sucht dagegen den offenen Kampf anzusagen, um nicht dem Konkurrenten die Möglichkeit zu geben, sich auf billige Weise Sympathien zu erwerben.